

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

29. Sitzung vom 19. und 20. November 2012 2. Sitzungstag (20. November 2012)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Mag Gerald Ebinger	S. 45
		GR Ernst Woller	S. 47
		GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch (tatsächliche Berichtigung)	S. 50
Fortsetzung der Verhandlung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 2013 und der Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 50
		GR Dr Alexander Van der Bellen	S. 51
		GR Christian Unger	S. 53
		GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch	S. 54
		GRin Uta Meyer	S. 55
Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport		GR Mag Klaus Werner-Lobo (tatsächliche Berichtigung)	S. 57
Rednerinnen bzw Redner:		Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 57
GRin Ing Isabella Leeb	S. 3		
GR David Ellensohn	S. 4		
GR Mag Johann Gudenus, MAIS (zur Geschäftsordnung)	S. 7	Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales	
GR Dominik Nepp	S. 8	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 10	GRin Ingrid Korosec	S. 59
GR Ing Christian Meidlinger	S. 11	GRin Birgit Hebein	S. 61
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 13	StR David Lasar	S. 63
GR Senol Akkilic	S. 14	GRin Dr Claudia Laschan	S. 64
GR Dr Wolfgang Aigner (tatsächliche Berichtigung)	S. 16	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 67
GR Mag Günter Kasal	S. 16	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 68
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 16	GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 70
GR Mag Dietbert Kowarik	S. 18	GR Dr Alois Mayer	S. 71
GR Dominik Nepp (tatsächliche Berichtigung)	S. 20	GR Wolfgang Seidl	S. 73
GRin Dr Jennifer Kickert	S. 20	GR Ing Bernhard Rösch	S. 73
GR Christoph Peschek	S. 20	Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 74
Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 21		
		03657-2012/0001-GFW, P 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 2013	
Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung		03617-2012/0001-GFW, P 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten	
Rednerinnen bzw Redner:		Berichterstatterin VBgmin	
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 23	Mag Renate Brauner (Schlusswort)	S. 76
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 25	Abstimmung	S. 76
GR Anton Mahdalik	S. 26		
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 29	5. 03485-2012/0001-GFW, P 3: Festsetzung der Wertgrenzen 2013	
GR Karlheinz Hora	S. 29	Abstimmung	S. 79
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 31		
GR Mag Christoph Chorherr	S. 32	6. 03674-2012/0001-GGS, P 4: Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2013	
GR Wolfgang Irschik	S. 33	Abstimmung	S. 79
GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS	S. 35		
GRin Dr Jennifer Kickert	S. 36	7. 03147-2012/0001-GGU, P 5: Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal 2013	
GR Anton Mahdalik	S. 37	Abstimmung	S. 79
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 38		
VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 38		
		8. 03484-2012/0001-GWS, P 6: Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen 2013	
Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft		Abstimmung	S. 79
Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Ing Isabella Leeb	S. 40		
GR David Ellensohn			
(tatsächliche Berichtigung)	S. 42		
GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 43		

(Wiederaufnahme um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Ich möchte mich nur eingangs ganz herzlich für gestern bedanken. Ich glaube, die neue Regelung der Redezeiteinteilung hat wirklich gut funktioniert, und wir haben dadurch auch erreicht, dass jene Geschäftsgruppen, die später gereiht sind, noch zu einem Zeitpunkt drankommen, wo es noch für alle sehr erträglich ist, aufmerksam zu sein. Ich danke ganz herzlich für die große Disziplin, die gestern geherrscht hat.

Entschuldigt für heute sind GR Mag Dr Wansch und GRin Mag Wurzer. StR Mailath-Pokorny wird um 13 Uhr kommen. Er befindet sich gerade auf der Rückreise von einer Dienstreise. Einzelne Personen sind zeitweise entschuldigt, und ich erlaube mir, sie jetzt nicht vorzulesen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr. Ihre geplante Redezeit beträgt 12 Minuten, und so wird es auch eingestellt. – Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen wunderschönen guten Morgen, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass das Budget für die Ressortgruppe Bildung, Jugend, Sport und Information an so einem prominenten Platz positioniert ist, denn es ist ja immerhin der zweitgrößte Budgetposten, wenn man es nach Ressorts betrachtet. Wir haben es ja gestern auch von StRin Brauner gehört, die für das Ressort zuständig ist, dass sie einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema Bildung legt. Das ist richtig und das ist gut so. StRin Brauner hat gemeint, Investitionen in unsere Kinder sind Investitionen in die Zukunft. Auch das ist richtig. Das können wir nur vollinhaltlich unterstützen und mittragen.

Der beitragsfreie Kindergarten, meine sehr geehrten Damen und Herren, macht ja im Rahmen dieses Budgets einen Löwenanteil aus, aber vielleicht kann man sich an der Einführung dieses beitragsfreien Kindergartens einmal anschauen, ob man es nicht ein bisschen besser machen hätte können.

Denn eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch klar. Der beitragsfreie Kindergarten ist mit einer Vorlaufzeit von sechs Monaten über diese Stadt hereingebrochen. Ich stelle jetzt einmal in den Raum, innerhalb von sechs Monaten kann man das weder vom räumlichen noch vom personellen oder vom finanziellen Angebot her wirklich vernünftig kalkulieren. Und jetzt machen wir halt das, was wir in Wien so gerne machen: Wir führen Dinge einfach einmal ein, wir beginnen und überlegen uns dann während der Durchführung, was eigentlich an Herausforderungen überhaupt zu lösen ist.

Darüber zu diskutieren, werden wir, das hoffe ich, noch oft Gelegenheit haben, aber das Wichtige an solchen Diskussionen ist auch, dass man die richtigen Schlüsse für die Zukunft daraus zieht, dass man sich

beim nächsten Mal vielleicht im Vorfeld überlegt, was so eine Ankündigung eigentlich auslöst.

Der Budgetschwerpunkt ist also die Kinderbetreuung, der Gratiskindergarten. Die Nutznießer des Gratiskindergartens sind jene Kinder, die jetzt in den Kindergarten gehen, und jene, die zukünftig in den Kindergarten gehen werden. Wir werden aber erst in der Zukunft sehen, ob sich das so auswirkt, wie wir wollen. Denn erst dann, wenn die Bildungsstandards der Kinder, die die Pflichtschule dann verlassen, bessere sind als jene von heute, wissen wir, ob wir die richtige Entscheidung getroffen haben und ob wir sie auch richtig umgesetzt haben.

Es wird sehr viel Geld investiert, nichtsdestotrotz fehlen noch immer 700 KindergartenpädagogInnen. Die geplante Aufstockung um 50 spricht für sich. Aber wissen Sie, was das wirkliche Dilemma dieses sich Bindens mit einem großen Budgetposten ist? Das wirkliche Dilemma ist, dass die jetzigen und zukünftigen Nutznießer etwas davon haben, aber was ist mit den Kindern, die jetzt in die Schule gehen, die noch nicht im beitragsfreien Kindergarten waren, die jetzt das Pflichtschulsystem verlassen, die jetzt hinauskommen auf den Arbeitsmarkt und dort nicht vermittlungsfähig sind?

Frau StRin Brauner spricht seit Jahren sehr gerne davon, dass die Einführung des beitragsfreien Kindergartens vor nunmehr drei Jahren die größte je dagewesene Mittelstandsentlastung darstellt. Ist das aber die Antwort darauf, dass nach wie vor 8 000 Kinder als außerordentliche Schüler im Unterricht sitzen? Ist das die Antwort darauf, dass 25 Prozent der Schulabgänger die Grundrechnungsarten nicht beherrschen und nicht sinnerfassend lesen können? Ist das die Gerechtigkeit, von der Sie so gerne sprechen?

Die Zahl derer, die Lehrabschlussprüfungen nicht schaffen, steigt stetig. Der Herr Kollege Peschek ist jetzt leider nicht da, denn der hat dann immer eine Antwort parat, die lautet: Schuld daran sind die Unternehmer. Und jetzt bin ich die Letzte, die schwarze Schafe nicht genauso gerne vor den Vorhang holt und die sagt, es ist alles eitel Wonne, Waschtrog bei den Ausbildungsbetrieben. So ist es nicht, darüber muss man reden. – Oh, Grüß Gott, Herr Peschek! – Aber wenn die Herrschaften vom AMS-Wien – und jetzt sage ich einmal, die sind der SPÖ-Wien nicht unbedingt fern – selbst sagen, dass das AMS mit den jungen Menschen, die nicht am primären Lehrstellenmarkt unterkommen, überfordert ist, denn sie können nicht die Reparaturanstalt für das Wiener Bildungssystem sein, dann sagt das schon sehr viel aus.

Und wissen Sie, was das wirklich Traurige ist, was ich unlängst gehört habe? Man spricht heutzutage gerne schon nicht mehr von Lehr-Abschlussprüfungen mit h, sondern von Leer-Abschlussprüfungen. Das ist nicht einmal lustig, das ist beschämend, und das ist bestürzend. Aber was man in der Pflichtschule nicht an Basis legt, kann man nachher wirklich nur sehr schwer nachholen. Das wäre so, als würden Sie ein Haus ohne Fundament bauen und sich dann wundern, dass dieses Haus nicht hält. Sie können auf Beton kein Gras wachsen lassen, das können Sie bestenfalls grün anmalen.

Und das machen wir ja auch. Wir malen es nachher

grün an, und wir haben da auch ein gutes Mittel zur Hand, das ist die Wiener Ausbildungsgarantie, jene Wiener Ausbildungsgarantie, über die die Kollegin Krottsch gestern gesagt hat, es geht ihr das Herz auf. Ich schäme mich dafür, dass wir so etwas überhaupt brauchen. Ich schäme mich dafür, dass es notwendig ist, junge Menschen, die in Wien bereits zur Schule gegangen sind, nachzuqualifizieren. Das ist eine Schande, dass wir es nicht zustande bringen, in neun Jahren Pflichtschule das zu tun, was wir tun müssen, nämlich den jungen Menschen das Rüstzeug für die Zukunft mitzugeben. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wenn StRin Brauner im Angesicht hoher Arbeitslosigkeit in Wien von einem Phänomen spricht, dann kann ich mich nur wundern. Das ist kein Phänomen, das kann man ganz genau erklären. Denn wer aus der Schule kommt und nicht rechnen, schreiben und lesen kann, den werde ich auch schwer am Arbeitsmarkt unterbringen.

Sie haben es jahrzehntelang zugelassen, in Wien ein Zweiklassensystem in der Bildung entstehen zu lassen. Ich bringe Ihnen jetzt einen brutalen Vergleich zum Thema Ausbildungsgarantie: Was Sie in Wien machen, ist, dass Sie den jungen Menschen während der Pflichtschule ins Knie schießen, und wenn sie herauskommen, schenken Sie ihnen eine Prothese und sagen, wir kümmern uns, wir sind für euch da, wir sind die Retter! Aber vorher haben Sie ihnen einen Stein nach dem anderen in den Weg gelegt.

Das Wiener Schulsanierungspaket – auch ein schönes Beispiel dafür, wenn man es in Relation zu anderen Aufwänden im Budget setzt, wo die Prioritäten in Wien liegen. 570 Millionen EUR auf 10 Jahre, also 57 Millionen EUR pro Jahr. Wissen Sie, wie viel der PID ausmacht, wie viel Geld für den PID, für den Presse- und Informationsdienst zur Verfügung steht? *(GR David Ellensohn: Weniger!)*, 52 Millionen EUR. Was ist das für eine Relation? Schulsanierung 57, PID 52. Das spricht für sich.

Aber damit nicht genug. Gerade im Ressort Oxonitsch werden auch gerne noch Zusatzkampagnen beschlossen. Ich darf Ihnen ein paar aufzählen: Pflegeeltern 2012: 485 000 EUR, Pflegeeltern 2011 750 000 EUR; Weihnachts- und Neujahrskommunikation 2012: 1,6 Millionen EUR, Weihnachtskampagne 2011: 1,9 Millionen EUR; Arbeit mit Fan-Gruppen 2011: 950 000 EUR, allgemeine Information MAG ELF 2012: 2 Millionen EUR. Und so weiter und so fort.

Meine Lieblingskampagne ist ja die über Weihnachten und Neujahr. Also wir informieren jetzt seit fünf Jahren die Wienerinnen und Wiener, dass am 24. Dezember Weihnachten ist. Im Akt haben wir eine Begründung, die dann als Deckmäntelchen hergenommen wird: Wir informieren ja auch über psychosoziale Dienste an den Feiertagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dafür brauche ich keine 2 Millionen EUR, das kann ich im ORF in „Wien heute“ verlautbaren. Da haben die Leute mehr davon, denn sie schauen sich das dann nämlich auch an, im Unterschied zu diesen Kampagnen, die irgendwelchen Gratiszeitungen beigelegt sind, denn die wer-

den weggeworfen.

Pflegeelternkampagne, ganz besonders nett. Da habe ich jetzt unlängst ein ganz tolles Erlebnis gehabt mit dem Kollegen Vettermann, der mir via OTS ausgerichtet hat, dass diese Kampagnen ja so wahnsinnig erfolgreich sind. Er hat sich dabei auf eine Kampagne bezogen, die 500 000 EUR ausgemacht hat. Und dafür hat es – halten Sie sich fest! – 120 Neumeldungen gegeben. 120 Neumeldungen bei einer Kampagne um 500 000 EUR!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie nicht kreativer sind, wenn Sie keine anderen Möglichkeiten wissen, an Pflegeeltern heranzukommen, dann ist das ein Armutszeugnis. Wir werden daher heute einen Antrag einbringen. *(GR Mag Thomas Reindl: Zum Beispiel? Einen Vorschlag!)* Ich sage Ihnen, arbeiten Sie mit Familienverbänden zusammen, arbeiten Sie mit verschiedenen Kirchen zusammen, egal, ob muslimisch, katholisch, evangelische Familienverbände. Gehen Sie direkt dort hinein und schmeißen Sie das Geld nicht mit beiden Händen für Werbekampagnen beim Fenster hinaus. *(GR Mag Thomas Reindl: Dafür lieber den Kirchen hinterher!)* Es wird auch Ihnen nicht entgangen sein, Herr Kollege Reindl, man kann sich gute Berichterstattung dauerhaft auch nicht mit viel Geld kaufen.

Wir werden heute einen Antrag einbringen, die Kosten für den PID zu reduzieren und zu beschränken. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf von GR Mag Thomas Reindl.)* Ich habe es gerade gesagt, man kann sich dauerhaft auch nicht mit sehr viel Geld gute Berichterstattung kaufen, denn gerade das Ressort Oxonitsch ist ein Ressort der vielen offenen Baustellen. Das Thema Stadthallenbad werden wir morgen noch ausführlich besprechen, aber auch die Missbrauchsfälle in städtischen Kinderheimen nehmen mittlerweile ein bestürzendes Ausmaß an. Sie setzen selbst eine Kommission ein und behindern dann im eigenen Haus die Arbeit dieser Kommission. Aber darüber werden wir noch gesondert sprechen.

Wir haben seit gestern oft gehört, dass es sich hier um ein Schuldenbudget handelt. Wir als ÖVP werden diesem Budget nicht zustimmen, aber nicht nur deshalb, weil es ein Schuldenbudget ist, sondern weil es – und davon bin ich überzeugt – ein Budget des Mauerns und Zudeckens ist, ein Budget des Vertuschens und Verschleierns. Das ist ein Budget, wo man ganz genau feststellen kann, dass die hier in Zahlen gegossene Politik eine Politik des roten Machterhaltes ist. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Seine Zeit wird ebenfalls auf 12 Minuten eingestellt.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Nachdem man ja hier die Chance nutzen und auch miteinander reden soll, greife ich einen Punkt auf, den die Vorrednerin, GRin Leeb, eingebracht hat, nämlich das mit den Pflegefamilien.

Es ist bekannt, dass auch die GRÜNEN der Meinung sind, dass das Werbevolumen der Stadt Wien nicht unbedingt gesteigert werden muss oder soll, aber gerade

die Kampagne rund um die Pflegefamilien verwende ich auch als gutes Beispiel. Jetzt habe ich ganz kurz nur überschlagen: 500 000 EUR für die Pflegefamilien, 120 neue Bewerbungen. Das waren die Zahlen, die die Frau Leeb jetzt verwendet hat. Das sind auf die Schnelle 4 167 EUR, gerundet, pro Kind, das vorher nicht besonders gut dran ist und dann eine Familie bekommt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wie viele davon sind geblieben?*) Herr Jung, wenn es ein Drittel ist, sind es halt 12 000. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wie viele sind es wirklich?*) Na, sagen wir ein Drittel, sagen wir 12 000 EUR. Ist es das wert, dass die Stadt Wien sich bemüht, Pflegefamilien zu finden für ein Kind? Und jetzt nehmen wir das Kind. Das ist ja noch klein, und das wird noch, bis es 17, 18, 20 Jahre alt ist, in einer Familie sein. Das kostet uns 12 000 EUR. Ist es das wert oder nicht? (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*) Sagen wir jetzt, das ist pro Jahr kein Tausender. Ich schaffe also bessere Bedingungen für ein Kind für weniger als 1 000 EUR im Jahr.

Da sage ich ganz ehrlich ... (*Zwischenruf von GRIn Ing Isabella Leeb.*) Frau Leeb, Sie würden Beispiele finden beim PID, wo wahrscheinlich ein paar Leute von uns oder alle vielleicht auf Ihrer Seite sind, aber verwenden Sie bitte nicht die Kampagne für die Pflegefamilien. Die finde ich tatsächlich gut. Und wir sind doch alle froh, wenn Kinder, denen es nicht gut geht, eine Pflegefamilie finden. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Zur Bildung in Wien an sich. Das ist ja für jeden, der etwas für Gerechtigkeit, für sozialen Frieden und für Möglichkeiten und Chancen übrig hat, das zentrale Thema. Das Ärgerliche an dem Thema ist, dass ganz viele Fakten da sind, dass nahezu alles schon bekannt ist und die Politik trotzdem in die andere Richtung fährt. Und das hat halt leider in dieser Frage sehr, sehr viel mit der Österreichischen Volkspartei zu tun. Das Schräge daran ist, wie das jedes Mal ist, wenn einer ausscheidet aus der Politik. Der Herr Salcher ist lange Jahre hier gesessen. Da habe ich nie irgendwelche konstruktiven Vorschläge gehört in Richtung: Soll man Kinder vielleicht etwas länger gemeinsam unterrichten, wie das in anderen Ländern üblich ist? Soll man ihnen vielleicht die Möglichkeit geben, den ganzen Tag in die Schule zu gehen? Das habe ich nicht gehört. Kaum ist ein ÖVP-Politiker draußen aus der Politik, werden Bücher geschrieben, wo genau die Vorschläge aller progressiven Kräfte von den GRÜNEN, von der Sozialdemokratie und von anderen drinstehen. Das passiert uns immer wieder.

Das ist gut, weil es bedeutet, dass es ohnehin irgendwo vorhanden ist, aber offensichtlich darf man es noch nicht sagen. Es heißt aber, es gibt Bewegung. Das muss man einmal positiv nehmen. Das gilt auch für den Herrn Landeshauptmann aus Tirol, über den ich nicht lauter schöne Sachen sagen kann, aber jetzt konzentrieren wir uns einmal auf die besseren. Der hat natürlich einen Vorteil, der hat nämlich ein sehr gutes Beispiel, wie das anders klappt als mit der alten ÖVP-Politik bei Bildung, nämlich Südtirol. In Südtirol werden die Kinder nicht früh getrennt. In Südtirol ist den ganzen Tag Schule. Übrigens sind Ganztagschulen ganz auffallend oft katholische Privatschulen, nämlich fast immer, auch in

Wien. Mein Sohn geht ja nicht in eine Privatschule, sondern in eine öffentliche in der Zennerstraße, aber daneben ist das Josephinum, und natürlich ist das eine Ganztagschule, und zwar schon seit, ich weiß nicht, wie lange, seit immer schon. Also dort, wohin die konservativen Eliten ihre Kinder bringen, dort ist schon den ganzen Tag offen. Das ist klar, denn dort muss es gehen, nur für den Rest soll das nicht gelten. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Wohin gehen Ihre Kinder?*) Herr Kowarik, meine gehen in den öffentlichen Kindergarten und in öffentliche Schulen. Überhaupt kein Problem.

Diese Bildungsfragen brauchen in Österreich leider, leider, leider oft Zweidrittelmehrheiten. Aber ich bin zuversichtlich. Nachdem es die Wirtschaft verstanden hat, nachdem es die Industriellenvereinigung verstanden hat, nachdem es der Landeshauptmann von Tirol – das hätte ich nicht für möglich gehalten – verstanden hat, werden wir irgendwann dort sein, dass es die gesamte Österreichische Volkspartei als Linie übernimmt.

Es gibt ja eh Bewegung, auch wenn die zuständige Ministerin auf Bundesebene sagt, sie würde lieber Rot-Grün haben, was ich verstehe, nämlich gerade in dieser zentralen Frage. Bildung ist das Um und Auf. Das fängt beim Kindergarten an. Deswegen ist Wien großes Vorbild. Wir sind immer noch die Einzigen, die einen Gratis-Kindergarten haben. Wir in Wien sind die Einzigen, die dieses Barcelona-Ziel erreicht haben. Das hat jetzt nichts mit Fußball zu tun, sondern – wer es nicht weiß – es bedeutet, ein Drittel der Ein- bis Dreijährigen in öffentlichen Einrichtungen unterzubringen. Da haben wir alle anderen Bundesländer weit abgehängt. Ziel ist aber nicht ein Drittel, sondern natürlich 50 Prozent. Wir wollen ja nicht nur Erste sein, sondern wir wollen den ersten Platz verteidigen.

Das ist eine große Aufgabe, aber es ist hier bei uns jetzt schon möglich für Familien, wo zwei Leute arbeiten gehen, und – das ist ja gestern von allen Fraktionen auch so gesagt worden – es arbeiten halt in vielen Familien zwei Leute. Gerne. Man muss nicht immer dazusagen, dass sie es müssen, sondern hoffentlich gehen die meisten Leute gerne arbeiten. Das kann man hier machen, weil der Kindergarten offen hat. Nicht wie in Niederösterreich, wo es, ich weiß nicht, wie viele Schließstage im Jahr gibt. Wir haben ja nicht einmal zehn Schließstage im Jahr. In Niederösterreich haben sie mehrere Monate geschlossen. Wie das Leute organisieren sollen, weiß ich nicht. Trotzdem muss man immer dranbleiben, denn man verteidigt einen ersten Platz nicht, indem man sich einfach zurücklehnt, sondern indem man darum kämpft, dass es immer besser wird.

Bei den Schulen, Ganztagschulen, Campusschulen ist alles vorbildlich hier. Man sollte mehr machen. Ja, allerweil! Wenn wir das Geld selber drucken können, werden wir viel mehr machen, aber von der Richtung und im Vergleich in Österreich ist Rot-Grün in Wien mit Abstand die Nummer 1.

Das Schulsanierungspaket ist angesprochen worden. Ich gebe schon zu, natürlich wäre es ideal, wäre jede Schule auf einem Topstandard, und jede Schule hätte es verdient, dass sie die Stückeln spielt, die diese Campus-

schulen in Zukunft spielen werden, die gar nicht mehr so ausschauen wie Schulen. Das sind niedrige Gebäude. Das schaut dann alles ein bisserl anders aus. Das ist dann wie in Finnland, wo Sie in eine Schule gehen und nicht wissen, läuft der Unterricht oder nicht. Da braucht man halt ein bisserl Bewegung im Kopf. Es soll ja nicht denen nützen, die die Schule besuchen, sondern es soll den Kindern nützen. Die sollen am meisten davon profitieren.

Da sind wir überall auf einem guten Weg. Ich gebe allerdings zu, wenn man den Reichtum in Österreich besser verteilte, hätte man auch in diesem Bereich mehr Möglichkeiten.

Das Wichtigste im Bildungsbereich muss bleiben, dass wir allen Kindern alle Chancen einräumen. Das sehe ich gefährdet durch zwei Ansätze, die hier auch immer wieder auftauchen. Bei dem einen hat man das Gefühl, dass lauter Panik herrscht, dass irgendwelche Elitekinder nicht entsprechend gefördert werden. Da muss man wirklich bitte nicht immer Skandinavien nehmen, nehmen wir Südtirol, wo diejenigen, die mehr Talente mitbringen, die schon früher mehr gefördert wurden, die von daheim mehr Unterstützung haben, auch aus dem Schulsystem mit besseren Ergebnissen aussteigen. Wir haben ja nicht nur das Problem, dass wir viele hinten haben und draußen lassen, sondern es stimmt ja tatsächlich, unser System hilft auch denen nicht, die, aus welchen Gründen auch immer, vorher mehr konnten oder mehr Hilfe zu Hause hatten, sondern es führt dazu, dass auch die nicht mehr abwerfen. Unten schlecht und oben schlecht! Da gibt es ums gleiche Geld anderswo Besseres. Nur muss man sich bewegen in der Frage. Aber die Bewegung sehe ich nicht.

Was gestern hier aufgeführt wurde vom rechten Rand – das gilt sicher auch für die Bildungspolitik; wir werden es noch hören –, aber es funktioniert halt einmal nicht, dass man Kindern eine Chance gibt, je nachdem, welche Staatsbürgerschaft oder welchen Pass sie haben. Die österreichische Nationalmannschaft im Fußball wird ja auch nicht so zusammengestellt – ich weiß nicht, ob die alle Söhne haben –, dass automatisch der Sohn vom Hans Krankl und der Sohn vom Herbert Prohaska und der Sohn vom Friedl Koncilia spielen. *(GR Johann Herzog: Man nimmt die, die es gelernt haben!)* So sucht man das nicht aus, sondern man nimmt die, die Fußball spielen können, und schaut, dass man davon die besten elf findet. *(Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.)* Wenn es nach den Rechten gehen würde in dem Haus, hätte ja ein David Alaba nicht nur nicht mitgespielt in der Nationalmannschaft, sondern den hätten Sie schon lange rausgeschmissen. *(Zwischenruf von GR Heinz Vettermann. – Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Gestern haben wir es wieder sehr deutlich gehört, und auch das zeigt die gestrige Debatte natürlich – ich habe jetzt am Anfang ein Rechenbeispiel gebracht –: Man müsste natürlich in den Schulen auch so etwas Ähnliches vorantreiben wie ein Zusammenleben, denn das, was gestern da passiert ist und offensichtlich wieder zum neuen Stil gehört, wo die Witze wieder auf einem Niveau waren, wie es vielleicht auf den Buden passt, das

hat mich, muss ich sagen ... betroffen gemacht, ist das falsche Wort, denn damit rechnen wir, aber gestern ist es wieder herausgekommen, was drinnen ist. Denn gestern war es bei denen, die manchmal da sitzen wie die Sirs und die in den letzten Jahren versucht haben, das Spektrum zu erweitern, wieder vorbei, gestern war es wieder vorbei damit. Gestern sind Sie wieder gekommen mit ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Na, womit?)*

Senol Akkilic sagt, es kommen Flüchtlinge im Schlauchboot. Wir wissen, dass jedes Jahr über tausend Menschen im Mittelmeer ertrinken, und da fällt dem Klubobmann der FPÖ nichts anderes ein, als einen blöden Witz zu machen: Ihr wollt wahrscheinlich eine Pendlerpauschale! One way! – Das ist schon etwas, wo ich mich denke, macht die Witze bitte auf den Buden, aber nicht hier herinnen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Was hat das mit Bildungspolitik zu tun, was Sie da jetzt sagen?)*

Und was hat das mit der Bildungspolitik zu tun? *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, sagen Sie es uns?)* Ohne Sippenhaftung zu betreiben, aber natürlich hat das Elternhaus einen Einfluss auf uns. Wir kommen ja nicht auf die Welt und sind dann im luftleeren Raum, sondern wir haben Eltern, die uns miterziehen, die Freunde, wo immer wir hingekommen, sind andere Leute mitverantwortlich. Wir können uns aber nicht ausschließlich darauf verlassen, dass das zu Hause super funktioniert. *(GR Mag Wolfgang Jung: Weil Sie damit ein Problem haben!)* Und ich gebe schon zu, mit dem Elternhaus, das der Herr Kowarik und der Herr Gudenus haben, hat man halt schlechte Startbedingungen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ungeheuerlich, was Sie da sagen!)* Und dann passiert es dir, dass du später sozial nicht so verträglich bist, wie wir es brauchen für ein gemeinsames Zusammenleben. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist eine ungeheuerliche Art und Weise, wie Sie hier reden!)* Von mir hören Sie das ganze Jahr keinen Fäkalausdruck da herausen. Alles, was ich mache, ist, Fakten aufzuzählen. *(Lebhafte Zwischenrufen bei FPÖ und GRÜNEN.)* Ich verstehe nicht. – Nein, von Kinderstube dürfen Sie nicht nur seit gestern kein Wort mehr sagen *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*, denn was Sie gestern da aufgeführt haben, war derart letztklassig. Wir haben es eh alle mitgekriegt. Den Gefallen werden wir Ihnen tun und hin und wieder da herinnen darüber reden. Draußen reden wir trotzdem über Mieten und über die Verkehrspolitik und hundert andere Sachen. Wir werden schon schauen, wie diese ganzen Diskussionen laufen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ja wirklich unglaublich!)*

Wichtig wäre, dass man in der Schule auch das Zusammenleben lernt. Das funktioniert nämlich ganz leicht. Mein Bub geht in eine Volksschule, 2. Klasse, schön durchgemischt. Da sind Kinder aus allen möglichen Ländern, die sprechen alle möglichen Sprachen. Meinem Sohn ist dann aufgefallen, dass zwischendurch die Lena halt „nur“ Deutsch kann, während die meisten anderen irgendetwas Zweites können: Italienisch, Serbisch, Türkisch, viele andere Sprachen, meiner halt noch Holländisch. *(Zwischenruf von GRin Mag Dr Barbara Kappel.)* Die Lena kann allerdings sehr gut Flöte spielen. Also es

bringen alle verschiedene Talente mit.

Ich glaube, für ein friedliches Zusammenleben brauchen wir tatsächlich ein Schulsystem, das auch denjenigen, die ein schwieriges Elternhaus haben, mehr Chancen einräumt. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsordnung hat sich der Klubobmann der FPÖ, Mag Gudenus, zu Wort gemeldet.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Es ist jetzt nicht unbedingt wegen der Aussagen des Herrn Ellensohn, denn immer wenn er hier herauskommt, ist automatisch die Würde des Hauses unterschritten. Das ist einmal ein Automatismus, das wissen wir schon alle. Es geht jetzt auch gar nicht so sehr darum, dass er zwei Familien beleidigt hat, Söhne, Eltern. Das macht er gerne, das ist sein Stil. Das werden wir jetzt aber auch in einer Präsidiale besprechen, die ich ersuche einzuberufen. Aber nicht nur deswegen, denn das ist ein Nebenaspekt. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ist das nicht Wiederbetätigung?)* Ja, Herr Margulies, Sie sind der Nächste, der wirklich mit den miesesten Methoden eines Gott sei Dank längst vergangenen untergegangenen Systems argumentiert: mit Sippenhaftung. Das ist wirklich schändlich, Herr Margulies! Ganz widerlich! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Ich habe es gestern festgestellt: Der Faschismus von heute sagt, er ist der Antifaschismus. Und da sitzt er! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ich habe geglaubt, Sie reden zur Geschäftsordnung!)*

Aber wie gesagt, ich verlange eine Präsidiale, weil sich gestern im Zuge der Debatte in den Reihen der Abgeordneten etwas abgespielt hat einem Abgeordneten gegenüber, nämlich gegenüber dem klubungebundenen Mandatar. Ihm wurde seitens eines SPÖ-Abgeordneten angedroht, dass er möglicherweise Probleme in seinem privaten Beruf bekommen könnte, weil er so argumentiert, wie er hier draußen argumentiert hat.

Und das können wir uns nicht gefallen lassen, dass hier von Abgeordneten der anscheinend oder eingebildet übermächtigen SPÖ solche Konsequenzen angedroht werden. Das kann es hier im Haus nicht geben! So etwas darf es in Österreich nicht geben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich verlange eine Sonderpräsidiale, wo alle diese Sachen auf den Tisch kommen und ausgesprochen werden. Und da muss es Konsequenzen geben. Da kann es nicht sein, dass es so wie damals beim Meckie Messer Nevrvy keine Konsequenzen gibt. Hier muss es Konsequenzen geben. Und das fordere ich ein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Natürlich könnten wir jetzt eine Unterbrechung der Sitzung machen. *(GR Johann Herzog: Machen Sie es! Das ist gefordert!)* Natürlich können wir sie machen, aber wenn das Wort zur Geschäftsordnung verlangt wird, und man setzt in einem Stil fort, den man eigentlich kritisieren

möchte, dann würde ich wirklich meinen, dass wir hier in diesem Hause an uns selbst sehr, sehr stark zu arbeiten haben.

Wenn ich weiß, welche Vergangenheit der Vater von GR Margulies hat *(GR Johann Herzog: Das interessiert doch niemand!)*, und wenn ich weiß, welche Auswirkungen derartige Worte, wie sie jetzt an ihn gerichtet wurden, haben *(GR Johann Herzog: Das geht doch niemanden etwas an! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* – Entschuldigung, wenigstens der Vorsitzende wird ein bisschen ausreden dürfen *(GR Johann Herzog: Wir haben ja keine Sippenhaftung!)*, dann bitte ich ganz einfach, bei all euren Wortmeldungen, egal von welcher Fraktion, die persönlichen Untergriffe, die hier passieren, wirklich zu unterlassen *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, dann sagen Sie das den GRÜNEN!)*, weil diese persönlichen Untergriffe zu nur einer einzigen Auswirkung führen: Wir drehen wieder die Schraube der Negativworte in die Höhe, und diese Schraube der Negativworte bewirkt, dass hier ein Klima existiert, in dem eine demokratische Kooperation schwieriger wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, aber wer hat denn jetzt geredet?)*

Deswegen würde ich wirklich bitten, von Haus aus diesen Kampf der Worte, der unterschwellig passiert, wegzulassen. Es gibt genügend inhaltliche Argumente, die möglich sind, um das sagen zu können, was man meint. Und ich glaube, jede Person, die hier im Gemeinderat sitzt, hat auch intellektuell die Möglichkeit, dieses auch so zu machen.

Also, wenn es gewünscht wird, unterbrechen wir die Sitzung für eine Präsidiale, und ich würde bitten, dass wir uns bei der Frau Kriz zusammensetzen.

(Die Sitzung wird von 9.30 bis 9.53 Uhr unterbrochen.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben jetzt ein sehr intensives Gespräch in der Präsidialkonferenz gehabt, und ich möchte hier zumindest dem Gemeinderat mitteilen, dass ich mir die Protokolle der letzten Rede, die Zwischenrufe der letzten Rede, aber auch die Protokolle von gestern am Abend zu einer Zeit, wo ich leider aus persönlichen Gründen nicht anwesend war – weil es mir gesundheitlich nicht sehr gut gegangen ist, sage ich gleich ehrlich dazu –, anschauen werde, weil es hier, wie ich meine, doch einiges aufzuarbeiten gibt.

Eines ist aber einhellig in diesem Gespräch mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz jetzt herausgekommen: Was hier vor dem Mikrofon manches Mal wieder gegeben wird, zeigt nicht das an und für sich gute Gesprächsklima, das zwischen den Fraktionen bei den Beratungen in den Beratungszimmern herrscht, und die Frage ist schon gerechtfertigt: Warum ist der Unterschied ein so großer? Warum kann man äußerst konstruktiv zusammenarbeiten bei den internen Gesprächen, und hier im Gemeinderatssitzungssaal passiert es nicht?

Da gab es auch den Wunsch – und ich wiederhole das, was ich vorher gesagt habe –, dass wir trotz der ideologischen Unterschiede, die ja existieren, sonst hätten wir nicht hier in diesem Raum vier verschiedene

Parteien und einen Parteiunabhängigen – diese ideologischen Unterschiede sollen, können und müssen ausgeglichen werden können; wenn das nicht möglich wäre, müssten wir die demokratische Frage stellen hier in diesem Raume –, daher war es also der Wunsch, und zwar einhelliger Wunsch, dass wir trotz der ideologischen Unterschiede die persönlichen Untergriffe auf Mandatare und Mandatarinnen weitestgehend, wenn nicht insgesamt unterlassen.

Das ist nicht notwendig, dass Derartiges passiert, und es ist auch nicht notwendig, dass es in den Reihen dann Untergriffe gibt, die abzulehnen wären. Ich sage es bewusst so mit dem „wären“, weil wir es erst nachrecherchieren werden. Das hat alles hier in diesem Raum nichts zu suchen, es hat aber auch mit der Geschäftsordnung nichts zu tun, was zwischen den einzelnen Gesprächen passiert.

Das wollte ich hier nur sagen. Ich hoffe, ich habe damit die Meinung aller Parteien in der Präsidialkonferenz wiedergegeben.

Wir setzen fort mit der nächsten Wortmeldung. GR Nepp hat sich zu Wort gemeldet. Seine Redezeit wird auf 15 Minuten eingestellt.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Damit die Gemüter ruhig bleiben und auch alles sachlich debattiert wird – dafür bin auch ich –, werde ich Ihnen einmal eine Geschichte erzählen. Das kennen Sie ja sicher auch wie viele andere Wiener. Wenn man so durch die Stadt geht in der heutigen Zeit, so von A nach B, ist man meistens in Gedanken versunken und denkt über vieles nach, über die Arbeit, über Privates, über Familiäres. Und vor allem in der Vorweihnachtszeit und dann um die Weihnachtszeit im Dezember nimmt ja diese ganze Hudelei, dieser Stress und so weiter immer mehr zu, und man nimmt eigentlich seine Umgebung gar nicht mehr so richtig wahr. Aber dadurch, dass es von der SPÖ und auch von den GRÜNEN ja immer heißt, Wien ist so toll und so lebenswert und alles Mögliche, haben ich mitgedacht in den letzten Monaten, jetzt ich gehe einmal bewusster durch die Stadt und schau mir das einmal an.

Ich muss Ihnen sagen, das, was ich da gesehen habe, war mir vielleicht schon unterbewusst bekannt, aber es hat mich dennoch wirklich zutiefst betroffen gemacht. Was man da gesehen oder gehört hat, wenn man da ein bisschen durch die Straßen flaniert, hat mich getroffen, denn im roten Wien, muss man sagen, ist die Armut der Menschen enorm gestiegen, und zwar viel mehr als in den letzten Jahren. Da meine ich jetzt nicht die Bettlerei auf der Straße, in Kirchentoren, in Hauseingängen, nein, ich meine diese alltägliche Armut, und die trifft vor allem junge Menschen. Denn wenn sich die unterhalten und man hört dann ständig am Ende des Monats, sie wissen nicht mehr, wie sie Rechnungen bezahlen können, wie Strom und wie Gas, und sie wissen nicht, wie sie heizen sollen, dann ist das eigentlich schon bedrückend. Oder man sieht junge Familien und hört, wie sich die Eltern unterhalten, dass jetzt der Winter wieder kalt wird und dass man Schneeschuhe braucht für die Kinder oder

einen Schneeanorak, der auch wieder 150 EUR kostet, aber sie haben dieses Geld nicht.

Das muss uns alle hier ja eigentlich wirklich persönlich betroffen machen, und es muss auch einmal die Schulfrage gestellt werden. Wer hat denn diese Situation in den letzten Jahrzehnten hier verschuldet? Und da muss man ehrlich sagen und das müssen Sie sich auch endlich eingestehen, dass diese rot-grüne Stadtregierung mit ihren unsozialen Gebührenerhöhungen für Strom, Gas, Wasser et cetera die Menschen in die Armut getrieben hat. Und das haben Sie zu verantworten, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber nicht nur die finanzielle Armut steigt, sondern leider auch die Bildungsarmut. Es ist ja besonders erschreckend im roten Wien, dass die bildungsferne Schicht von Jahr zu Jahr zunimmt und größer wird. Da frage ich mich persönlich schon, wie Sie das zulassen können, wenn Sie doch genau wissen und auch immer wieder betonen, dass Bildung unsere Zukunft, Bildung unser Kapital ist. Ich gehe sogar noch weiter und sage, Bildung ist das Grundnahrungsmittel unserer jungen Menschen, und im Moment verhungern diese jungen Menschen intellektuell.

Das, meine Damen und Herren, haben Sie von Rot und Grün zu verantworten. Und eine treibende Kraft ist hier, neben StR Oxonitsch und Ihrer Fraktion, auch Ihre Bildungsministerin Schmied, das muss man auch offen sagen. Man kennt sie ja schon von früher, da hat sie ja schon einiges mehr oder weniger an die Wand gefahren, man erinnert sich an die Banken, an die Kommunalkredit, die hat sie ja schon gegen die Wand gefahren. Das Gleiche macht sie jetzt auch mit der Bildungspolitik. (*GR Heinz Hufnagl: Die größte dürfen Sie nicht vergessen, die Hypo Alpe-Adria!*) Auch die Bildungspolitik fährt sie gegen die Wand. (*GR Heinz Hufnagl: Hypo Alpe-Adria!*) – Und wie viel staatliche Förderung geht zur Kommunalkredit? Wollen wir jetzt gegenseitig aufwiegen? Ich sage Ihnen nur, sie hat schon einmal die Bank zerstört, und das Gleiche macht sie jetzt mit unserem Bildungswesen. Und in diesem Karren, den sie gegen die Wand fährt, sind Sie auch mit dabei, als Beifahrer, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das sage ja nicht nur ich, dass die Bildungspolitik schlecht ist, sondern das sagen ja auch viele internationale Studien. Das müssen Sie ja auch selber zugeben. Bei der PISA-Studie, zum Beispiel, sind wir immer im hinteren Ranking platziert, das letzte Mal waren wir, glaube ich, Dritttletzter. Das können Sie ja selber nicht wollen. Wollen Sie ständig irgendwo Letzter sein, in der PISA-Studie ganz hinten?

Ich sage, was ich will und was die FPÖ will: Wir wollen Erster sein. Wir wollen, dass unsere Kinder bei den Schülern wieder unter den Besten der Besten sind. Und da werde ich nicht müde, jedes Mal hier herauszukommen und unser freiheitliches Bildungskonzept zu präsentieren, weil Sie immer sagen, wir haben kein Konzept. Ich sage Ihnen, was wichtig ist, egal, ob das jetzt die Gesamtschule, die Ganztagschule, der Campus, die

Volksschule oder die Hauptschule ist. Es muss einmal der Grundkonsens herrschen, dass Deutsch ein wichtiger elementarer Bestandteil unserer Erziehung ist, meine Damen und Herren.

Und hier vor allem: Deutsch vor der Schule. Das bedeutet, es gehört endlich einmal ein objektiver Wien-weiter Sprachfeststellungstest bei den Schülern gemacht. Ich weiß, Sie sagen immer wieder, der werde jetzt schon in den Kindergärten gemacht. Da gibt es die Nahtstellenproblematik, das wissen wir auch. Also gehört endlich einmal ein Wien-weiter Sprachfeststellungstest vor der 1. Klasse Volksschule. Und wenn die Kinder dort nicht Deutsch können, dann gehen sie halt für sechs Monate in eine Deutschlernklasse, das ist eine Sonderlernklasse. Das ist doch tausend Mal besser, als wir schieben die Kinder bis zur 3. und zur 4. Klasse mit und dann kommen wir darauf, dass 14-Jährige, 15-Jährige da sitzen und kein Wort Deutsch können, geschweige denn sinnerfassend lesen. Das müssen Sie ja auch zugeben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)* Deswegen bringe ich den Beschlussantrag ein:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, verpflichtende Sonderlernklassen für Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen vor Schuleintritt einzuführen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da wir jetzt aber draufgekommen sind, dass hier anscheinend viele Kinder auf Grund der Nahtstellenproblematik durchschlüpfen und dann erst wieder in die 1. Klasse Hauptschule, Wiener Mittelschule, Gymnasium und so weiter kommen, halte ich es auch persönlich für eine großartige Idee, dass man auch eine zweite Sprachfeststellungsprüfung macht, nämlich nach der 4. Klasse Volksschule, wo man schaut, ob sie das, was sie in der Volksschule hätten lernen sollen, eigentlich gemacht haben. Und wenn sie das am Ende des 4. Volksschuljahres nicht können, dann gibt es einen Sommerkurs beziehungsweise, wenn der auch nicht richtig bestanden wird, eben auch ein Sonderlernen in Deutsch. - Auch diesbezüglich bringen wir einen Beschlussantrag ein und verlangen die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Deutsch als Pausensprache ist auch etwas, was wir immer verlangen, damit die Kinder nicht nur im Unterricht, sondern auch untereinander die deutsche Sprache erlernen – sei es am Schulhof, sei es am Sportplatz, in der Schule auf jeden Fall. Dies soll durch eine Vereinbarung zwischen Eltern, Lehrern und Schülern auf freiwilliger Basis verordnet werden können. Dieses Deutsch als Pausensprache ist auch nicht neu. Sie wehren sich immer dagegen, ich weiß nicht, warum. Es ist eine großartige Idee und würde auch der Integration, die Sie immer so hochhalten, dienlich sein. - Auch in dieser Hinsicht wird über diesen Beschlussantrag die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein weiteres großes Problem ist der Lehrermangel. Das stelle ja nicht nur ich fest, sondern ja auch der Stadtschulrat. Sie wissen, es fehlen 900 Planstellen. Und das müssen Sie sich einmal vorstellen – 900 Planstellen, 900 Lehrer, das ist ja bitte schockierend. Das heißt, wenn wir nicht Mehrleistungen von Lehrern hätten beziehungsweise

nichtqualifizierte Lehrer oder noch nicht fertig ausgebildete Lehrer einsetzen würden, stünden etwa 100 Schulklassen leer, aber nicht von den Schülern her, sondern von den Lehrern. Sie müssen sich einmal vorstellen, kleine Kinder sind beim Erlernen von Sachen ja noch saugfähig wie ein Schwamm. Die wollen Deutsch lernen, Mathematik, Sachunterricht und so weiter. – Nein, Sie schaffen das nicht. Sie schaffen es nicht und sagen immer wieder, es gäbe vielleicht Geld, aber der Bund soll die Lehrer zahlen. Und was machen Sie stattdessen? Sie bauen sich Paläste und Denkmäler. Sie bauen sich zum Beispiel einen Palast wie den Skylink. 500 Millionen EUR haben Sie einmal prognostiziert, 1 Milliarde EUR hat er gekostet, 500 Millionen EUR zu viel. Wissen Sie, wie viele Lehrer das gewesen wären, wenn man dieses Geld umrechnen würde? Das wären in einem Jahr 12 000 Lehrer gewesen. Dagegen sind ja diese fehlenden 900 Lehrer, 900 Planstellen ein Klacks für die Finanzierung. Aber nein, das wollen Sie nicht. Sie bauen sich Paläste und Denkmäler. Und genau das wird auch in den Geschichtsbüchern stehen, wenn in 100 Jahren die Kinder etwas über die untergegangene Sozialdemokratie lernen, dass das Letzte, was Sie in der Regierung gemacht haben – damals 2015 – Folgendes war: Die Sozialdemokratie hat sich Paläste und Denkmäler gebaut, aber keine Schulen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich fasse unser freiheitliches Konzept hier noch einmal zusammen: Deutschfeststellung vor der Schule, vor Schuleintritt, während des Schulübertrittes 4. Klasse Volksschule, zweitens Deutsch als Pausensprache und drittens mehr Lehrer. Sie sagen immer, Bildung ist unser wichtigstes Gut. Dann investieren Sie in die Bildung, investieren Sie in die Zukunft, investieren Sie in unsere Kinder!

Welchen Stellenwert die Kinder haben, sieht man ja auch daran, wie die SPÖ und die GRÜNEN anscheinend mit der Problematik der Kinderheime umgehen. Denn ich sage – und das muss auch für alle Grundkonsens sein –, dass diese Kinder ein Recht haben, ein Recht auf Aufklärung, was damals geschehen ist. Und wenn man dann hört von der Frau Helige, dass sie die angeforderten Personalakten der MA 2 mit der Begründung nicht ausgefolgt bekommt, dass das Datenschutz ist, dann sage ich mit meiner Fraktion klipp und klar: Bei Verdacht des Kindesmissbrauchs dürfen Sie sich nicht hinter dem Datenschutz verstecken, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Oder haben Sie etwas zu verbergen? Ich weiß nicht, haben Sie etwas zu verbergen? Das gibt es ja nicht.

Ich stelle deswegen den Antrag, volle Aufklärung zu gewährleisten, dass die zuständige Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal aufgefordert wird, unverzüglich für die Aushändigung aller angeforderten Akten an die Helige-Kommission zu sorgen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weiters hört man immer wieder Aussagen von Betroffenen, dass sie ihre rechtlichen Ansprüche auf Schmerzensgeld nicht durchsetzen können, weil hier die

Verjährung schlagend wird, die Einrede der Verjährung. Es liegt auch in Ihrem Verantwortungsbereich der Gemeinde Wien, diesen Opfern Gerichtsverfahren zu ermöglichen und auch das Leid zu entschädigen. Sie verwenden ja immer ständig das Wort Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, das haben Sie sich ja groß auf Ihre Fahnen geschrieben. Aber anscheinend treten Sie hier, bei den Ärmsten der Armen, bei diesen Kindern, bei diesen misshandelten Kindern das Wort Gerechtigkeit wirklich mit den Füßen.

Deshalb bleibt mir nichts anderes übrig, als einen Antrag zu stellen, um der Bevölkerung Ihr wahres Gesicht zu zeigen, nämlich ein kaltherziges, und fordere Sie auf, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, damit eben diese Gerichtsprozesse bei Missbrauchsfällen stattfinden können. Auch hier fordere ich die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie wissen, es ist auch eine langjährige Forderung von uns Freiheitlichen bei diesem traurigen Fall in Wien, nämlich bei diesen Kinderheimen, dass das Leid endlich einmal öffentlich anerkannt und auch in Form eines Gedenksteins oder einer Gedenktafel öffentlich gemacht wird.

Ich habe diesen Antrag schon einmal gestellt, er wurde von Rot und Grün beinhart niedergestimmt. Und da habe ich mir gedacht, vielleicht ist das schlecht kommuniziert worden, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Ihnen das nicht auch ein Anliegen sein wird. Deshalb habe ich einmal in einer Zusatzfrage den Bürgermeister gefragt, ob er sich vorstellen kann, dass so ein Gedenkstein auf dem Wilhelminenberg errichtet wird. Er hat damals gesagt, selbstverständlich könne er sich so etwas vorstellen, es sei wichtig, dass so ein Leid auch öffentlich gemacht werde.

Jetzt weiß ich schon, dass Sie Ihrem Bürgermeister kein Faymann-Schicksal antun wollen, denn der Werner Faymann will ja auch immer alles politisch umsetzen oder will zum Beispiel auch im U-Ausschuss auftreten, kann aber nicht, weil er nicht geladen wird. Und vielleicht kann auch hier der Herr Bürgermeister nicht selbstständig tätig werden.

Deshalb gebe ich Ihnen die Chance, auch das Wollen Ihres Bürgermeisters zu bestätigen und bringe einen Antrag ein, dass die Stadt Wien aufgefordert wird, einen Gedenkstein mit Gedenktafel in entsprechender Höhe und gut sichtbar beim Schloss Wilhelminenberg stellvertretend für die zahlreichen Kinder- und Jugendheime der Stadt Wien zu errichten, um auf diesen schrecklichen systematischen Missbrauch der Kinder hinzuweisen. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. Und ich bin mir sicher, wenn es Ihr Bürgermeister will, werden Sie ja sicher auch zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Am Schluss darf ich mich noch der Frau Ute Bock widmen. Sie wissen, diese ganzen Vorfälle standen in den Medien. Seien es jetzt die blutigen Wände, die sie in den Kinderheimen gesehen hat, wo sie ihre Hilfeleistung unterlassen hat, oder wo sie auch dann selber gesagt hat, sie habe die Kinder geschlagen, sie habe Tetschn ausgeteilt. Da frage ich mich schon persönlich als Vater,

ob ich meine Kinder eigentlich so einer Frau überantworten würde. Ich würde sagen Nein. Sie werden sicher auch sagen, Sie geben Ihr Kind nicht zu jemandem, der potenzieller Kinderschläger war.

Und zusätzlich zu diesen gesamten abstrusen Geständnissen der Frau Bock ist man jetzt auf etwas Weiteres daraufgekommen, nämlich dass sie anscheinend auch Spender hereingelegt hat. Und da waren ja nicht nur Sie von der SPÖ mit Ihrer Gewista dabei, wo Sie die neueste Kampagne sponsern: Nicht jeder Dieb ist ein Flüchtling, oder: Nicht jeder Flüchtling ist ein Dieb, oder so ähnlich.

Jedenfalls waren die Medien voll. Auch der „Kurier“ hat über diesen gesamten Spendenmissbrauch berichtet, dass Ute Bock über offenbar beinharte Untervermietungspraktiken eine Hausherrenmentalität des 19. Jahrhunderts an den Tag gelegt haben soll. Sie soll von sozial wirklich engagierten Spendern – und das finde ich persönlich verwerflich – kostenlos zur Verfügung gestellten Wohnraum um satte Beträge sogar an besuchswürdige Menschen vermietet und auch noch freiwillige Spenden eingestreift haben. Ich weiß, meine Redezeit ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Bitte zum Schluss kommen. GR Dominik **Nepp** *(fortsetzend)*: ... ist schon gleich aus, aber dennoch muss man sagen, so disqualifiziert sich eine Person, die Kinder geschlagen, die Hilfeleistungen unterlassen hat und die noch mit dem Leid anderer Menschen, nämlich mit Asylanten wirbt und das Mitleid anderer Menschen finanziell ausnützt. So eine Frau hat ein Ehrenzeichen der Republik Österreich nicht verdient, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)* Daher bringe ich noch einen Beschlussantrag ein:

„Der Gemeinderat fordert den Bürgermeister auf, sich bei der Bundesregierung für die Aberkennung des Goldenen Verdienstzeichens der Republik Österreich an Ute Bock einzusetzen.

Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und jetzt komme ich wirklich zum Schluss. Mein Schlusssatz lautet, egal ob bei Jugend, Bildung, Information oder Sport, dieses Ressort Oxonitsch scheitert einfach überall. Und darum kann ich wirklich nur empfehlen: Wenn Sie Ihr Ressort entweder nicht unter Kontrolle haben oder es Ihnen zu viel ist, lassen Sie es und quälen Sie nicht weiter die Wiener mit Ihrem Wirken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich Kollegen Aigner das Wort erteile, ist es mir ein Bedürfnis, die Jugendlichen auf der Galerie ganz herzlich hier zu begrüßen. Sie sind vom bfi Wien, von der Jugendwerkstatt, zu uns gekommen. Herzlich willkommen! *(Allgemeiner Beifall.)*

Zu Wort gemeldet ist GR Dr Aigner. Seine Redezeit beträgt 5 Minuten und 30 Sekunden. Ich stelle 6 Minuten ein und bitte dich ganz einfach, eine halbe Minute vorher aufzuhören.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadt! Meine Damen und Herren!

Das Ressort Oxonitsch ist ein ausgesprochen großes, umfangreiches und vielfältiges Ressort. Ich möchte vorausschicken, ich möchte nicht in deiner Haut stecken und für so viele Bereiche zuständig sein. Die Zeit erlaubt es auch nur, ein paar Bemerkungen zu einzelnen Bereichen abzugeben.

Ich glaube, gerade in Zeiten, in denen gespart werden soll und gespart werden muss, wäre es auch ein gutes Signal gewesen, wenn man im Bereich der Eigenwerbung der Stadt Wien ein Zeichen der Sparsamkeit gesetzt hätte. Dass Werbung und Information notwendig sind, ist unbestritten. Aber die Dimension ist in Wien sicherlich so gehalten, dass man manchmal das Gefühl bekommt, jedes Problem, das auftaucht, wird sofort mit einer Inseratenkampagne bearbeitet. Man glaubt offenkundig, dass man Probleme mit Inseratenkampagnen aus der Welt schaffen kann. Das hat man gesehen bei den Fan-Protesten beim Derby vor einem Jahr, da ist sofort eine Kampagne gekommen. Ich weiß nicht, ob eine Inseratenkampagne tatsächlich immer die richtige Antwort ist.

Wenn wir im Bereich des Sportes bleiben, fällt mir auf, dass sozusagen ein bisschen die politische Vision fehlt. Beim Stadthallenbad, über das wir noch ausführlich sprechen werden, werden halt die juristischen Schritte gesetzt. Aber wie es dann weitergehen soll, was danach kommen soll, ob man vielleicht das Stadthallenbad der MA 44 eingliedert, wo es Know-how für die Führung von Bädern gibt, diese politischen Antworten werden bis dato nicht gegeben. Es wird halt nur darauf verwiesen, dass das eben ein Prozess sei und dass man abwarten müsse, was irgendwelche Gutachter sagen. Und das wäre eigentlich die Aufgabe der Politik.

Was passiert mit dem Hanappi-Stadion? Auch das gehört direkt oder indirekt der Stadt Wien. Das ist nicht das Privateigentum des Mieters. Erst beschließt man 18 Millionen für eine Sanierung. Jetzt heißt es, das ist nicht sanierbar, bauen wir es neu. Da kann sich natürlich der Klub dort was wünschen, aber eigentlich sollte sich die Politik einmal überlegen, was wir mit unseren Wiener Großklubs machen, wohin die Reise gehen soll. Diese Zielorientierung ist bis dato nicht vorhanden und die würde ich vom Herrn Stadtrat gerne auch einmal proaktiv hören.

Zur Schulpolitik: Schulpolitik beschränkt sich immer auf reine Organisationsfragen. Ich denke aber, es kommt darauf an, was in den Schulen gemacht wird. Und da hat die Frau Kollegin Leeb völlig richtig gesagt, dass, wenn man nach neun Jahren Schule, egal wie es organisiert ist, Probleme mit dem Lesen und Schreiben und mit dem Rechnen hat, irgendetwas nicht stimmen kann. Ich weiß persönlich nicht, warum eine Gesamtschule, eine Einheitsschule die Lösung dieser Probleme sein soll. Es müsste doch möglich sein, wenn man schon vier Jahre Gesamtschule auf Ebene der Volksschule hat. So erfolgreich kann das Modell nicht sein.

Und wenn man dann über Südtirol hört. Südtirol mit einer sehr stark homogenen Bevölkerung ist kein gutes Beispiel. Wenn man sich die Bevölkerungsstrukturen in Südtirol anschaut, wo die Kinder sozusagen weit oben

am Berg in die Schule gehen müssen, dann ist das ein anderes Schulmodell als in einer Großstadt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und der Tiroler Landeshauptmann Platter ist ja auch noch nicht als Schulpolitiker besonders in Erscheinung getreten. Den verstehe ich auch persönlich nicht, weil gerade Tirol ein Beispiel ist, dass Hauptschulen sehr wohl gut funktionieren können, dass Hauptschulen keine Sackgasse sind. Die ganzen Schulen dort funktioniert noch. Da gibt es die Gymnasien in den größeren Orten, und in den gebirgigen Regionen, in den Dörfern gibt es gute und funktionierende Hauptschulen. Daher ist das genau das Beispiel dafür, dass eine Hauptschule überhaupt keine Sackgasse ist, dass es Durchlässigkeit gibt und so weiter. Ich weiß nicht, was da den Schwenk bewogen hat. Oder ich glaube, es zu wissen, will aber keine Spekulationen anstellen. *(GR Peter Florianschütz: Sag es!)*

Selbstverständlich sind ganztägige Schulformen wichtig. Die Frage ist nur, ob es ein Einheitsmodell oder ob es Wahlfreiheit gibt. Natürlich braucht man eine Nachmittagsbetreuung, natürlich sind auch verschränkte Formen notwendig. Aber es muss halt auch möglich sein, dass, wenn Eltern ihre Kinder am Nachmittag zumindest zeitweise selbst betreuen oder in die Vereine schicken wollen, es dann halt auch eine Wahlmöglichkeit gibt, indem man eine Nachmittagsbetreuung in Anspruch oder nicht in Anspruch nimmt. Wichtig ist Vielfalt, Differenzierung ist nichts Schlechtes und Elite ist kein Schimpfwort. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Ganz im Gegenteil, je besser die Menschen ausgebildet sind, desto größere Chancen haben sie. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Nein, es wird niemand selektiert, jeder hat alle Möglichkeiten. Sie wollen halt einfach eine Ihnen zutiefst zuwideren bürgerliche Institution abschaffen. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: In ganz Europa ist das so!)* Das ist im Prinzip das, was Ihnen nicht gefällt, und da braucht man nicht mitzumachen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ganz zum Schluss: Es ist auch wichtig, den Lehrerberuf attraktiv zu halten. Da gehören Rahmenbedingungen her, da gehört auch eine entsprechende Unterstützung seitens des Dienstgebers her, damit man nicht immer nur als Teilzeitjob-Wendegleis mit vielen Ferien dargestellt wird. Da darf man sich nicht wundern, dass vielleicht der Andrang auch nicht so groß ist.

Was mir gefällt, und wo ich schon sehr gespannt bin, ist die Evaluierung der außerschulischen Jugendarbeit, die auch viele Jahre gefordert und jetzt eingeleitet worden ist. Ich bin auf die Ergebnisse schon sehr gespannt. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Meidlinger. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit wird mit 15 Minuten eingegeben.

GR Ing Christian **Meidlinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn der Herr Aigner sich hierherstellt und meint, er

möchte nicht in der Haut des Stadtrates stecken und seinen Job haben, dann kann ich dir nur versichern, das wird auch nicht passieren, das kann ich dir garantieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die bildungspolitischen Ansichten, die du hier von dir gegeben hast, geben uns, glaube ich, dabei recht, dass wir uns bemühen, das alles zu verhindern. Denn es geht um Chancengleichheit, es geht darum, dass wir nicht im Alter von zehn Jahren eine Selektion machen. Es geht darum, dass wir allen Kindern *(GR Johann Herzog: ... eine schlechte Ausbildung bieten wollen!)* die gleichen und die besten Möglichkeiten bieten, und nicht darum, dass wir dieses System weiter behalten, das in Wirklichkeit nur mehr in Österreich und in Deutschland funktioniert, und sonst nirgendwo in ganz Europa. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Eben nicht!)* Ja, das stimmt, es funktioniert nicht, es gehört korrigiert und verbessert, und daher werden wir auch daran weiterarbeiten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte zur Frage der Lehrlinge kommen, weil die Frau Abg Leeb in ihrem Beitrag die Situation noch einmal dargestellt und die Wiener Ausbildungsgarantie erwähnt hat. Da muss man sich umgekehrt die Frage stellen: Was wäre denn, wenn es diese Wiener Ausbildungsgarantie nicht gäbe? *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das stellt kein Mensch in Frage!)* Dann hätten wir die Situation, dass wir die gleiche Jugendarbeitslosigkeit hätten wie in Spanien, dass wir die gleiche Jugendarbeitslosigkeit hätten wie in Griechenland oder auch, weil vielleicht das für manche zu weit weg ist, wir uns wie in Ungarn einer Zahl nähern, die 30 Prozent beträgt.

Man muss sich hier auch die Strukturprobleme genau anschauen. Wenn man sich anschaut, dass gerade die Wirtschaftskammer ja auch für die Berufsausbildung verantwortlich ist und ja auch die Qualität kontrollieren soll, dann könnte man vielleicht hier auch auffordern, dass die Wirtschaftskammer ihre Aufgabe wahrnimmt und die Qualität hier entsprechend kontrolliert wird. *(GRin Ing Isabella Leeb: Wird gemacht!)* Es dürfte nicht so sein, denn sonst könnten nicht 19 Prozent der Lehrlinge bei der Abschlussprüfung durchrasseln. *(GRin Ing Isabella Leeb: Haben Sie nicht zugehört?)* – Ich habe gut zugehört, aber hören Sie auch zu. Es kann auch nicht sein, dass zum Beispiel gerade aktuell im Einzelhandel 50 Prozent der Jugendlichen klagen, dass sie Überstunden machen müssen. Das ist nicht im Interesse der Lehrausbildung. Ich denke, hier sollte die Lehrlingsstelle auch einmal entsprechend durchgreifen, sich hier die Qualität anschauen, und es soll sich die Wirtschaft nicht immer nur auf vorher ausreden, denn die Wirtschaft könnte auch proaktiv etwas tun.

Reden wir doch auch über die Verlängerung der Berufsschulzeit. *(GRin Ing Isabella Leeb: Reden wir darüber!)* 120 Stunden Englisch in 3 Jahren im Einzelhandel sind einfach zu wenig. Das sollte die Wirtschaft nicht ständig blockieren, sondern erweitern wir die Berufsschulzeit, dann hätten wir vielleicht beide im Interesse der Jugendlichen etwas gewonnen. Dazu möchte ich Sie gerne einladen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kommen wir zum Tatsächlichen und zur Erfolgsge-

schichte der Wiener Kindergärten und des Gratiskindergartens. Es wurde ja bereits erwähnt, dass wir im Sommer 2012 als erstes und einziges Bundesland das Barcelona-Ziel erreicht haben. Das heißt, wir haben mit 33,9 Prozent die EU-Vorgabe von 33 Prozent für die Unter-Drei-Jährigen überschritten. Dieses Ziel ist damit übersprungen. Rechnet man die Null- bis Einjährigen heraus, dann haben wir hier sogar eine Quote von 50,9 Prozent erreicht, und das ist um 8 Prozent besser als noch vor einem Jahr. Ich denke, das ist ein ganz, ganz toller Erfolg hier in dieser Stadt.

Im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen haben wir das Barcelona-Ziel ja bereits längst erreicht. Wir überfüllen es, denn vorgegeben sind 90 Prozent und statistisch kommen wir derzeit auf über 100 Prozent, nämlich auf 100,9 Prozent.

Besonders wichtig ist, weil es auch hier immer wieder angesprochen wird, dass wir damit als Stadt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter gesteigert haben. Über 95 Prozent der Wiener Kinderbetreuungseinrichtungen bieten Öffnungszeiten an, die den Eltern eine Vollzeitbeschäftigung ermöglichen. Der österreichische Schnitt liegt hier bei 35 Prozent, in Niederösterreich liegt der Schnitt bei 14,4 Prozent. Noch einmal zur Erinnerung: In Wien haben wir 95 Prozent geschafft, und darauf können wir durchaus sehr, sehr stolz sein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auch der Gratiskindergarten, der hier schon öfters erwähnt wurde und den Wien ja als einziges Bundesland so umgesetzt hat, ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Seit 2009 wurden in Wien 11 783 Plätze neu geschaffen. Es werden auch 2013 – das kann man den Budgetzahlen ja entnehmen – 2 000 Plätze neu geschaffen werden. Es ist die größte Mittelstandsförderung – auch das wurde ja schon öfters gesagt –, denn es geht hier um eine Ersparnis pro Kind in der Größenordnung von 2 800 EUR im Jahr. Ich denke, das kommt auch gerade denen zu Gute, die es brauchen, nämlich den Eltern, die ihre Kinder hier in den Kindergärten haben.

Das Budget, um das der Ordnung halber auch einmal gesagt zu haben, wird auch aufgestockt in diesem Bereich, nämlich auf rund 630 Millionen EUR.

Weil hier auch Personalsituationen immer wieder angesprochen werden, ganz kurz im Vergleich die Personalsituation in den Kindergartenbereichen: Hier hat Wien bereits 2009 und 2010 reagiert, wir haben mit „Change“ Modelle geschaffen, wir haben mit „Pick up“ Modelle geschaffen. „Change“, fünfsemestrig mit Matura oder für Akademiker, die hier quereinsteigen können. Auf „Pick up“ sind wir besonders stolz, weil es langgedienten AssistentInnen, überwiegend Frauen, die Möglichkeit gibt, aus einer beruflichen Sackgasse aufzusteigen, in dem sie die siebensemestrige Ausbildung machen. Zur Zeit sind 156 Kolleginnen und Kollegen im „Change“- und 218 im „Pick up“-Modell. Das heißt, wir haben rund 374 zusätzliche Ausbildungsplätze in Wien. Im Vergleich dazu gibt es in Niederösterreich keinen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz in diesem Bereich. Ich glaube, auch bei der Ausbildung zur Kinderpädagogik braucht sich Wien mit seiner gesamten Politik nicht zu verste-

cken, hier sind wir auch Vorreiter in ganz Österreich. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zur Qualität der Arbeit bei den KindergartenpädagogInnen. Wir haben vor zweieinhalb Jahren die Bezahlung der KindergartenpädagogInnen in Wien verbessert. In Wien gibt es derzeit ein Einstiegsgehalt nach der Schule, ohne Vordienstzeitenanrechnung, von 1 975 EUR brutto, in Niederösterreich die 77 Prozent der NOG 10, 1 911,99 und in Kärnten 1 823,74 EUR. Oder, wenn man sich die Vorbereitungszeiten ansieht – da es ja auch da um die Qualität geht, was ich mit den Kindern auch pädagogisch leisten und wie ich mich dafür vorbereiten kann –: in Wien 6 Stunden, in Niederösterreich 5 Stunden plus 2 Org-Stunden, das stimmt, und Kärnten, das uns hier anscheinend als Bildungsmusterland vorgelebt wird, hat mit 1.4.2012 diese Vorbereitungsstunden auf 2,5 Stunden reduziert. – Nein, danke! Diese Bildungspolitik brauchen wir hier in Wien nicht, diese Bildungspolitik à la FPÖ brauchen wir hier sicherlich nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Noch ein paar Anmerkungen zur Frage der Helige-Kommission: Ich möchte mich hier auf den Datenschutz reduzieren. Man soll nicht so schmissig mit Datenschutz umgehen und nicht so schmissig hier tun, als würde etwas passieren. Es gibt einen Bescheid der Datenschutzkommission, der genau aussagt, welche Daten weitergegeben werden dürfen, welche Daten verwendet werden dürfen. Und es ist auch kein einziges Weiterleiten oder keine einzige Aushändigung eines Personalaktes unterlassen worden. Also, unterstellen Sie hier nicht, dass das passieren würde.

Ja, die Personalakten werden vorher durchgesehen, da nicht alles, was da drinnen steht, die Helige-Kommission etwas angeht. Mir ist aber bekannt, dass bis zu dieser Stunde alles weitergeleitet worden ist.

Noch einmal: Datenschutz ist ein Grundrecht. Ich glaube, wir sollten gemeinsam darauf achten, dass dieses Grundrecht hier auch sehr penibel eingehalten wird. Unterlassen Sie diese Unterstellungen, die hier unterschwellig kommen, dass Personalakten manipuliert wurden, dass in Personalakten etwas herumgekritzelt wurde. Das ist absolut nicht der Fall. Unterlassen Sie bitte daher hier auch diese Unterstellungen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte auch noch einen Aspekt bei den Bädern ansprechen, weil die auch in meinem Bereich liegen. Wir kennen die 38 Standorte. Wir wissen, dass es ein tolles flächendeckendes Angebot gibt. Wir haben dort als Stadt seit dem Jahr 2000 ja entsprechend Energiespar-Contracting laufen. Seit dem Jahr 2000 wurde eine Projektsumme von 41,2 Millionen EUR verbaut. Die Einsparungen betragen hier 4,3 Millionen EUR netto im Jahr. Daher denke ich, dass auch das eine ganz tolle Erfolgsgeschichte im Sinne der Stadt ist, die auch im Umweltschutz und im Umweltbereich sehr viel bringt.

Abschließend noch Wort noch zum Paket der Schulsanierung: In den nächsten Jahren werden rund 1,2 Milliarden EUR investiert. Wir wissen, 570 Millionen EUR fließen in die Sanierung. Rund 700 Millionen EUR

werden auch für Neubauten von insgesamt 11 Campusstandorten, auch mit Kindergarten und dergleichen, ausgegeben. Ich denke, das ist auch ein wichtiges Signal in konjunkturell schwierigen Zeiten, da dieses Geld überwiegend in klein- und mittelständische Unternehmen fließt, vor allem bei den Sanierungsaufträgen. Und im Jahr 2013 werden nach derzeitigem Stand auch insgesamt 57 Millionen EUR in diese Standorte investiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass im Ressort von StR Oxonitsch hervorragende Arbeit geleistet wird. Es gibt viele Bereiche, die ich jetzt auch aus Zeitgründen nicht erwähnen konnte. Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Bereich für die hervorragende und tolle Arbeit bedanken.

Ich bin gespannt, welche Gründe wir von der Opposition hier noch hören werden, warum sie diesem Budget nicht zustimmt. Ich kann sagen, wir können diesem Budget reinen Herzens und ruhigen Gewissens zustimmen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr Meidlinger!

Sie kommen heraus und sagen, eigentlich ist alles, was da passiert, eine Erfolgsgeschichte. Teilweise haben Sie auch recht. Aber trotzdem ist es auch unsere Aufgabe, Sie darauf hinzuweisen, dass doch nicht alles so gut läuft, denn sonst hätten wir ja nicht einen derartigen Schuldenstand und ein Budget, dem die Oppositionsparteien nicht zustimmen können, weil es eigentlich immer schlechter und schlechter wird. *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Auch durch die Krise!)* – Ja, nur kann es nicht allein die Krise sein, sondern es hat auch was mit dem Haushalten und dem Umgang mit den Steuergeldern der Wiener und Wienerinnen zu tun, und wo und wie ich sie einsetze.

Da bin ich ja schon wieder bei meinem Lieblingsthema: Wir hatten vor einigen Monaten Olympia, und da gab es ja wahnsinnig große Aufregung, warum wir keine Medaillen gewinnen konnten. Und da gab es in der „Kronen Zeitung“ einen wunderbaren Bericht mit sehr vielen Funktionären, die auch ihre Kommentare dazu abgegeben haben, und einen wunderbaren Aufhänger: SOS. Lasst den Sport in Wien nicht zugrunde gehen. – Ich werde immer wieder hier stehen und gebetsmühlenartig sagen, dass die Stadt Wien dem Breiten- und dem Spitzensport und dem Sport im Allgemeinen kein Augenmerk schenkt. Diese Diskussion werde ich auch nicht abreißen lassen.

Wir haben seit Olympia die Diskussion über die Turnstunden, dass unsere Kinder und Jugendlichen wegen mangelnder Bewegung immer dicker und fettlicher werden. Ich finde, dass es jetzt auch an der Zeit ist, unsere lange Forderung, in den Kindergärten und den Schulen die Vereinigung von Sport und Nachmittagsbetreuung endlich anzugehen. Ich möchte Sie auch an die

tägliche Turnstunde erinnern, die jetzt gefordert wird, wo es auch schon Unterschriften gibt, dass das jetzt endlich umgesetzt werden soll. Und ich möchte auch darauf hinweisen, dass, wenn Sport stärker forciert und auch gefördert wird, das Gesundheitssystem nachhaltig saniert werden kann. Denn wenn man frühzeitig mit Bewegung beginnt, verringern sich später die Kosten für das Gesundheitssystem.

Außerdem bin ich der Meinung, und das ist auch statistisch erwiesen, dass Sport auch wirtschaftlich sehr viel beiträgt. In Österreich ist jeder zehnte Job mit Sport verbunden. Daher dürfen wir auch nicht aus den Augen lassen, dass hier ein Wirtschaftsfaktor im Argen liegt.

In diesem zuvor von mir angesprochenen Artikel wurde auch das Rathaus mit der Bemerkung zitiert, dass die Stadt nur für den Breiten- und nicht für den Spitzensport zuständig ist. Herr Kleinmann, der Präsident vom Volleyballverband, meint: Breitensport funktioniert nur mit Spitzensport und umgekehrt. – Ich denke, genau dieses Zitat sagt eigentlich schon sehr, sehr viel aus und ist wesentlich.

Für den Breitensport brauchen wir aber auch Sportstätten. Meine Fraktion und ich fordern schon sehr lange ein Sportstättenkonzept, das wir bis dato in Wien auch noch nicht haben. Wir sanieren baufällige und alte Gebäude und Sportstätten, stecken dort wahnsinnig viel Geld hinein. Das ist aber keine wirkliche Sanierung, es ist nur ein Flicker, und im Endeffekt kommt nur heraus, dass wahnsinnig viel Geld investiert wurde, die Sportstätte aber nicht mehr benutzt werden kann.

Es ist an der Zeit, endlich ein Sportstättenkonzept zu machen und dieses zu präsentieren; vielleicht auch die Oppositionen einzuladen, ihr Gehirnschmalz zu verwenden und mitzuarbeiten. Denn es ist für unsere Zukunft und ebenso auch für das Haushalten dieser Stadt. – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Verzeihung! Ich habe noch zwei Anträge einzubringen. Der eine betrifft ein Bäderkonzept für Wien, wo wir ja auch schon lange fordern, dass es endlich zustande kommen soll. Hier wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Der zweite Antrag betrifft eine vollständige Übermittlung von Akten an die Kommission Wilhelminenberg. In formeller Hinsicht verlangen wir hier die Zuweisung des Antrags an die Geschäftsgruppe für Bildung, Jugend, Information und Sport. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Kollegin hat 5 Minuten gesprochen. Die trage ich auch ein. Daher hat die ÖVP jetzt noch eine Restredezeit von 13 Minuten und 15 Sekunden. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Akkilic. Zeitvorgabe 12 Minuten. Ich stelle sie ein.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Guten Morgen, Herr Vorsitzender! Guten Morgen, Herr Stadtrat! Guten Morgen, liebe Jugendliche, Lehrer und Lehrerinnen da oben!

Halten wir einmal grundsätzlich fest: Kinder kommen als Kinder auf die Welt, Kinder sind Kinder, und Kinder sind uns alle gleichwertig. Ich glaube, dass es dazu eine Übereinstimmung in diesem Haus gibt. Und Kinder wer-

den in ihrem Leben entweder zum Mann oder zur Frau erzogen, mit Werten zu Mann und Frau gemacht. *(GR Mag Wolfgang Jung: Erzogen?)* Kinder werden aber auch zu Inländern oder Ausländern gemacht.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass wir grundsätzlich einmal eine Willkommenskultur gegenüber allen Kindern in unserer Stadt entwickeln. Sie willkommen heißen, egal, welche Eltern sie haben, egal, ob ihre Eltern von irgendwo anders hergekommen sind, hier in Österreich geboren wurden oder nicht. Denn Kinder brauchen diese Grundeinstellung, damit sie auch mit einem positiven Gefühl ins Leben starten können. Und dafür, meine Damen und Herren, brauchen Kinder auch Zuneigung, Verständnis, Liebe, Geborgenheit, auch Eltern, die ihnen von Freundschaft und von Solidarität, von Armut in dieser Welt, aber auch von den Zukunftschancen in dieser Welt erzählen.

Was passiert mit den Kindern, die in einem Elternhaus aufwachsen, wo immer wieder über andere Bevölkerungsgruppen schlecht geredet wird? Was passiert mit den Kindern, die in den Schulkameraden, die neben ihnen sitzen, nicht einen Freund, sondern möglicherweise einen Feind sehen? *(GR Dominik Nepp: Was für ein Freund-Feind-Bild Sie haben!)* Wenn in manchen Elternhäusern diese Freundschaft nicht gepflegt und erzählt wird, dann nützt die beste Schule nicht, meine Damen und Herren, dann nützt die beste Schule nicht, weil die Schule konterkariert wird, weil die Erziehungsinhalte beziehungsweise Begleitungsinhalte des Lebens von solchen Familien konterkariert werden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir brauchen auch Schulen, die sich auf die Kinder und Jugendlichen so einstellen, dass man auch ihre Lebensabläufe und Lebensumstände und ihre Sozialisation im Unterricht berücksichtigt. Wir können nicht in einer Welt, die globaler wird, die sich durch Wanderungsströme verändert, mit alten Schulstoffen an die Kinder herangehen. Das geht nicht! Wir können nicht Lehrer und Lehrerinnen an die Front schicken, ohne dass wir ein Ausbildungsprogramm für diese Lehrer und Lehrerinnen haben, damit sie sich mit dieser Welt auskennen. Und von diesen Lehrern und Lehrerinnen haben wir, Gott sei Dank, genug in Österreich. Wir müssen nur nachbessern, wir müssen auch andere Optionen öffnen.

Aber wenn wir Lehrer wie etwa Herrn Aigner haben – der Herr Aigner ist ja ein Lehrer; wo ist er; er ist nicht da, okay –, der hier gestern über eine Bevölkerungsgruppe hergezogen ist, der über eine Bevölkerungsgruppe geschimpft hat *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Nicht provozieren!)*, wie kann dieser Lehrer den Kindern in der Schule beibringen, dass wir in Solidarität und in Freundschaft miteinander reden sollen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wollen Sie nur rote Genossen als Lehrer!?)*

Entschuldigung, wir müssen auch über solche Sachen reden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir verteidigen Leute, die Sie einschränken wollen! – GR Dominik Nepp: Wollen Sie dem Aigner den Beruf streitig machen mit solchen Methoden?)* Schauen Sie, Sie schimpfen, Sie schimpfen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich schimpfe nicht!)* Sie schimpfen unaufhörlich, in meiner Anwesenheit, in

der Anwesenheit der Frau Yilmaz, in der Anwesenheit von Peko, Anica Matzka-Dojder und anderen Kollegen ständig über Ausländer. Sie schimpfen hier ständig über mich. Und dann erwarten Sie ... (GRin Mag Ines Anger-Koch: *Nehmen Sie sich etwas zurück!* – GRin Ing Isabella Leeb: *Nehmen Sie sich nicht so wichtig!* – GR Mag Wolfgang Jung: *Sie sind kein Demokrat, sondern ein Pseudodemokrat! Sie schimpfen hier dauernd!*) Ich schimpfe ja nicht mit Ihnen. Ich habe nur gesagt, wenn es Ihnen weh tut, dann soll es Ihnen weh tun, dann nehmen Sie es in Kauf, habe ich gesagt, dass wir solche Lehrer haben wie den Herrn Aigner, der über eine Bevölkerungsgruppe herzieht.

Da fällt mir auch noch etwas anderes ein. Der Herr Aigner soll ja auch über seine damalige Fraktionskollegin Sirvan Ekici gesagt haben: „Du faule Sau, du Scheiß-Türkin.“ (GR Mag Wolfgang Jung: *„Soll“! Im Konjunktiv!* – GRin Mag Ines Anger-Koch: *Jetzt reicht es aber!* – *Weitere empörte Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege, ich fordere Sie auf, hier keine Feststellungen über andere Personen zu treffen, die womöglich strafrechtlich relevant sein könnten. Ich ersuche Sie auch, sich im Sinne eines ordnungsgemäßen Ablaufes dieser Sitzung entsprechend zu mäßigen. (*Die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen der FPÖ verlassen den Sitzungssaal.* – GR Godwin Schuster: *Wir haben genau das in der Präsidiäle besprochen. Warum machst du das jetzt?*)

GR Senol **Akkilic** (*fortsetzend*): Ja, das ist nachzulesen in Wikipedia. Die Freiheitliche gehen, okay. Schauen Sie, ich bin ein gewählter Volksvertreter, und zu mir kommen Kinder und Jugendliche und sagen, mein Lehrer ist ein Ausländerfeind. – Ich glaube dem nicht 100-prozentig, ich sage auch diesen Kindern: Du darfst nicht alles schwarzmalen. Vielleicht liegt die Schwäche an dir, du darfst dich nicht immer über deine Herkunft aufregen. – Aber wenn ich dann höre, dass Lehrer, die im Gemeinderat sitzen, wirklich solche Sachen von sich geben, dann muss ich das auch zur Sprache bringen. Das heißt ja nicht, dass ich ihm seine Qualifikation abspreche, sondern ich bringe ein Problem zum Ausdruck. Auch wenn die Leute nicht die Geduld haben zuzuhören und der Herr Vorsitzende mich jetzt gemahnt hat, das sind Probleme, die mich beschäftigen und die gewisse Teile der Bevölkerung beschäftigen, und das muss angesprochen werden. Bitte um Geduld und um Verständnis. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Ich habe nach meiner gestrigen Gemeinderatsrede E-Mails bekommen. Ich lese nicht alle E-Mails vor, die ich bekomme, aber dieses möchte ich Ihnen vorlesen, weil es mit dem Antrag Deutsch vor Schule beziehungsweise Sonderklassen zu tun hat. Ein gewisser Herr Frank schreibt mir Folgendes: „Für Sie wäre es besser, Sie gehen wieder zurück in die Türkei. Für diesen Unsinn, den Sie hier verzapfen, gehört Ihnen die Staatsbürgerschaft aberkannt.“

Nicht, weil ich nicht Deutsch kann, meine Damen und Herren, liebe KollegInnen, weil ich mich kritisch äußere, soll mir die Staatsbürgerschaft aberkannt werden? Was

ist jetzt die Voraussetzung für die Staatsbürgerschaft? Deutsch können oder kritisch sein? Deutsch können oder Meinung äußern? Wo soll die Gesellschaft hingehen, wenn wir so weitermachen, wie die Freiheitlichen das jetzt in diesem Antrag eingebracht haben? Demnächst wird es heißen, ja, der Herr Akkilic spricht zwar Deutsch, aber sein Verhalten passt unserer Gesellschaft nicht.

Daher denke ich, meine Damen und Herren, man soll gewisse Hetze führende Meinungen nicht hinter Deutsch verstecken. Ich habe es einmal gesagt, ich sage es noch einmal: Deutsch ist eine sehr schöne Sprache, die ich gerne lese, die ich gerne schreibe, die ich gerne höre. Und es stimmt nicht, dass in migrantischen Familien nicht Deutsch gesprochen wird, das stimmt einfach nicht. Ich unterhalte mich mit meinem Neffen in Deutsch, ich unterhalte mich mit meinem Kind in Deutsch. Meine Tochter kann sehr gut Deutsch und studiert in England gewisse Fächer in Deutsch. Das ist eine sehr wertvolle Sprache, eine sehr gute Sprache, sie hat hervorragende Schriftsteller und Schriftstellerinnen hervorgebracht. Aber ich mag es nicht, wenn man ständig Deutsch missbraucht, missbraucht als Machtinstrument gegenüber Migranten und Migrantinnen, gegenüber sozusagen anders Aussehenden, wie es der Kollege Blind gestern mit diesem Foto gezeigt hat.

Ich möchte Deutsch sprechen, ich möchte auch, dass unsere Kinder, alle unsere Kinder gut Deutsch können, sehr gut Deutsch können, wenn es geht, perfekt Deutsch können, aber ich möchte auch, dass die anderen Fähigkeiten unserer Kinder berücksichtigt werden. Ich möchte, dass auch die Sprachen, die die Kinder in der Familie erlernen, die Erstsprachen, aufgewertet werden. Weil die Aufwertung dieser Fähigkeit ist auch eine Aufwertung der Person. Es ist eine Wertschätzung gegenüber Kindern und Jugendlichen, wenn ich sage, hey super, du kannst ja zwei, drei Sprachen. Und ich, als Bildungsstadtrat oder als Regierung, greife das gerne auf, weil ich weiß, dass dich das zum einen aufwertet und es zum anderen ja ein Schlüssel für den Weltmarkt ist. Jede Sprache ist ein Schlüssel für den Weltmarkt. Jede Sprache, die wir zusätzlich können, eröffnet uns neue Türen. Und warum soll ich diese Fähigkeit der Kinder nicht aufwerten?

Das Klima, das wir in diesem Land haben, oder das eine Partei versucht zu erzeugen, ist jenes, dass man sagt, die Fähigkeiten dieser Kinder braucht man nicht, wer braucht schon Türkisch, wer braucht schon Serbokroatisch, wer braucht schon Urdu oder Sonstiges? – Manche vielleicht nicht, weil sie für solche Sprachen nicht aufnahmefähig sind, weil sie es einfach nicht schaffen, weil ihre Grundeinstellung ihnen das nicht erlaubt. Aber ich möchte, dass mein Kind vier, fünf Sprachen kann, ich möchte, dass mein Kind sämtliche Länder und sämtliche Kulturen in dieser Welt kennt. Und ich möchte, dass meine Kinder eine Bildung bekommen, eine Allgemeinbildung, eine Grundausbildung, die ihnen neue Türen und Fenster öffnet und sie nicht verschließt.

In diesem Sinne denke ich, vom Integrationsressort her, dass wir mit der Schwerpunktsetzung für nächstes Jahr, Mehrsprachigkeit, auch einen Verbündeten in StR Oxonitsch finden werden.

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren – es ist leider wenig Zeit –, möchte ich noch einmal die Rolle der außerschulischen Jugendarbeit erwähnen. Dank dieser außerschulischen Jugendarbeit, meine Damen und Herren, haben wir nicht solche Verhältnisse wie in Neukölln, haben wir nicht solche Verhältnisse wie in Frankreich. Ich bin froh, dass Wien in der Jugend- und Bildungsarbeit nicht den Sparstift angesetzt hat, damit unsere Jugendlichen bestens versorgt werden. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich gebe bekannt, dass die Grüne Fraktion noch eine Restredezeit von 3 Minuten hat.

Ich gebe auch bekannt, dass ich beziehungsweise auch der erste Vorsitzende sich das Protokoll ausheben lassen und die Wortmeldungen des Herrn Kollegen Akkilic auch diesbezüglich prüfen werden, ob ein Ordnungsruf notwendig ist. *(Die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen der FPÖ kehren in den Sitzungssaal zurück.)*

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Dr Aigner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Sie haben 3 Minuten.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Ich möchte nur tatsächlich berichtigen, dass ich meine langjährige Kollegin Sirvan Ekici nie in irgendeiner Form beschimpft habe. Die Sache, die damals in die Medien gegangen ist, war eine innerparteiliche Intrige, wo im Vorfeld der Kandidatenaufstellung anonyme Briefe an Zeitungen geschickt worden sind. Das hat eigentlich nur eine Zeitung gebracht, das Ganze ist intern und extern untersucht worden, und ich lasse mir nicht nachsagen, dass ich irgendjemanden auf diese Weise beschimpft habe. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner steht Herr GR Mag Kasal auf der Rednerliste. *(GRin Nurten Yilmaz: Er kommt von rechts!)* Er kommt überraschenderweise von rechts. 5 Minuten. *(Allgemeine Heiterkeit.)*

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Als Einleitung ein Wort zum Kollegen Akkilic: Es ist egal, von wo jemand herkommt, egal, welche Hautfarbe er hat, egal, welche Sprache er spricht, aber es ist ekelhaft und widerlich, wenn man sich so zum Kollegen Aigner verhält und solche Sachen hier in den Raum stellt. Das ist einfach widerlich, weil es ein persönlicher Angriff ist. Ich kenne Sie so nicht, Sie sind sonst immer sehr nett. *(GR David Ellensohn: Sie waren nicht da!)* – Ich war da, ich habe hier zugehört, aber ich diskutiere nicht, das ist schade um die Zeit. Sie machen nämlich jede sachliche Diskussion kaputt. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die FPÖ kann gar nicht sachlich diskutieren!)* Jedes Mal zündeln Sie hier. Das ist ekelhaft. *(Beifall bei der FPÖ. – Lebhaftes Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es geht heute um ein wichtiges Thema. Letzten Freitag gab es erstmals im österreichischen Parlament einen Sechs-Parteien-Antrag. Beantragt wurde, dass für Kinder und Jugendliche eine tägliche Sportstunde eingeführt werden soll.

Ich habe hier einen Beschlussantrag vorbereitet, der die Kindergärten in Wien betrifft, das ist ihr Zuständigkeitsgebiet. Ich sehe das als riesige Chance, und zwar deshalb im Kindergarten, weil es in der Schule teilweise innerhalb des Unterrichts oder in der Nachmittagsbetreuung ein organisatorisches Problem, auch eine logistische Herausforderung sein kann. In den Kindergärten könnte man es ohne Weiteres mit geringsten finanziellen Aufwendungen auch schon im September einführen. Und zwar gibt es im Bereich der Grobmotorik Hilfsmittel, kleine Poller, kleine Stangen, wo man Slalom laufen kann, wo man drüberspringt. Es gibt die Bodenleiter, wo man verschiedenste Übungen machen kann. Diese Sportgeräte kosten nicht mehr als etwa 150 EUR. Diese 150 EUR würden ausreichen, um in jedem Kindergarten in Wien eine tägliche Sportstunde, eine tägliche Bewegungsstunde zu ermöglichen. Diese Bewegungsstunde kann auch von den Kindergarten- und HortpädagogInnen durchgeführt werden. Die haben im Rahmen ihrer Ausbildung auch bewegungstechnische Schulungen, wo sie auch Ausbildung im Tanz haben. Sie müssen diese Kindergarten- und HortpädagogInnen nicht extra schulen. Diese sportmotorische Grundschulung, diese Grobmotorik kann auch von den Kindergarten- und HortpädagogInnen durchgeführt werden. Da geht es nicht darum, irgendwelche Kinder für Olympia vorzubereiten, sondern bei den Kindern die Möglichkeiten zu schaffen, dass sie später auch andere Sportarten schneller erlernen. Denn die Kinder, die geschickter sind, denen macht der Sport auch mehr Spaß. Und wer macht dann mehr Sport? Na, diejenigen, die besonders geschickt sind. Es ist auch eine große Chance für die Integration, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Integration am leichtesten über den Sport erfolgt.

Ich darf hier noch den Beschlussantrag einbringen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Der Kollege hat 4 Minuten gesprochen, Restredezeit der Freiheitlichen 10 Minuten und 30 Sekunden. Nächste Rednerin ist Frau GRin Mag Tanja Wehsely. Sie haben 15 Minuten als Vorgabe. Ich erteile das Wort.

GRin Mag *(FH)* **Tanja Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Sehr geehrte Gäste der Jugendwerkstatt des bfi! Liebe Auszubildende und Lehrerinnen und Lehrer!

Es freut mich sehr, dass ihr heute da seid. Vor allem, weil ich mich auch besonders freue, dass wir hier das Budget unseres großen Zukunftsressorts besprechen, wo es um Bildung geht, wo es insbesondere um Kinder und Jugendliche geht und wo es um deren Wachsen und Unterstützung geht, und weil, wie es auch schon von meinem Vorredner gesagt wurde, genau in diesem Bereich, trotz angespannter finanzieller Zeiten, trotz Krisenzeiten – wie ihr es auch der Berichterstattung, der Zeitung, dem Fernsehen entnehmen könnt – nicht gespart wird.

Umso mehr verwundert es mich, dass von Seiten der

Opposition, also von den Nichtregierungsparteien – der Freiheitlichen Partei und der Volkspartei – unser Vorschlag einer Politik für Kinder- und Jugendliche, ein Vorschlag der Regierungsfractionen Rot und Grün, sozusagen als gefährlicher Masterplan angesehen wird, dass wir – Achtung, Achtung, Kinder und Jugendliche! – in dieser Stadt mit sehr, sehr viel Geld sehr viele Einrichtungen wie eure Jugendwerkstatt, wie Jugendzentren, wie Streetwork, wie Kindergärten und Schulen unterstützen wollen.

Dieser Masterplan, der hier von der Opposition als gefährlich angesehen wird, ist der Masterplan von Rot-Grün, im Mittelpunkt stehen die Kinder und Jugendlichen. Und Bildung, das wissen wir ja, passiert vor allem in der Schule. Da geht es viel um formale Bildung, viel um Lernen, viel um Stoff. Es passiert aber auch viel informelle Bildung. – Was heißt jetzt dieser Fachausdruck? Das heißt, dass ihr auch in eurer Freizeit lernt, dass ihr auch, wenn ihr in den Jugendzentren mit Medien arbeitet, etwas lernt. Das heißt, dass ihr auch etwas lernt, wenn ihr miteinander neue Spiele spielt, wie wir sie zum Beispiel mit unterstützen und jährlich bei der großartigen Veranstaltung „Game City“ im Rathaus vorzeigen.

Wir versuchen Menschen zu finden, Pädagoginnen und Pädagogen, erwachsene Begleiter, JugendarbeiterInnen, TrainerInnen, die euch Kinder und Jugendliche beim Aufwachsen, beim Erwachsenwerden, beim Lernen unterstützen, die euch ernst nehmen, die eure Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigen, die euch aber natürlich immer wieder antreiben, die euch auch sagen, wenn einmal Schluss ist oder wenn man etwas ein bisschen anders machen könnte.

Ich hoffe sehr, dass ihr das Gefühl habt, dass wir mit unserer Politik, mit Rot-Grün, und vor allem diesem Zukunftsressort der Bildung und Unterstützung und mit unserem Jugend- und Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch auf einem richtigen Weg für die jungen Wienerinnen und Wiener sind. Das ist uns ein wirkliches Herzensanliegen.

Es wurde ja heute schon über den Gratiskindergarten gesprochen. Dann wisst ihr auch – viele von euch haben jüngere Geschwister, vielleicht so klein, dass sie noch in den Kindergarten gehen –: In diesem Gratiskindergarten geht es nicht nur um Sprachförderung für Kinder. Da geht es auch darum, Freunde zu finden, gemeinsam sozial aufzuwachsen und unter anderem auch darum, dass die Eltern viel, viel Geld sparen. Das bedeutet nämlich, pro Kind ungefähr 240 EUR im Monat nicht ausgeben zu müssen; das bedeutet, sich über 2 000 EUR im Jahr zu ersparen, und trotzdem einen guten Platz für die Kinder, für die kleinen Geschwister zu bekommen. Das als verlorenes Geld oder falschen Einsatz zu bezeichnen, wie es die Opposition immer wieder tut, ist daher schlicht falsch.

Am Anfang haben wir ja gehört, der Gratiskindergarten sei über uns hereingebrochen. Also ich kann diese Aussagen nicht verstehen, denn diese Gratiskindergärten sind für Kinder da, für Familien, für Eltern, damit man eben arbeiten gehen kann, aber vor allem natürlich, damit es den Kindern schon ganz am Anfang ihres Le-

bens gut geht und sie mit Spaß und sozusagen gut eingebettet, mit Freunden aufwachsen können.

Wir haben den großen Bereich der Wiener Ausbildungsgarantie. Auch die Jugendwerkstatt ist ein ganz, ganz wichtiger Teil davon. Ich weiß, dass nicht alle Jugendlichen gleich nach der Schule, nach dem Pflichtschulabschluss den Weg in eine Lehre beziehungsweise in einen Job finden. Ich weiß, dass man Unterstützung und Aufklärung braucht, wenn es um Fragen geht wie: Wohin kann der Weg gehen? Was interessiert mich überhaupt? Wo liegen meine Chancen? Was sind meine Stärken? Wo verdiene ich Geld?

Deshalb gibt es zum Beispiel die Jugendwerkstatt als Teil dieser Säule der Wiener Ausbildungsgarantie, wo es eben darum geht, Jugendliche am Weg von der Schule in die Ausbildung und in den Beruf zu unterstützen. Die Wiener Ausbildungsgarantie, die wir schon 2009 ausgerufen haben, besteht ja einerseits aus der Schule, andererseits aus einer Lehre im Betrieb. Es wäre schön, wenn es mehr davon geben würde und sich die Wirtschaft nicht immer ausreden würde auf die Jugendlichen, die angeblich leider nichts können, in der Schule nichts lernen und deswegen keinen Lehrplatz bekommen. Es gibt einfach zu wenige Plätze. Deswegen haben wir auch die überbetrieblichen Lehrwerkstätten, 3 500 bis 4 000 Plätze für Jugendliche, die im Betrieb zu Beginn noch nicht unterkommen. Dann gibt es so Sachen wie Spacelab, Jugendeinrichtungen wie die Jugendwerkstatt, um einen guten Übergang zu haben und dann herauszufinden, wo ich hin kann, wo ich hin will, Unterstützung zu bekommen, einen Platz zu finden.

Es ist uns noch etwas ganz Tolles gelungen – gemeinsam mit der Bildungsabteilung für außerschulische Bildung sowie mit der Bundesministerin Claudia Schmied, die heute vollkommen zu Unrecht verunglimpft wurde, sowie mit unserem Bildungs- und Jugendstadtrat Christian Oxonitsch –, nämlich in die Ausbildungsgarantie für Jugendliche, für junge Erwachsene zu investieren, und zwar im Bereich der Basisbildung und der Erwachsenenbildung. Dabei haben wir gemeinsam viele, viele Plätze aus dem Boden gestampft, wo jemand den Hauptschulabschluss machen kann, der es regulär in der Schule nicht geschafft hat. Diese Plätze sind auch für Erwachsene, für junge Erwachsene da, weil wir auch hier wissen: Jeder Cent, der in die Bildung investiert wird, zahlt sich aus, denn jeder höhere Abschluss wird euch im Endeffekt zufriedener machen und euch mehr Geld bringen. Da heißt es also, lernen und den Abschluss machen! Alles, was wir dazu tun können, tun wir, unter anderem mit dem Gratisangebot und mit der Initiative Erwachsenenbildung, mit der Basisbildungsinitiative, damit eben Abschlüsse nachgeholt werden.

Auch die Jugendarbeit ist heute schon angesprochen worden. Ich gehe davon aus, dass viele von euch die Jugendtreffs und Jugendzentren, Jugendcafés, die mobile Jugendarbeit dieser Stadt kennen. Da schließe ich mich der Meinung meines Vorredners an, dass es wirklich gut ist und auch sehr unserem Stadtrat, unserem Bürgermeister und der Finanzstadträtin Renate Brauner zu Dank verpflichtet; dass es kein Bereich ist, wo mit

dem Sparstift angesetzt wird; dass wir nicht sagen, na ja, mit dem Budget ist es wirklich schwierig, wir müssen schauen, dass wir da die Kosten ein bisschen herunterfahren. – Nicht im Jugendbereich!

Es gibt weiter alle Jugendzentren, weiter alle Jugendtreffs, es gibt die Unterstützung für euch. Wir wollen Räume bieten, wo man hinkommen kann, wo man reden kann, wo man Party feiern kann, wo man Computer nutzen kann, wo man Nachhilfe bekommt, Unterstützung bei der Hausarbeit et cetera. Es sollen eure Räume sein, wo Erwachsene zur Verfügung stehen, die euch verstehen, wo ihr von dem oft stressigen Leben in der Schule Abstand nehmen könnt et cetera. Es geht ums Perspektivenentwickeln und darum, dass wir in dieser Stadt euch sagen wollen: Ihr seid willkommen, ihr habt einen Weg, ihr habt eine Perspektive, und wir wollen euch dabei, so gut es geht, unterstützen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das Thema Kindergarten habe ich schon durch, jetzt komme ich zum Thema Schule. Auch da gibt es Investitionen. Viele, viele Millionen Euro werden in den Ausbau der Schulen gesteckt, in neue Schulgebäude, in Sanierungen von Schulgebäuden. Es ist uns sehr wichtig, da ein gutes Umfeld herzustellen.

Über das Ressort von Christian Oxonitsch gäbe es viel zu sagen. Zum Schluss sei noch einmal gesagt: Es gilt, vielen Magistratsabteilungen zu danken. Es gilt, der Jugendwohlfahrt zu danken, die sich mehr auf Prävention verlegt, unter anderem auf das Pflegekinderwesen, das sehr unterstützt und ausgebaut wird, trotzdem aber auch durch schwere Zeiten geht, nämlich auf Grund der wirklich wichtigen und berechtigten Aufarbeitung und Aufklärung, was die Heimvorfälle betrifft. Auch in diesem Zusammenhang habe ich an dieser Stelle schon mehrfach Christian Oxonitsch gedankt, nämlich für die wirklich hervorragende und offene Umgangsweise mit den Fehlern der Vergangenheit, wo es nichts zu beschönigen gibt, sondern nur aufzuklären. Ich glaube, da sind wir auf einem wirklich guten Weg, der zwar steinig und schwer ist, der aber aus unserer Sicht beschränkt werden muss und das auch wird.

Es gilt, dem Sportamt und dem Bürgerdienst zu danken. Es gilt, der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung zu danken. Es gilt, den Bädern zu danken, allen, die sich da versammeln in diesem schönen Potpourri, in diesem Zukunftsressort, die mit viel, viel Arbeit, mit vielen, vielen Stunden, vor allem Kinder und Jugendliche im Auge haben, um diese Stadt für euch lebenswert zu machen. Auch euch allen Wienerinnen und Wienern gilt es, dafür zu danken, dass ihr an dem guten Weiterbestehen dieser Stadt und an der Zukunft dieser Stadt mitgestaltet.

Also noch einmal: Es wäre wirklich wichtig, gemeinsam diesem Zukunftsbudget zuzustimmen. Ich kann dazu alle nur herzlich einladen. Wir werden weiter mit voller Kraft, vielen Millionen Euro und sehr viel Herz und Engagement an unserer gemeinsamen Zukunft weiterbauen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist Herr GR Mag Kowarik zu Wort gemeldet. Ich erteile es

ihm und stelle die Zeit auf 10 Minuten ein. – Bitte.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Bezeichnenderweise hat da jemand einen Kugelschreiber mit der Aufschrift „Ein Fall für Ellensohn“ vergessen. Ich werde ihn nachher in den Mistkübel werfen. Meine Damen und Herren! Ich werde mir erlauben, auf die Geschäftsgruppe einzugehen, und möchte gleich am Anfang sagen: Im Ausschuss, wo wir die diversen Geschäftsstücke verhandeln oder vorverhandeln, ist diese Art und Weise, wie hier diskutiert wird, vor allem von linker Seite, Gott sei Dank nicht vorhanden. Da wird eigentlich immer mehr oder weniger seriös, durchaus emotional, aber doch anständig diskutiert, wobei ich mich beim Herrn Stadtrat bedanken darf. Es liegt vielleicht auch daran – auch das sollte man vielleicht einmal sagen –, dass sich die GRÜNEN im Ausschuss eigentlich fast nie zu Wort melden. Vielleicht hat das damit zu tun. Soll so sein.

Ich möchte meine Redezeit nicht zur Gänze dafür verwenden, auf die Letztklassigkeiten des Herrn Klubobmanns der GRÜNEN oder auf diese Letztklassigkeiten einzugehen – soll so sein. Nur eines möchte ich ihm mitgeben: Im Gegensatz zu ihm brauche ich mich nicht zu verstellen, nämlich einmal so zu tun, als wäre ich sehr freundlich und mich in ein Auto hineinsetzen und sonst etwas machen, und sich dann hier so aufführen, dass es eigentlich traurig ist. Soll so sein, ich nehme es zur Kenntnis.

Ich möchte auch nur eines anmerken. Kollege Florianschütz ist jetzt nicht hier. Er hat gestern in der sehr hitzigen Diskussion eine angenehm intellektuelle Rede gehalten; auch wenn ich das, was er gesagt hat, wahrscheinlich nicht nachvollziehen kann und sicher auch nicht unterstreiche. Nur hat er gestern auch gemeint, die FPÖler seien zwar keine Faschisten, aber faschistoid.

Meine Damen und Herren der Linken! Ich weiß, Selbstreflexion war noch nie Stärke der Linken. Das war schon im 19. Jahrhundert so. Da waren die Linksextremen, die ganz links außen waren ... Georg Ritter von Schönerer war auch nicht sehr selbstreflektierend. Sie sind es auch nicht. Aber auch im Hinblick auf das, was da gestern passiert ist mit dem Kollegen Baxant, meine Damen und Herren, gebe ich diesen Vorwurf zurück. Und bitte, ein bisserl Selbsterkenntnis würde vielleicht auch Ihnen nicht schlecht tun. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Budget, meine Damen und Herren, und zum eigentlichen Thema. Es wird immer wieder festgestellt und es wird allen möglichen Leuten gedankt: dem zuständigen Stadtrat, den Beamten, die in sehr vielen Bereichen auch wirklich gute Arbeit leisten. Aber eine ganz wichtige Danksagung wird, glaube ich, immer wieder vergessen, obwohl man sich da wirklich bedanken muss, wenn man über das Budget redet und über Geldverteilung reden muss, nämlich beim Steuerzahler und bei den Gebührenzahlern. Die Steuerzahler sind es nämlich, die es uns und im Konkreten auch den Regierungsparteien ermöglichen, hier zu gestalten, in der Form, die wir oftmals sehr kritisieren. Aber man sollte niemals vergessen: Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir hier Geld haben,

das wir verteilen können!

Es gibt Leute, die dazu beitragen, dass unser System funktioniert. Auch ihnen sollte unser Dank gelten, und auch in diesem Hinblick sollten wir besonders vorsichtig sein und besonders gut überlegen, was wir mit dem Geld machen, das wir zu verwalten haben und das wir – so sage ich das immer – treuhändig verwalten.

Ich glaube nicht, dass das Geld, das, wie gesagt, zum größten Teil nicht von der Stadt Wien selber, sondern von den Steuerzahlern erwirtschaftet wurde, hier wirklich bestens eingesetzt ist. Wir haben schon gehört, wir haben diesen Budgetansatz des PID, des Presse- und Informationsdienstes, heute schon öfters gehört. Wenn man die Zeitungen aufschlägt, glaubt man schon fast oder hat man teilweise das Gefühl, die Stadt Wien weiß teilweise gar nicht mehr, was sie noch inserieren soll. Da gibt es Kuriositäten. Da wird in der Gratiszeitung die eigene Gratiszeitung beworben. Und letztes Jahr, glaube ich, wurden Skifahrgelegenheiten in der Stadt Wien beworben, obwohl gar kein Schnee gelegen ist, und so weiter, und so fort. Vielleicht sollte man da endlich zur Besinnung kommen und das Geld besser verwenden!

Sehr neugierig, meine Damen und Herren, sind wir schon auf den 15. Dezember, wo diese Daten veröffentlicht werden, nämlich nach dem Medientransparenzgesetz, das im Übrigen nicht nur Kollege Margulies ganz gut findet, sondern auch ich. Wir sind neugierig, was dann da auszuweisen ist. Ich gehe davon aus, dass alle Wiener Stellen dann auch wirklich ausweisen, welche Inserate sie geschaltet haben und wohin das Geld verschwunden ist.

Nur einen Hinweis noch für den Kollegen Margulies. Sie haben da gestern gesagt, die Stadt Wien sei harmlos im Vergleich zu Niederösterreich oder zu Kärnten. Also ich weiß nicht, ob Sie dabei schon die ausgelagerten Betriebe der Stadt Wien eingerechnet haben, etwa Wiener Wohnen. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.*) Haben Sie auch dazugerechnet? Na und in Wien haben Sie es auch dazugerechnet? (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Die habe ich in Niederösterreich und Wien auch dazugenommen!*) Also wir werden uns das anschauen. Wie auch immer, es ist so oder so viel zu viel Geld, das hier rausgeschmissen wird.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Homepage – ich bitte jeden, sich das anzuschauen – „www.dossier.at“, wo kritische Journalisten, die sicherlich nichts mit Freiheitlichen zu tun haben, aber wirklich gute Journalisten sind, sich die Mühe gemacht haben, eine Zeitung im Konkreten aufzuarbeiten und sich dort alle Inserate anzuschauen. Es ist erstaunlich und bezeichnend, auf welche Ergebnisse die kommen. Allein schon deshalb kann man sicherlich von einer Verschwendung unseres Geldes sprechen.

Es gäbe ja noch sehr viele Themen in diesem Geschäftsbereich. Wir werden noch genug Möglichkeiten haben, über die Stadthalle zu diskutieren. Ich habe schon einmal angemerkt, ich glaube nicht, dass die MA 51 beziehungsweise StR Oxonitsch der Hauptverantwortliche für dieses Desaster ist – das ist ein anderer

Ausschuss, dafür ist vor allem die Wien Holding zuständig –; aber wir werden noch Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren und auch die Rolle der ÖVP in diesem Zusammenhang zu beleuchten.

Bezeichnend ist wieder, dass die ÖVP heute hier im Zusammenhang mit der Wilhelminenberg-Kommission einen Antrag einbringt; der übrigens im falschen Ausschuss ist, denn ich gehe davon aus, dass der Oxonitsch-Ausschuss alle Akten vorgelegt hat, die gewünscht waren. Das habe ich zumindest so vernommen, ich weiß nicht. Aber die MA 2 gehört in eine andere Geschäftsgruppe, nämlich zur Integration. Dort wäre der Antrag wahrscheinlich richtig gewesen. Aber, meine Damen und Herren von der ÖVP, noch einmal, ich habe es ohnehin schon, weiß nicht, wie oft, gesagt: Es wäre relativ einfach. Es bräuchten sich nur zwei Abgeordnete Ihres Klubs „einen Rappel geben“ und unseren Antrag auf Einberufung einer Untersuchungskommission unterschreiben. Da haben wir diese Probleme nicht, da muss auch die MA 2 vorlegen. Da gibt es ganz andere Verfahren. Dort könnte dann tatsächlich und in vollster Durchdringung der Materie alles aufgearbeitet werden, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vielleicht noch ein Wort zum Bildungssystem, im Anschluss an die Wahlkampfreden der Frau Kollegin Wehsely: Man hat immer das Gefühl bei der politischen Linken, oder sagen wir bei SPÖ und GRÜNEN – es ist vielleicht nicht ganz richtig, hier die Begriffe links und rechts anzuwenden, egal –, da wird mit Ideologiescheuklappen versucht, die Themen, die man sich einbildet, durchzupeitschen, ohne dass man sich tatsächlich mit den wahren Problemen beschäftigt. Wir haben es ja vom Kollegen Nepp schon gehört: Die Ergebnisse über das Bildungssystem in Wien, die immer wieder herauskommen, sind ja nicht gerade berauschend. Das werden Sie hoffentlich unterstreichen, oder auch erkannt haben – unterstreichen werden Sie es nicht, das verstehe ich schon.

Nur weil auch hier gesagt wurde, ich hätte schlechte Startbedingungen: Ich habe es schon mehrmals gesagt, ich hatte die besten Startbedingungen, die ein Kind haben kann. Ich hatte nämlich liebevolle Eltern, die sich darum gekümmert haben, dass die Kinder tatsächlich Bildung erwerben. Dabei haben meine Eltern das nicht mit irgendwelchen konservativen Eliteschulen oder Sonstigem gemacht. Ganz im Gegenteil, sie haben geschaut, dass wir in öffentliche Schulen kommen.

Ich habe es hier schon öfters gesagt, aber ich sage es noch einmal: Ich war in der Volksschule in der Friesgasse. In meiner Schulzeit hatten wir einen Ausländeranteil von 30 oder 40 Prozent. Hat funktioniert, ich stehe jetzt hier. Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie viel Bildung ich tatsächlich mitbekommen habe; immerhin hat es dafür gereicht, dass ich ein akademisches Studium absolviert habe. Wenn Sie jetzt Ihre Kinder in die gleiche Volksschule schicken, wo ich hingegangen bin, dann werden sie niemals die Chance haben, diesen sozialen Aufstieg zu schaffen, niemals! (*Beifall bei der FPÖ.*) Und das nicht, weil die schwarz-blaue Regierung irgendetwas falsch gemacht hat, nicht weil die Freiheitlichen so böse sind oder sonst irgendetwas pas-

siert ist, sondern das ist ein hausgemachtes SPÖ-Problem. Hier gibt es eine Zweiklassengesellschaft in der Bildung. Nehmen Sie das zur Kenntnis und ziehen Sie endlich die richtigen Schlüsse daraus! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist ja nicht alles abwegig, was da in der Diskussion vorgeschlagen wird. Nur das, worauf es ankommt, ist meiner Meinung nach auch immer die Wahlfreiheit. Es sollen die Eltern wählen können, welchen Weg sie wollen. Es gibt durchaus Eltern, man glaubt es kaum, für die es eine Erfüllung ist, ihre Kinder zu erziehen, die das nicht staatlichen Institutionen überlassen wollen. Auch das gibt es, und es wäre schön, wenn das auch von Ihnen zur Kenntnis genommen würde. *(Beifall bei der FPÖ. – Auf den Tisch Klopfen von StR Mag Manfred Juraczka.)*

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist leider zu Ende. Die FPÖ wird diesem Budget nicht zustimmen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich GR Nepp zu Wort gemeldet. – Bitte.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Ich möchte nur tatsächlich berichtigen: Kollege Meidlinger meinte, ich hätte gesagt, dass die Akten, die übergeben wurden, gefälscht oder verfälscht wurden. Das habe ich bitte nicht gesagt, das lasse ich mir nicht unterstellen!

Ich habe bekrittelt, dass Beamte, die alle weisungsgebunden sind, bestimmen, was die Helige-Kommission zu interessieren hat und was nicht. Und wenn man wie Sie dauernd darauf pocht, dass das eine unabhängige Kommission ist, dann darf man nicht eine Zensur von weisungsgebundenen Beamten vorlagern. Dabei will ich jetzt nicht unterstellen, dass die da irgendetwas machen und nichts weitergeben, aber eine gute Optik hat das nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Nun haben wir noch eine Wortmeldung. Frau GRin Dr Kickert hat sich zu Wort gemeldet. Die Restredezeit für die GRÜNEN beträgt 3 Minuten, die ich nun einstelle. – Bitte.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte jugendliche ZuhörerInnen oben in der Zuschauergalerie!

Ich möchte das Bild, das Kollege Kowarik in Bezug auf die Bildungs- und Aufstiegschancen junger Menschen im 15. Bezirk gezeigt hat, ein wenig, wie soll ich sagen, konterkarieren. Meine Tochter ist ebenfalls in eine Volksschule des 15. Bezirks gegangen, nämlich in der Ortnergasse. Ihre Großeltern sind Personen, die den Hauptschulabschluss gerade geschafft haben, was, sage ich jetzt, auch zeitlich beziehungsweise lebenszeitlich bedingt ist. Und meine Tochter hat es, so wie Sie, vor 10 Tagen geschafft, ein akademisches Studium abzuschließen. Also würde ich sagen: Weder die Tatsache, dass sie im 15. Bezirk in die Schule gegangen noch die Tatsache, dass sie mit vielen Schulkolleginnen und -kollegen aus anderen Ländern in diese Schule gegangen ist, hat ihre Chancen in irgendeiner Weise gemindert oder geschmälert. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster hat

sich Herr GR Peschek zu Wort gemeldet. Ich weise darauf hin, dass Sie noch eine Restredezeit von 10 Minuten zur Verfügung haben, die ich nun einstelle. – Bitte.

GR Christoph **Peschek** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Galerie!

Als erster Punkt: Schön, dass ihr da seid. Ich hoffe, die Diskussion ist einigermaßen interessant für euch, zumal es ja um besonders wichtige Themen geht. Und da möchte ich gleich replizieren auf GR Kowarik. Also, sehr geehrter Herr Kowarik, wenn jemand ein Zweiklassen-Bildungssystem seit Jahren postuliert und auch immer wieder argumentiert, dann ist es eindeutig Ihre Fraktion, und zwar mit ÖVP und leider auch mit dem Kollegen Aigner, wie er es heute argumentiert hat. Uns jedoch geht es zweifellos darum, dass wirklich jeder, unabhängig von der Herkunft, von der akademischen Ausbildung der Eltern, bestmögliche Chancen auf einen sozialen Aufstieg hat. Das ist zweifellos international anerkannt eine gemeinsame ganztägige Schule, daher kämpfen wir mit großer Vehemenz dafür.

Aus der aktuellen tagespolitischen Debatte ist ja bekannt: Immer dann, wenn konkret gefordert wird, beispielsweise nach der ganztägigen Schule, kommen auf einmal wieder die Blockierer und sagen, nein das geht nicht, denn das würde ja vielleicht erfolgreich sein. Daher lege ich Wert auf diese Feststellung, möchte aber gleichzeitig bei der Frau Kollegin Leeb anschließen. Sie hat ja zwischengerufen hinsichtlich einer Erweiterung der Berufsschulzeit, dass man darüber reden kann. Diesen Ball nehme ich gerne auf und sage, auch an den Kollegen Aichinger: Ich denke, dass eine qualitativ hochwertige Lehrausbildung für die jungen Menschen von gemeinsamer Bedeutung ist. Daher freue ich mich, wenn wir uns da raschestmöglich zusammensetzen können, da unser gemeinsames Ziel zweifellos ist, eine Qualität zu schaffen, damit die Lehrausbildung ein Fundament für die Verwirklichung von Träumen in der Arbeitswelt ist. Daher unternehmen wir auch im Bereich der Quantität große Kraftanstrengungen.

Ich möchte nur daran erinnern, dass ja die Auftragsvergabe der Stadt Wien dahin gehend geändert worden ist, dass die Berücksichtigung von Lehrbetrieben stärker berücksichtigt wird, sodass hoffentlich auch wieder mehr Lehrstellenplätze geschaffen werden. Schlussendlich nur über Fachkräfte zu jammern und selbst zu wenig auszubilden, ist nun mal zu wenig. Nur 9 Prozent der Betriebe in der Privatwirtschaft bilden Lehrlinge aus. Daher ist es auch so notwendig, dass es diese Ausbildungsgarantie gibt, denn – meine sehr verehrten Damen und Herren, letztendlich möchte ich eines noch als Abschlusssatz sagen –: Die Jugendlichen hier auf der Galerie sind es wert, die bestmögliche Ausbildung zu erhalten, und dafür kämpfen wir. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Da auf der Rednerliste niemand mehr gemeldet ist, hat Herr Amtsf StR Oxonitsch das Wort. Sie haben 15 Minuten. – Bitte.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe keine Ahnung, ob mich heute irgendwer hört oder akustisch verstehen kann (*Der Redner spricht mit heiserer Stimme.*), oder ob ich genauso gut ins Plastiksackerl reden könnte. Ich werde es trotzdem probieren, weil es mir doch wichtig ist, auf einige Dinge zu antworten, die in der Debatte gefallen sind.

Zunächst: Ich finde es immer wirklich sehr, sehr gut, dass gerade diesem Bereich der Bildung ein besonderer Diskussionsschwerpunkt gilt; aber trotzdem möchte ich natürlich gleich einleitend allen anderen Abteilungen, die nicht im Fokus der Diskussion gestanden sind, aber natürlich auch all jenen Abteilungen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für die Arbeit in diesem Jahr danken. Diese Arbeit stellt, glaube ich, durchaus sicher – und ich werde noch ein bisschen versuchen, darauf einzugehen –, dass wir eben in den zentralen Bereichen, nämlich Bildung, Jugend und Sport, einen Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Für diese Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, gleich einleitend ein herzliches Dankeschön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Budgetdebatten laufen zugegebenermaßen immer nach einem gewissen Muster ab: Wir versuchen darzustellen, in welchen wesentlichen zentralen Zielsetzungen wir im vergangenen oder im zukünftigen Jahr mit dem Budget entsprechende Rahmenbedingungen schaffen konnten. Die Opposition sagt, alles zu wenig, alles nicht so durchdacht, chaotisch oder was auch immer. Insofern muss man immer auf so kleine Veränderungen ein wenig aufmerksam hinhören.

Ich höre mir ja seit mittlerweile drei Jahren Budgetreden von. Dabei hat sie immer wieder gesagt, es herrsche totales Chaos in der Stadt, seit es den Gratiskindergarten gibt. Heute hat es schon geheißen, man könnte es vielleicht ein bisschen besser machen. Das sage auch ich immer. Ein bisschen besser bekommen wir alle etwas zusammen. Insofern Danke für den Meinungsumschwung! Endlich wird zur Kenntnis genommen: Der Gratiskindergarten war, ist und bleibt eine wichtige Maßnahme in der Stadt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich weiß, das ist natürlich unser aller Problem, dass wir sehr, sehr viele Unterlagen bekommen, dass wir immer wieder mit entsprechenden Studien, Analysen, Evaluierungen letztendlich konfrontiert sind, sodass eben oft die Zeit knapp ist, sie zu lesen. Aber ich möchte unter anderem Herrn Kollegen Kowarik, der meint, man soll immer in der bildungspolitischen Debatte ein wenig die Scheuklappen ablegen, sagen – Kollege Peschek und Kollegin Wehsely haben schon darauf hingewiesen –:

Wenn man sich der Mühe unterziehen würde, diese Studien et cetera zu lesen, nämlich darüber, woran es dem österreichischen Bildungssystem mangelt, wie wir reagieren können auf eine zugegebenermaßen durch das System der Bildung in Österreich vorgegebene Vererbung der Bildungskarrieren – mit einer Ausnahme, auf die komme ich auch noch zu sprechen –, dann sollte man diese Empfehlungen heute endlich auch ernst neh-

men, und zwar, da stimme ich völlig bei, ohne ideologische Scheuklappen.

Egal, ob es von UNICEF, von der Kepler Universität, von der Zukunftskommission der Ministerin Gehrler oder auch aus der Expertengruppe, die der Herr Spindelegger jetzt eingesetzt hat, kommt, es geht eindeutig immer in Richtung gemeinsame ganztägige Schulform. Dann sollte man diese Empfehlung einmal ernst nehmen und das nicht nach Wien transportieren. Gehen Sie gemeinsam diesen Weg auf der gesamtösterreichischen Ebene, dann können wir das umsetzen; und ich glaube, das wäre der wesentlichste Schritt für das österreichische Bildungssystem, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Da Bildungskarrieren sich im österreichischen Bildungssystem fortsetzen, weil wir eben keine ganztägige Schulform haben, ist es notwendig, immer wieder korrigierende Maßnahmen danach anzusetzen. Und da war es ganz besonders wichtig – und ich bin sehr stolz darauf –, dass es uns gemeinsam mit Claudia Schmied gelungen ist, eben dieses Maßnahmenprogramm zum Nachholen von Bildungsabschlüssen auf die Reihe zu bekommen, eine 15a-Vereinbarung mit allen Bundesländern, und zwar, was ganz wichtig ist, auch unter Qualitätsstandards.

Dieses Maßnahmenpaket setzen wir in Wien sehr entschieden um, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil wir eben zum Beispiel mit den Volkshochschulen in Wien ein hervorragendes Instrumentarium haben, das sicherstellt, dass junge Menschen, die es eben nicht geschafft haben oder vielleicht noch nicht so weit waren, um in der normalen Bildungskarriere einen entsprechenden Abschluss zu erreichen, diesen kostenlos nachholen können. Ich glaube, das ist eine besondere Maßnahme, die uns hier gelungen ist. Natürlich wäre es besser, wir bringen alle in der entsprechenden Bildungskarriere voran, dann wäre uns gedient. Aber dazu brauchen wir eben Maßnahmen. Da sollte man einmal internationale Empfehlungen, die nicht ideologisch gefärbt sind – ich sage das, weil uns das immer wieder unterstellt wird –, durchaus ernst nehmen.

Aber ich möchte vielleicht noch auf etwas hinweisen. Ich habe ja gesagt, man sollte sich vielleicht diverse Studien wirklich auch einmal zu Gemüte führen. Lesen Sie, ich kann es nur jedem empfehlen, über viele Bereiche, die hier gesagt wurden, den letzten Integrations- und Diversitätsmonitor, der in Wien erstellt wurde. Da wird durchaus mit einer immer so flapsig, stereotyp wiederholten Behauptung aufgeräumt, dass sich Bildungskarrieren in Österreich fortsetzen. Lesen Sie den Integrations- und Diversitätsmonitor! Es gibt eine Gruppe, auf die das überhaupt nicht zutrifft. Genau im Bereich der Migrantinnen und Migranten stimmt dieser auch von mir uneingeschränkt, immer wieder stereotyp wiederholte Punkt überhaupt nicht. Ganz im Gegenteil: Gerade in dieser Gruppe ist ein besonderer Bildungswille vorhanden, also gerade in diesem Bereich gibt es auch entsprechende Bildungskarrieren. Machen wir das österreichische Schulsystem dafür fit, dass jeder diese Bildungskarrieren immer wieder haben kann und dass der

soziale Unterschied – und der ist der wesentliche im österreichischen Bildungssystem, nicht die Frage, wer woher kommt, sondern der soziale Unterschied – tatsächlich durchbrochen wird.

Gemeinsame und ganztägige Schulform, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein zweiter Bereich, der Kindergarten, ist ja schon erwähnt worden. Da sind wir ja auch mit einigen Anträgen konfrontiert. Ich glaube, dass das wirklich eine Maßnahme ist – das kann man unumwunden sagen –, die von Wien ausgeht, wo aber mittlerweile bundesweit Konsens herrscht, dass der Kindergarten einfach eine Bildungsinstitution ist. Das zeigt sich in diesem Budget ganz besonders eindrucksvoll mit Investitionen von 630 Millionen EUR in diesem Bereich, mit der entsprechenden auch tatsächlichen finanziellen Überantwortung beziehungsweise Übernahme der Verantwortung, zum Beispiel für die Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland, das das betreibt! Es ist Wien, das tatsächlich Geld in diesem Bereich in die Hand nimmt, die Zahlen hat Kollege Meidlinger schon erwähnt. Wir sind gerade das einzige Bundesland, das sich in diesem Bereich tatsächlich eine Ausbildungsanstalt leistet. Wir delegieren das eben nicht an den Bund. Wir tun etwas für unsere eigenen Kindergärten, weil uns die Qualität ganz besonders wichtig ist.

Daher bin ich besonders froh, dass gerade auch viele private Kindergartenträger – ich erinnere an den letzten KIWI-Kongress letzte Woche, mit über 1 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern –, die Kinderfreunde, aber natürlich auch wir mit unseren entsprechenden Aus- und Fortbildungsmaßnahmen neben dem Ausbau, neben der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen gerade auf den Qualitätsaspekt in den Kindergärten ein besonderes Augenmerk richten.

Wenn es zum Beispiel um Bewegung im Kindergarten geht, rate ich nur: Besuchen Sie den einen oder anderen Kindergarten. Ich stehe gerne zur Verfügung. Dann werden Sie sehen: Sowohl was die Ausstattung betrifft ... Ich sage Ihnen noch dazu, dass da gerade die PädagogInnen ganz maßgeblich entscheiden, was sie anschaffen, was sie für ihre Arbeit brauchen. Ich glaube, das ist dort auch gut aufgehoben; es ist gut, dass das eben vor Ort gemacht werden kann. Aber schauen Sie sich an, welche Aufmerksamkeit da gerade dem Bereich Bewegung gewidmet wird. Ich möchte an dieser Stelle aber auch viele, viele andere Maßnahmen erwähnen. Ich erinnere an die Sprachförderung in diesem Bereich, ich erinnere auch an das Vermitteln von sozialen Kompetenzen im Kindergarten. Ein herzliches Dankeschön an die vielen Tausende von Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Bereich in der Stadt tätig sind! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der jedes Jahr zur Sprache kommt und natürlich immer wieder diskutiert werden kann: Inwieweit braucht man Öffentlichkeitsarbeit? Inwieweit ist es notwendig, das eine oder andere zu inserieren oder Kooperationen zu machen? Ich muss dazu sagen, dass mich das ein wenig ärgert. Gerade die Pflegeelternkampagne, aber durchaus auch

viele andere Kampagnen sind von großer Bedeutung. Denn wir brauchen zum Beispiel Pädagoginnen und Pädagogen in den Kindergärten, wir brauchen auch männliche Pädagogen in den Kindergärten. Das sind Maßnahmen, die man natürlich immer hinterfragen kann, die aber, glaube ich, tatsächlich durchaus sinnvoll sind.

Es ist nun einmal so, dass gerade durch diese Kampagnen – aber nicht nur dadurch, es gibt auch Informationsabende in der MA 11, in diesem Bereich gibt es wirklich ein Maßnahmenbündel – es gelingt, aufmerksam zu machen: Wir suchen Pflegeeltern! Es ist eine große Hilfe und es ist für uns natürlich die wesentlichste Maßnahme, wenn ein Kind, wenn es schon nicht in der Familie bleiben kann, bei Pflegeeltern unterkommt.

Ja, herzaubern können wir sie trotzdem nicht. Man kann das unter anderem durch Stärkung des Berufes beziehungsweise des entsprechenden Berufungsbildes machen, indem man eben zeigt, welche schwierige, aber auch schöne Aufgabe Pflegeeltern erfüllen. Das ist ein ganz wesentlicher Bereich. Wir machen das über eine Kampagne, und natürlich bedienen wir uns in diesem Bereich nicht nur des ORF, sondern auch der Printmedien. Ich will möglichst viele, möglichst alle erreichen, und das natürlich mit allen entsprechenden Maßnahmen und Mitteln.

Ich glaube, so ist es in vielen Bereichen. Wir informieren ganz bewusst, und das ist ja auch gesagt worden, über die Angebote in der Stadt, gerade auch in den Weihnachtsfeiertagen, in den Semesterferien, in den Sommerferien. Es wird immer wieder so getan, als ob um diese Zeit alle Wienerinnen und Wiener nicht da wären. Stimmt nicht, viele sind da. Viele verbringen ihre Zeit mit den Kindern da, wobei es für Kinder diverse Freizeitangebote gibt, und zwar nicht zuletzt – in meinem Bereich – das Wiener Ferienspiel und das umfassende Sportangebot, zu dem auch ein Skilift zählt. Es ist nicht selbstverständlich, dass es in einer Stadt so ein Sportangebot gibt, und das noch, wie ich denke, zu wirklich sozialverträglichen Tarifen. Auch beim Ferienspiel gibt es viele, viele kostenlose Angebote, um eben zu zeigen: Man kann in der Stadt die Ferien verbringen.

Das lässt sich durchaus auch für viele weitere Bereiche zeigen. Ich für meinen Bereich kann nur sagen: Ich bekenne mich dazu – ich weiß, mit dem populistischen Argument wird man leben können –, darüber zu informieren, was wir in der Stadt haben. Es ist wichtig im Interesse der Lebensqualität vor allem jener Wienerinnen und Wiener, die sich vielleicht das eine oder andere, wie etwa eine Flugreise, nicht leisten können, sie darüber zu informieren, dass sie den Urlaub in der Stadt verbringen können und dabei kein schlechtes Gewissen zu haben brauchen, weil wir in der Stadt tolle Angebote haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Da ist natürlich der Bereich der Jugendwohlfahrt ein ganz besonderer. Auch an dieser Stelle noch einmal ein klares Wort: Ich bekenne mich und ich habe mich von Anfang an bekannt – ebenso wie der Wiener Bürgermeister und alle – zu klarer Transparenz, Nachvollziehbarkeit und schonungsloser Aufarbeitung der Vergan-

genheit im Bereich der Jugendwohlfahrt; die sich in Wien nicht unterscheidet, auch das sei noch einmal klar gesagt, von der Jugendwohlfahrt in Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, Oberösterreich, Niederösterreich und im Burgenland – ich weiß nicht, ob ich jetzt ein Bundesland vergessen habe.

Es ist letztendlich eine tragische Geschichte, auch europa- und weltweit. Ich war vergangenes Wochenende in Schweden, um mich gerade über den Bereich der Jugendwohlfahrt zu informieren. Schweden wird ja in diesem Bereich oft als Musterland präsentiert. Aber auch die Schweden haben derzeit eine extrem schwierige Phase der Aufarbeitung in diesem Bereich. Wenn man sich aber auch ansieht, was wir in Wien mit der Historikerkommission von Prof Sieder auf den Tisch gelegt haben an Offenheit, an schonungsloser Aufarbeitung dieser Geschichte, dann brauchen wir uns, glaube ich, nirgends zu verstecken.

Dieser Bericht ist, glaube ich, über 540 Seiten lang. Wenn man sich aber die Berichte der anderen Bundesländer anschaut, so sind es oft nur 20 oder 25 Seiten. Also, nur dass man so ein bisschen quantitativ auch Vergleiche hat, wie stark wir durchaus auch Opfer ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Sie wissen genau, dass das beschränkt wurde!*) Vielleicht können Sie einmal ein bisschen zuhören, Kollege Jung. Horchen Sie einmal zu! Schreien Sie nachher hinein! Dafür ist das Thema zu ernst, sehr geehrter Herr Kollege! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.) Sie horchen eh nicht zu. Dann gehen Sie gleich raus, ist ja wurscht! Sie könnten ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Sie wissen genau, dass es mehr waren! Sie haben's relativiert!* – GRin Nurten Yilmaz: *Das ist ja unglaublich!*)

Hat jetzt irgendwer irgendwo gehört, dass jemand nicht von einer schlimmen Sache geredet hätte?! Horchen Sie zu und schreien Sie dann dazwischen! Dieses dauernde Dazwischengemurmel geht wirklich auf die Nerven. Ich muss das echt einmal sagen. Sie können ja einmal zuhören. Sie haben eine andere Meinung, soll so sein. Aber einfach nur da rein (Der Redner deutet auf sein Ohr.) und vielleicht drinnen auch verarbeiten, wäre vielleicht ganz super. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Ich denke, dass wir mit dieser historischen, wissenschaftlichen Aufarbeitung einen wesentlichen Schritt gemacht haben. Ich glaube aber auch, dass wir gerade im Bereich der Entschädigungszahlungen tatsächlich jene Maßnahme gesetzt haben, die vielen Opfern entspricht, die vielen Opfern letztendlich auch Hilfe gegeben hat, und zwar nicht nur – das ist ganz wesentlich – im Bereich der materiellen Entschädigung, sondern ganz besonders auch im Bereich der Therapien, im Bereich der Zuwendung, im Bereich des Hinhörens und in der gemeinsamen Aufarbeitung, die für viele, viele Opfer ganz wesentlich ist.

Auch in dieser Hinsicht brauchen wir uns in Wien nicht zu verstecken. Das ist etwas, das in Schweden gerade diskutiert wird. Dort fängt man jetzt gerade an mit der Diskussion, ob man Entschädigungszahlungen überhaupt leistet. Ich erwähne das, weil Schweden immer

wieder als Musterland genannt wurde. Dort überlegt man erst. Wir hingegen haben das als erstes Bundesland gemacht, wir haben es am umfassendsten gemacht. Wir haben es auch mit dem größten Volumen gemacht, und zwar nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch entsprechend pro Opfer, um eben in unserer Verantwortung zu tun, was wir heute tun können: Aufklären, helfen, unterstützen und den Leuten letztendlich jenes Sprachrohr geben, das sie mit ihrer tragischen Geschichte zu Recht verdient haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ und von GR David Ellensohn.)

Ich glaube also, dass gerade mit ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (unterbrechend): Herr Stadtrat! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit bereits abgelaufen ist.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch** (fortsetzend): Gut. Ich komme zum Schlusssatz: Ich möchte darauf hinweisen, dass mit diesem Budget, glaube ich, wirklich wesentliche Investitionen im Bereich der Bildung, aber auch in vielen Bereichen der Jugendwohlfahrt, der außerschulischen Jugendarbeit sichergestellt werden können; und ich kann nur appellieren: Stimmen Sie diesem Budget zu! Es ist gut für die Jugend in Wien. (Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Ich weise wieder hin auf die Fraktionsvereinbarung, die inzwischen bekannt sein dürfte. Als Erstredner ist Herr GR Dipl.-Ing Stiftner zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. – Bitte.

GR Dipl.-Ing Roman **Stiftner** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Wir kommen nun wahrscheinlich zu jener Geschäftsgruppe, die hier politisch in der Vergangenheit schon am meisten diskutiert worden ist. Ich möchte mich heute nicht auf die verkehrspolitischen, sondern sehr stark auf die finanziellen Auswirkungen konzentrieren, wie es sich in der Budgetdebatte gehört. Für alle, die sich vielleicht noch erinnern können: Ich habe ja als damaliger Umweltsprecher sehr klar analysiert, wie ein Ressort zur Gelddruckmaschine gemacht werden kann

Wir haben ja in der schon abgelaufenen Debatte aus dem Umweltressort gehört, dass durch die Überschüsse aus den Bereichen Wasser, Müll, Abwasser im Wesentlichen 138 Millionen EUR zur Budgetdefizitabdeckung ins allgemeine Budget gespült werden. Das ist natürlich wesentlich weniger, seit dort die Wien-Kanal-Ausgliederung stattgefunden hat. Aber jetzt geht es darum, dass es offenbar nicht mehr ausreicht; jetzt hat die Stadtregierung gemeinsam entschieden, weitere Geldbeschaffungsaktionen anzuzapfen, um eben Geld zu lukrieren.

In diesem Sinn ist ja der kreative Reichtum wirklich zu bewundern. Man hat jetzt das Verkehrsressort als Gelddruckmaschine erkannt, und versucht, dieses auch entsprechend umzusetzen, und das, obwohl man dann erkennen muss, dass es ein verkehrspolitisches Desas-

ter gibt wie zum Beispiel bei der Parkpickerleinführung. Aber diese Abzocke ist ein eigenes Thema, das haben wir ohnehin schon diskutiert. Darauf sollte ich heute nicht eingehen, sondern vielmehr auf die budgetwirksamen Auswirkungen dieses Desasters, das die Frau Verkehrsstadträtin gemeinsam mit der roten Stadtregierung zu verantworten hat.

Sie haben hier ein Körbergeld gemacht. Einerseits hat man die Kurzparkgebühren erhöht – das haben wir schon mehrfach diskutiert. Das hat dann nicht ausgereicht; das Budget ist offenbar so marod, dass man dann die Zonen erweitert hat. Und weil auch das nicht ausgereicht hat, hat man dann unter dem grünen Deckmäntelchen, Umweltschutzargumente vorschützend, auch noch die U-Bahn-Steuer erhöht, dabei jede soziale Ausgewogenheit dieser Maßnahme vermissen lassen und noch dazu es geschafft, dass sich in der Zwischenzeit maßgebliche Unternehmen aus dieser Stadt die Abwanderung überlegen.

Die Standortnachteile überwiegen, die Passantenfrequenzen der Einkaufsstraßen werden niedriger, weil dann natürlich Einkaufszentren im Umland viel bequemer zu erreichen sind. Auch das ist ein gravierender Nachteil, auch in steuerlicher Hinsicht, für diese Stadt.

Die Ironie bringt es mit sich. Wenn man sich die Zahlen sehr genau anschaut, so stellt man fest – ich habe heute schon im Zusammenhang mit dem Umweltressort darüber gesprochen –, dass die Einnahmen aus der Parkometerabgabe genau die 138 Millionen EUR erreicht haben, die Sie nun kumuliert aus den Umweltgebühren, also aus dem Umweltressort lukrieren. Das heißt, Sie haben das Körbergeld, das Sie im Umweltressort abgeliefert haben, nun verdoppelt aus dem Verkehrsressort. Und es scheint offenbar aus den politischen Jugendjahren so eine Eintracht zu geben zwischen Frau Vassilakou und Frau Sima, dass man offenbar unter dem ökologischen Deckmäntelchen versucht, Budgetpolitik zu betreiben. Diese Politik ist aber weder nachhaltig noch kostenehrlich noch hilft sie der Umwelt. Diese Politik ist ein Desaster für den Verkehr in dieser Stadt, sehr geehrte Damen und Herren!

In Summe ist es eine Explosion der Einnahmen, und diese wird noch ergänzt durch die Verwaltungsstrafen, die ja „glücklicherweise“ durch den rasanten Ausbau der Überwachungsgruppe und natürlich auch die geographische Ausweitung sich offenbar ebenfalls budgetär satt zu Buche geschlagen haben, nämlich mit 75 Millionen EUR – und das, obwohl die Grenzen, wo jetzt ein Parkpickerl gilt und wo nicht, für viele nicht klar, nicht durchsichtig sind.

Während man bisher klare Grenzen hatte, die leicht erkennbar waren, ist es so, dass in den Außenbezirken vielfach Nachfragen kommen. Nicht jeder hat ein Smartphone eingesteckt, wo er jederzeit nachschauen kann, ob der Straßenzug links oder rechts noch dabei ist oder nicht. Da ist mit einer großen Masse an Strafaktionen zu rechnen, weil sich die Leute einfach nicht auskennen. Aber das macht ja nichts, das freut die Finanzstadträtin, vielleicht auch die Frau Vizebürgermeisterin, die angeblich für den Verkehr zuständig ist, denn die Einnahmen

klingseln da mit einem Budgetbeitrag von 213 Millionen EUR. Und das ist auch noch nicht der Letztstand, da kommt noch etwas dazu. Die von mir bereits erwähnte U-Bahn-Steuer wurde nämlich um bescheidene 177 Prozent erhöht. Ich erwähne noch einmal: um 177 Prozent erhöht! Ich weiß nicht, welche absurde Rechtfertigung man für eine solche Steigerung überhaupt finden kann.

Aber das macht ja nichts, das zahlen ja ohnehin die bösen Unternehmer, denen kann man das ruhig abverlangen. In Summe ist das ein Betrag von 38 Millionen EUR, der zur Verschlechterung der Standortbedingungen in dieser Stadt führt und natürlich die Abwanderung von Unternehmen aus dieser Stadt weiter beschleunigen wird. Die globale Konkurrenz ist Ihnen egal; dass Mitbewerber aus anderen Gebieten bessere Kostensituationen haben, scheint Sie nicht wirklich abzuhalten, Arbeitsplätze aus dieser Stadt wegzutreiben; denn da geht es ja gegen Unternehmer, und die hat ja Rot-Grün ohnehin nicht im Sinn.

Eine sicherlich sehr vernünftige Rechnung, die sich hier dann aus Sicht der Stadtregierung ergibt, ist, dass mehr als 250 Millionen EUR aus dem Verkehrsressort ins Budget gespült werden. Es sind dies 250 Millionen EUR, die die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt ohnehin schon an Steuern zahlen, ans Budget abliefern, nämlich aus dem Titel der Parkraumbewirtschaftung, der Strafzahlungen et cetera. Und was mich wundert: Trotzdem sind wir negativ! Trotzdem schafft es die Stadtregierung nicht, ein Budget der Ausgeglichenheit zusammenzubringen, sondern es wird von Krise gesprochen und über andere Themen. Ich denke, das ist mehr als Heuchelei. Hier geht es offenbar darum, abzuzocken, was abzuzocken ist, die eigenen Strukturen nicht zu verändern, und das Geld dort zu verteilen, wo es der eigenen politischen Klientel am besten dient. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte gerne in diesem Zusammenhang auch zwei Anträge einbringen, beide gemeinsam mit den Kollegen Bernhard Dworak, Norbert Walter und Martin Flicker.

Der erste Antrag betrifft die Schaffung eines S-Bahn-Ringes um Wien, in dem wir die Stadtregierung ersuchen oder auffordern: „mit den ÖBB entsprechende Gespräche zu führen, um wirklich einen S-Bahn-Ring um Wien herum zu schaffen.“ Hiezu gibt es Planungen. Wir von der ÖVP haben sie ja bereits durchgeführt und vorgelegt. Das wäre eine gute Sache, um eben für die Wienerinnen und Wiener, aber auch für jene, die einpendeln, eine Schnellverkehrsverbindung in den Außenbezirken zu erzielen. Da ist auch die finanzielle Bedeckung kein Problem. Auch das haben wir schon ausgeführt. Wir fordern die sofortige Abstimmung.

Der zweite Antrag betrifft die rasche Umsetzung des Ausbauprogramms von Park-and-ride-Anlagen. Ich denke, auch das haben wir bereits mehrfach diskutiert. Da hilft es auch nichts, wenn Kollege Maresch immer wieder sagt, das sei so teuer. Auch dafür hätten wir das Geld, würden wir es richtig einsetzen. Da helfen auch Milchmädchenrechnungen nichts. Es würde den Pendlern viel

mehr helfen, wenn sie auch wirklich ihr Auto an der Stadtgrenze abstellen und dann mit der S-Bahn oder U-Bahn in die Stadt hineinfahren können. Deshalb fordern wir das. Offenbar ist die Stadtregierung bisher nicht gewillt, das zu tun. Ich hoffe, wir können durch das beharrliche Dranbleiben etwas bewegen in diese Richtung, nämlich „ein attraktives Angebot an Park-and-ride-Anlagen zu schaffen“. Auch hiezu fordern wir die sofortige Abstimmung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich aber abschließend in der mir verbleibenden Redezeit noch auf einen nicht sehr unwesentlichen Aspekt eingehen, nämlich auf den politischen Aspekt, wie hier im Ressort, das ja ausschließlich die GRÜNEN – so wurde mir gesagt – zu verantworten haben, auch weitere Verschwendungen passieren, nämlich in der Frage der sogenannten Green Jobs. Ich meine nicht die Green Jobs, wie sie die ÖVP vorgeschlagen hat, nämlich aus Umwelt- und ökologischer Sicht, sondern die Jobs, mit denen Parteigänger der GRÜNEN offenbar versorgt werden müssen.

Wien ist ja bekanntermaßen an Beamten nicht wirklich unterpersonalisiert. Ich gestehe zu, ich habe es mehrfach erlebt, es gibt eine hervorragende Anzahl an Beamten, die wirklich gute Arbeit leisten, die engagiert sind und die man sehr gut einsetzen kann. Aber was macht die grüne Stadtregierung oder der grüne Teil der Stadtregierung? Sie schaffen eine teure Parallelwelt durch Beauftragte, weil sie offenbar mit den Beamten nicht ganz so einfach umgehen. Die haben offenbar eine differenzierte Sichtweise, vertreten nicht die grüne Ideallehre und sind deshalb zu überrulen, weshalb man jetzt eine Parallelwelt mit den diversesten Beauftragten schafft.

Begonnen hat es mit dem Kollegen Van der Bellen – er sitzt jetzt sogar da, ich habe ihn die ganze Zeit gar nicht gesehen –, der sich entschieden hat, neben seinen 220 000 EUR für die Wissenschaft lieber jetzt 3 Jahre hier im Gemeinderat zu sitzen als ein verbleibendes Restjahr im Nationalrat. Ich gestehe hier zu: Er hat sicher für die GRÜNEN viel mehr gemacht als seine Vorgänger und Nachfolger, das ist aus Sicht der GRÜNEN auch sicher zu belobigen. Ich frage mich nur, warum es der Wiener Steuerzahler zahlen muss, wenn die GRÜNEN hier diese Leistung honorieren sollen.

Eine weitere Aufgabe hat sich ja die Stadtregierung gegeben, und vor allem die GRÜNEN mit der Schaffung einer eigenen Magistratsabteilung für Energieplanung. Satte 1,3 Millionen EUR sind da hineingeflossen – Ergebnis unbekannt, auch bisher nichts bekannt. Dann hat man um 900 000 EUR eine Fahrradagentur geschaffen, die eine Parallelwelt zur MA 46 darstellt, und jetzt hat man gelesen, dass es einen Fußgängerbeauftragten oder eine -beauftragte geben soll. Diese Position gibt es ja bereits seit vielen Jahren, aber offenbar ist die Person den GRÜNEN nicht zu Gesicht stehend, also hat man lieber eine grüne Parteigängerin mit diesem Job versorgt, sodass man auch da entsprechende Mehrausgaben hat. – Eine Parallelwelt, eine Verschwendungssucht, parteipolitisch getriebenes Verkehrs- und Personalwesen

scheint hier offenbar an der Tagesordnung zu sein.

Ich wende mich hier abschließend an die Fraktion der SPÖ: Erkennen Sie dieses Desaster mit ihrem Neo-Koalitionspartner! Schauen Sie, dass Sie vielleicht die Strukturen, die hier vorherrschen, durchschauen, und versuchen Sie, die Verkehrspolitik positiv zu beeinflussen! So wie es momentan steht, werden Sie verstehen, dass wir diesem Ressort und diesem Voranschlag unsere Zustimmung nicht geben können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner steht Herr GR Mag Maresch auf der Rednerliste. Vorgabe 8 Minuten. – Bitte sehr.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin und Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Acht Minuten sind kurz, deswegen werde ich mich nur ganz kurz mit der ÖVP beschäftigen. Immer dasselbe G'schichtl: Körbergeld von da und dort, Beschäftigungsgeschichten, wo irgendwelche Grünen oder roten Freunde angestellt werden. Man kann nur sagen, ja, das kennt die ÖVP gut, denn im Bund funktioniert es seit vielen, vielen Jahren. Man braucht sich nur umzuschauen, wo die ÖVP überall drinnen ist; wo Raiffeisen drinnen ist, steht immer wieder drauf. So gut läuft es nicht, und Abzocke kennen Sie am allerbesten.

Soviel zu der Geschichte und zwar ganz kurz: Diese Stadtregierung hat in Wirklichkeit einiges auf den Weg gebracht. Wir haben in Wirklichkeit 100 000 Jahreskarten mehr verkauft als noch vor einem Jahr. Es gibt einen Rückgang des Kfz-Verkehrs, sogar auf den Autobahnen, in Inzersdorf 5 693 Kfz täglich. Der Parkplatzsuchverkehr ist durch die Einführung der Parkraumbewirtschaftung massiv zurückgegangen. Es gibt weniger Lärm, weniger CO₂-Austoß, weniger Feinstaub, einfach mehr Umweltqualität, mehr Lebensqualität. Menschen können wieder mit ihren Kindern in aller Ruhe den Schulweg beschreiten. Es gibt keine Autofahrer, die ständig Parkplatz suchen müssen. Kurzum, da hat sich einiges verbessert. Wir werden sogar die betroffenen Bezirksvorsteher ... *(Ruf bei der ÖVP: Er wohnt in einer anderen Stadt!)* Ich habe jetzt keine Zeit für Ihre Einwände.

Diese Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher haben reagiert auf die Wünsche der Bevölkerung, und mit 1. Jänner wird die Parkraumbewirtschaftung ausgedehnt werden. Von Abzocke keine Rede, ganz im Gegenteil: Das Geld werden wir verwenden für Verbesserungen im öffentlichen Verkehr, für mehr Radverkehrsanlagen, für bessere Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger auf den Gehwegen, und natürlich auch zum Garagenbau.

Jetzt komme ich zum Garagenbau. Welche Garagen werden wir in der nächsten Zeit angehen? Die Garage im 2. Bezirk am Nordbahnhof-Gelände. Eine Garage unter dem zukünftigen Turnsaal einer AHS im 2. Bezirk wird nicht kommen; und zwar nicht, weil wir es nicht wollen, sondern weil Ihre BIG das torpediert hat. So schaut die Geschichte aus. Die nächsten Garagen, die wir bauen, und zwar sinnvolle, sind beim Hernalser Hof, bei der

Wattgasse, wo wir die Parkplätze, die in der Ottakringer Straße wegfallen, substituieren. Kurzum, da tut sich etwas, Rot-Grün wirkt, und das besonders in der Verkehrspolitik.

Jetzt zu Ihrem ewigen Einwand mit den Park-and-ride-Plätzen im Umland. Es ist uns gelungen – nämlich der Frau Vizebürgermeisterin, aber auch der Stadtregierung mit Niederösterreich –, endlich einmal in der Park-and-ride-Angelegenheit etwas zu tun. Sie sagen immer, in Niederösterreich sei alles super, 33 000 Stellplätze für die Park-and-ride-Interessierten. Wenn man aber auch die Radfahranlagen dazurechnet, dann kommt man auf diese Zahl 33 000. Wenn man vergleicht: 350 000 PendlerInnen aus dem Umland und 33 000 Parkplätze, so ist das wirklich nicht viel. Da gehört einiges verbessert.

Meine Rechnung mit den 15 000 EUR pro Stellplatz wird von Ihnen als Milchmädchenrechnung bezeichnet. Das finde ich total interessant, denn das gibt es als Bericht des Kontrollamts, nämlich 22 400 EUR für einen Stellplatz in einer normalen Garage und 15 000 EUR, das weiß auch die ÖVP, kostet ein Stellplatz in einer Park-and-ride-Anlage. Das braucht man nur zu multiplizieren mit den 100 000 zusätzlichen Autofahrern und -fahrerinnen, die in den letzten 10 Jahren nach Wien gekommen sind. Sie können ja rechnen: 15 000 mal 100 000 sind 1,5 Milliarden EUR. – Niemand hat das Geld, niemand. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Was Sie weiters nicht ausgerechnet haben, Kollege Stiftner, ist folgende Kleinigkeit: Es kommt für jeden Pendler billiger, wenn er in der ersten Außenzone parkt, als wenn er nach Wien hereinfährt und hier täglich die 2,40 EUR für die Park-and-ride-Anlage bezahlt. Jetzt könnten Sie hergehen und sagen, die müssten gratis sein. Das heißt in Wirklichkeit: Sie verlangen, dass die Stadt 8 000 oder in Zukunft 7 000 Menschen einfach das Geld schenkt, und zwar nicht einmal Wienern, sondern NiederösterreicherInnen, BurgenländerInnen, sonst wem. Sie verlangen von uns, wir sollen das gratis machen und damit Autofahrern etwas schenken, das Sie beim Budget sicherlich ganz anderen Leuten verweigern werden. Das werden wir nicht tun! *(Beifall von GR David Ellensohn und GR Siegi Lindenmayr.)* Wir werden darauf schauen, dass die sozialen Beziehungen in Wien weiterhin in Ordnung sind – und nicht die Geldbörseln von irgendwelchen Menschen, die gern in einem dicken, großen Auto nach Wien fahren würden.

Ja, es ist notwendig, für die PendlerInnen etwas zu tun. Da kann sich Herr Pröll und seine Freunde in Niederösterreich gleich bei der Nase nehmen. Wir haben die Kosten der Jahreskarte auf 365 EUR im Jahr gesenkt. Die Niederösterreicher haben das verweigert, wollen das nicht tun. Ganz im Gegenteil. Es gibt diese eigenartige Pendlergeschichte in Wirklichkeit weiter, dass man zwischen 125 EUR, wenn man wenig verdient, und – bis zu – 3 400 EUR als PendlerInnenpauschale bekommen kann. Das ist weiterhin sozial ungerecht und betrifft nur die Autofahrerinnen und Autofahrer und nicht die Öffi-NutzerInnen. Wir wollen als GRÜNE, dass hier eine Gleichstellung passiert, dass Leute, die die Öffis benutzen, gleich viel bekommen wie die Autofahrer. Sie wollen

das nicht. Sie wollen da weiterhin Ungerechtigkeit haben.

Ein wichtiger Aspekt bei der Parkraumbewirtschaftung ist übrigens, dass viele WienerInnen draufgekommen sind, dass sie eigentlich in Niederösterreich hauptwohngemeldet sind und besser dran sind, wenn sie sich nach Wien hereinschicken. Wir finden das gut. Das ist mehr Gerechtigkeit und bringt dem Fiskus letztendlich Geld, das ihm zusteht.

Jetzt noch schnell zu unseren Schwerpunkten. Schwerpunkt ist die Erschließung der Seestadt beim Verkehr. Die FußgängerInnenbeauftragte muss oder wird darauf schauen, dass FußgängerInnen in Wien zu ihrem Recht kommen und dass FußgängerInnenpolitik in Wien ein Schwerpunkt wird. Weiters werden wir, wie ich schon erwähnt habe, Garagenprojekte forcieren, und zwar dort, wo es Sinn macht, nämlich dort, wo die Bevölkerung dafür ist und wo garantiert ist, dass sie auch genutzt werden. Projekte in den Bezirken wird es viele, viele geben, weil nämlich die Parkraumbewirtschaftung Platz für den öffentlichen Raum schafft und damit einiges möglich ist.

Den Verkehrsdienstvertrag wird die Stadtregierung im Dezember unterzeichnen, der wird Verbesserungen im öffentlichen Verkehr bringen. Für den öffentlichen Verkehr hat die MA 18 Planungen durchgeführt, und zwar für die Wienerberg-Tangente, für den 18er, für die Verlängerung des O-Wagens, für die D-Wagen-Verlängerung sowie hinsichtlich der Straßenbahnlinien 25 und 26. Wir werden das im Fachkonzept Verkehr finden, das mit der Erstellung des neuen STEP Hand in Hand geht. – Damit möchte ich Schluss machen und Ihnen für die Aufmerksamkeit danken. *(Beifall bei GRÜ-NEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner steht Herr GR Mahdalik auf der Rednerliste. Vorgabe 20 Minuten. – Bitte.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin!

Rüdiger Maresch hat die VCÖ-Untersuchung, derzufolge das Parkpickerl ursuper ist, angesprochen. Ich bin da noch auf andere Zahlen gekommen. Ich habe mir da nämlich, wie die Aussendung gekommen ist, wie leiwand das Parkpickerl ist, die VCÖ-Seite aufgemacht und habe mir angeschaut, wo gemessen wurde. Das große Plus, der Mehrwert des Parkpickerls war, dass auf der A23-Zählstelle Inzersdorf im Oktober 2012 um 900 Autos weniger unterwegs waren als im Oktober 2011, 900 Autos, alle Achtung, muss ich schon sagen! Das könnte zum Beispiel auch mit den horrenden Benzinpreisen zusammenhängen. Aber was jetzt die Zählstelle in Inzersdorf auf der A23 mit dem Parkpickerl im 16., 17. oder 15. Bezirk zu tun hat, darüber habe ich eine Zeit lang nachdenken müssen und ich bin dann draufgekommen: Nichts hat es damit zu tun. Aber es war wahrscheinlich die einzige Zählstelle der A23, wo der Verkehr zurückgegangen ist, und man nimmt eine Zählstelle mit 63 000 Autos *(GR Mag Rüdiger Maresch: Nein, das stimmt nicht!)* am Tag. Das ist ja auch nicht repräsentativ, überhaupt die ziemlich weit weg in Inzersdorf ist. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Nicht plauschen!)* Auf der Tangente

fahren am Tag 180 000 Autos. Aber wenn jetzt der Erfolg des Parkpickerls ist, dass in Inzersdorf 900 Autos weniger fahren pro Tag, dann gratuliere ich *(GR Mag Rüdiger Maresch: Nachschauen! Nachschauen!)*, dass ihr euch schon über solche Erfolge wie die kleinen Kinder freuen könnt.

Also wenn der VCÖ was sagt, das ist ja ein grünstichiger Privatverein, und was der sagt, interessiert mich zumindest herzlich wenig. Trotzdem, die Zahlen sind wirklich beeindruckend. Gratulation!

Nur ganz kurz: Dass wir dem Budget nicht zustimmen werden, auch in dieser Geschäftsgruppe nicht, versteht sich wohl von selbst. Nur im Kurzdurchlauf, warum nicht, einige wenige Punkte repräsentativ für ein breites Versagen von Rot und Grün in Verkehr und Planung. Der Kollege Stiftner hat es schon die Versorgungsposterln angesprochen, diverse Beauftragte, Fahrradagentur 7 Millionen EUR bis zum Jahr 2015. Zuerst ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Was ist mit den nichtamtsführenden Stadträten? Was ist damit?)* Das war eine SPÖ-Idee! Redet's mit ihnen, mit den nichtamtsführenden ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wir haben einen Stadtrat eingespart!)* Sie haben die eingeführt oder? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Da haben wir einen eingespart! Das muss im eigenen Interesse sein!)* Habt ihr nicht jahrelang nichtamtsführenden Stadträte ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du bist ja nur sauer, weil du es nicht bist.)* Ja, ich bin jetzt ein Leider-Nicht-Stadtrat, das weiß ich. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das haben wir eingespart!)* Ich lebe genauso noch. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das muss im eigenen Interesse sein!)* Ich bin genauso lustig wie immer. Aber das müsst ihr schon in der Regierung besprechen, wenn ihr was abschaffen wollt! Ihr habt jahrelang von den nichtamtsführenden Stadträten partizipiert. *(Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* Jetzt habt ihr einen amtsführenden und jetzt sind euch die nichtamtsführenden ein Dorn im Auge? Ich weiß, ihr dreht euch ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du bist ja nur sauer!)* Ich bin ursauer! Das merkt man jedes Mal, wenn ich draußen bin, wie sauer ich bin *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* und ich gräme mich und weine mich jeden Tag in den Polster hinein, dass ich nicht Stadtrat geworden bin. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja eh. – Weitere Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)*

Fahrradagentur. Da hat es zuerst im Ausschuss geheißen, sie kriegt 900 000 EUR pro Jahr, kein Cent für Radwege. Wir haben gesagt, okay, dem stimmen wir nicht zu, denn wenn 670 000 EUR für komische Kampagnen - die neueste mit dem blonden Mädchen, der Kollege Blind hat es ja gestern angesprochen -, hinausgeschmissen werden, dann wundern wir uns über 900 000 EUR, die für grüne Versorgungsfälle aus dem Fenster geschmissen werden, auch nicht. Aber zwei Ausschüsse später war es schon anders. Jedes Jahr 1,5 Millionen EUR, insgesamt 7 Millionen EUR bis zum Jahr 2015, davon kein einziger Cent in den Radwegausbau.

Parkpickerlinkasso. Da möchte ich es heute nur bei den zwei Worten bewenden lassen und möchte es damit nur streifen. Das haben wir schon genug besprochen und es wird auch sicher nicht das letzte Mal gewesen

sein.

Die Behinderung der Öffis für Radlwege, Stichwort Umbau Ottakringer Straße, Linie 44, die permanente Parkplatzvernichtung, und so weiter, und so fort.

Und wenn die sehr geehrte Frau Stadträtin heute einen neuen Vorschlag gemacht hat - der Kollege Maresch hat ihn auch angesprochen im Zuge der Diskussion um die Reform der Pendlerpauschale -, um auch die Firmen beziehungsweise die Angestellten beim Erwerb von öffentlichem Verkehrsnetzwerk, Netzkarten, steuerlich zu begünstigen, dann ist das ein Vorschlag, der an die Bundesebene zu richten ist. Jeder Vorschlag, den Modal-Split zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs zu verbessern, ist natürlich willkommen. Aber zuerst muss man einmal die Voraussetzung schaffen, dass die Pendler aus dem Burgenland, aus Niederösterreich auf die Öffis umsteigen können und dann können Sie erst darüber nachdenken, ob sie sich eine Jahreskarte leisten können oder wollen. Aber wenn Wien 8 700 Park-and-ride-Plätze bei 400 000 täglichen Autos, die über unsere Stadtgrenze kommen, hat, dann sieht man, dass sich die Rechnung nicht einmal annähernd ausgehen kann. Es sind viel zu wenige Plätze vorhanden. Niederösterreich hat, glaube ich, 33 000 richtige Park-and-ride-Plätze und 22 000 Bike-and-ride-Plätze, die bei dem Wetter eher nicht zu 100 Prozent gefüllt sein werden, nehme ich an. Also die Angebote sind hüben wie drüben zu wenig. Wien möchte jetzt mit unbestimmter Zeitangabe bis irgendwann 7 000 neue Park-and-ride-Plätze schaffen, die auch noch ein Tropfen auf dem heißen Stein sind. Niederösterreich möchte 3 730 bis 2015 schaffen, die haben zu mir gesagt, bis wann. Da sage ich auch: Donnerwetter, insgesamt 10 000 neue Park-and-ride-Plätze. Dann haben wir - wie viel haben wir dann? - fast 19 000 bei 400 000 Autos, die dann noch immer die Stadtgrenze überqueren werden! Also wo die Niederösterreicher und Burgenländer und Steirer auf die Öffis umsteigen sollen, das müsst ihr uns einmal verraten!

Und verraten sollten uns auch die GRÜNEN, wo die Schnellstraßenbahnen geblieben sind, eine beliebte Oppositionsforderung von euch über viele viele Jahre, wo wir, wenn ihr gescheite Konzepte vorstellt, auch gerne mit dabei wären. Da sagen wir, leiwand, günstiger als eine U-Bahn, machen wir. Aber seit ihr in der Regierung seid, habe ich kein Sterbenswörtchen mehr über die Schnellstraßenbahnen gehört! *(Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* Vielleicht kann nachher noch wer herauskommen und sagen, wann und wohin die jetzt geplant sind.

Zu den U-Bahn-Ausbauplänen, die im Moment, man hat es heute in der Zeitung gelesen, von Regierungsseite vielleicht wieder ein bisschen aktueller werden. Vielleicht war es auch nur ein Versuchsballon von einer Tageszeitung. Aber die U5 wäre natürlich eine gescheite Sache. Das kostet alles Geld, das wissen wir auch. Aber die Ausreden, dass unter dichtverbautem Gebiet das Ganze schwierig zu bauen ist, teuer natürlich - teuer ist in Wien der U-Bahn-Bau an und für sich, doppelt so teuer wie in München, dafür dauert es auch doppelt so lange. Aber teuer war auch der Bau der U2 vom Schottenring zum

Stadion, kompliziert auch, lauter Häuser sind drüberge-standen. Also könnten wir auch die U5 bauen und könn-ten uns in Zukunft eines ersparen: Wenn eine Straßen-bahnlinie wie der 43er überlastet ist, dann braucht ihr nicht die Sitze rausreißen. Ich meine, ihr könnt jetzt natürlich auch Garnituren dazuschieben und die Intervalle verdichten, wie es in anderen Städten gemacht wird, aber ihr habt halt die Sitze rausgerissen. Das ist aus verkehrstechnischer Sicht verhaltensoriginell, aber es ist nicht unbedingt notwendig und trägt ja auch nicht dazu bei, die Attraktivität der Öffis zu steigern, wie es ja eigentlich das erklärte Ziel von Rot und Grün sein sollte. Also wenn man die U5 baut, kann man den 43er entlas-ten. Das wird natürlich ein bisschen dauern. Vielleicht müsst ihr dazwischen noch ein paar Sitze rausreißen oder ihr bestellt neue Wagengarnituren, falls zu wenig vorhanden sind, weil aus betriebstechnischer Sicht kann ich mir nicht vorstellen, warum man nicht ein paar Garni-turen noch dazugeben könnte und sich das Sitzerausrei-ßen ersparen könnte. Also bestellt noch ein paar Garni-turen, bei der U-Bahn hat es ja auch funktioniert!

Die Wiener Linien, die jetzt jedes Jahr, glaube ich, 750 Millionen EUR als Zuschuss bekommen, Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, aus unserem Steuertopf, haben sich in der letzten Gemeinderatssitzung des vorigen Jahres mit den Stimmen von Rot und Grün noch einmal, ich glaube, 20 Millionen EUR Betriebsmittelzuschuss und 20 Millionen EUR für die Bestellung neuer U-Bahn-Garnituren genehmigt. Bestellt halt beim nächsten Mal ein paar Straßenbahngarnituren dazu! Für die U5 – ei-nen betreffenden Antrag werden wir morgen einbringen – sollten wir beziehungsweise die rot-grüne Stadtregie-rung, der Magistrat die Planungen sehr rasch starten und Gespräche mit dem Bund wegen der 50-zu-50-Finanzierung aufnehmen, um dieses Projekt im wahrsten Sinne des Wortes auf Schiene zu legen.

Die U4, eine langjährige Forderung vor allem unserer Penzinger Mandatare, die relativ kostengünstig ist, es ist ja keine sehr weite Strecke bis Auhof, die auch in relativ kurzer Zeit zu errichten wäre, wenn am richtigen Fleck gespart wird, wenn am richtigen Fleck das Geld ausge-gaben wird. Bei dieser Forderung bleiben wir auch, um das tagtägliche Verkehrschaos in der Westeinfahrt in wenigen Jahren hintan halten zu können. Darum soll sich der Gemeinderat heute dafür aussprechen, dass die Stadt Wien in Gespräche mit dem Land Niederösterreich eintreten und eine gemeinsam finanzierte Verlängerung der U4 nach Auhof samt großer Park-and-ride-Anlage mittelfristig ermöglichen soll, wobei wir die sofortige Abstimmung verlangen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Park-and-ride-Plätze wurden schon angesprochen. Wir sagen, wir brauchen im Endausbau idealerweise - und der Kollege Stiftner hat es schon angesprochen, die Gucci-Preise, die der Kollege Maresch da immer beim Bau von Park-and-ride-Plätzen in Anschlag bringt, die zahlt man vielleicht, wenn man am Kohlmarkt eine Tief-garage macht, aber sicher nicht, wenn man in Wien oder in Niederösterreich am Stadtrand vielleicht ebenerdig oder Palettengaragen aufstellt, sie also relativ kosten-günstig errichtet. Und 25 000 Park-and-ride-Plätze bis

2015 gemeinsam finanziert von Niederösterreich und Wien müssten möglich sein. Und dann sagen wir, da sind die anderen natürlich anderer Meinung, dass das kostenlose Parkpickerl auch für ganz Wien eingeführt werden kann, wenn gleichzeitig natürlich auch Anstren-gungen unternommen werden, die öffentlichen Ver-kehrsmittel mit Schnellstraßenbahnen und U-Bahnen ins Wiener Umland zu verlängern, weil die Pendler nicht dafür bestraft werden dürfen, dass sie halt woanders geboren sind oder woanders wohnen. Darum sagen wir, dass sich der Gemeinderat heute dafür aussprechen soll, dass die Stadt Wien alle notwendigen Anstrengungen unternehmen soll, um gemeinsam mit dem Land Nieder-österreich bis zum Jahr 2015 zumindest 25 000 neue Park-and-ride-Stellplätze am Stadtrand zu errichten, wo alle Netzkartenbesitzer der Wiener Linien ihr Auto um einen Euro kostenlos abstellen dürfen und alle anderen Autofahrer höchstens einen Euro am Tag bezahlen sol-len. Die sofortige Abstimmung wird auch hier beantragt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und zu guter Letzt noch ein Antrag betreffend neuer Bahnhof Wien, Hauptbahnhof, beziehungsweise die zwei Stationen der öffentlichen Verkehrsmittel, der Schnell-bahn und der U1, wo es in Sachen Benennung ein biss-chen Unschärfen gegeben hat und wo jetzt die StRin Brauner auch öffentlich dazu gestanden ist, dass die U1-Station weiterhin den Namen Südtiroler Platz in der Be-zeichnung tragen soll, was nicht nur uns sehr wichtig ist, sondern auch allen Österreichern als Schutzmacht unse-rer Südtiroler Landsleute sehr wichtig sein sollte, nur den ÖBB dürfte es herzlich egal sein. Die neue Station der S-Bahn beim Bahnhof, auch unmittelbar bei der U-Bahn-Station gelegen, soll Wien-Hauptbahnhof heißen. Und da sind wir aus zwei Gründen dagegen. Zum Ersten ist es für die Fahrgäste verwirrend, wenn die eine Station Süd-tiroler Platz-Hauptbahnhof und die andere Wien-Hauptbahnhof heißt, denn dann kennen sich zum Schluss die Leute nicht aus. Und zum Zweiten sollten wir uns auch hier darauf besinnen - und die ÖBB kriegen aus dem Steuertopf 7 Milliarden EUR im Jahr und da zahlen wir auch alle mit -, dass der österreichische Steuerzahler die ÖBB finanziert und nicht der italienische Steuerzahler. In Italien sind seit geraumer Zeit Bestre-bungen im Gang, die wir nicht goutieren können, die Autonomie von Südtirol scheinchenweise zu verringern, zu unterminieren, auszuhöhlen. So wurde im Ministerrat im November ein zentralistischer Verfassungsände-rungsentwurf eingebracht. Gerade in so einer Zeit sollten wir Österreicher, aber natürlich auch wir Wiener, unsere Schutzmachtfunktion für Südtirol auch mit vielleicht klei-nen Gesten wie bei einer Schnellbahnstation mit Leben erfüllen. Darum sagen wir, die Stadt Wien soll Gesprä-che mit den ÖBB aufnehmen, um sowohl im Interesse der Fahrgäste, als auch als Zeichen der Solidarität mit unseren Landsleuten südlich des Brenners die einheitli-che Bezeichnung Südtiroler Platz-Hauptbahnhof für U- und S-Bahn-Station im wahrsten Sinne des Wortes auf Schiene zu legen, wobei wir auch hier die sofortige Ab-stimmung verlangen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und da der Kollege Irschik weit besser bei Stimme ist

als ich heute, beende ich schon fünf Minuten vor der Zeit meine Rede. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Sie haben 5 Minuten 30. Ich stelle auf 6 Minuten ein. Bitte beenden, wenn das rote Licht leuchtet.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine Damen und Herren!

Es wäre eigentlich jetzt bei der Budgetdebatte ein guter Zeitpunkt, wenn Sie uns das neue Konzept vorstellen würden, über das es angeblich in wenigen Wochen oder in wenigen Monaten in Wien eine Volksbefragung geben sollte. Ich stelle fest, bei der Frage der Parkraumbewirtschaftung ist es die berühmt-berüchtigte Salamitaktik. Es werden zizerweise die Zonen ausgeweitet. Es hat mit 1. Oktober die erste Erweiterungsrunde stattgefunden und jetzt die Erweiterung der Erweiterung. Jetzt ist man in jenen Bereichen Wiens genau dort, wo es am Anfang geheißsen hat, man geht nicht bis an den Wienerwald, man geht nicht bis in die Gebiete, wo es eigentlich gar keine Überparkung gibt und wo die öffentliche Verkehrsanbindung auch entsprechend schlecht ist. Genau das ist passiert. Dann fällt wahrscheinlich die Bastion Währing. Ja, wenn Währing fällt, fällt Döbling, und so weiter, und irgendwann einmal haben Sie dann Fakten geschaffen ... *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Das heißt, in Döbling ist die Parkraumbewirtschaftung irgendwo.)* Das frisst sich wie ein Krebsgeschwür von Bezirk zu Bezirk und ... *(Beifall bei der FPÖ.)* Das ist offenkundig und das ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist eine Krake, die Parkraumbewirtschaftung!)* Das ist wie eine Krake. Wir sind dort, wo Sie natürlich hinkommen wollten, bei der klassischen Laterndlsteuer. Es geht nicht um irgendeine sinnvolle Steuerung und Maßnahme. Es ist Ihnen auch egal, was die Bürger bewegt. Und ich darf Ihnen nur eines sagen, dass die Arbeitsplätze, die durch Ihre Verkehrspolitik aus Wien ausgelagert werden, nicht mehr retour kommen, weil Betriebe, die einmal weg sind, die sind weg. Und Menschen, die man vergrault, die sind weg. Ja auch dann, wenn es vielleicht auf einmal ein neues System gibt. Und man fragt sich eigentlich: Wo ist das neue System, über das man in Kürze das Volk befragen soll? Also das wäre doch eigentlich eine sinnvolle und vorausschauende Planung gewesen.

Es ist vielleicht so, dass die Parkraumbewirtschaftung, die in den innerstädtischen Bezirken ja durchaus ihre Berechtigung hat und auch funktioniert, in den Randzonen halt vielleicht nicht das Maß aller Dinge sein kann. Und da könnte man doch ein bisschen erwarten, dass man hier nicht auf das schnelle Geld aus ist, sondern einmal ein stimmiges Konzept vorlegt.

Das Erfreuliche ist natürlich, es ist ja nicht alles schlecht, dass die öffentlichen Verkehrsmittel stärker benützt werden. Jetzt wäre halt die Aufgabe diejenige, dass man auch die am Limit befindlichen öffentlichen Verkehrsmittel entsprechend attraktiv erhält, vom Wagenmaterial, von den Intervallen, von der Fehlerbehebung. Ich bin einer, der wirklich so gut wie jeden Weg öffentlich zurücklegt und ich stelle auch fest, dass eigent-

lich zu allen Tages- und Nachtzeiten die Öffis voll sind. Es fällt dann genau das Argument weg, dass man sich in Ruhe wo hinsetzen kann, dass man eine Zeitung lesen kann, et cetera. Also jetzt wäre der nächste Schritt, dass man das Ganze auch entsprechend durch Investitionen absichert. Ich meine, wenn man sich anschaut, wie oft man in einer schnaufenden U-Bahn verendet und wie oft das alles gestört ist, und so weiter, dann ist das halt jetzt sozusagen der nächste Schritt, der zu machen ist, damit diese Attraktivität einfach auch gegeben ist und dass es nicht nur eine Massenbeförderung ist, sondern dass es auch zumindest ansatzweise eine vergnügliche Art der Fortbewegung ist. Wie man überhaupt das Miteinander im Verkehr und in der Stadt viel stärker in den Vordergrund stellen sollte. Es ist jeder von uns einmal Autofahrer, einmal Öffi-Benutzer, dann geht man zu Fuß, dann fährt man mit dem Fahrrad. Und den Vorwurf, den man Ihnen, vor allem den GRÜNEN, nicht ersparen kann, ist, dass Sie einseitig eine relativ kleine Gruppe zu Lasten der anderen einfach bevorzugen und auch in Kauf nehmen, dass die Konfliktsituationen zunehmen. Wenn irgendwo Reifen aufgestochen werden, wenn Menschen gegeneinander sozusagen aufgebracht werden, dann ist das wahrscheinlich auch etwas, was Ihren eigenen Zielsetzungen von einem friedlichen Zusammenleben in der Stadt wahrscheinlich zuwiderläuft.

Ganz absurd finde ich es, wenn man jetzt dafür eintritt und kämpft – ich hoffe nur, dass auf Bundesebene die ÖVP da hält –, dass man die Radwegebenutzungspflicht aufhebt. Also zuerst werden Radwege gebaut und dann heißt es, ja, aber man muss nicht darauf fahren. Und dann gibt es eine mehr oder weniger nicht näher determinierte Möglichkeit für die Gemeinden festzulegen, bei welchem Radweg es eine Benutzungspflicht gibt und bei welchem nicht. Und ehrlich gesagt, am Ring oder am Gürtel, wo es jetzt auf beiden Seiten Radwege gibt, haben Radfahrer auf der Straße nichts verloren. Und das Argument mit den Profiradlern, mit den Fahrradboten, auf die kann man es sowieso nicht einschränken, die fahren ja sowieso, wo sie wollen. Also entweder gibt es eine Radwegebenutzungspflicht oder nicht, und wenn sie aufgehoben wird, dann darf jeder auf der Straße fahren, und eben nicht nur Profiradfahrer.

Also das halte ich für eine Absurdität, dass man hier sozusagen Straßenraum für Radfahrer zweckwidmet, was in vielen Fällen gut und wichtig ist, und auf der anderen Seite gleichzeitig sagt, aber fahren drauf muss man nicht.

Aus diesem Grund sind sehr viele Fragen in der Verkehrspolitik offen und Sie haben Verständnis dafür, dass ich dem Budget nicht zustimmen werde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Hora. 15 Minuten ist die selbstgewählte Redezeit.

GR Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir sprechen heute über ein Thema, wo wir etwas

mit Fußball gemeinsam haben. Wien hat mit Garantie 1,7 Millionen Fußballexperten, Wien hat sicherlich 1,7 Millionen Verkehrsexperten und selbstverständlich noch einmal 1,7 Millionen PlanungsstadträtInnen mit großem I. Daher ist es ein Thema, wo jeder mitredet, wo jeder sich einbringt, auch wenn manche Dinge, erlauben Sie mir, irgendwo der Realität nicht entsprechen. Ich habe hier von dieser Seite gehört, und wir sollten eigentlich Budget beziehungsweise, wie es ja richtig heißt, den Voranschlag, das heißt, jenen Rahmen behandeln und besprechen, der notwendig ist, um dann im Ressort die notwendigen Schritte entsprechend abzuleiten und in einem Arbeitsprogramm, das wir als Projektplan oder als Arbeitsprogramm haben, zu besprechen und dann in den Gemeinderatsausschüssen dementsprechend umzusetzen.

Bevor ich auf diese ganzen Fragen eingehe, erlauben Sie mir noch in Kurzform, weil wir nicht viel Zeit haben, darauf einzugehen, was sicher Schwerpunkt des nächsten Jahres für diese Geschäftsgruppe sein wird. Schwerpunkt wird sein, den Stadtentwicklungsplan 2014 im Jahr 2013 einer Vorbereitung zuzuführen. Das wird ein wichtiges Instrument sein. Dieser Stadtentwicklungsplan wird ja auch einen Masterplan Verkehr als eigenen Teil beinhalten und das bedeutet, für das nächste Jahrzehnt jenen Rahmen festzulegen, der für die Stadt, für die Weiterentwicklung einen ganz wichtigen Punkt darstellt. Er wird aber auch, dieser Budgetplan, dieser Voranschlag, in anderen Abteilungen wichtige Dinge, die kurzzeitig und ganz notwendig sind, umsetzen. So wird sicherlich auch die Fortführung des 50-Orte-Programmes ein wichtiger Schwerpunkt dieser Geschäftsgruppe sein. Es wird aber auch die Schulsanierung ein wichtiges Instrument sein - wir haben hier ja schon über Bildung sehr lange diskutiert -, wo die Magistratsabteilung 19 wesentlich daran arbeitet, dieses fortzusetzen.

Aber auch die Herausforderung des heutigen Tages, die Tagesaufgaben, werden ganz wichtig sein. Ich denke hier ganz besonders an die Stadtentwicklung, an die Stadtentwicklungsgebiete, an die Seestadt Aspern, wo sich mehrere Abteilungen dieser Geschäftsgruppe entsprechend positionieren und Arbeitsvorbereitungen und Arbeitsumsetzungen durchführen müssen. Auch die Stadtstraße sei hier erwähnt. Aber auch der Brückenbau wird weitergehen. So sind Stege über den Handelskai, der Holubsteg, was mich als Leopoldstädter ganz besonders freut, geplant. Es hat immerhin etwas länger gedauert, bis wir jetzt diese Realisierungschance haben. Aber auch der Hauptbahnhof, das sogenannte Quartier um den Hauptbahnhof, das Sonnwendviertel, wird eine Herausforderung im Jahre 2013 haben, um hier Wohnungen, Gewerbe, aber auch gleichzeitig Verkehrspolitik in einer Fläche unterzubringen. Und erlauben Sie mir daher, auch gleich zu den Anträgen zu kommen, die hier gestellt wurden.

Ich habe hier einen Antrag vom Kollegen Mahdalik, der sich mit der S-Bahn-Station Hauptbahnhof beschäftigt. Kollege Mahdalik, was haben Sie gegen die Landstraßer Bürger? Die Landstraße heißt in der S-Bahn Wien-Mitte. In der U-Bahn heißt sie Landstraße, ganz

einfach. Warum kann dann die Station Südtiroler Platz-Hauptbahnhof in der U-Bahn auf der S-Bahn-Seite nicht so, wie es international üblich ist - und schauen Sie manchmal über den Tellerrand nach Europa, Berlin als Beispiel, Prag als Beispiel, Budapest, wo ganz einfach jede Station mit der Stadt beginnt und den zentralen Eisenbahnnamen hat - Wien-Hauptbahnhof heißen? Warum kann diese nicht so lauten, abgesehen davon, dass es nicht Angelegenheit der Stadt Wien ist?

Aber ein zweites Beispiel hätte ich auch, wenn Sie schon mit „Landstraße“ nicht zurecht kommen. Es gibt auch die Station Meidling, Wien-Meidling der S-Bahn, der Bundesbahn, und die Station der U-Bahn heißt Philadelphiaabrücke, zwar nicht nach der Stadt Philadelphiaabrücke, sondern nach der ersten Eisenbahnlok, die auf der Südbahn gefahren ist und die Philadelphia geheißen hat. Also, Kollege Mahdalik, manchmal wäre es gescheit, auch nachzuschauen, warum manche Dinge so sind. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Genauso wurden hier Zahlen genannt, die hinten und vorne nicht stimmen. Es hat zwar heute geheißen, keine Parkraumbewirtschaftungsdiskussion, aber ein paar Zahlen möchte ich schon richtigstellen. Wir haben mit Ende 2011 246 922 Pendler, keine 400 000. Wenn Sie die Zahl 400 000 in den Mund nehmen, dann meinen Sie jene Fahrzeuge, die die Stadtgrenze passieren, und das sind nicht nur Pendler, sondern das sind auch Fahrzeuge, die Lieferfahrten haben, die auch durch Wien durchfahren, et cetera, was natürlich schon auch beim Thema Parkraumbewirtschaftung eine Rolle spielt, und da können wir bei Gelegenheit gerne weiterdiskutieren. Ich hätte da noch etliche Zahlen, damit ich Ihnen die richtigstelle. Aber eine Tatsache können wir auch heute hier ganz laut sagen: In Niederösterreich gibt es 45 000 Park-and-ride-Plätze, allerdings sind 22 000 für Fahrräder. *(GR Anton Mahdalik: 33 000!)* Nein, 23 000 sind für PKWs. In Wien haben wir 10 000 Park-and-ride-Plätze, und was ist in den letzten Wochen passiert? In den letzten Wochen ist Folgendes geschehen: In Niederösterreich werden die Park-and-ride-Plätze, du hast es richtig gesagt, um 3 700 zusätzliche Parkplätze wachsen, aber nicht bis 2015, sondern innerhalb eines Jahres. Das heißt, Niederösterreich hat erkannt, seine eigenen Hausaufgaben dementsprechend zu machen. Das heißt aber, dass wir uns auch über etwas unterhalten sollen, das zwar nicht in dieses Ressort gehört, aber wenn du es da diskutieren willst, dann bin ich gerne bereit, und das gilt auch für die ÖVP: In Wien kostet die Jahreskarte 365. Warum kostet die Jahreskarte für die erste Außenzone in Niederösterreich und für jede weitere 381? Könnte nicht auch Niederösterreich für seine Pendler etwas tun? Aber man hat ja von der ÖVP auch Kontakte nach Niederösterreich, nehme ich an. Also das wäre zum Beispiel auch eine Geschichte, die man hier auslagern kann. *(Aufregung bei der ÖVP.)*

Mit einer Geschichte möchte ich auch endgültig aufhören, mit dem Thema U4-Verlängerung nach Auhof. Das ist ganz spannend. Machen wir dort 1 000 Parkplätze, machen wir 2 000 Parkplätze? *(GR Anton Mahdalik: 1 720!)* 1 720, das bedeutet, wir schicken zwei U-Bahn-

Züge raus, die leeren dort die Parkplätze, am Abend schicken wir sie mit den Gästen wieder raus. Wir fahren dort den ganzen Tag leer spazieren! Meine Damen und Herren, das ist doch lächerlich! Das ist in Wirklichkeit doch der falsche Ansatz! Und wenn heute auch ein Antrag dabei ist, der die S-Bahn betrifft und die S-Bahn in Wien - und ich sage Ihnen ganz offen, die Idee finde ich gut, und ich bin lange Zeit beim Thema S-Bahn-Ring ein Vorkämpfer gewesen.

Nur, die Hausaufgaben müssen wir uns in Niederösterreich anschauen, denn wenn am Wochenende die Züge der S-Bahn nach Gänserndorf nur im Stundentakt fahren und unter der Woche die S-Bahn nach Gänserndorf nur im Halbstundentakt fährt, dann muss dort der Ansatz getroffen werden und nicht in Wien, wo wir die S45 ab Dezember auch im 10-Minuten-Takt den ganzen Tag fahren lassen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Siegi Lindenmayr: Na, dann redet's mit dem Pröll.)*

Genauso möchte ich die Tatsache, die unter anderem hier auch besprochen wurde, nur richtigstellen, damit sie im Protokoll richtig drinnen ist: Die Mittel der Parkraumbewirtschaftung sind für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zweckgebunden, für den Bau von Park-and-ride-Anlagen, für den Garagenbau selbstverständlich, und es gibt dann noch etliche Punkte mehr. Beim öffentlichen Verkehr, auch wenn es in eine andere Geschäftsgruppe gehört, nur zur Information: Die Wiener Linien bekommen laufend neue Straßenbahnen. Der 250. ULF wird in den nächsten paar Tagen in Betrieb gehen. Das heißt, wir bauen das Thema aus.

Und zum Thema Schnellstraßenbahn: Gerade von einem Donaustädter hätte ich mir erwartet, dass die neue Linie 26, die im Herbst 2013 zur Hausfeldstraße fahren wird, sehr wohl als Schnellstraßenbahn angesehen werden kann. Sie fährt fast durchgehend auf eigenem Gleiskörper, wird größtenteils mit 60 Stundenkilometern fahren im Unterschied zum Ortsgebiet - in Hirschstetten gibt es einen kleinen Teil, wo es nicht so geht -, und es gibt dementsprechend ein rasches Vorbeikommen. Aber das ist ja nicht alles, was wir machen. Das gehört zwar auch nicht ganz zu dieser Geschäftsgruppe, aber wenn wir uns schon darüber unterhalten, dann mache ich es gerne. Am 21. Dezember wird in der Donaufelder Straße die Zusatzlinie 25 Richtung Aspern in Betrieb genommen, parallel mit der Linie 26. Am 9. Oktober wird die Linie D zum Hauptbahnhof verlängert. Hier ist auch die Linie 43 besprochen worden. Die Linie 43 hat bereits ein Intervall von drei Minuten. Da kann man nicht mehr verdichten, dann würde man nur mehr die Straßenbahnen stapeln. Da muss man sich andere Überlegungen machen und die Wiener Linien haben das bereits für sich getan.

Meine Damen und Herren, an und für sich habe ich geglaubt, ich werde mit meiner Zeit ganz locker auskommen und werde etwas überlassen. Ich hätte noch sehr, sehr viele Fragen zu beantworten. Ich möchte aber hier noch einmal etwas ganz Besonderes tun, und das ist der Dank an die Mitarbeiter der Geschäftsgruppe. Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion für das abgelaufene Jahr, aber sicher auch für das Geschäftsjahr 2013

bei allen Mitarbeitern der Geschäftsgruppe aber auch des Stadtratbüros für die Zusammenarbeit bedanken und freue mich, in Zukunft auch in Wien eine gute Stadtplanung, eine gute weitere Verkehrsplanung mit diesem Budget zu sehen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, meine Damen und Herren! Frau Stadträtin!

Zuerst zu dir, Charly. Das Erste ist die Seestadt und der 26er. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass der 26er in der Planung genau in der Hauptstraße geht und ob das so gut ist, wage ich dahingestellt sein zu lassen. Und den 43er - na, da hast du uns das beste Argument für eine U5 gegeben, denn der 43er ist tatsächlich am Ende seiner Kapazität. Da helfen selbst die rausgerissenen Sessel und Sitze nichts mehr. Es ist nur mehr die Möglichkeit, dort in diese Gegend eine U5 zu bauen, meine Damen und Herren.

Aber kommen wir nun zu einigen Zahlen des Ressorts. Ich stelle fest, dass der Straßenbau bereits im Rechnungsabschluss 2011, nämlich der normale Straßenbau, nicht die Hauptstraßen B, 83 Millionen verwendet hat und jetzt haben wir nur einen Ansatz von 48. Also das könnte durchaus heißen, dass wir im nächstjährigen Budget zu wenig Geld für die Straßen haben. Im Brückenbau muss man sagen, ja, da ist die Gürtelbrücke im Ansatz. Dort ist der Budgetansatz mit 20 Millionen durchaus positiv zu werten. Aber dass der Sammelansatz 14 Millionen ist, bedeutet eigentlich, dass im Budget relativ viel verschwiegen wird beziehungsweise nicht klar ausgewiesen wird, meine Damen und Herren.

Aber der nächste Flop für die grüne Stadträtin kommt bestimmt. Sie wissen das. Diesmal haben wir nämlich den Planungsflop und ich möchte mich primär auf das Thema Planungen festlegen, Nachnutzung des Franz-Josef-Bahnhof-Areals, die Absiedlung der WU. Da haben wir im Vorjahr von einem tollen Leitbildprozess gesprochen, Areal Franz-Josef-Bahnhof, WU, und haben 390 000 für 2 Jahre bewilligt. Jetzt sind gerade 60 000 für ein Studentenprojekt bewilligt und in den Sand gesetzt worden, weil man sich vorher offensichtlich mit den komplizierten Eigentümerverhältnissen nicht auseinandergesetzt hat, denn die ÖBB bekommen als Superädifikat von den Grundstücksbesitzern eine Pacht. Offenbar reicht das den ÖBB und die wollen nicht mehr weichen, zumindest in den nächsten 15 oder 12 Jahren nicht. Ein Planungshorizont sollte doch etwas kürzer sein. Dass die WU-Gebäude für die BIG noch Ausweichquartier für die Universität oder gar für das Parlamentsgebäude sein soll, kommt noch dazu. Offenbar hat man nämlich diesen Leitbildprozess gestartet, ohne wirklich vorher mit den Eigentümern zu reden.

Aber ein bisserl erinnert mich das auch an die Vorgangsweise beim STEP 05. Wir haben nämlich auch beim STEP 05 einen ähnlichen Prozess gehabt und zwar beim Bereich Siemens Allißen. Hier wurde nach einigen

Jahren davon gesprochen, dass der Leitbildprozess in diesem Gebiet abgeschlossen ist und dass die Unternehmungen, die in diesem Bereich angesiedelt sind, nichts mehr von diesem Leitbildprozess wissen wollen. Also ein bisschen hat das bei der MA 18 offensichtlich Tradition, dass man zu wenig mit den Eigentümern und Eigentümerinnen spricht. Aber dass es auch Spannungen zwischen den ÖBB und der grünen Stadträtin gibt, ist nicht neu. Ich habe nämlich vernommen, dass die GRÜNEN den ÖBB vorwerfen, dass sie Züge zurückhalten, damit das Verkehrschaos, das im Zuge der Einführung des Parkpickerls in den Bezirken außerhalb des Gürtels entstanden ist, noch vergrößert wurde. Aber hier hat der ÖBB-Generaldirektor Christian Kern mit den Worten: „Völliger Holler, für mich eine persönliche Enttäuschung.“ - ich zitiere hier wörtlich: „Derzeitige Schwierigkeiten wie knappe Parkplätze und übervolle Züge können niemanden überraschen, der die Entwicklung rund um die undurchdachte Erweiterung des Parkpickerls verfolgte.“ einiges klargestellt. Meine Damen und Herren, ein Kommentar von einer nicht unkompetenten Stelle! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dass die GRÜNEN aber jetzt auch noch den Standort Wien so beschädigen und die Wirtschaftskammer davon spricht, dass durch die Politik der GRÜNEN der Standort für Industriebetriebe massiv beschädigt wird, ist für mich relativ neu gewesen. Die Fehler in der Standortpolitik und die schwache Konjunktur sorgen offensichtlich für eine angespannte Stimmung.

Die größten Probleme sind die behäbige und ausufernde Bürokratie in dieser Stadt, die wir an dieser Stelle schon sehr oft kritisiert haben, und die enorme Gebühren- und Abgabenerhöhung nach sich ziehen, ganz besonders, meine Damen und Herren, seit dem Eintritt der GRÜNEN in diese Koalitionsregierung, wo die Gebühren seit 2011 weit über der Inflationsrate erhöht worden sind. Alleine wenn ich denke, dass die Kurzparkgebühren am 1. April um rund zwei Drittel erhöht wurden, dann sagt man sich, aber das ist ja nur ein Punkt. Und ich brauche ja nicht dazusagen, dass die U-Bahn-Steuer erhöht wird und noch eine ganze Reihe von anderen Gebühren der Wirtschaft hier in dieser Stadt einfach zusetzen. Und, meine Damen und Herren, rund 40 Prozent der aus Wien absiedelnden Betriebe ziehen nach Niederösterreich. Da möchte ich mir anschauen, wie das in Zukunft mit den Park-and-ride-Plätzen sein wird. Aber 60 Prozent gehen gleich ins Ausland und da müssen alle Alarmglocken läuten. Es ist nämlich nicht nur so, dass die einfachen Handarbeiten ausgelagert werden, es werden nämlich auch die intelligenten Technologien wie Forschungsabteilungen, IT-Services oder Personalabteilungen ausgelagert. Ich denke, allein die U-Bahn-Steuererhöhung um 180 Prozent seit Anfang dieses Jahres verleidet den Betrieben einfach den Standort Wien.

Abgesehen davon, dass sich die Frau Stadträtin jetzt auf einem fremden Terrain bewegt. Sie hat etwas von 7 EUR pro Quadratmeter für die Vermietung gesprochen. Meine Damen und Herren, das ist aber unserer Meinung nach nur eine, ich möchte sagen, Position. Sie versucht

hier nur, von dem Thema Parkpickerl abzulenken, denn das Parkpickerl ist sicher keine sehr angenehme Sache für sie. Und dass der StR Ludwig bei seinen Smart-Wohnungen von 7,50 EUR als bereits oberste Mietgrenze gesprochen hat, heißt für mich nur links überholen. Über die niedrigen Gebühren, über die darf man vielleicht gar abstimmen, aber über die Parkpickerlausweitung darf man laut Stadträtin bekannterweise nicht abstimmen. Mit der Bürgerbeteiligung im Ressort der Stadträtin ist es offenbar nichts. Die SPÖ hat uns zwar vorgeführt, dass 2010 die City-Maut abgestimmt wurde, aber sie will mit dieser Abstimmung vielleicht auch sozusagen die Stadtverfassung beugen. Meine Damen und Herren, wir werden dem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Restredezeit für die ÖVP ist 7 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm. Er ist für 8 Minuten eingeloggt.

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte sozusagen eine gewisse Grundlinie aller Bereiche dieses Ressorts kurz mit einer aktuellen, internationalen Studie untermauern. Dieser Tage hat die Weltbank, und nicht eine Umweltorganisation, einen Bericht unter dem Titel „Turn down the heat“ veröffentlicht, wo sie sagt, sie möchte die Welt schockieren, weil der Klimawandel derartig rasch voranschreitet und überall auf der Welt Maßnahmen gesetzt werden müssen, um die CO₂-Emissionen drastisch zu reduzieren. Ich zitiere: „Die Welt driftet auf eine Erwärmung um vier Grad bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zu und dies hat verheerende Folgen, nicht nur für die Umwelt, sondern für die Menschen und die Wirtschaft.“ Der neue Weltbankpräsident begründet das weiter: „Wir werden die Armut auf der Welt niemals besiegen, wenn wir den Klimawandel nicht bekämpfen. Dieser ist heute die größte Herausforderung für die soziale Gerechtigkeit.“

Auch wenn es in den bisherigen Reden, vor allem der Opposition, überhaupt nicht herausgekommen ist, so heißt das, in wesentlichen Teilen muss sich Politik ändern, muss sich Verkehr ändern, wie wir uns bewegen, wie wir bauen. Das muss sich ändern. Und ja, es ändert sich einiges. Erste Untersuchungen zeigen, um nur ganz kurz beim Parkpickerl zu bleiben, ich möchte auch schwerpunktmäßig auf die Stadtplanung eingehen, es ist manchen unangenehm, aber es wirkt. Die Zunahmen und auch die teilweise hohen Füllungen von Straßenbahnen zeigen, dass Leute umsteigen und dass das in der Verkehrspolitik erst in Ansätzen passiert, was auch die Weltbank wie alle anderen als relevant bezeichnen, als die größte soziale Herausforderung. Das ist, wenn Sie so wollen, ein großer Mantel aller Bereiche dieses Ressorts. Wir müssen runter mit dem Verbrennen von fossilen Energieträgern. Das heißt, wir müssen anders heizen, wir müssen anders bauen und vor allem, wir müssen den Verkehr anders organisieren. Deswegen wurde die Parkraumbewirtschaftung eingeführt und wird auf Wunsch der Bezirke ausgeweitet. Deswegen setzen

wir auf den Radverkehr. Deswegen machen wir viele Dinge, weil wir das sehr, sehr ernst nehmen und auch erst am Anfang stehen. Wissen Sie, wenn ich eine Kritik formulieren müsste, wie die lauten würde? Wir müssten viel mutigere, noch weitgehendere Schritte setzen. Dass weite Teile der Gesellschaft das nicht akzeptieren und auch die Medienwirklichkeit das nicht ausreichend antizipiert ist etwas, was wir erst langsam beginnen, in einer gewissen Weise zu beschleunigen.

Und jetzt komme ich zum Kern der Stadtplanung. Die Redner der Opposition haben gesagt: Ja aber wie sollen die Pendler nach Wien kommen? Wir müssen dafür sorgen, dass wir in Wien Stadtteile entwickeln, die Menschen eben nicht zwingen, ins Umland zu ziehen und insofern zu Pendlern zu werden. Es ist niemals möglich, eine Qualität im Umland zu leisten, wie sie im Stadtbereich gegeben ist, und da rede ich nicht nur über den Verkehr. Ich brauche nicht das Faktum zu wiederholen, dass der Modal-Split in der Stadt ein sehr guter ist und bei den Pendlern, was den Umweltbereich betrifft, ein schlechter ist. Nicht weil die Pendler so böse sind, sondern weil es niemals möglich ist. Wenn du irgendwo im Umland wenig verdichtet lebst, kannst du nicht dieses öffentliche Angebot erwarten, das in der Stadt gegeben ist. Das heißt, wir müssen alles darauf setzen, dass wir die Quantitäten des Bauens in Wien entsprechend hoch halten und gleichzeitig die Qualitäten verbessern. Darum werden Schritte gesetzt, wie neue Stadtteile entwickelt werden können, die ein anderes Verkehrsverhalten anregen. Darum begünstigen wir jene, ich habe einige Bereiche bereits genannt, wo Bauträger sagen, wir zahlen ein Jahr gratis Jahresnetzkarten, wir fördern Carsharing. Im Übrigen: Car2Go geht, weil die Leute schon weiter sind, als manche glauben, so gut wie in keiner anderen Stadt. Das heißt, es beginnt ein Umdenken, ein Umhandeln und wir stehen hier erst am Anfang. Darum werden vor allem von der Frau Vizebürgermeisterin und insbesondere von der MA 21 mit Hochdruck große innerstädtische Gebiete entwickelt. Diese Woche wird die Frau Stadträtin einen, glaube ich, hervorragenden neuen städtebaulichen Entwurf des Nordbahnhofes vorlegen. Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet, beim Hauptbahnhof das letzte Stück in der Planung fertig zu bekommen.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, weil er mir ein besonderes Anliegen ist, wo wir beim Auhof einen ersten Schritt gegangen sind, nämlich mit großen Handelsgebieten, wo eine sehr starke Unternutzung gegeben ist, weil wir eben in der Stadtplanung nicht Äcker, Wiesen, Grünland verbauen wollen. Dieser enorme Ansturm auf Wien, wo viele Menschen in Wien leben wollen, ist sozusagen eine tägliche Abstimmung, dass Wien eine lebenswerte Stadt ist. Andere Städte machen Kongresse über schrumpfende Städte. Bei einem Vortrag auf der TU habe ich angeregt, wir sollten eine Allianz der wachsenden Städte schließen, um dieses Wachstum zu gewährleisten. 24 000 Leute haben wir mehr in Wien, also wollen wir sowohl die qualitativen Voraussetzungen als auch die quantitativen Voraussetzungen setzen.

Und nur diesen einen Schwerpunkt in meiner verblei-

benden Minute: Wo haben wir Orte, Plätze, wo wir nicht Grün verbauen müssen? Das sind diese großen Handelsgebiete, wo hier der Billa, dort der Spar, dort der Fressnapf, dort irgendwelche andere ebenerdigen Kisten herumstehen mit riesigen jeweiligen Parkplätzen vor der Tür, ebenerdig, enorm verschwenderisch. Dort wird darüber nachgedacht, und da arbeitet die MA 21 mit Hochdruck mit den Liegenschaftseigentümern daran, eine Strategie zu entwickeln, wie dort gemischte Städte der Zukunft aussehen können. Den ersten Schritt sind wir im Auhof im Konsens mit dem Eigentümer gegangen, um nicht nur zu sagen, Handel und Einkauf, sondern auch eine Mischung vorzunehmen. Wir müssen alle diese Voraussetzungen schaffen, damit Menschen, die in Wien leben, hier auch leben können und es sich leisten können und damit die Voraussetzung schaffen, dass in Wien die Weltbankprognose nicht eintritt, sondern wir ein Musterbeispiel einer nachhaltigen und gerechten Stadt sind. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Restredezeit der GRÜNEN ist 11 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Irschik. Er hat sich 10 Minuten Redezeit reserviert.

GR Wolfgang **Irschik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Zum Kollegen Chorherr muss ich ein bisschen replizieren. Die CO₂-Belastung wird immer dann mit der Erderwärmung in Verbindung gebracht und das ist eigentlich gar nicht sicher. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Aber was sicher ist, ist, dass in 10 000 Jahren, und das ist eine relativ kurze Zeitspanne in der Evolutionsgeschichte der Erde, 8 Mal die Gletscher geschmolzen sind und interessanterweise auch vor dem Beginn der Industrialisierung. Also so viel zur Panikmache. Aber vielleicht meinen Sie *(Aufregung bei GRin Dr Jennifer Kickert.)*, wenn der Kollege Chorherr die Weltbank zitiert, der wiedergewählte Präsident der Vereinigten Staaten Obama hat vor Kurzem den Auftrag erteilt, nach mehr als 30 Jahren wieder Atomkraftwerke zu errichten. Vielleicht ist das Ihr Ziel. Vielleicht steckt da die Weltbank dahinter. Vielleicht geht es da um Subventionen, um Finanzierungen. Das könnte ja auch der Sinn und Zweck sein, weil der Mister Präsident hat ja auch ins Treffen geführt, diese ach so furchtbare CO₂-Belastung durch diese fossilen Brennstoffe müssen minimiert werden. Na, dann bauen wir eben neue AKW! Vielleicht ist das die neue Linie der GRÜNEN!

Meine Damen und Herren, Spezialdebatte Budget 2013 zu den einnahmenseitigen Erhöhungen, von 10 646 Milliarden EUR im Jahr 2010 auf 11 851 Milliarden EUR 2013, also eine Steigerung von 1,2 Milliarden EUR einkommenseitig. Für den U-Bahn-Ausbau ist da wenig zu finden, wenig zu sehen und zu hören. Das ist zurückgegangen. 2010 wurden 302 Millionen EUR ausgegeben, 2013 sind nur mehr 189 Millionen EUR vorgesehen, also um 113 Millionen EUR weniger. Und VBgmin Brauner hat auch über den U-Bahn-Ausbau gesprochen und wie wichtig er ist. Der Meinung schließen wir uns an, da sind wir voll dabei, und zwar dass die U-Bahnen über

den Stadtrand hinaus verlängert werden, so wie es weltweit und international üblich ist. Das heißt, wir fordern eine Beschleunigung des Ausbaus der U1, der U2 und der U4. Und dem Kollegen Hora muss ich da bezüglich Verlängerung Auhof jetzt schon ein bisschen widersprechen. Man kann ja auch Kurzzüge führen, so wie es in den Süden bei der U6 auch getan wird. Die fahren ja auch nicht alle nach Siebenhirten, sondern manche bleiben schon in Alt Erlaa stehen. Also das heißt ja nicht, dass die nicht nur zur Verkehrsspitze nach Auhof geführt werden können. Es gibt ja auch Fahrgastzählungen und das ist auch international. Das ist nicht so sensationell. Das heißt ja nicht, dass alle zweieinhalb Minuten eine U-Bahn nach Auhof fahren muss. Also das Argument, werter Kollege Hora (*GR Karlheinz Hora: In welchen Abständen würden Sie sich das wünschen? In welchen Abständen?*), das ist eine schwache Leistung. Deshalb fordern wir, meine Damen und Herren, nicht nur 189 Millionen EUR für den U-Bahn-Ausbau zur Verfügung zu stellen, sondern 400 Millionen EUR, damit das Ganze etwas beschleunigt wird.

Und U6-Ausbau, meine Damen und Herren, haben wir damals noch von der absoluten Mehrheit der SPÖ gehört. 2009 beginnt der Ausbau der U6-Verlängerung nach Stammersdorf Rendezvousberg und 2013 sind wir fertig. 2013 war auch die Fertigstellung des Krankenhauses Nord geplant. Davon sind wir weit entfernt. Gut, okay, das hat sich ein bisschen verzögert. Die Fertigstellung von Teilbereichen des Krankenhauses Nord ist jetzt 2015. Und jetzt wird es interessant, meine Damen und Herren! Wir schaffen es nicht, die U6 bis zum Krankenhaus Nord zu verlängern, obwohl die Gleise vorhanden sind, denn das Areal war ja die ehemalige Zentralwerkstätte der ÖBB, Brünner Straße 68-70. Die Gleise sind vorhanden. Ich weiß nicht, warum. Wo ist da das Hindernis? Oder was hindert uns daran? Die Gleise sind da. Das ist nicht wirklich mit vielem oder großem finanziellen Aufwand verbunden und wir schaffen es nicht. Wir hören in Floridsdorf auf und verlagern alles zur Straßenbahn. Da muss dann der 31er hinausfahren. Also eine Katastrophe, meine Damen und Herren, eine verkehrspolitische Katastrophe! Wie gesagt, kostengünstigst, da ist überhaupt nichts dabei. Das einzig Positive ist, wenn ich beim Krankenhaus Nord bleiben darf, dass es den Namen Franz-Jonas-Spital bekommt, der große Floridsdorfer, Bezirksvorsteher von Floridsdorf, Bürgermeister der Stadt Wien und Bundespräsident von Österreich. Es wird einmal Franz-Jonas-Spital heißen.

Verkehrspolitisch, bleiben wir beim Krankenhaus, meine Damen und Herren, 187 Stellplätze sind vorgesehen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, 187! Dafür kommen aber 240 überdachte Radabstellplätze. Das heißt, die Patienten und Besucher fahren alle mit dem Fahrrad. Das wird dann interessant, wenn der kommende Februar so wie der heurige wird, wo wir uns im zweistelligen Minusbereich bewegt haben. Da werden sicher noch viel mehr mit dem Fahrrad hinfahren! Wie gesagt, 187 Stellplätze für Automobile! Im Donauspital, also im 22., hat man von 400 auf 800 erhöht und das sind noch immer zu wenig, also kann man sich auf ein

Verkehrschao gefasst machen.

Einsparungen respektive weniger Geld für den U-Bahn-Bau, meine Damen und Herren, ja, so schaut auch die Qualität aus. Es gibt eine Pannenserie, viele kommen zu spät zum Arbeitsplatz, et cetera. Volkswirtschaftlicher Schaden entsteht daraus und auch die Bilanz bei den Wiener Linien schaut nicht so gut aus, und zwar bei Investitionen. 2007 sind noch 434 Millionen EUR investiert worden, 2011 nur mehr 296, also von 2007 auf 2011 eine Einsparung von 138 Millionen EUR. Das heißt, was ist der Schluss daraus? Wir entfernen Sitzmöglichkeiten. Es gibt jetzt weniger Sitzplätze in den Straßenbahnen, weil wir jetzt bei den Wiener Linien sparen, also kommen jetzt Sitze raus. Aber vielleicht könnte man bei der Beschaffung schon so weit gehen, dass man sagt, na ja, gibt es vielleicht ein bisschen billiger her, weil Sitzplätze braucht man eh keine, weil wenn man gar keine Sitze mehr hat, passen ja noch viel mehr rein und dann können wir das Problem vielleicht auch so in den Griff bekommen,

Meine Damen und Herren, und der ULF, dieses geniale Ding, das da immer so gepriesen wird, hat auch technische Nachteile. Nicht nur der Fahrkomfort leidet, weil eines ist klar, wenn ein Fahrzeug ohne Achsen auskommt, müssen die Räder irgendwo befestigt werden. Das heißt, es fehlt das Drehgestell. Vielleicht hat sich da irgendwer schon damit beschäftigt, es sind auch bei den GRÜNEN Techniker. Das heißt, die Einstiegshöhe ist zwar niedriger, komfortabler als bei den Typen R1 und E2, aber es wird das Schienennetz viel stärker belastet. Das Schienennetz wird stärker belastet und das hat man offenbar nicht bedacht. In den anderen Ländern erhöht man ganz einfach den Bahnsteig, die Zustiegsmöglichkeit, das ist kostengünstiger. (*GR Karlheinz Hora: Der ist 35 cm!*) Es wird auch ein anderer Stahl für die Schienen benötigt werden, der dann auch teurer sein wird, weil der ULF das Schienennetz extrem beansprucht. Das habe ich bis jetzt auch noch nicht gehört, meine Damen und Herren.

Wir haben auch den Zweisystembetrieb vermisst. Das war früher technisch nicht möglich. Die Bahn fährt mit rund 15 000 Volt Stromspannung, die U-Bahn und die Straßenbahn mit rund 750. Früher gab es technisch keine Möglichkeit. Jetzt im Zeitalter der Elektronik gibt es diese Möglichkeit des Zweisystembetriebes, wie es in Deutschland in manchen Kommunen vorexerziert wird, wo alte Schienenstränge der Deutschen Bahn für die Kommune benützt werden.

Die fahren dort sozusagen mit einem technischen Gerät und können beide Stromspannungen benützen. Das war früher nicht möglich. Vermissen wir.

Oder, ich muss doch noch auf die Parkraumbewirtschaftung kommen, es gibt auch eine Möglichkeit, elektronisch abzurechnen, und zwar minutengenau. Wieso muss ich eigentlich in Wien 30 oder 60 oder 90 oder 120 Minuten einen Parkschein verwerten oder auch mit dem Handy verparken, meine Damen und Herren? Das gibt es heute elektronisch. Gar kein Problem, kann man minutengenau abrechnen. Es stellt sich nur die Frage, ob das die rot-grüne Stadtregierung will. Das ist natürlich mit

einem Einkommensverlust verbunden.

Parkpickerl, meine Damen und Herren, gibt immer etwas her. Ich weiß, das gefällt euch nicht, aber es gibt etwas her. Ausweitung 12, 14, 15, 16, 17, Einnahmehöhen. Früher 72 Millionen EUR pro Jahr, jetzt 139 Millionen EUR. Das heißt, wir nehmen um 67 Millionen EUR mehr ein, meine Damen und Herren. Vielleicht ist das der Hintergrund.

Wir brauchen natürlich auch mehr Mitarbeiter bei der PÜG. Die Parkraumüberwachungsgruppe, kurz PÜG, ist der Landespolizeidirektion Wien unterstellt. Arbeitsplätze könnten wir bei der Sicherheitswache auch sicherstellen und einführen mit rund 5 000 Personen, wie das die Freiheitlichen immer fordern. Diese sind der Polizei unterstellt. Also 187 zusätzliche Mitarbeiter für die Parkraumüberwachungsgruppe.

Man hört einiges. Ich kann leider die ÖVP nicht ganz aus der Pflicht nehmen. Diese Zonenbewirtschaftung, wie ich es auch im ÖAMTC-Journal gelesen habe. Ich bin ÖAMTC-Mitglied. Werte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, ob das jetzt Zonenmodell oder Parkpickerl heißt, ist das Gleiche. Es kommen zusätzliche Kosten und Belastungen auf den Autofahrer zu. Daran ändert sich ja nichts. Je näher ich zum Stadtkern komme, umso mehr zahle ich. Was ist denn da dann anders? Wir lehnen das Zonenmodell genauso ab wie die derzeitige Parkraumbewirtschaftung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das heißt, hat jemand ein Wiener Kennzeichen, kriegt er kostenfrei das Parkpickerl und es wird funktionieren.

Dann haben wir noch gehört von der Parkpickerlkommission. Jetzt muss ich passen. Mein Fraktionssprecher Toni Mahdalik weiß vielleicht, ob die Parkpickerlkommission schon eingerichtet ist oder erst kommt. Dann soll das Parkpickerl für mehrere Bezirke gültig sein. Dann haben wir gehört, es gibt es auch für Personen mit Zweitwohnsitz. Das geistert auch irgendwo herum. Dann andere Tarife. Irgendwo ist es drei Stunden gültig, sonst nur zwei. Dann soll auch der Tagesparkschein kommen. Ich bin gespannt, weil ich habe ihn noch nicht gesehen. Und dann sollen Anrainerparkplätze geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, das Argument der Anrainerparkplätze war eigentlich das ureigenste Argument 1993, als man es im 1. Bezirk eingeführt hat. Jetzt kommen zusätzlich Anrainerparkplätze. Jetzt sind wir aber gespannt, wie viele da kommen. Wir sind aber neugierig, wie das ausjudiziert wird.

Meine Damen und Herren, apropos Ausjudizieren: Jetzt werde ich dem Toni noch ein bisschen Redezeit wegnehmen, oder wer auch immer von meiner Fraktion nach mir folgt. Das Spiel der Gemeinde Wien hat in einem Fall nicht funktioniert. Man wollte nämlich doppelt kassieren. Das heißt, auch wenn ich für meinen Bezirk ein Parkpickerl habe, hätte ich früher nach Ansicht der Gemeinde Wien - das war aber damals noch die absolute SPÖ-Mehrheit - zusätzlich in den Einkaufsstraßen bezahlen, Kurzparkscheine entwerfen müssen. Das war aber dann nicht so. Man ist offensichtlich an den Falschen geraten, nämlich an einen Anwalt und er hat es

ausjudiziert. Er hat gesagt, das kann nicht so sein, er hat ein Parkpickerl für seinen Bezirk und muss zusätzlich in der Einkaufsstraße zahlen, wenn das eine Kurzparkzone ist. Er ist zum UVS, also zum Unabhängigen Verwaltungssenat, gegangen, ist dann weitergegangen zum Verwaltungsgerichtshof und er hat recht bekommen. Das war der Knackpunkt. Es wurde wieder die gute alte Parkuhr oder Parkscheibe, wie es richtig heißt, eingeführt. Da hätte die Gemeinde Wien doppelt kassieren wollen. Meine Damen und Herren, ein Schuss ins Knie! Man kann dem Anwalt nur gratulieren.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Herr Irschik, ich will Sie nur darauf hinweisen, Sie haben Ihre Redezeit um 1 Minute überschritten. Sie müssen es sich eh mit Ihrer Fraktion ausmachen.

GR Wolfgang **Irschik** *(fortsetzend)*: Herr Vorsitzender, habe ich gerade gesagt, danke, dass Sie mich darauf aufmerksam machen.

Es gäbe genug Möglichkeit zu investieren, meine Damen und Herren.

Weil der Kollege Chorherr die Weltbank ins Spiel gebracht hat. Manchmal ist durchaus etwas Seriöses im ORF zu sehen und zu hören, nämlich im ORF-Teletext, meine Damen und Herren. Die EU-Kommission möchte massiv der europäischen Automobilindustrie unter die Arme greifen, weil durch die Wirtschaftskrise Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Das heißt, 360 000 stehen in Österreich auf dem Spiel. Bei der derzeitigen Wirtschaftslage, meine Damen und Herren, werden wir froh sein, wenn noch irgendwer mit dem Auto fährt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Kollege Irschik hat 12 Minuten gesprochen. Daher ist die Restredezeit 4 Minuten und 30 Sekunden für die FPÖ. Als nächste Rednerin ist Frau GRin Karner-Kremser gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. Sie hat 15 Minuten gewählt.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Hohes Haus!

Kollege Nepp hat heute in der vorangegangenen Geschäftsgruppe gesagt, hätten wir den Skylink nicht gebaut, hätten wir so und so viel mehr Lehrer anstellen können. *(GRin Nurten Yilmaz: Bierknabenrechnung!)* Ich sage, es geht nicht darum, in dieser Stadt entweder oder. Es geht darum, in der Metropole Wien, in einer wachsenden Großstadt, beides im Gleichklang zu haben. Wir brauchen einerseits Hochleistungsinfrastruktur im Verkehrsbereich und wir brauchen auf der anderen Seite die wachsende soziale Infrastruktur in Form von Kindergärten und Schulen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Planung ist ein ausgesprochen sensibler Bereich. In einer Stadt, die wächst, und wir wollen, dass sie wächst, ist es umso wichtiger, dass man ein hohes Augenmerk darauf hat.

Wir sind auch eine Stadt, die jünger wird. Das ist etwas ganz Besonderes in einer Großstadt. Wir sind die einzige Großstadt in Österreich, die nicht älter, sondern jünger wird. Auch deshalb ist ein besonderes Augenmerk auf die infrastrukturellen Bedingungen zu stellen.

Wir haben auf der einen Seite die Stadterneuerungsgebiete, wie zum Beispiel die Seestadt Aspern, wo wir relativ frei, von der Leber weg, auf der grünen Wiese planen können und so Bedürfnissen Raum geben können, wo wir Hochleistungsinfrastruktur und Schulen haben.

Wir haben den Hauptbahnhof in Wien, wo 5 000 Wohnungen entstehen, wo wir ebenfalls Schule und Infrastruktur dort haben und mit verschiedenen Kooperationspartnern das dort auch leistbar machen können.

Wir haben auf der anderen Seite, wie zum Beispiel in Liesing, eine ganz anders gewachsene Struktur. (GR Mag Wolfgang Jung: *Chaos bei der Westeinfahrt!*) - Herr Jung, Sie können gerne noch die Restredezeit der FPÖ in Anspruch nehmen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Ich weiß, dass Sie das nicht vertragen! Übermorgen ist Demo! - Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Demonstrieren Sie, wofür immer Sie auch wollen, Herr Jung! (GR Mag Wolfgang Jung: *Ich nicht, die Bürger!*) Das kratzt mich wenig! (GR Mag Wolfgang Jung: *Den Bezirksvorsteher hat es gekratzt! Er ist gegangen!*) - Herr Jung, ich weiß, an sich kommen Sie vom Militär und sollten Disziplin gelernt haben. Aber da merkt man, selbst beim Heer lernt man Disziplin nicht, wenn man sie nicht von zu Hause gelernt hat! (Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: *Jetzt wollen Sie die Zwischenrufe auch schon verbieten!*)

Soviel zur Argumentation, bei der allgemeinen Wehrpflicht würde man Disziplin lernen. Herr Jung zeigt uns auf, so ist dem nicht. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das zeigt die tatsächliche SPÖ-Fraktion auch immer! Aber da fällt es Ihnen nicht auf! Sie hätten gern einen Kuschbefehl!*)

Wir haben in Wien auch andere Bezirke, nämlich dort, wo es bereits bestehende und sehr wichtige Ortskerne gibt. Dort ist es wichtig, sehr sensibel mit Verdichtung umzugehen, dort die Bevölkerung und die Bürger mitzunehmen und zu schauen, wie es denn dort auch mit Infrastruktur im Bereich des Verkehrs ist, wie es denn dort mit den Möglichkeiten ausschaut, auch Schulen hinzubringen. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Dieser Herausforderung stellen wir uns in dieser Stadt. Da bin ich sehr guter Dinge, dass wir hier auf einem guten Weg sind! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wien hat eine so hohe Lebensqualität, weil wir auch eine hohe Qualität des öffentlichen Verkehrs haben. Es nutzen etwa 36 Prozent aller Wiener unser sehr hochfrequentes und hochleistungsfähiges Verkehrsnetz. Das ist sehr wichtig und ist noch weiter auszuführen.

Für die Verkehrssicherheit insgesamt muss man sagen, dass es auch da ganz wesentliche Dinge im Bereich des Individualverkehrs gibt, nämlich einerseits ist die sichere Mobilität ein ganz wesentlicher Bestandteil in dieser Stadt. Das bedeutet, dass die MA 46 all jene Stellen in Wien, wo es zu den höchsten Unfallhäufigkeiten kommt, analysiert und zu Verbesserungen führt, damit vor allen Dingen die Leute geschützt sind, die im Verkehrsaufkommen die Schwächsten sind. Das heißt, hier sprechen wir vor allen Dingen von Fußgängern und einspurigen LenkerInnen.

Ein Projekt, das gemeinsam mit der AUVA abge-

schlossen werden konnte, und das mir ein Herzensanliegen ist, sind die Schulwegsicherung und die Schulwegpläne im Bereich der Volksschulen. Hier haben wir 260 Volksschulen in Wien. Dieses Projekt ist abgeschlossen und wird nun erweitert im Bereich der HS und der Kooperativen Mittelschule, wo es zu Schulwegsicherheitsinspektionen kommen soll. Das ist ein Projekt, das in höchstem Maße zu begrüßen ist.

BürgerInnennähe ist ein genauso wichtiges Element, und dass es ein Beschwerde- und Reklamationsmanagement der MA 46 gibt, wo sowohl schriftliche, mündliche, telefonische Beschwerden angenommen werden, an die jeweils richtigen Organisationsstellen weitergeleitet werden, und, wenn es irgendwie möglich ist, Dinge auch verbessert und umgesetzt werden. Das ist ein ganz wichtiger Bestandteil der MA 46. Ganz wichtig ist auch, dass die Bürgerinnen und Bürger, die diese Beschwerde eingebracht haben, dann auch vom Ausgang informiert werden.

Etwas ganz Wichtiges zum Schluss, weil es jetzt auch ganz aktuell ist: Das sind das Buskonzept und der Weihnachtsverkehr in Wien. Es ist wieder so weit. Der Christkindlmarkt hat am Wochenende eröffnet. Das heißt, die Menschen strömen in unsere innerstädtischen Gebiete und in die Einkaufsstraßen, um die Geschenke zu besorgen. Hier werden alljährlich an den Adventsamtigen Buszonen und Einfahrtsbeschränkungen für die Innenstadtbezirke eingerichtet. Es werden Gratisparkplätze eingerichtet, als auch kostenpflichtige Parkplätze angeboten. Das ist wichtig und wird von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt sehr gerne angenommen. Dieses Angebot wird entsprechend der Erfahrungen und der Anforderungen, die sich immer weiter entwickeln, evaluiert und auch angepasst.

Meine Damen und Herren, Stadtplanung ist ein sehr vielfältiger Bereich, ein sehr anspruchsvoller Bereich. Es ist ein Bereich, der uns alle interessieren muss und wo wir nicht lockerlassen dürfen, immer wieder den Anforderungen gerecht zu werden und auch anzupassen. Ich glaube, wir sind hier auf einem guten Weg. Ich glaube, dass wir uns hier in eine sehr gute Zukunft bewegen. - Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Restredezeit für die SPÖ ist 13 Minuten. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile Ihr das Wort. Sie hat 8 Minuten programmiert.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach sehr viel Verkehr, etwas weniger Stadtplanung möchte ich das Gewicht wie immer auf die BürgerInnenbeteiligung legen, möchte aber das, was wir hier in Wien leisten, schon geleistet haben und leisten möchten, darstellen.

Das Thema Beteiligung ist natürlich eines, das sich nicht nur auf die Geschäftsgruppe Verkehr, Stadtplanung beschränkt, sondern logischerweise in sehr vielen anderen Teilen der Stadtverwaltung stattgefunden hat und stattfindet. Ich möchte, wie gestern schon darauf hingewiesen wurde, noch einmal hervorheben, dass bei den

vielen Umgestaltungen der Parks, die gestern genannten 100 000 m², diese in partizipativen Projekten erfolgen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die außerschulische Jugendbetreuung größtenteils mit Beteiligung der Jugendlichen arbeitet, dass in der Freiraumplanung Kinder und Jugendliche beteiligt werden, dass bei der Frage der Gestaltung von Gehwegen ältere Personen und SeniorInnen beteiligt werden und dass es auch wunderbare Projekte für Beteiligungen am Arbeitsplatz gibt, zum Beispiel eines der strategischen Konzepte des Krankenanstaltenverbundes, in dem Arbeitsbedingungen gemeinsam gestaltet werden, logischerweise verbessert werden. All das zeigt auf, dass wir natürlich Konzepte erarbeiten, mit Experten und Expertinnen Ideen umsetzen, aber immer und immer mehr und immer stärker versuchen, die Beteiligten, die Betroffenen, diejenigen, für die die Konzepte gedacht sind, schon bei der Ideen-erstellung einzubeziehen.

In der Stadtplanung ist - wie soll ich sagen? - das prestigeträchtigste, größte, wahrscheinlich auch von der Herausforderung her anspruchsvollste Projekt das Stadtentwicklungsprogramm STEP. Da geht es tatsächlich darum, in einem Prozess mit unterschiedlichsten Formaten die Zusammenarbeit, die Diskussion, die Ideenfindung zwischen der Stadtpolitik und der Bezirkspolitik, zwischen den ExpertInnen und der Wirtschaft, zwischen interessierten BürgerInnen und unterschiedlichen Gruppen der Zivilgesellschaft zu gestalten, um dann daraus die zukünftigen Leitlinien für die weitere Entwicklung unserer Stadt und die Ideen und die strategischen Grundsätze dafür, wie wir in den nächsten 20 Jahren in dieser Stadt leben wollen, herauszukristallisieren.

Parallel zu diesem Stadtentwicklungsprogramm gibt es auch den Dialogprozess „Wir sind Stadt“ als grundsätzlichen, generellen Diskurs zu den Fragen, wie wir Stadt definieren, was wir vom Leben in der Stadt wollen, wie wir die Entwicklung der Stadt, aber auch sozusagen die Herausforderungen der Stadtentwicklung annehmen können. Da geht es also nicht nur darum, ein generelles Interesse daran zu erzeugen, zu sagen, wir alle sind Stadt und wie können wir alle daran teilhaben und vor allem unsere Ideen dazu einbringen, sondern es gilt auch bei diesem Prozess, Inputs für die Arbeit im STEP zu generieren.

Ganz speziell gefallen mir die Projekte der Beteiligung, in denen es bereits um kooperative Planungen geht, bei denen bereits in der Erstellung der Visionen eines Erweiterungsgebietes Beteiligte, Bevölkerung, Interessierte einbezogen werden. Da möchte ich zwei ganz aktuelle Beispiele heranziehen, die Sie sich anschauen sollten, weil sie wirklich zukunftsweisend sind, nämlich die kooperative Planung zum Gaswerk Leopoldau oder auch die Begleitung und die Einbindung der Bevölkerung in, ich glaube, es heißt Ziel 22, die Stadterweiterungsgebiete U2-Donaustadt.

All diese Projekte zeigen, wie ernst die Stadtverwaltung und die Stadt Wien und die rot-grüne Koalition Partizipation und BürgerInnenbeteiligung nehmen. Ich würde mich sehr freuen, würden auch Sie sich bei diesen un-

zähligen Möglichkeiten mit Ihren Ideen einbeziehen und mitmachen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine, über Ihre Ablehnung des Budgets hinausgehende, positive Zusammenarbeit. - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Restredezeit für die GRÜNEN ist 6 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Mahdalik. Er hat nach Geschäftsordnung noch 5 Minuten, nach Fraktionsvereinbarung aber nur noch 4 Minuten 30 Sekunden. 4 Minuten 30 Sekunden gelten. Daher, wenn es rot blinkt, ist Ende, bitte.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Das habe ich mir gedacht.

Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Danke einmal für die nette Einladung, an vielen Gesprächen und Terminen teilzunehmen, Frau Kollegin Kickert. Ich werde im Terminkalender nachschauen, was sich tun lässt.

Zur Frau Kollegin Karner-Kremser, die ein sehr wichtiges Thema angesprochen hat: Sie hat nämlich gemeint, man soll bei baulichen Verdichtungen sensibel vorgehen. Am 22. November, übermorgen, ist eine Demonstration in Kalksburg gegen nicht-sensible bauliche Verdichtungen. Sie ist aus dem 23. Bezirk. Vielleicht geht sie dort hin und erklärt den Leuten, was die SPÖ, was die GRÜNEN unter „sensiblen Vorgehen bei baulichen Verdichtungen“ meinen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Kollege Irschik hat es schon angesprochen, wenn ich an den Klimawandel denke, fällt mir auch zuerst einmal die Weltbank als Autorität ein. Wäre aber nicht die Weltbank, könnte er über den Klimawandel bis zum Jahr 2100 zum Beispiel Auskunft geben. Vier Grad hat auch Kollege Chorherr gesagt. Ich kann noch einen draufsetzen, wenn ihr wollt, oder ein bisschen druntertauchen kann ich auch. Ich habe ein bisschen geschaut. Klimawandel schaue ich nicht allzu oft. Ich habe dann die IPCC gefunden. Der zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen prognostiziert zwischen 1,1 und 6,4 Grad Erhöhung bis zum Jahr 2100. Das ist eine klare Aussage. Das hätte ich nach dem dritten Punsch am Christkindlmarkt wahrscheinlich auch zusammengebracht.

Aber Charly jetzt zu dir: Was hast du gegen die Landstraßer Bevölkerung? Ich habe nichts gegen sie. Ich darf dir nur berichten, vielleicht jetzt, aber nachher, wenn du Bezirksvorsteher bist, hast du mehr Kontakt, auch zu anderen Bezirken, dass sich mittlerweile alle Parteien und auch der BV Hohenberger im 3. Bezirk einig sind, dass beide Stationen dort eine einheitliche Bezeichnung bekommen sollen, nämlich Landstraße Wien-Mitte. Führe einmal Gespräche und schulmeistere mich beim nächsten Mal mit etwas anderem!

Aber du hast auch gemeint, man soll einmal über den Tellerrand schauen, sich international umschaun. International ist es auch nicht üblich, dass man auf Hinweistafeln, Stadtautobahnen, Autobahnen die Landessprache schamhaft verschweigt, sondern es wird halt zwei- oder dreisprachig angeschrieben. Dort steht halt nicht nur Praha, sondern Prag und Praha, und nicht nur Brno,

sondern Brünn und Brno. Schau einmal über den Teller-
rand! Als Bezirksvorsteher wird dir das gut zu Gesicht
stehen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das war es eigentlich. - Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Restrede-
zeit für die FPÖ beträgt nun 1 Minute und 30 Sekunden.
Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Er hat
noch 6 Minuten.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rat-
haus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte
Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ein paar Dinge sind schon auffällig, also, die FPÖ hat
sich plötzlich als Schutzmacht der Südtiroler und Südtirolerinnen
anlässlich des Südtiroler Platzes irgendwie
geriert, das finde ich interessant, und spricht von unse-
ren Landsleute im Süden und dergleichen. (*GR Mag
Wolfgang Jung: Nicht böse sein, aber das ist wirklich ein
Märchen!*) Es ist nichts anderes zu erwarten, wenn Jung
& Co den Ton vorgeben.

Was ich aber interessant gefunden habe, ist, wenn
dann der Kollege Mahdalik über Kalksburg spricht. Da
muss man schon klar sagen, dort geht es natürlich seiner
Meinung nach nur über die Waldmühle, aber in Kalks-
burg geht es den Menschen dort draußen um ganz ande-
re Sachen. Es geht einfach darum, welcher Verkehr von
Niederösterreich nach Wien hereinströmt, wie es mit
dem öffentlichen Verkehr ausschaut. Nein, nur nachle-
sen, nachfragen bei den beiden Bls, die es da gibt. (*GR
Mag Wolfgang Jung: Es gibt keine Lösungsmöglichkeit!
Das ist das Problem! Ich sehe es jeden Tag!*) Ganz wich-
tig, dort gibt es einfach in Wirklichkeit Dinge, die da völlig
unberührt vorbei sind.

Zum Klimawandel noch ein Ausritt aus dem Internet,
geschwind nachgeschaut, draufkommen, IPCC gibt es,
und dort steht 1,1 bis 6,4. Ja, aber weiterlesen, bitte! Der
Unterschied ist deswegen da, welche Maßnahmen ge-
setzt werden, welche notwendigen oder weniger not-
wendigen oder schwierigen Maßnahmen zu setzen sind.
Je nachdem werden das und das ansteigen.

Einen Satz noch zum Kollegen Irschik: Ich weiß nicht,
wie Ihnen das gelingt, aber kaum jemand hat wirklich
verstanden, was Sie da geredet haben, außer dass Sie
über die Wiener Linien geredet haben. Da waren Sie in
der falschen Geschäftsgruppe. Diese gehören nämlich
zur Finanz, und die war gestern. Aber macht nichts,
vielleicht sind Sie nicht zum Zug gekommen in der FPÖ,
deswegen heute.

Ganz zum Schluss, wichtig: Ich möchte mich bei den
MitarbeiterInnen der Geschäftsgruppe bedanken, weil sie
wirklich ganze Arbeit geleistet haben, und zwar wirklich
intensive Arbeit, gerade auch, was das Parkpickerl be-
trifft. Da möchte ich jetzt niemanden extra hervorheben,
aber vielen Dank bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterin-
nen. Ich möchte mich auch bedanken bei den Mitarbeite-
rInnen des Büros, weil als Ausschussvorsitzender weiß
ich, was da zu tun ist. Ich kriege immer wieder wunder-
bare Vorbereitung.

Last but not least möchte ich mich auch bei den Mit-
arbeiterInnen der Frau Stadträtin bedanken, weil sie sehr
kompetente ReferentInnen sind und ich keine Diskussion

mit ihnen missen möchte.

Zu guter Letzt möchte ich mich beim Charly für die
hervorragende Zusammenarbeit bedanken. - Danke
schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist
niemand mehr gemeldet. Die Frau VBgmin Vassilakou
hat das Schlusswort.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr
Vorsitzender! Verehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit jener Aufgabe beginnen, von der
ich glaube, dass sie unter den vielen, die dieses Ressort
im Laufe des Jahres 2013 zu bewältigen haben wird,
wahrscheinlich die umfangreichste und sicher auch die
wichtigste für die Zukunft der Stadt sein wird. Das sind
der Stadtentwicklungsplan sowie der Masterplan Ver-
kehr, die in ihren wesentlichen Grundzügen im Laufe des
Jahres 2013 entstehen sollen, und zwar in einem partizi-
pativen Prozess, an dem sich sämtliche Ressorts der
Stadt beteiligen, an dem sich die Wirtschaftswelt betei-
ligt, an dem sich die Fachwelt beteiligen wird und an dem
sich übrigens auch nicht zuletzt die Bürgerinnen und
Bürger mit einem eigenen Dialogformat beteiligen wer-
den, das „Wir sind Stadt“ heißen wird.

Ich möchte alle auf diesem Wege einladen, sich an
diesem Diskussionsprozess zu beteiligen. Ich glaube,
dass wir hier die Möglichkeit haben werden, viele der
Themen, über die wir hier immer wieder diskutieren,
vertiefter und auch in anderen Kreisen zu besprechen.
Weil nicht zuletzt in etwa die Frage der U5 heute mehr-
fach erwähnt worden ist, will ich alle daran erinnern, dass
zum Beispiel die Diskussionen rund um den neuen Mas-
terplan Verkehr eine hervorragende Gelegenheit bieten,
gemeinsam mit den Wiener Linien, aber auch gemein-
sam mit externen und auch hauseigenen Verkehrsexper-
ten Analysen durchzuführen, um zu einer gemeinsamen
Entscheidung zu kommen, inwieweit das tatsächlich ein
prioritäres Projekt ist, denn U-Bahn-Ausbau hin oder her
- klar hat niemand etwas dagegen, wenn die U-Bahn
ausgebaut wird und am besten sogar noch nach Mög-
lichkeit bis vor die eigene Haustür führt -, nur welches
Projekt, wie gesagt, vorgereicht wird, was der Verwirkli-
chungshorizont sein soll, sind sehr wohl sehr wesentliche
Entscheidungen, wenn wir auch nicht ausblenden, dass
sie auch verwirklicht werden können, wenn entsprechen-
de finanzielle Verhandlungen mit dem Bund erfolgreich
abgeschlossen werden. Das heißt, hier handelt es sich
immerhin um, wie gesagt, sehr zentrale Richtungsent-
scheidungen, die sich eine Stadt auf mehrere Jahre
hinaus nimmt und die dann in der Halbzeit nicht einfach
so umgestoßen werden können.

Das Jahr 2013 wird einiges an Schwerpunkten mit
sich bringen. Ich möchte an dieser Stelle auf Grund der
knappen Redezeit nur einiges exemplarisch anführen.

Zunächst möchte ich den Schwerpunkt öffentlicher
Raum herausgreifen, denn das ist ein Schwerpunkt, der
nicht nur bedeutet, dass sehr viele öffentliche Orte in der
Stadt nach und nach ein neues Antlitz bekommen, der
nicht nur bedeutet, dass ein vieles Mehr an Lebensquali-
tät für alle Wienerinnen und Wiener in ihrem Alltag dazu-
gewonnen werden kann, sondern der darüber hinaus

auch bedeutet, dass hier tausende Arbeitsplätze gesichert werden können und schlussendlich auch einiges an Investitionen direkt in die Wiener Wirtschaft fließt.

Also, was meine ich unter Schwerpunkt öffentlicher Raum? - Darunter meine ich etwa den Prozess, der gerade begonnen wurde und fortgeführt wird zur Neugestaltung des Schwedenplatzes, Morzinplatzes. Der Südtiroler Platz soll in Rücksprache mit dem 4. Bezirk neu gestaltet werden.

An dieser Stelle erlaube ich mir auch noch die Anmerkung, wem es um die Solidarität mit den Südtiroler Bürgerinnen und Bürgern geht, der ist auch aufgerufen, ihre Initiative für die Ermöglichung von doppelten Staatsbürgerschaften zu unterstützen. Davon hätten die SüdtirolerInnen weit mehr als von dem Kampf, ob eine bestimmte Station so oder anders heißt.

Die Wientaltrasse ist ein Projekt, das ebenfalls neu angegangen wird in diesem Jahr, die Mariahilfer Straße neu, die Meidlinger Hauptstraße, Sanierung, Neugestaltung, Zentrum Kagran, Lerchenfelder Straße. Die Thaliaspange ist ebenfalls ein Projekt, wo wir jetzt Konsens haben und nun mit der Umsetzung im Laufe dieses Jahres fortfahren können. Die Durchwegung des Augartens wird ebenfalls in diesem Jahr verwirklicht werden. Last but not least möchte ich nicht unerwähnt lassen, die Gelegenheit, unter Umständen, unabhängig natürlich davon, welche Entscheidung getroffen wird im Zusammenhang mit einem künftigen Standort des Wien Museums, auch den Karlsplatz in die Hand zu nehmen und auch dort einiges an Verbesserungen zu erreichen.

Was den Widmungsbereich anlangt, will auch ich hier eine einzige Zahl beisteuern, die ich uns allen sozusagen auf der Zunge zergehen lassen möchte. Allein zwischen September 2011 und September 2012 ist unsere Stadt um sage und schreibe 24 000 neue Wienerinnen und Wiener gewachsen. Das ist ein immenses Wachstum. Kaum eine andere Stadt ist derzeit weltweit so attraktiv (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Man soll sich selbst nicht loben!*) und verzeichnet prozentuell gesehen, aber auch in den Absolutzahlen, ein derartiges Wachstum. Das heißt, hier braucht es Widmungsvorsorge für tausende neue Bürgerinnen und Bürger, die in diese Stadt kommen und auch wohnen werden. Es wird in diesem Bereich auch sehr hart gearbeitet. Gott sei Dank hat die Stadt einiges an Widmungsvorräten, aber es wird mit Hochdruck an vielen neuen Widmungsstätten weitergearbeitet. Auch hier möchte ich nur exemplarisch anführen den Hauptbahnhof, den Nordbahnhof, der übrigens ein aktualisiertes Leitbild hat, das in diesen Tagen präsentiert wird, die weitere Vertiefung des Nordwestbahnhofs, die Neuplanungen in der Wiesen, die ebenfalls gut im Gange sind, selbstverständlich die Seestadt Aspern, das Hausfeld, das übrigens mit Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung angegangen wird, und einiges mehr, das ich ob der Zeitknappheit an dieser Stelle nicht mehr anführen kann.

Lassen Sie mich nur Ihnen, Herr Kollege Dworak, eines sagen: Sie haben von einem Flop im Zusammenhang mit dem Franz-Josefs-Bahnhof gesprochen, noch dazu einem Flop der Stadträtin. Sie sind ein bisschen

wahnsinnig flott beim Austeilen, aber Sie sind nicht flott genug beim Überprüfen der Verhältnisse und beim Recherchieren, was der Hintergrund der Dinge ist, bevor Sie hier sehr großzügig austeilten! Sie sollten eigentlich wissen, dass die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung am Franz-Josefs-Bahnhof nicht von mir gestartet wurde, sondern bereits von meinem Vorgänger. Das war eine richtige Entscheidung, denn zu diesem Zeitpunkt gab es gut verlaufende Gespräche. Es zeichnete sich ab, dass dieses Areal bald einer Entwicklung zugeführt werden kann. Meine Entscheidung, diese bereits begonnene Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung nicht zu stoppen, sondern fortzusetzen, sodass ein erstes Ergebnis vorliegt, war ebenfalls eine nachvollziehbare. Warum hätte ich auch gute, kluge, richtungsweisende Arbeit seitens der Stadt stoppen sollen? Wenn sich nun in der Zwischenzeit herausstellt, dass zwischen ÖBB und BIG keine Einigung zustande kommt - bitte, beides Bundesgesellschaften -, weil sie auf Grund der vorhandenen Verträge genau widersprüchliche Interessen zueinander haben und wir daher seitens der Stadt genau nichts beitragen können, um diesen Konflikt zu überwinden, ist das etwas, das die zwei Gesellschaften gut miteinander lösen können und das darüber hinaus auch auf Bundesebene gelöst werden muss. Es bleibt kein anderer Weg übrig, als hier zunächst einmal dieses Verfahren ruhend zu stellen, bis wir die Chance haben zu einer Neuentwicklung, die ich sehr stark begrüßen würde. Wo, bitte, sehen Sie den Flop?

Und wie kommen Sie dazu zu sagen, dass es hier seitens der MA 18, weil ich habe Ihnen ganz genau zugehört, offensichtlich kaum die Fähigkeit gibt, gescheit mit Investoren zusammenzukommen? Die MA 18 ist nicht zuständig! Das ist die MA 21! Zumindest sollten Sie sich auskennen, welche Abteilung wofür zuständig ist, bevor Sie hier einfach so großmündig austeilten! Zumindest das!

Also, einmal mehr, ganz im Gegenteil, die Stadt wächst. In der Stadt gibt es im vergangenen Jahr eine Entwicklung wie kaum woanders. Ich sage es mit unserem früheren Bürgermeister Zilk. Er hat einmal gesagt: „Wenn du den Wohlstand einer Stadt bewerten möchtest, wirf einen Blick über ihre Dächer.“ Allein ein Blick über die Dächer Wiens lässt uns staunen, wie viele Baukräne überall vorhanden sind. Es gibt unzählige Entwicklungsstätten. Die Stadt ist sehr beliebt bei Investoren, sowohl für Büroraum als auch für neue Stadtviertel als auch für neuen Wohnraum. Es geht zügig voran. Vieles davon ist harte, hochkompetente Arbeit, die eigentlich einmal gewürdigt werden soll, anstatt pauschaliertes, undifferenziertes schlechtes Darstellen der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt!

Im Straßenbau werden insgesamt 97 Millionen EUR für die Erhaltung, Instandhaltung und Errichtung von Straßen investiert. Hier sei ebenfalls die Erschließung des neuen Hauptbahnhofs, die Anschlussstelle Landstraße, die Stadtstraße, wo es genau in diesem Jahr zu vertiefenden Planungen kommen wird und die im Übrigen in wenigen Jahren auch die heiß und lang ersehnte Entlastung vieler historischer Ortskerne jenseits der

Donau bringen wird. Wie gesagt, einiges mehr an Arbeiten, die in diesem Bereich in der ganzen Stadt getätigt werden und die im Rahmen dieses Budget natürlich vorgesehen sind.

Einiges ist gefallen im Zusammenhang mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Ich möchte einfach der Vollständigkeit halber darauf verweisen, dass diese nicht in die Zuständigkeit dieses Ressorts fallen. In dieser knappen Zeit werde ich ganz einfach auch nicht darauf eingehen können, weil es schade ist, mit mir schlussendlich Weichenstellungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu diskutieren, die viel besser mit der zuständigen Stadträtin besprochen werden sollten. Nicht zuletzt sind auch die Wiener Linien selbst dafür verantwortlich, eine Entscheidung zu treffen, zu welchem Zeitpunkt eine bestimmte Maßnahme angesagt oder finanzierbar ist und zu welchem nicht. Soviel unsererseits.

Weil wir für die Planungen zuständig sind, konnten wir erreichen, dass die Planungen, etwa für die Wienerbergtangente, sehr viel schneller vorankommen. Auch hier bin ich zuversichtlich, dass dieses sehr zentrale Projekt innerhalb der nächsten Jahre tatsächlich in Angriff genommen und rasch fertiggestellt wird, weil auch die Finanzierung aus heutiger Sicht gesichert scheint.

Das Jahr 2013 wird auf alle Fälle auch ein Jahr sein, in dem wir einiges an Anstrengungen unternehmen werden, um den bereits ausgezeichneten Wiener Modal-Split zu Gunsten der ökologischen Verkehre weiter zu steigern. Das heißt, es wird ein Jahr sein, in dem das Investitionsprogramm in Radverkehrsanlagen fortgesetzt wird. Es wird ein Jahr sein, das insgesamt dem Kapitel Rad sehr stark gewidmet sein wird, mit dem Höhepunkt der Velo city-Konferenz, die in diesem Sommer in Wien stattfinden wird. Und es wird ein Jahr sein, in dem wir auch einiges Neue im Zusammenhang mit einem Fußgängerinnen- und Fußgängernetz in Angriff nehmen, das in der Stadt benötigt wird. Was ich darunter meine, ist, auch hier die Entstehung und Attraktivierung von beliebten Fußgängerrouen mit dem Ziel, innerhalb der nächsten Jahre in der Stadt einfach ein dichtes, gutes Netz an Angeboten zu haben, das Menschen, die gerne zu Fuß ihre täglichen Wege zurücklegen, einfach zur Verfügung steht und das auch dazu einlädt, den einen oder anderen Weg gern zu Fuß zurückzulegen und auf diese Art und Weise einiges für sich selbst, aber in Wahrheit auch für die Stadt beizutragen, ist es doch unser Ziel, in Summe schlussendlich 80 Prozent ökologischen Modal-Split zu erreichen, was natürlich auch bedeutet, mehr Menschen zu motivieren, tägliche Wege zu Fuß zurückzulegen, mehr Menschen zu motivieren, sich aufs Rad zu schwingen, und auch einiges zu leisten, damit sich noch mehr Menschen für die öffentlichen Verkehrsmittel als tägliches Fortbewegungsmittel entscheiden.

In der Energieplanung steht einiges vor uns. Auch hier sei gesagt, dass der sehr erfolgreiche Weg, nicht zuletzt in Sachen Fotovoltaik, fortgesetzt wird. Allein im vergangenen Jahr sind etwa 3,3 Millionen EUR Fördermittel geflossen, die insgesamt ein Investitionsvolumen von 16 Millionen EUR ausgelöst haben und schlussendlich mehr als 400 Fotovoltaikanlagen ermöglicht haben.

Ich glaube, dass diese eine Zahl einfach zeigt, welches immense Potenzial hier für die Wiener Wirtschaft liegt, wenn man mit jedem Euro öffentlicher Fördermittel insgesamt sozusagen ein Vierfaches an Investitionsvolumen auslöst.

Auch ich möchte an dieser Stelle, ob, wie gesagt, der knappen Zeit, ein großes Dankeschön an sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts richten. Sie leisten viel Arbeit. Sie leisten harte Arbeit. Sie leisten oft unbedankte Arbeit und das noch dazu im Dauerfokus harter politischer Auseinandersetzungen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Deshalb an dieser Stelle ein großes Dankeschön für das Engagement und für das Durchhaltevermögen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Lassen sie mich ihnen abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, nur mehr sagen, ich bin davon überzeugt, dass dieses Jahrzehnt durch zwei zentrale politische Auseinandersetzungen geprägt sein wird. Die eine wird die Frage der Absicherung der Mittelschicht und des Verhinderns der Verarmung von immer mehr und immer weiteren Bevölkerungsschichten sein. Das zweite wird die ökologische Umstellung unserer Gesellschaften in Sachen Energie und natürlich auch in Sachen Verkehr sein, denn das Kapitel Verkehr ist ein Kapitel, das für die Energiepolitik, genauso wie für den Klimaschutz, von zentraler Bedeutung ist. Beides werden harte politische Auseinandersetzungen sein. Das zeichnet sich jetzt schon ab. Aber mit Kirtagsreden lässt sich keine Umstellung erreichen. Wir stellen uns dieser Auseinandersetzung und wir handeln entsprechend. Mit diesem Budget haben wir die Möglichkeit, in diesem Bereich Weichen zu stellen. - Ich bitte um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten, die gesamte Redezeit 29 Minuten 15 Sekunden.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Grüß Gott, Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das ist jetzt schnell gegangen. Ich freue mich, dass Sie es geschafft haben. Ihre Rede haben wir via OTS schon vor zwei Stunden bekommen. Also, das finde ich besonders nett. Ich habe auch ein bisschen darüber schmunzeln müssen, dass vor zwei Stunden schon die OTS über die Budgettrede des Kulturstadtrates hinausgegangen ist. Also, Ihr Büro ist sehr effizient. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Ich weiß nur nicht, ob die Kollegin Brauner ganz zufrieden ist mit der Rede, weil, da habe ich auch schmunzeln müssen, Sie verweisen darauf, das Kulturbudget in Wien wird nicht gekürzt, das ist gut, aber Sie stellen Wien in einen Zusammenhang mit Ländern wie Spanien, Italien, Frankreich oder Griechenland. Das hätte selbst

ich mich nicht getraut. Aber das ist eine andere Geschichte. Ich nehme an, Sie meinen, dass dort die Kulturbudgets sehr drastisch gekürzt wurden. Warum das so ist, wissen wir alle. Aber dass Sie jetzt bereits Wien im finanziellen Zustand mit Griechenland, Spanien und eben Italien gleichsetzen, ist doch ein wenig bemerkenswert.

Das Kulturbudget 2013 ist ein ansehnliches. Es ist gleich geblieben. 231 Millionen EUR sind nicht nichts. Das ist eine Menge Geld. Aber wenn man gleichzeitig weiß, dass man sich mit sehr großen Budgetposten auch in der Kultur den Bewegungsspielraum selbst einschränkt, dann muss man einfach auch darüber einmal ganz offen sprechen. Nehmen wir ein paar Beispiele zur Hand:

Da haben wir die Wiener Symphoniker, fixes Jahresbudget, das regelmäßig überschritten werden muss, weil die Stadt und Sie, Herr Stadtrat, bis heute keine akzeptable Lösung für das Pensionsproblem und die jährlich daraus anwachsende Schuldenproblematik zu finden bereit sind. Das ist alles kein Geheimnis. Vielleicht könnte man etwas Kreativität an den Tag legen. Vielleicht könnte man auch einmal von den hohen Pensionsbezügen Solidarität einfordern. Solidarität ist ein Wort, das der Sozialdemokratie ja nicht unbekannt ist.

Beispiel zwei, Neubau des Wien Museums: Wir haben jetzt jahrelang über den geeigneten Standort diskutiert. Es kommt, zugegeben, auch Bewegung ins Spiel. Wir haben eine Kulturausschussreise gemacht, eine sogenannte Fact Finding Mission. Wir haben unlängst eine sehr gute Fachenquete gehabt, für meinen Geschmack zu spät, Herr Woller. Sie hätte schon viel früher stattfinden müssen, weil am Ende dieser Fachenquete habe ich mir schon die Frage gestellt, ob wir uns nicht jetzt, wo wir uns eigentlich schon auf zwei Standorte mehr oder weniger committet haben, nicht fesseln in der Kreativität, den geeigneten Standort zu finden. Ich weiß, irgendwann muss Schluss sein. Aber ich denke, für die Zukunft sollten wir mitnehmen, setzen wir derartige Fachenqueten früher an. Diese war wirklich gut, aber, wie gesagt, für meinen Geschmack zu spät.

Was mich aber ein bisschen, sage ich jetzt, verwundert hat, ist, jetzt sprechen wir über dieses Wien Museum wirklich schon viele Jahre, im März dieses Jahres hat der Bürgermeister dann bei der SPÖ-Klausur in Rust einen sehr bemerkenswerten Schritt an die Öffentlichkeit gemacht und hat gesagt, er weiß zwar nicht, wann, wie und wo es kommen wird, aber es wird kommen. Aber eine finanzielle Vorsorge für das Wien Museum wird meines Wissens nach im Budget nicht getroffen. Vielleicht habe ich es nicht gefunden, ich bin ja auch nicht allwissend.

Die Vereinigten Bühnen Wien als drittes Beispiel: Zuletzt sind die Vereinigten Bühnen Wien leider Gottes eher mit einer kriminalistischen Slapstick-Komödie, als etwas anderes kann man es nicht bezeichnen, aufgefallen, der Broadway-Phantomproduktion von „Rebecca“, wo Geld verspekuliert wurde. Herr Drozda hat zwar dann versucht, sich abzuputzen und hat gemeint, das ist nicht das Geld der Steuerzahler, das ist Geld, das man aus

dem Vertrieb in Wien erstellter Produktionen im Ausland erwirtschaftet. Noch einmal, ich habe es hier schon einmal gesagt, wenn die Stadt Wien mit Steuergeldern die Vereinigten Bühnen nicht so hoch subventionierte, könnte man keine Produktionen machen, die man im Ausland vercheckt oder vertreibt oder damit Geschäfte macht. Dann kann er bestenfalls Mannerschnitten und Sacher torten vertreiben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte Ihnen daher heute auch ein paar Vorschläge unterbreiten, die Kulturpolitik und den Umgang mit den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln transparenter zu gestalten. Ich werde auch heute, so wie schon in den letzten Jahren, einen Antrag einbringen, einen ressortübergreifenden Subventionsbericht zu erstellen. Es muss einfach allen Wienerinnen und Wienern klar nachvollziehbar sein, wer von wem zu welchem Zweck wie viel Geld für Förderungen erhält. Das ist etwas, das es in anderen Bundesländern genauso gibt. Es würde auch dafür sorgen, dass Doppel- und Mehrfachförderungen optimiert, ich will gar nicht vom Einsparen reden, und anderen innovativen Projekten zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag soll aber auch uns Mitgliedern im Gemeinderat die Möglichkeit geben, zu sehen, wer denn in Wien überhaupt um Subvention ansucht. Es ist für mich als Oppositionspolitikerin nicht akzeptabel, dass das alles geheim bleibt. Ich will wissen, wer welche Projekte einreicht und warum diese eventuell von den Beamten des Magistrates oder anderen Personen abgelehnt wurden. Eine entsprechende Liste soll den Mitgliedern des Kulturausschusses zumindest ein Mal jährlich zur Verfügung gestellt werden. Ich denke, im Zuge der Transparenz und der Kenntnis der Oppositionsrolle sollten sich auch die GRÜNEN diesem Ansinnen anschließen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber selbst bei vielen im Gemeinderat genehmigten Subventionen ist eine objektive Kriterienbewertung schwer möglich. Ich habe manches Mal auch das Gefühl, es ist gar nicht gewünscht, weil man sich dann weiter in der gönnerhaften Rolle des Feudalherren befindet, der unter den Bittstellern die finanziellen Mittel verteilt. Meistens braucht es erst vernichtende Kontrollamts- oder Rechnungshofberichte oder Missbrauch oder dass einfach der Esel so lange aufs Eis tanzen gegangen ist, bis es bricht, damit man missbräuchlichen Umgang mit öffentlichen Geldern aufdeckt. Dabei wäre es viel einfacher und wahrscheinlich auch sparsamer, wenn bestimmte Kriterien bereits in einer sogenannten Zielvereinbarung festgeschrieben wären. Zumindest bei großen Subventionsnehmern ist eine solche Zielvereinbarung, die auch den Förderungsnehmer plötzlich auf Augenhöhe befördert, im Sinne eines sorgfältigen und wirtschaftlichen Umgangs mit öffentlichen Geldern nicht nur sinnvoll, sondern geradezu eine Notwendigkeit.

Ich habe es gerade bei den Vereinigten Bühnen schon angesprochen, es ist doch überhaupt nicht einzusehen, dass dieses Jahr an die 40 Millionen EUR Förderung vergeben werden, aber nicht ein Ziel vorgegeben ist. Ich weiß schon, es heißt dann immer, es sind 37,2 plus Baukostenzuschuss, aber auch der Baukostenzu-

schuss kommt aus dem Kulturbudget und das renovierte Haus kommt den Vereinigten Bühnen zu Gute. Sie arbeiten jetzt in einem renovierten Haus. Da fällt es dann natürlich auch leicht zu behaupten, dass bei eventuell misslungenen Geschäften im Ausland keine Subventionsgelder verloren gingen.

Die Vereinigten Bühnen binden immerhin den größten Kuchen im Kulturbudget der Stadt Wien. Sie erhalten 50 Prozent des Gesamtbudgets für darstellende Kunst und Tanz. Obwohl in den letzten Jahren ein wirtschaftlicher Erfolg dokumentiert ist, steht auch der Geschäftsführer der Vereinigten Bühnen nicht an, immer wieder mehr zu verlangen. Was läuft da schief? Wo sind da Evaluierungen? Wo sind Einsparungspotenziale? Wo sind die Zielvereinbarungen, die dem Fass ohne Boden endlich einen solchen zimmert? Offensichtlich interessiert die Stadt nicht, was mit ihrem Subventionsgeld passiert. Wie gesagt, wir geben es gönnerhaft her. Munter werden wir erst, wenn es zu Skandalen kommt.

Damit diese Verantwortung nicht immer erst im Nachhinein zum Tragen kommt, fordern wir in einem Antrag, dass die Stadt Wien mit ihren Subventionsnehmern, zumindest mit jenen, die jährlich mehr als 500 000 EUR von der Stadt erhalten, eine Zielvereinbarung schließt, die bestimmte objektive Kriterien festschreibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Abschluss möchte ich zu einem Kapitel kommen, das eindrucksvoll demonstriert, wie in der Stadt Wien mit Steuergeldern umgegangen wird: die Bestellung eines Wissenschaftsbeauftragten. Ich kann es Ihnen auch heute nicht ersparen. Die Erfindung von Beauftragten feiert, seit die GRÜNEN in der Regierung sind, fröhliche Urstände. Böse Zungen behaupten sogar, es braucht dringend einen Beauftragten zum Schutz vor grünen Beauftragten. Den Reigen eröffnet hat eben Herr Kollege Van der Bellen mit der Berufung zum Universitäts- und Wissenschaftsbeauftragten. Seien wir uns ehrlich, wir wissen alle, was abgegangen ist. Wir haben es schon oft thematisiert. Es schafft ein grüner Kandidat ein Direktmandat. Damit es dann nicht so peinlich wird, schaffen wir halt einen Posten für ihn, einen Namen, einen Beauftragtenposten. Das Geld, das diesem Posten zur Verfügung gestellt wird für Infrastruktur, wird dann hergenommen, um ein paar Mitarbeiter hinzusetzen, in Wahrheit wahrscheinlich eine grüne Quersubventionierung des Grünen Klubs. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das ist traurig, dass Sie das sagen! Eine böse Unterstellung!)* Und jetzt kommt der Clou: Gegen Ende der Legislaturperiode im Nationalrat geht Herr Van der Bellen doch in den Gemeinderat, obwohl man vorher behauptet hat, er sei zu gut für den Gemeinderat, zu gut für diese Welt in Wien, quasi als Altersteilzeit, damit der Ausstieg aus der Politik nicht ganz so hart ist.

Herr Van der Bellen, wissen Sie eigentlich, was die Infrastruktur für die Schaffung eines Universitäts- und Wissenschaftsbeauftragten das Budget dieser Stadt in dieser Periode in Summe kostet? Über 1 Million EUR! Über 1 Million EUR für die Schaffung eines Prestige- und Ablenkungsmanövers. Statt jetzt wenigstens so ehrlich zu sein und in dem Moment, wo Sie als Mandatar hier

ins Haus gekommen sind, zu sagen: „Ja, ich fülle diesen Posten aus. Ich bin jetzt hier. Ich werde als Gemeinderat bezahlt und ich nehme mich der Wissenschaft in Wien an“, erklären Sie hier im September vor uns allen, vor mehr oder weniger versammeltem Haus, je nachdem, wie viele gerade da waren, Sie sind Mandatar, aber um diesen Job zu erfüllen, brauchen Sie ein bisschen mehr, braucht es auch Infrastruktur. Das ist eigentlich ein Affront gegen alle anderen Abgeordneten und ein weiterer Affront gegen die Steuerzahler, die dieses Spielgeld zur Verfügung stellen dürfen! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Meine Zeit ist gleich aus. Deswegen bringe ich meinen letzten Antrag ein. Ich ersuche Sie daher im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, diese Farce, die zwar im Kulturressort angesiedelt ist, aber mit hoher Kunst nun wirklich nichts zu tun hat, endlich zu beenden. Ich stelle den gleichen Antrag wie im September, die Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten aufzulösen und stattdessen dem Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds zur Verfügung zu stellen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP beträgt somit 17 Minuten. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Ellensohn gemeldet.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Nur in aller Kürze, hier ist etwas gefallen, was wir uns so nicht gefallen lassen, nämlich die Unterstellung, es gäbe eine Quersubvention für den Grünen Klub rund um den Wissenschaftsbeauftragten und die 210 000 EUR sind inhaltlich natürlich falsch. *(GRin Ing. Isabella Leeb: Praktisch nicht!)* Ich kann mir schon vorstellen, wo das immer herkommt. Man redet ja nicht über Vier-Augen-Gespräche oder Vier-Parteien-Gespräche. Aber ich bin immer wieder verwundert, wenn man klarstellt, dass wir GRÜNE etwas so nicht machen, mit welcher Selbstverständlichkeit dann die Gegenfrage kommt: „Na, wie macht ihr das denn? Das gibt es ja gar nicht.“, wie man es einem nicht glaubt.

Ich sage es Ihnen anhand eines konkreten Beispiels, nämlich beim Inserieren in Zeitungen, in Medien, die einer Partei nahestehen. Ich sage Ihnen auch nicht, mit wem ich das Gespräch geführt habe. Es tut auch nichts zur Sache. *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Das ist keine tatsächliche Berichtigung!)* - Das ist eine tatsächliche Berichtigung, von wegen Quersubvention. - Wenn wir dann sagen, wir nehmen für unsere Druckerzeugnisse zum Beispiel keine Inserate von der Stadt Wien *(GRin Ing. Isabella Leeb: Was ist das jetzt für eine Berichtigung?)*, dann sagt man umgekehrt: „Na, wie finanziert ihr das?“. Dann sagen wir umgekehrt, deswegen haben wir zum Beispiel auch eines eingestellt.

Tatsache ist, ich bin immer wieder verwundert, wenn ich mit einzelnen Vertretern anderer Parteien spreche, mit welcher Selbstverständlichkeit angenommen wird, dass man für Quersubventionen offen ist. *(GRin Mag. Barbara Feldmann: Frau Vorsitzende, das ist keine tatsächliche Berichtigung! Schluss jetzt!)* Wir sind für Quersubventionen keiner Art offen *(GRin Mag. Barbara Feldmann: Frau Vorsitzende!)*, auch wenn man sich das

als ÖVP-Politikerin sehr schwer vorstellen kann, weil man den entsprechenden Umgang hat! *(Beifall bei den GRÜNEN. - GRin Mag Barbara Feldmann: Was war das für eine tatsächliche Berichtigung? - GR Mag Dietbert Kowarik: Was war jetzt die Aussage? - GR David Ellensohn, im Weggehen vom Rednerpult: Man kann es deutlicher auch noch sagen!)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Mandatare haben für eine tatsächliche Berichtigung 3 Minuten Redezeit. Diese wurde nicht ausgeschöpft und es wurde tatsächlich berichtet.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Werner-Lobo. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten, die Gesamtredezeit der Fraktion 27 Minuten.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Isabella Leeb hat es bereits angesprochen, es ist gelungen, trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten das Kulturbudget für diese Stadt ungefähr zu halten, sogar leicht zu verbessern. Ich glaube, dass das eine ganz wichtige und große Leistung für eine Kulturstadt wie Wien ist und dass wir das auch in Hinkunft so halten werden, weil wir erkannt haben, wie wichtig die Kulturpolitik nicht nur als Kulturpolitik, sondern für viele andere Bereiche ist. Kulturpolitik ist gleichzeitig immer auch Gesellschaftspolitik. Kulturpolitik ist Bildungspolitik. Kulturpolitik ist Integrationspolitik, ist Wirtschaftspolitik, ist Sozialpolitik. Deswegen nehmen wir, die rot-grüne Regierung in Wien, die Kulturpolitik sehr ernst. Es freut mich sehr, dass es uns gelungen ist, dass diese Gelder auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gehalten werden können.

Du hast es angesprochen, Isabella, dass es große Brocken gibt, die schwierig sind. Die Symphoniker hast du angesprochen. Wir sind und dessen bewusst. Wir sind uns aber auch dessen bewusst, dass es einfach solche Dinge gibt, wo man sich darüber Gedanken machen muss. Wenn Wien ein so großartiges Orchester wie die Symphoniker halten will, dann muss man eben auch die Mittel dafür aufbringen.

Nichtsdestotrotz gelingt es uns, und das ist uns GRÜNEN sehr wichtig, hier auch neue Dinge in Bewegung zu bringen. Ich freue mich sehr, dass dieses große und wichtige Thema Wien Museum wenigstens eines ist, wo ich bisher das Gefühl habe, dass alle hier versammelten Parteien gemeinsam an einem Strang ziehen und gemeinsam daran arbeiten, dass das wirklich ein Vorzeigeprojekt wird, dass das wirklich ein Museum aller Wiener und Wienerinnen wird, dass es wirklich auch architektonisch ein sehr mutiges Signal in dieser Stadt wird. Dass wir wenigstens in dieser Frage so konstruktiv wie bisher zusammenarbeiten können, darauf freue ich mich sehr. Wir bemühen uns sehr, auch die Vertreter und Vertreterinnen der Oppositionsparteien hier einzubinden.

Zu einem anderen Punkt, den du angesprochen hast, muss ich dir sagen, ich rede jetzt gar nicht über den Wissenschaftsbeauftragten, wo ich mir denke, da wird Alexander Van der Bellen nach mir selbst ausreichend viel dazu sagen. Ich denke mir nur, dass es eine Reihe an Respektlosigkeiten von deiner Seite gibt, die ich hier

nicht so gelten lassen möchte.

Anfangen möchte ich mit Mag Drozda, dem Leiter der Vereinigten Bühnen Wien. Mir ist nicht bekannt, dass es jemanden gegeben hat, der so nach den Regeln der sauberen Geschäftsführung, der Genauigkeit der guten Geschäftsführung dieses riesengroße Unternehmen Wiens so gut geleitet hätte, wie Thomas Drozda. Du bist selbst Unternehmerin. Ich frage mich, warum ausgerechnet von Seiten der ÖVP, die immer versucht, Marktkriterien auch in die Politik einzubringen, warum du nicht verstehst, dass man bei Auslandsgeschäften im Umfang von ungefähr 5 Millionen EUR, die sehr, sehr erfolgreich geführt wurden, selbstverständlich auch investieren muss und dass solche Geschäfte selbstverständlich auch mit Risiken behaftet sind, die noch dazu abgesichert wurden, weil dieses Kapital, das eingesetzt wird, um „Rebecca“ nach New York zu bringen, ohnehin auch wertgesichert ist durch verschiedenste Maßnahmen. Selbstverständlich gibt es aber dort, wo man privatwirtschaftlich agiert - und es wundert mich, das ausgerechnet von deiner Seite kritisiert zu sehen -, gibt es dort Risiken, die man eingehen muss. Ich würde mich wundern, wie du dein Unternehmen führst, ob du da nie zum Beispiel in Bauprojekte investiert, wo du nicht von vornherein weißt, wie es ganz genau ausgegangen ist. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Eines kann ich ganz, ganz sicher sagen: Es liegt ganz sicher nicht an der Geschäftsführung von Thomas Drozda, der diese Geschäfte mit sehr, sehr großer Genauigkeit führt, dass da natürlich Dinge passiert sind, die wir alle nicht wollen. Aber es liegt sicherlich nicht im Verschulden von Thomas Drozda.

Wo ich dir recht geben, sind zwei Punkte - nämlich die beiden Anträge, die du heute eingebracht hast, halte ich inhaltlich tatsächlich für diskutierenswert. Ich halte es tatsächlich für richtig, darüber nachzudenken, ob man Zielvereinbarungen treffen kann, vor allem mit großen Kulturinstitutionen. Und ich würde wahrscheinlich in der Opposition ganz, ganz ähnlich agieren und einfach einen Antrag einbringen. Das ist relativ leicht, der ist relativ schnell geschrieben.

Wir als Regierungsmitglied tun uns ein bisschen mehr Arbeit an. Wir versuchen, ähnliche Zielvereinbarungen und Zielvereinbarungen grundsätzlich zu verhandeln in langen, mühsamen Prozessen. Es ist und bleibt unser Ziel, dass die Vereinigten Bühnen als eines der größten Kulturunternehmen - wahrscheinlich das derzeit größte Kulturunternehmen - dieser Stadt die Ziele der Einsparung in diesem Bereich fortsetzen, und das verhandeln wir weiter. Wir haben schon sehr, sehr konstruktive Gespräche mit den agierenden Personen in den verschiedensten Geschäftsbereichen. Also vor allem gibt es diese drei Häuser: es gibt das Theater an der Wien, es gibt die zwei Musical-Bühnen. Wir führen hier sehr, sehr intensive, sehr, sehr konstruktive, auch sehr, sehr anstrengende Gespräche, um zukünftige Einsparungspotenziale festzumachen. Und wir werden diesen Weg der Einsparung bei den Vereinigten Bühnen sehr konsequent weitergehen.

Der zweite Punkt, den du eingefordert hast, ist die

große Frage der Transparenz. Ja, auch das teile ich hundertprozentig - ich teile es nur in einer Form, wo es nicht damit getan ist, irgendwelchen Anträgen zuzustimmen oder Anträge einzubringen, sondern in einer Form, wo man zum Teil Kulturen aufbrechen muss, wo man langsam vorgehen muss. Ganz im Max Weber'schen Sinne, Politik ist das mühsame Bohren dicker Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft, ganz in diesem Sinne nehmen wir unsere Verantwortung wahr, und du weißt, dass wir in den Bereichen, wo wir diesen Einfluss als nunmehrige Regierungspartei wahrnehmen konnten, sehr, sehr konsequent vorgegangen sind.

Wir haben in diesen zwei Jahren - und zwei Jahre sind sehr kurz als politischer Zeitraum - gerade in diesem Bereich Transparenz, gerade in diesem Bereich Verhinderung von Freunderlwirtschaft, gerade in diesem Bereich, wo es darum geht, professionelle Ausschreibungskriterien zu machen, wo es um eine saubere Geschäftsführung, um Kontrolle und so weiter geht, meiner Ansicht nach sehr, sehr viele Fortschritte erzielt. Ich werde sie jetzt nicht mehr alle aufzählen, weil es wirklich viele waren. Es waren alle jüngeren Ausschreibungen, und es sind auch sehr, sehr vorzeigbare Leute. Ich denke zum Beispiel nur an den neuen Leiter der Kunsthalle, Nicolaus Schafhausen; ich denke an den neuen Musical-Leiter der Vereinigten Bühnen, Christian Struppeck.

Niemand wird bei diesen Kriterien vorwerfen können, dass es hier nicht die größtmögliche Transparenz und Professionalität gegeben hätte. Da haben wir, glaube ich, sehr, sehr große Fortschritte erzielt. Und ja, daran gilt es noch weiterhin zu arbeiten! Es geht darum, auch die Kulturpolitik mit Demokratie, mit Transparenz, mit Partizipation und so weiter zu durchfluten.

Ich glaube, dass es eine der wesentlichsten Aufgaben sein wird in einer Kulturstadt wie Wien, in der Situation, dass wir auf Grund der wirtschaftlichen Lage nicht, wie in den letzten Jahrzehnten, jedes Jahr eine maßgebliche Steigerung der Budgets haben können - das liegt nicht in der Verantwortung der Wiener Stadtregierung, sondern das liegt einerseits in der Verantwortung einer Bundesregierung, die es verabsäumt, hier Steuergerechtigkeit herzustellen, und es liegt natürlich auch an der Weltwirtschaftslage -, aber innerhalb dieses Handlungsspielraumes, den wir haben, geht es, glaube ich, sehr stark darum, jene wunderbaren Dinge, die es im Wiener Kulturleben gibt, für die Wien bereits berühmt und bekannt ist als Kulturstadt, auch sehr genau anzusehen: Welche Dinge wollen wir, sind identitär für Wien? Welche Dinge wollen wir so gut wie möglich halten? Das ist schwierig genug: Beispiel Symphoniker. Aber wir versuchen, das so gut wie möglich zu halten, in sehr, sehr guter, konstruktiver Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungsparteien.

Der zweite Punkt wird aber auch sein nachzuschauen: Wo muss man bei gleichbleibenden Budgets alte Dinge unter Umständen in Frage stellen, um Neues zuzulassen? Das ist, glaube ich, eine der wesentlichen Aufgaben, die mir auch als Kulturpolitiker ganz, ganz wichtig sind. Man kann sich das ungefähr so vorstellen: Wenn man in eine Wohnung einzieht, und da steht eine

gewisse Anzahl an Möbeln, dann wird man irgendwann einmal entscheiden müssen, dass man, wenn man neue Möbel drinnen hat, alte rausräumen muss. Auch daran arbeiten wir. Man wird aber auch entscheiden müssen: Es sind schöne alte Möbel, die man so lange wie möglich halten will. Das ist Politik, diese Entscheidungen zu treffen, und das versuchen wir, glaube ich, sehr, sehr mutig anzugehen.

Ich nenne hier einen Bereich, der mir ganz besonders am Herzen liegt, jene Potenziale, glaube ich, die wir gerade in der Kulturpolitik haben, wenn wir sie eben auch als Sozialpolitik, auch als Bildungspolitik, auch als Integrationspolitik verstehen. Da gibt es zwei Bereiche, die irrsinnig viel Potenzial haben und die bis jetzt, in den letzten Jahrzehnten wahrscheinlich nicht so zum Zug gekommen sind, wie wir uns das wünschen würden. Das ist der Bereich Jugend, und das ist der riesengroße, weiterhin wachsende Bereich der Tatsache, dass Wien eine Zuwanderungsstadt ist!

Nach jüngster Zählung haben 49 Prozent der Wiener und Wienerinnen diesen sogenannten Migrationshintergrund. Das heißt, entweder sie oder ihre Eltern sind zugewandert oder haben keinen österreichischen Reisepass. Das sind Menschen, die zu einem relativ großen Teil auch sozial marginalisiert sind. Also wenn wir von Migrant Mainstreaming sprechen, dann müssen wir immer auch von Social Mainstreaming sprechen. Das ist ein Bereich, in den wir investieren wollen, in den wir in Zukunft auch sehr, sehr stark investieren wollen.

Wenn wir in Wien die Situation haben - und das wird sich in den nächsten Jahren noch weiter steigern, Wien ist seit immer eine Zuwanderungsstadt, und es gibt jetzt endlich auch das eindeutige Bekenntnis dazu -, erstens einmal diese Tatsache, diese demographische Tatsache wahrzunehmen, und es hat hier die Kulturpolitik die Möglichkeit, das auch auf die Bühne zu heben, dann geht es darum, nicht nur die kulturelle Vielfalt, den Reichtum, der uns daraus erwächst - es wurde gestern auch sehr, sehr viel darüber geredet, wie viele Sprachen in dieser Stadt gesprochen werden -, dass wir Mehrsprachigkeit fördern wollen. Wir wollen auch kulturelle Vielfalt fördern.

Gerade Wien als Zuwanderungsstadt bietet daher sehr, sehr große Potenziale, und gestern ist das, glaube ich, sehr, sehr deutlich geworden: Es sind damit auch sehr, sehr viele Konflikte und auch sehr viel politischer Missbrauch verbunden. Wir in der Kulturpolitik sagen: Nicht unter den Teppich kehren, sondern auf die Bühne damit! Deswegen haben wir Initiativen gestartet wie „Pimp My Integration“, wo es hier weiterhin im Theater, in allen Kulturgenres Investitionen geben wird, in diesen Bereich zu investieren, dass man versucht, Migranten und Migrantinnen und vor allem junge Menschen - für junge Menschen ist Zuwanderung eine Selbstverständlichkeit, für junge Menschen ist kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit eine Selbstverständlichkeit -, da werden wir weiter investieren.

Die „Wienwoche“ ist ein Beispiel, das gezeigt hat, dass es nicht darum geht, dass wir als Herkunftsösterreicher und -österreicherinnen, die viele von uns, viel zu viele von uns in diesem Saal sind, gemessen an der

demographischen Zusammensetzung der Gesellschaft, da quasi paternalistisch-gutmenschlich - um dieses Unwort zu verwenden - anderen helfen, Zugang zu bekommen, sondern dass es in diesem Bereich vor allem wichtig ist, dass Menschen, die selbst in der Situation sind, als Zugewanderte von Diskriminierung, von Rassismus, von Fremdenfeindlichkeit, von sozialem Ausschluss betroffen zu sein, ihr Geschick selbst in die Hand nehmen, sich selbst auf die Bühne bringen, nach eigenen Vorstellungen ihr Leben und auch ihr kulturelles Leben gestalten.

Da geht es uns vor allem auch um Menschen, die ausgeschlossen sind in dieser Gesellschaft, wovon Migrantinnen und Migranten sehr, sehr häufig betroffen sind. Da werden wir sehr viel weiterinvestieren, wo immer es möglich ist, in dieser Richtung. Ich appelliere hier auch an uns selbst, dass das heißt ...

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** (*unterbrechend*): Sie haben Ihre selbstgewählte Redezeit ausgeschöpft, Herr Gemeinderat. - Bitte.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*fortsetzend*): ... dass das auch heißt, Macht, die wir haben, abzugeben und aus der Hand zu geben und jenen, die bisher ausgeschlossen sind, hier Macht in die Hand zu geben. Es gibt kaum ein Feld wie die Kulturpolitik, das die Möglichkeit hat, all diese Dinge auf die Bühne zu bringen und zu einem Diskurs zu führen. - Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der Grünen Fraktion beträgt 14 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Die selbstgewählte Redezeit ist 18 Minuten, die Gesamtredezeit 31 Minuten 30.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Wir diskutieren ja heute über den Voranschlag, deswegen sollten wir eigentlich sozusagen die Wünsche an das Christkind abgeben, was man sich eben schon immer wünscht. In dem Zusammenhang kann ich gleich einmal sagen, dass wir den Anträgen der ÖVP zustimmen werden. Wir wünschen uns ja auch seit Langem - und haben schon viele Anträge in dieser Richtung gemacht - einen Subventionsbericht. Es ist für uns einfach nicht nachvollziehbar, dass nicht transparent mitgeteilt wird, welche Institutionen, welche Vereine, welche Personen um Subvention ansuchen, welche was kriegen und wie viel sie bekommen. Er hat ja gesagt, er würde zustimmen.

Die IG Kultur zum Beispiel bekommt jedes Jahr 39 000 EUR, ich weiß aber, dass sie viel mehr beantragt. Das weiß ich von der IG Kultur, weil sie dort auch mit mir reden, obwohl es vielleicht ein bisschen eine andere politische Richtung ist. Ich weiß, dass sie mehr beantragen, aber tatsächlich wird dann der Antrag so hingebogen, dass sich mit den 39 000 alles ausgeht. Das ist eigentlich eine völlige Intransparenz. Daher ist uns das auch eine Herzensangelegenheit, und diesem Antrag stimmen wir zu.

Auch, was Klaus Werner-Lobo gesagt hat zu dem

Antrag der ÖVP - wir werden sehen, wie weit er dann zustimmt - betreffend Zielvereinbarung. Da sind wir natürlich insofern nicht so glücklich, als hier mit 500 000 EUR eine Grenze eingezogen wurde. 500 000 EUR sind nach altem Geld 7 Millionen Schilling; Herr Klubobmann Schicker ist da, also Schilling, damit man es sich auch vorstellen kann. Auch viel Geld! Also bei 7 Millionen, bei 5 Millionen oder bei 1 Million Schilling - um es in Schilling auszudrücken, weil es dann ein bisschen wichtiger wird - könnte man sich auch schon eine Zielvereinbarung überlegen und das Geld nicht einfach so hergeben.

Nichtsdestoweniger werden wir dem zustimmen, und auch dem Antrag - ich weiß jetzt nicht, ob er schon eingebracht wurde, er kommt aber hoffentlich - über die Tätigkeit der Bezirksmuseen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dann sage ich vorab, dass ich auch deinem Antrag meine Zustimmung gebe.

Und natürlich der Streichung der Mittel des Wissenschaftsbeauftragten! Wir haben immer gesagt, das Phantom des Rathauses. Der Herr Professor wird mir das verzeihen, mittlerweile ist er ja materialisiert herunter bei uns. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Nichtsdestoweniger ist es auch ein altes Anliegen von uns, dass das eingespart wird. Unsere Auffassung war immer, dass das die Aufgabe des hinter mir sitzenden Herrn Stadtrates ist und dass wir da kein zusätzliches Geld ausgeben müssen, um ihm Tätigkeiten abzunehmen.

Ich möchte auch kurz - viel Zeit ist ja nicht nach der neuen Vereinbarung, die wir getroffen haben, die ich aber persönlich an sich nicht schlecht finde - über ein paar Schwerpunkte reden.

Bei den Wiener Symphonikern - über die wir vielleicht morgen auch noch kurz reden können - haben wir schon Kritikpunkte. Wir stimmen diesen Zusatzsubventionen nicht zu. Das ist für uns wieder ein Zeichen der Intransparenz. Wien ist ja Mitglied bei Transparency International - und führt diese Mitgliedschaft täglich ad absurdum! Wir haben heuer schon eine Erweiterung der Basissubvention gehabt; das heißt, nicht Zusatzsubvention, sondern Erweiterung der Basissubvention, Anpassung der Basissubvention - Entschuldigung! - über 700 000. Und jetzt hatten wir die erste Zusatzsubvention über 700 000.

Erstens einmal: Wenn wir schon das alles zahlen müssen, was ja hauptsächlich zurückgeht auf die verschiedenen Pensionssysteme, dann soll man uns gleich sagen, das ist so und so viel. Aber unser Wunsch wäre natürlich auch, dass man das überhaupt einer anderen Regelung zuführt.

Jetzt weiß ich sehr wohl, dass es hier drei oder vier verschiedene Systeme gibt. Es gibt die schon in Pension Befindlichen mit Einzelverträgen. Da könnte ich natürlich sagen - so wie das meine Vorredner auch gesagt haben -, man verlangt Solidarität. Man muss sich natürlich auch vorstellen, wenn diese Person jetzt in Pension ist und einen Vertrag hat: Warum soll derjenige freiwillig etwas hergeben? Das ist ein bisschen naiv, zu glauben, dass wir da etwas erreichen werden.

Dann gibt es die, die einen Vertrag haben, aber noch nicht in Pension sind. Da werden wir auch nicht viel erreichen.

Dann gibt es die Gruppe derer von 1986 bis 2006. Da könnte man etwas erreichen, wenn wir vielleicht auch, wie es ja in Ansätzen beim Wien Museum gesagt wurde, gemeinsame Anstrengungen finden, um hier eine Lösung herbeizuführen.

Dann gibt es die nach ASVG seit 2006. Aber bis die pensionsrelevant werden, sind wir alle hier nicht mehr Abgeordnete, nehme ich an.

Das sind also Dinge, die ich vielleicht morgen auch noch einmal kurz erwähnen werde und wo wir wollen, wenn es schon kurzfristig jetzt keine Lösung gibt, dass man zumindest als Opposition von vornherein weiß, okay, es sind jetzt 1,4 Millionen, die dazukommen. Es steht hier: erste Zusatzsubvention. Man weiß nicht, was nächsten Monat kommt, man weiß nicht, wie viele Millionen es werden. Dann sagen wir lieber gleich die Wahrheit.

Wir haben der Subvention zugestimmt, weil wir schon der Meinung sind, wir tun das als Kulturstadt. Ich bin ja auch in der Tourismuskommission, und in der Tourismuskommission sehen wir, dass Wien monatlich Zuwächse hat. Monatlich haben wir die stärksten Übernachtungszahlen, wir sind also echt weltweit im Trend, das muss man schon zugeben.

Der Hauptgrund, warum die Menschen aus der ganzen Welt nach Wien kommen, ist das imperiale Erbe und die Kultur. Das ist die Kultur, die Kultur ist ein ganz zentraler Faktor. Deswegen ist es grundsätzlich einmal super, dass das Kulturbudget mehr oder weniger gleich bleibt. Wir könnten vieles nach unseren Vorstellungen auch anders verwenden, aber wir wollen auf jeden Fall keine Einsparung.

Wenn wir darauf stolz sind, dass wir eine Kulturstadt sind, dann bekennen natürlich auch wir uns zu den Wiener Symphonikern. Das muss auch ganz klar sein. Wenn wir gegen die Zusatzsubvention stimmen, dann hat das die Gründe, die ich vorhin erwähnt habe.

Über das Wien Museum zwei Minuten, ich muss mich sehr anstrengen. Wir haben, wie gesagt, eine interessante Reise gehabt. Ich darf mich, da er heute persönlich hier ist, auch bei Herrn Mag Kircher für die inhaltliche Führung dieser Reise bedanken.

Wir haben auch - das muss man schon sagen, das war etwas relativ Neues - sozusagen einen partizipativen Prozess gehabt, wo wir auch als Kultursprecher der Opposition bei einer vielstündigen Tagung mit durchaus interessanten Persönlichkeiten waren: Museumsdirektoren, Hans Hollein oder Herr Spies, Direktor des Amsterdam Museums, weltweit bedeutende Architekten und viele andere Leute. Ich habe hier die ganze Liste. Es war eine sehr lange Veranstaltung, wo jeder seine Meinung äußern durfte - von den Fachleuten. Wir Politiker waren im Hintergrund, das ist okay.

Ich würde mir so einen Prozess übrigens auch bei der Besetzung von Intendantenposten wünschen. Ich muss jetzt nicht mitreden, aber würde gerne wissen, warum wer genommen wurde.

Bei dem ist schon herausgekommen, dass eine Vielzahl dieser Experten bei den zwei zur Auswahl stehenden Möglichkeiten, nämlich Hauptbahnhof oder Karls-

platz, einen Umbau des Karlsplatzes präferieren würden. Wir haben noch keine hundertprozentig endgültige Meinung, ich darf vielleicht nur so viel sagen: Wenn man sich heute den Karlsplatz anschaut, ist das unter Denkmalschutz stehende jetzige Wien Museum nach meiner laienhaften Meinung - ich bin ja nur Politiker und kein Architekt oder Kulturschaffender - nicht überaus attraktiv. Wenn man das attraktiver gestalten würde, wobei sich jetzt vielleicht sogar die Möglichkeit, das Zeitfenster, ergeben würde, das Zürich-Kosmos-Winterthur-Gebäude mit einzubinden, dann könnte ich mir vorstellen, dass das eine zielführende Entscheidung wäre.

Es kommt noch dazu, was ja im Regierungsprogramm steht. Daran kann ich mich noch gut erinnern. Das habe ich schon mehrfach kritisiert, weil wir ja seit Jahren noch keinen Fortschritt beim Wien Museum gehabt haben, nämlich gar nichts. Das war jetzt der erste echte Fortschritt. Das nächste Ziel ist - hoffentlich noch heuer -, einen Standort festzulegen und dann einen Architektenwettbewerb durchzuführen. Das wäre auch mein Wunsch für nächstes Jahr, dass so etwas endlich kommt.

Im Regierungsprogramm steht ja, es muss eine ökologische Bauweise geben - das kann man belächeln - und ein architektonisches Signal sein. Wenn es ein architektonisches Signal sein soll, dann wird man am Hauptbahnhof nicht viele Chancen haben, weil dort alles rundherum 60 m hoch ist. Diese Architektur, die man nur vom Park aus sieht, da kann ich mich, wenn ich im Park mit meinem Hund äusserln gehe - ich gehe in den Schweizergarten -, jedes Mal übers architektonische Signal freuen.

Wenn ich hingegen irgendetwas aus irgendeiner anderen Richtung sehen will, sehe ich gar nichts außer Hochhäusern, wo irgendwo drinnen verborgen ein Wien Museum schlummert. - Das ist meine Meinung dazu.

Zu den Vereinigten Bühnen auch ein paar Worte: Das ist schon eine sehr skurrile Geschichte, die hier passiert ist. Da hat es ja sogar einen Hacker gegeben, der sich in den möglichen Investor hineingehackt hat, der die Vereinigten Bühnen schlechtgemacht hat oder „Rebecca“ schlechtgemacht hat - eine schwierige Sache. Natürlich, die Grundlage, dass in so etwas überhaupt investiert oder dass es in den Sand gesetzt werden kann, sind Subventionsgelder, das ist völlig klar!

Deswegen verlangen wir auch, dass erstens einmal völlig aufgeklärt wird, ob das alles in Ordnung abgelaufen ist, ob kein Verschulden vorliegt, und zweitens, dass natürlich alles unternommen wird, um das Geld zurückzubekommen; möglichst nicht Kostüme, die dann wieder einem nicht passen und die man um viel Geld wieder aus Amerika herübertransportieren muss. Es ist dort die größte Gruppe, also diese Schubert-Gruppe, die größte Agentur der Welt, glaube ich, dem auch aufgesessen. Es steht der Wunsch dahinter, nach zwölf Jahren - da war einmal ein Flop - wieder einmal an den Broadway zu kommen, okay.

Ich meine, sehen sollte man schon auch, dass die Vereinigten Bühnen mit dieser Tochter, Vereinigte Bühnen International, versuchen, Wiener Produktionen inter-

national zu verkaufen. Ich habe mich hier informieren lassen, ich glaube, „Elisabeth“ und „Tanz der Vampire“ sind durchaus erfolgreich. „Elisabeth“ hat, glaube ich, in Wien vier Millionen Zuseher gehabt, weltweit acht Millionen. Da kamen und kommen doch Tantiemen herein, die dann - was wieder uns zu Gute kommt - sofort dazu benützt werden sollten und auch, glaube ich, benützt werden, um die jährliche Subvention zu senken.

Die wahre Crux bei der Geschichte ist, dass die letzte Intendantin keinerlei Eigenproduktionen gemacht hat. Das heißt, wir müssen das diskutieren, und das ist wirklich ein Versäumnis! Jetzt profitieren sie noch von älteren Eigenproduktionen, und bitte, da wünsche ich mir auch, er soll es nach China verkaufen, er soll es überall hin verkaufen, dass ja möglichst viel Geld reinkommt. Denn wir müssen die nächsten Jahre überbrücken, wo nichts reinkommt, weil nichts Neues geschaffen wurde, weil Frau Zechner nichts gemacht hat, außer vielleicht beim Umbau des Ronacher sich noch Zusatzprämien zu geben, wenn sie die Leute außerhalb des nichtexistenten Theaters irgendwo hat spielen lassen. Das haben wir damals in diesem Kontrollamtsbericht ohnehin auch zur Breite diskutiert.

Dass wir darüber hinaus bei den Vereinigten Bühnen ein sehr altes, eines der ältesten Operntheater wiederbelebt haben, ist auch ein Luxus! Das muss man jetzt auch einmal als Opposition real sagen. Es ist ein Luxus, es kostet über 20 Millionen, ein Luxus, der sich nicht trägt, der aber wieder im Hinblick auf Wien als Tourismusstadt zu unserem Renommee beiträgt. Es ist also in Wirklichkeit eine schwierige Frage.

Wir stehen dem Ganzen abwartend kritisch gegenüber und hoffen, dass Herr Direktor Drozda alles unternimmt, erstens einmal, um - ohne solchen Betrügnern aufzusitzen - seine Produktionen vielleicht nach China zu bringen. China ist ein guter Markt, China schätzt Wien total. Wir sind ebenbürtig für die Chinesen, weil wir für sie die Hauptstadt der Musik sind. Dort gibt es uns noch nicht. In Korea gibt es uns, in Japan waren es vier Millionen Zuseher. Das ist ein guter Markt.

Ich könnte noch über vieles reden. Morgen rede ich ohnehin, glaube ich, vier Mal kurz.

Ich möchte jetzt noch ganz kurz auf diese ständigen Gehässigkeiten hier eingehen. Gestern ist wieder so ein Vorfall gewesen. Ich kann mich erinnern, einmal hat jemand von uns „Negerant“ gesagt, da hat die frühere Vorsitzende gesagt: ein Ordnungsruf, denn das darf man nicht verwenden. Unseren Wiener Dialekt! Da stehen die sogenannten Antifaschisten gleich auf und sagen, um Gottes willen, das muss alles bekämpft werden!

Jedes Wort, das ein Freiheitlicher sagt, muss er sich hundert Mal überlegen und genau aufpassen, dass ja nichts schiefgeht. Wir haben eine Historikerkommission, die alles durchcheckt - das wird dann meine Kollegin Uta Meyer auch noch ein bisschen genauer beleuchten -, die alles durchcheckt, und wenn irgendwo irgendwann einmal etwas war, muss sofort eine Zusatztafel hin.

Gleichzeitig - und ich möchte schon vorausschicken, die Tätigkeit der Wienbibliothek schätze ich ausgesprochen, muss aber jetzt trotzdem etwas sagen. Es gibt

momentan eine wunderbare kleine Ausstellung im ersten Stock, die „Zum Konterfei das Autogramm!“ heißt, dazu gibt es auch einen schönen Katalog. Das habt ihr euch alle schon angeschaut, nicht?

Da hat jemand, glaube ich, 1 600 Briefe und Autogrammkarten von Persönlichkeiten gesammelt, vom jungen Brahms angefangen bis hin zu Fridtjof Jansen. (GR Mag Wolfgang Jung: Nansen!) Es gibt sie von Masureel, es gibt internationale, es gibt Armin Berg, Grünberg, es gibt alles, was man sich vorstellen kann. Als Sammler muss ich sagen, eine Klasse Sammlung ist das, das musst du einmal zusammenbringen! Renée Sintenis, auch internationale Kapazitäten sind es also.

Wenn man dann durch die Ausstellung geht: Da sind ein paar, die sich im Dritten Reich umgebracht haben, Egon Friedell und - ich habe den Namen vergessen. Und daneben ist eine schöne Autogrammkarte von Baldur von Schirach! Dann habe ich mir den Katalog angeschaut, und auch im Katalog ist eine Autogrammkarte drinnen. Hier, ich kann das gerne zeigen (*Der Redner hält ein aufgeschlagenes Buch in die Höhe.*): Baldur von Schirach, geboren/gestorben, nationalsozialistischer Politiker, Reichsjugendführer, Fotograf unbekannt, Zugangsjahr 1936.

Und da, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratie und von den GRÜNEN, würde ich mir von Ihrer Seite schon ein bisschen, bisschen mehr Sensibilität erwarten, die Sie uns immer vorwerfen! Da steht nicht, dass Baldur von Schirach Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien war, da steht nicht, dass er verantwortlich war für die Deportation von 185 000 Juden, und da steht auch nicht, dass er einer der 24 Hauptangeklagten beim Nürnberger Prozess war. Wenn dieses Autogramm ein kleiner Flohmarkthändler irgendwo am Standl hat, dann sind genau eure Leute dort und sagen, der muss wegen Wiederbetätigung angezeigt werden! Das ist die Moral, die wir aufs Schärfste ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Da würde ich einmal vor den eigenen Toren kehren, bevor ich uns hier wegmoralisiere.

Dem Budget stimmen wir nicht zu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Woller. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 18 Minuten. - Bitte.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Der vergangene Freitag war ein ziemlich normaler Abend in meinem alltäglichen Kulturkalender. Ich war auf zwei Ausstellungseröffnungen, der Ausstellung FRAME im Künstlerhaus im Rahmen des Monats der Fotografie, einer sehr interessanten Ausstellung zum Thema Diversität und Toleranz in unserer Stadt. Eine Stunde später die Eröffnung einer Ausstellung zum 100. Geburtstag von Jura Soyfer im Bezirksmuseum Landstraße - auf der Sechskrügelgasse sind schon die Leute gestanden, die nicht mehr reingekommen sind.

Zwei Ausstellungen - nicht René Magritte, Gustav Klimt, „Nackte Männer“ oder irgendein anderer besonde-

rer Publikumsmagnet, sondern zwei sehr unspektakuläre Ausstellungen im täglichen Kulturablauf unserer Stadt. Und das an einem Abend und in einer Stadt, wo 300 Museen und Galerien jeden Tag Kunst präsentieren, wo 70 000 Sitzplätze für Musik, Theater, Oper und Kabarett zur Verfügung stehen. Wien ist tatsächlich eine glückliche Stadt, eine Stadt, die von den Wienerinnen und Wienern im Kulturbereich gestürmt wird und wo Kultur tatsächlich das Massenphänomen in unserer Stadt ist!

Neben all diesem dichten und vielfältigen täglichen Kulturprogramm in unserer Stadt gibt es noch 80 Festivals. Ich habe das selbst nicht gewusst, ich habe das vor Kurzem einmal recherchiert. 80 Festivals, die jährlich in unserer Stadt stattfinden, und ich rede jetzt nur über den November, die letzten paar Wochen: Wien Modern, die Viennale, die Musikfestivals Salam Orient, KlezMORE-Musik und Voice Mania. Dann Literatur im Herbst vor wenigen Tagen im Odeon, die Vienna Art Week, die gestern begonnen hat, die Buch Wien, die übermorgen beginnt.

Und: Eyes On, der großartige Monat der Fotografie, wo Wien im Netzwerk von sieben Städten zusammen mit Berlin, Bratislava, Budapest, Ljubljana, Luxemburg und Paris der Fotografie huldigt! Und das völlig zu Recht, ist doch die Fotografie wahrscheinlich das wichtigste Medium unserer Zeit. Die insgesamt 350 000 BesucherInnen beim Monat der Fotografie vor 2 Jahren haben gezeigt, wie sehr das ein Erfolg ist.

Das hat man auch sehr gut gesehen bei der Eröffnung der gemeinsamen Ausstellung distURBANces im MUSA, wo bei der Eröffnung im MUSA wirklich so viele Leute waren, wie sie selten bei einer Veranstaltung, die doch, sagen wir einmal, insgesamt nicht so bekannt ist, präsent sind.

Kultur ist einer der wichtigen, wenn nicht der wichtigste Faktor der hoch gepriesenen Lebensqualität in unserer Stadt Wien. Und Kultur ist auch ein ganz wichtiger Faktor, was das internationale Image unserer Stadt betrifft. 50 Prozent aller Meldungen, die weltweit über Wien publiziert werden, betreffen das Thema Kultur. Über 70 Prozent der Touristen und Touristinnen, die unsere Stadt besuchen, sagen, sie kommen der Kultur wegen. Und der Vorredner, Kollege Ebinger, hat es schon gesagt: Die Tourismuszahlen steigen ungebrochen jedes Jahr, jeden Monat um 5 bis 7 Prozent an.

Wien ist eine Stadt der Kultur. Kultur ist hier ein Massenphänomen, ein Wirtschaftsfaktor, ist das identitätsstiftende Merkmal in unserer Stadt. Kultur ist zweifellos unsere Stärke. Das ist der Grund, warum Wien in Kultur investiert. Wenn wir heute einigermaßen zufrieden feststellen können, dass das Kulturbudget heuer konkret 231 Millionen EUR beträgt, damit 2 Prozent des Stadtbudgets, und das Kulturbudget auch wieder - knapp, aber doch - um 1 Prozent gesteigert wurde, dann muss man das vor dem Hintergrund sehen, dass in den 10 Jahren davor das Kulturbudget um zirka 40 Prozent gesteigert wurde und wir auch in Zeiten der Krise das Kulturbudget auf dieser Höhe gehalten haben.

Von diesem Kulturbudget, von diesen Steigerungen des Kulturbudgets profitieren die Wissenschaft, der Film,

die Bezirksmuseen und im kommenden Jahr vor allem das Wien Museum, und das zu Recht. Das Wien Museum, das in den letzten Jahren unter den Direktoren Wolfgang Kos und Christian Kircher eine einzigartige Erfolgsgeschichte geschrieben hat, die es geschafft haben, das alte Historische Museum der Stadt Wien zu einem sehr modernen, aktuellen, spannenden Wiener Stadtmuseum zu entwickeln, das zwei Stärken hat: die Kunstsammlung zum einen, aber auch die Sammlung von Alltagskultur und Alltagsgeschichte von der Römerzeit bis heute.

Was dieses Wien Museum so auszeichnet, ist die Breite seines Programms. Wir zeigen Gustav Klimt gleichzeitig mit den Hausbesetzungen in Wien. Wir zeigen die Werkbundsiedlung gleichzeitig mit den Spielen dieser Stadt. Das Wien Museum erwartet heuer, im Jahr 2012, einen Besucherrekord mit zirka 150 000 Besucherinnen und Besuchern im Haupthaus am Karlsplatz, mit 110 000 BesucherInnen in der Mozartwohnung und 100 000 in den restlichen Außenstellen, somit insgesamt 360 000 Besucherinnen und Besucher im Wien Museum.

Die Klimt-Ausstellung, die heuer im Sommer gezeigt wurde - übrigens die größte Sammlung von Gustav-Klimt-Werken, die es weltweit in einem Haus gibt -, war mit 67 000 BesucherInnen auch die erfolgreichste Ausstellung seit mehr als 8 Jahren.

Das Wien Museum erzielt diesen Erfolg, weil es nicht irgendein Museum ist, das man einmal besucht, und wenn man es einmal gesehen hat, dann ist das erledigt, sondern das Wien Museum ist ein Museum, das man immer wieder besucht. Ein Abo-Museum, wie Direktor Kos das nennt, das auch mehrmals besucht wird, vor allem von den Wienerinnen und Wienern, und wo immer wieder neue Ideen überlegt werden, wie man die Leute ins Museum bringt. Beispielsweise spezielle Führungen von Freunden des Museums, von Margit Fischer bis zu Oliver Baier. Mit fulminanten neuen Ideen wie einer Facebook-Aktion, wo „Worst of Klimt“ weltweit gesucht wurde, der größte Klimt-Kitsch gesammelt und im Internet präsentiert wurde - eine Aktion, die nicht nur Eingang in die internationalen Medien gefunden, sondern auch viel neues, junges Publikum erreicht hat.

Die Erfolge des Wien Museums rechtfertigen auch das zusätzliche Geld, das wir für nächstes Jahr vorsehen, insbesondere für zwei Projekte, zum einen für das neue Depot in Himberg, das nun endlich zur Verfügung steht. Die Vertragsunterzeichnung war vor dem Sommer. Derzeit laufen die Ausschreibungen über die Einrichtung und über die Übersiedlung. Die Übersiedlung der zirka einer Million Objekte wird im kommenden Jahr erfolgen.

Das zweite große Projekt ist natürlich der bereits angesprochene Neubau des Wien Museums. Das ist nun tatsächlich ein Projekt, das sehr gut vorbereitet und sehr gut überlegt werden muss.

Es stimmt nicht, dass die Enquete zu spät gekommen ist, die Enquete war, glaube ich, zum richtigen Zeitpunkt. Es hat in der Phase zuvor schon - da war Isabella Leeb noch gar nicht im Gemeinderat, aber Bernhard Dworak wird sich erinnern können (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) - andere Expertentagungen gegeben, vor zwei, drei Jahren, als wir das schon begonnen haben. Die

Enquete, die jetzt stattgefunden hat auf Initiative der Planungsstadträtin und des Kulturstadtrates, die ja wirklich mustergültig war, war eigentlich nur der Abschluss dieser internationalen Experten, die wir uns angehört haben.

Ich glaube, dass wir tatsächlich knapp vor einer Entscheidung stehen, und ich glaube, dass die Enquete eine sehr gute Voraussetzung für eine sehr gute Entscheidung war. Denn der Neubau des Wien Museums wird jedenfalls der bedeutendste Kulturbau dieser Stadt in diesem Jahrzehnt.

Ein weiterer Schwerpunkt im Kulturbudget ist die Finanzierung der darstellenden Kunst und der Musik. Ich habe schon gesagt, 70 000 Sitzplätze stehen jeden Abend für Musik, Oper, Theater und Tanz zur Verfügung; das muss sich auch im Budget ausdrücken. Wir fördern in diesem Bereich eine große Vielfalt, von den ganz großen Theatern und Festivals bis hin zu den ganz kleinen Initiativen. Ich erwähne hier eines, das vielleicht nicht so bekannt ist: das Clowninnen-Festival, das nächsten Freitag im Kosmos eröffnet wird, das mittlerweile weltgrößte Clownfrauen-Festival, das es gibt und das zeigen wird, wie vielfältig das Theaterangebot in unserer Stadt sein kann.

Wir sind derzeit in der Phase der Evaluierung der Theaterreform, in einem nächsten wichtigen Schritt der Theaterreform, um neue Impulse zu setzen, auch für die vielen mittleren und kleineren Theater in unserer Stadt und für die freien Gruppen. Mit diesem hohen Kulturbudget der Stadt Wien auch im Bereich der darstellenden Kunst finanzieren wir die großen Festivals wie die Wiener Festwochen oder das ImpulsTanz-Festival, das nächstes Jahr sein 30-Jahr-Jubiläum feiern wird. Wir finanzieren damit auch die großen Theater, das Theater der Jugend, das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und vor allem die Vereinigten Bühnen Wien.

Die Vereinigten Bühnen Wien hatten in den letzten Jahren überaus erfolgreiche Jahre verzeichnet, in künstlerischer Hinsicht, aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Man muss es wirklich positiv erwähnen, dass die Subvention für die Vereinigten Bühnen Wien in den letzten Jahren reduziert worden ist von 40 Millionen auf 37 Millionen EUR - das, obwohl in dieser Zeit auch die Vollbespielung des Ronacher umgesetzt wurde und heuer mit der Neubespielung der Kammeroper eine zusätzliche Spielstätte dazugekommen ist!

Dieses Kulturbudget garantiert, dass die Vereinigten Bühnen Wien auch in den nächsten Jahren die Subventionshöhe, die sie brauchen und die sie nicht irgendwie erfinden, und die auch nachweislich in dieser Höhe notwendig ist, bekommen werden, dass wir die Subventionshöhe, die wir in den letzten Jahren auf 37 Millionen reduziert haben, auch für die kommenden Jahre zur Verfügung stellen werden können.

Weil hier immer wieder von Zielvereinbarung gesprochen wird: Das klingt so, wie wenn in der MA 7 jemand sitzt und würfelt und dann sagt, okay, drei. Dann würfelt er noch einmal, es kommt, ich weiß nicht, sechs oder sieben heraus, und so werden die Subventionshöhen festgelegt. Das gilt weder für die Vereinigten Bühnen

Wien noch für irgendeine andere Kulturförderung, die es in dieser Stadt gibt. In jeder Frage gibt es ein ganz genaues Verfahren, ein nachvollziehbares Verfahren, wie Subventionshöhen zustande kommen.

Natürlich gibt es ganz genaue Anträge der jeweiligen Kulturinstitutionen, in denen sie sagen, was sie machen wollen. Es gibt dann ganz genaue Verhandlungen mit der MA 7 und mit der Kulturpolitik. Danach wird festgelegt, wie viel Geld die jeweilige Kulturinstitution bekommen kann. Und bevor sie die nächste Subvention bekommt, gibt es wieder ein ganz genaues Berichtssystem, wo auch ganz genau nachgeschaut wird, ob das, was vereinbart worden ist, tatsächlich auch umgesetzt worden ist.

Das Ganze wird auch noch kontrolliert wie beispielsweise bei den Vereinigten Bühnen Wien von einem Aufsichtsrat, vom Kontrollamt der Stadt Wien, vom Rechnungshof und auch von der Kulturpolitik. Das alles wird im Kulturbericht der Stadt Wien publiziert.

Ich verstehe also nicht, wo es da irgendeine Intransparenz geben soll. Ich verstehe auch nicht, warum wir jetzt eine zusätzliche Zielvereinbarung brauchen, wo wir doch in jedem Akt, den wir im Gemeinderatsausschuss und im Gemeinderat beschließen, schon genau diese Zielvereinbarung formuliert haben.

Das zeigt sich gerade bei den Vereinigten Bühnen Wien. Mit den Vereinigten Bühnen Wien haben wir tatsächlich vereinbart, was sie machen. Sie sollen ein Opernhaus, nämlich das neue Opernhaus im Theater an der Wien, bespielen mit 10 Eigenproduktionen pro Jahr, mit insgesamt 120 Aufführungen im Jahr, und das auf höchstem künstlerischen Niveau. Das Theater an der Wien ist seit Jahren unter den Top-3-Opernhäusern Europas. Da kann man eigentlich nur sagen: großartiges Ergebnis von dem, was wir vom Theater an der Wien und von den Vereinigten Bühnen Wien in diesem Bereich wollen!

Wir haben jetzt auch noch mit ihnen den Auftrag vereinbart, dass sie die neue Kammeroper als Opernstudio bespielen, dass sie dort fünf Opernproduktionen im Jahr mit einem jungen Ensemble umsetzen. Die Eröffnung war großartig, und ich glaube, dass wir dadurch eine neue, zusätzliche Attraktion im Bereich der Oper in Wien gefunden haben, dass eben auch die Kammeroper vom Theater an der Wien mitbespielt wird gemeinsam mit freien Gruppen wie der Neuen Oper Wien.

Genau dasselbe im Bereich des Musicals: zwei Häuser, das Raimund Theater und das Ronacher. Sie bespielen das 300 Tage im Jahr und in den letzten Jahren mit einer Auslastung von über 90 Prozent. Da brauche ich keine zusätzliche Zielvereinbarung, denn die werden bei Weitem übererfüllt, und das alles, wie gesagt, auf höchstem künstlerischen Niveau. Beim Musical insbesondere auch mit dem besten Orchester, das es im Musical-Bereich gibt, nämlich mit dem Orchester der Vereinigten Bühnen Wien!

Dieses Orchester feiert heuer sein 25-Jahr-Jubiläum. Ich glaube, dass es ein wirklich schönes Zeichen ist, dass die Vereinigten Bühnen Wien nun auch dieses Orchester einmal aus dem Orchestergraben herausholen

und auf der Bühne ins Rampenlicht setzen. Es wird noch heuer, am 29. November beginnend, eine Serie von Galaaufführungen „Musical in Concert“ mit dem „Phantom der Oper“ geben. Ich glaube, damit auch ganz deutlich gezeigt wird, dass das Orchester der Vereinigten Bühnen Wien mit insgesamt 80 Musikern ein wichtiges Orchester unserer Stadt ist, dass dies die Philharmoniker des Musicals sind.

Es wäre jetzt noch viel zu sagen. Meine Kollegin Vitouch wird einiges zum Thema Film sagen, auch zum Thema Wissenschaft. Ich möchte nur noch eines erwähnen, nämlich die Frage der Erinnerungskultur, die uns so wichtig ist, die in den letzten Jahren ein wesentliches Thema unserer kulturpolitischen Diskussion war. In dieser kleinen Broschüre über Erinnerungskultur in der Stadt, die der Herr Stadtrat in den letzten Tagen herausgegeben hat, sieht man, welch beeindruckendes Programm hier in den letzten Jahren umgesetzt worden ist.

Ich möchte abschließend allen danken, die zu diesen großartigen Erfolgen der Wiener Kultur beigetragen haben, allen Künstlerinnen und Künstlern, allen Kulturschaffenden in Institutionen, in Vereinen, vor allem allen ehrenamtlich Tätigen, aber insbesondere auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Magistratsabteilungen 7, 8 und 9, dem Wien Museum, insbesondere auch unserem Koalitionspartner, mit dem die Zusammenarbeit in Kulturfragen hervorragend funktioniert. Vielen herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich Frau GRin Dr. Vitouch. - Bitte.

GRin Prof. Dr. Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ja, und ich möchte mich natürlich nicht zum Vorsitzenden des Kulturausschusses, Ernst Woller, berichtend melden, sondern zu Herrn Mag. Ebinger. Da ist er; ich habe gedacht, er wäre schon „abpascht“ mit seinem Katalog und den Autographen.

Wenn Sie diesen Katalog ansehen - und Sie können das auch in der Ausstellung tun -, dann werden Sie feststellen, dass bei keinem der darin Abgebildeten eine vollständige Biographie angeführt ist, vielmehr aber eine Berufsbezeichnung. Also bei einer Schauspielerin „Schauspielerin“, bei Baldur von Schirach im konkreten Fall „nationalsozialistischer Politiker, Reichsjugendführer“.

So gesehen, würde ich meinen, gibt es hier keinen Grund, etwas zu monieren und billiges Kleingeld zu schlagen. - Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.* - GR Johann Herzog: *Das war eine Feststellung!*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing. Dworak. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten, die Gesamtredezeit der ÖVP beträgt 17 Minuten.

GR Ing. Mag. Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Na, wir werden es aushalten. - Meine Damen und Herren! Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat!

Zuerst ein paar Zahlen aus dem Budget: Budget 231,3 Millionen. Ich erinnere nur, dass beim Budget 2011

zwischen Rechnungsabschluss und Voranschlag 7 Millionen Unterschied waren. Also ist es doch ein bisschen so etwas wie ein Traumbüchlein, weil innerhalb des Budgets im Laufe eines Jahres sehr viel verschoben wird. Theoretisch wäre es durchaus möglich, von dem Bereich Fremdenverkehrsförderung, von 19,4, zur Förderung der darstellenden Kunst 2 Millionen umzuschichten. Aber das, würde ich sagen, ist eine Sache, die im Laufe des Jahres wahrscheinlich sowieso passiert.

Kommen wir nun zum Posten Fremdenverkehrsförderung. Interessanterweise ist hier ein niedriger Budgetansatz, obwohl die Stadt Wien die Ortstaxe von 2,8 Prozent der Nettoumsätze auf 3,2 Prozent erhöht hat; und ganz eigenartig: Das findet man hier nicht wieder! - Das ist aber nur ein einziger kleiner Posten.

Zum nächsten Thema. Ernst Woller war so nett und hat gesagt, Zielvereinbarungen, so nach dem Motto, als würde man bei der MA 7 würfeln um dieses Thema. Warum kann man nicht qualitative und quantitative Zielvereinbarungen machen, die durchaus ihre Berechtigung hätten? Aber das ist offensichtlich nicht gewünscht. Die GRÜNEN haben hier eine andere Ansicht, was ich durchaus für positiv erachte.

Meine Themen sind - ich wollte eigentlich drei Themen, aber die Zeit wird etwas zu kurz -: das Thema Museum, Bezirksmuseum, aber nicht nur Wien Museum, sondern auch Außenstellen des Wien Museums; als zweiten Bereich hätte ich gerne die Wiener Symphoniker an dieser Stelle kurz erwähnt, das werde ich morgen machen; und der letzte Bereich wird dann der Kino- und Filmbereich sein.

Kommen wir zum Wien Museum, es ist auch da heute schon vieles gesagt worden. Ich glaube, es gehört schon Mut dazu, den Standort Karlsplatz als möglichen, als einen der beiden möglichen Standorte neu zu gestalten. Frau VBgmin Vassilakou hat heute interessanterweise auch davon gesprochen, dass der Karlsplatz ein neues Gesicht bekommen wird.

Aber das Wien Museum hat ja nicht nur sein Hauptgebäude am Karlsplatz, sondern einige Außenstellen, unter anderem den Hofpavillon. Sehr freudig habe ich zur Kenntnis genommen, dass man endlich eine Zuständigkeitsaufteilung vornimmt - sprich, wer den Hofpavillon sanieren wird - und dass unter der Federführung des Architektenbüros Wehdorn im kommenden Frühjahr eine Sanierung erfolgen wird. Er hat im heurigen März eine Machbarkeitsstudie vorgelegt.

Der zweite Bereich, der interessant ist, ist die Hermesvilla im Lainzer Tiergarten. Da hat bekanntlich das Kontrollamt festgestellt, dass das Gebäude in einem schlechten Zustand ist. Die zuständige StRin Ulli Sima hat zum Thema Hermesvilla gesagt, ja, aber sie will eigentlich gar nicht die Sanierung jetzt durchführen, denn man wisse ja noch gar nicht, was dort geschehe. - Diesem weisen Beschluss kann ich nur positiv zustimmen und sagen, ja, man sollte sich erst einmal überlegen, was man dort macht. Bis heute habe ich nämlich aus diesem Ressortbereich noch nicht gehört, dass man andenkt, was in Zukunft mit der Hermesvilla passieren wird.

Auch diese beiden Projekte sind unter dem Posten Museen nicht extra ausgewiesen. Positiv ist natürlich das neue Depot. Das neue Zentraldepot in Himberg ist sicherlich ein interessantes Projekt.

Aber es gibt ja nicht nur das Wien Museum mit seinen Außenstellen, sondern es gibt mehr als 23 Bezirksmuseen und auch 5 weitere Sondermuseen. Für all diese Museen ist Freiwilligenarbeit vorgesehen. Es gibt dort keine Entschädigung der Museumsleiter, es gibt dort keinen Zuschuss für irgendwelche Aufwendungen, die diese Leute im Zuge ihres Dienstes machen. Ja, es gibt bescheidene Möglichkeiten für einzelne Unkosten, aber im Wesentlichen geht es hier um Freiwilligenarbeit, die die Stadt Wien durchaus in Kauf nimmt und akzeptiert.

Es ist nämlich eine Arbeit, die eben unserem kulturellen Erbe zu Gute kommt, und wir sind der Meinung, dass sich die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der ARGE Bezirksmuseen deutlich mehr einbringen soll, als dies bisher geschehen ist. Wir wünschen uns eine Unterstützung der Stadt Wien aus dem Budget der Stadt Wien. Das Budget selber ist von 364 000 EUR auf 384 000 EUR erhöht worden. Allerdings ist es schon seit 2008 unter dem Titel „Tag der Bezirksmuseen“ um ebendiese 20 000 EUR erhöht worden, so gesehen ist das also nicht wirklich eine Erhöhung. Wir - Kollegin Leeb, Karin Holdhaus und Barbara Feldmann - stellen folgenden Beschlussantrag:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft wird ersucht, gemeinsam mit der ARGE Bezirksmuseen und den städtischen Museen ein Wien-weites Ausbildungsprogramm für Freiwilligentätigkeit im Bereich der Museumsarbeit zu initiieren und aus den Mitteln des Wiener Kulturbudgets zu finanzieren.

In formeller Hinsicht verlangen wir die Zuweisung dieses Antrags zum entsprechenden Ausschuss.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt wäre ich da mit dem zweiten Bereich, den Symphonikern, die morgen kommen. Ich halte mich noch kurz im Bereich Kino und Film auf. Die 50 Jahre Viennale gehören an dieser Stelle durchaus erwähnt. Hier gilt der Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Viennale und dem Herrn Direktor Hans Hurch.

Allerdings muss man sich hier fragen: Ist das Kino, dieses Kino, nämlich die Viennale, der einzige Kinobereich, der in dieser Stadt auf längere Zeit überleben wird? Es kann meiner Meinung nach ein städtisches Gartenbaukino nämlich nicht die Antwort auf dieses langsame Sterben der Wiener Kinowelt sein.

Das Stadtkino, meine Damen und Herren, wird geschlossen, die Miete ist nämlich der Stadt Wien zu hoch. Das Künstlerhauskino sollte umgebaut werden; es ist kaum Geld für die Generalsanierung des Künstlerhauses vorhanden, geschweige denn für einen Umbau des Kinosaals. Das Metrokino geht einem ungewissen Schicksal entgegen; die nach kurzem Aufflackern während der Viennale angekündigten Renovierungsarbeiten konnten nicht durchgeführt werden. Die Breitenseer Lichtspiele sind, genauso wie andere Arthouse-Kinos, von Schließung bedroht.

Die reine Kinoförderung ist um 50 000 EUR gekürzt

worden. Zuerst waren es 300 000, dann 400 000, jetzt sind es nur mehr 350 000 EUR. Allerdings ist darin ein Teil der Digitalisierungsförderung enthalten.

Meine Damen und Herren! Der Bund hat seine Filmförderung auf 20 Millionen EUR aufgestockt, die Stadt Wien hat sie praktisch gleich gelassen. Wir haben ganz tolle Filmschaffende, abgesehen vom 2010 gewonnenen Oscar von Christoph Waltz oder dem Oscar von Ruzowitzky für „Die Fälscher“. Der österreichische Film ist super, aber das österreichische Kino, vor allem das Wiener Kino leiden. Ich denke auch an den eigenartigen Umgang wie beim MR Film, wo man im Wiener Gemeindebau filmen wollte und wo man dann von der Stadt Wien gesagt hat, das passt uns nicht, wie ihr den Film macht, wir erlauben euch das Filmen hier nicht.

Daher glaube ich nicht, dass Wien so eine tolle, filmfreundliche Stadt ist. Abschließend kann ich nur sagen: Wenn Bgm Häupl im Vorwort der Viennale-Festbroschüre sagt, Wien müsse Filmstadt werden, wie dies der bedeutende Regisseur Otto Preminger in den 70er Jahren verlangte, so zeigt sich offenbar, meine Damen und Herren, hier wirklich die Wirklichkeit. Denn Wien ist trotz deiner Vienna Film Commission keine filmfreundliche Stadt, meine Herren!

Wir werden dem Budget natürlich nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Van der Bellen. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten, die Gesamtredezeit der GRÜNEN 14 Minuten.

GR Dr. Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke, Frau Vorsitzende!

Ich werde ein paar Worte verlieren zu Wien als Wissenschafts- und Forschungsmetropole. Zunächst drei kurze Vorbemerkungen.

Herr Ebinger, vielen Dank für die neue Zuschreibung! Wie war das: „das materialisierte Phantom“ - finde ich ja gar nicht so unfreundlich. Die FPÖ im Nationalrat hat mich unter anderem einmal als Wolf im Schafspelz bezeichnet. Ich habe erwidert: Besser ein Wolf im Schafspelz als ein Schaf im Wolfspelz. Also verglichen damit, ist es ohnehin ganz nett - danke! (*Heiterkeit und Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Frau Leeb! Ich weiß ja, Oppositionsarbeit ist wirklich hart, ist sehr bitter und hart. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ein SPD-Vorsitzender hat einmal gesagt, Opposition ist Mist. Ich habe auf dem Gebiet wirklich sehr viel Erfahrung, wahrscheinlich einige Jährchen mehr als Sie.

Aber bevor Sie wieder einen Antrag auf Abschaffung dieses Amtes der Beauftragung für die Universitäten und Forschung einbringen, hätte ich eine kleine Anregung. Nämlich unabhängig von meiner Person - Sie können jemand anderen finden, das habe ich schon im September gesagt - geht mir es um das Amt, das ich für wichtig halte.

Haben Sie einmal mit den Betroffenen Fühlung aufgenommen? (*GRin Ing. Isabella Leeb: Ja!*) Es sind ja Rektoren plus Vizerektoren in Wien an öffentlichen Universitäten, Privatuniversitäten, Fachhochschulen ein überschaubarer Personenkreis von, sagen wir, 50, viel-

leicht 60 Personen. Machen Sie dort einmal eine Umfrage, ob die jenseits allfälliger Kritik an meiner Person - das kann man ja nie ausschließen, das würde ich auch nicht ausschließen - wollen, dass das Amt eines Beauftragten für die Wissenschaft und Forschung, für die Universitäten hier in Wien beseitigt wird. Das würde mich doch sehr interessieren.

Drittens: Ich finde die Redezeitbeschränkung, die jetzt zum ersten Mal, bekomme ich mit, hier greift, gut. Sehr gut sogar! (*Beifall bei GRÜNEN, SPÖ und ÖVP.*)

So, jetzt muss ich mich beeilen. Wien als Forschungsmetropole und Wissenschaftsmetropole, da läuft vieles gut, aber vieles läuft auch nicht gut. Vieles ist deutlich verbesserungsfähig. Ich werde also keine Jubelrede halten - muss mich aber natürlich daran erinnern, dass ich auch keine Oppositionsrede halten darf. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber wir haben hier einen langen Weg vor uns. Also angesichts dieser Durststrecke, die wir zu bewältigen haben, ist noch viel zu tun.

Was gut läuft - ein paar Worte zu dem, wovon ich finde, dass es gut und sehr gut läuft -, das ist natürlich in erster Linie der WWTF, der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, der es in seinem zehnjährigen Bestand wirklich geschafft hat, unabhängig, objektiv, nach modernsten internationalen Kriterien zu arbeiten. Das ist wirklich ganz toll, das ist ein Aushängeschild der Forschungsförderung in Österreich; gemeinsam mit dem FWF, die sind sich ja in ihrer Arbeitsweise sehr ähnlich.

Was, glaube ich, auch sehr gut läuft, das sind die sogenannten Wiener Vorlesungen von Prof. Ehalt, dem Leiter der MA 7. Insbesondere im Bereich der GKS, also der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, aber nicht nur dort.

Was schön wird - glaube ich, hoffe ich, bin ich zuversichtlich -, ist der Neubau der WU, der Wirtschaftsuniversität, im Prater. Wenn Sie die Zeit haben: Machen Sie dort einmal eine Führung! Ich glaube, dort entsteht zumindest architektonisch einmal fürs Erste etwas Tolles.

Ich glaube, das wird eine Vorzeigearchitektur in Wien werden, die durchaus in die Fremdenführer Eingang finden wird. Für das akademische Standing sind dann aber natürlich andere Bedingungen ausschlaggebend.

Last but not least: Wir haben in den verschiedensten Bereichen in Wien Spitzenforschung, unabhängig von den internationalen Rankings von ganzen Universitäten. Diese Spitzenforschung wird zum Teil von Wien, zum Beispiel vom WWTF, unterstützt, zum Teil erfolgt sie auch völlig unabhängig von allfälligen Aktivitäten der Stadt. Glänzenden Ruf haben zum Beispiel die Physik und Quantenphysik an der Uni Wien und an der TU - nebenbei gesagt, auch an der Uni Innsbruck -, die Mathematik, insbesondere auch dort, wo sie transdisziplinär oder interdisziplinär arbeitet. Auch hier hat der WWTF mit seinen „Mathematik- und ...“-Punkte-Programmen Wesentliches beigetragen.

Informatik und Computerwissenschaften in Wien haben einen hervorragenden internationalen Ruf, nicht nur an der TU, sondern jetzt auch ganz besonders verstärkt durch das IST, das Institute of Science and Technology

in Klosterneuburg, das ich selbstverständlich zur Forschungsszene Wiens dazurechne. Zu nennen sind natürlich die Life Sciences in der Dr-Bohr-Gasse und so weiter, mit außeruniversitären Instituten und gemeinsam mit der Uni Wien, der TU, der BOKU, der Veterinärmedizin, der Medizinischen Universität. - Da sind wir toll!

In Wien brauchen wir natürlich diese Eule nicht hineinragen: Hier gibt es vier Musik- und Kunstuniversitäten, drei öffentliche und eine sogenannte Privatuniversität, das Konservatorium.

Wenn man sich unter anderem vergegenwärtigt, dass von den sogenannten ERC-Grants des European Research Council regelmäßig ungefähr drei Viertel aller Projekte, die nach Österreich kommen, an Wien gehen, dann sieht man, welche Bedeutung Wien hier hat. Wir haben einige Leuchttürme, aber den Rest gibt es natürlich auch.

Was ist verbesserungsfähig? - Unter anderem das Budget, meine Damen und Herren. Wien hat Gesamtausgaben von rund 12 Milliarden EUR. Wie viel habe ich davon unter „Förderung von Forschung und Wissenschaft“ im Ansatz 2891 gefunden? - Rund 8,5 Millionen EUR. Die „Förderung von Fachhochschulen“ im Ansatz 2801 beträgt rund 3 Millionen EUR, insgesamt sind es also 12 Millionen EUR. Das ist genau 1 Promille des Gesamtbudgets! Das ist nicht viel für eine Stadt, die - was ich jetzt einmal unterstelle - eine Metropole von Forschung und Wissenschaft nicht nur im Raum Österreich, sondern darüber hinaus in Mitteleuropa werden will.

Abgesehen davon gibt Wien laut Statistik - ich muss das allerdings erst recherchieren - für F & E, also für Forschung und Entwicklung, das Vier- oder Fünffache aus, selbst wenn man den WWTF dazurechnet. Ich weiß noch nicht genau, wo diese Dutzenden Millionen angesiedelt sind, ich vermute einmal, unter anderem im Krankenhaussektor, aber das konnte ich noch nicht wirklich eruieren.

Ich weiß schon: Universitäten sind Kompetenzen des Bundes, das wissen wir eh, abgesehen von den Privatuniversitäten. Aber haben Sie nicht das Gefühl, dass Universitäten und die Stadt viel zu sehr nebeneinander und sozusagen in einer Art Parallelwelt leben, statt miteinander zu kommunizieren und miteinander die Dinge zu entwickeln? Es ist schon einiges geschehen in den letzten 20 Jahren, aber ich finde, das ist nicht genug.

Wird von der Stadtregierung, aber auch von uns hier im Gemeinderat beziehungsweise im Landtag wirklich wahrgenommen, dass es in Wien, zusammengenommen, rund 180 000 Studierende an öffentlichen Universitäten, an Privatuniversitäten und an Fachhochschulen gibt? Das sind 10 Prozent der Gesamtbevölkerung! Rund ein Viertel davon sind Studierende aus dem EU-Ausland und aus Drittstaaten, und an den Kunstuniversitäten sind es noch viel mehr, dort sind 40 bis 60 Prozent ausländische Studierende die Regel und nicht die Ausnahme. Wird hinreichend wahrgenommen, dass insbesondere in den MINT-Fächern, also Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und so weiter der Anteil der Ausländer an den Studierenden höher ist, sodass wir

hier ein Arbeitskräftereservoir an technischen Absolventen haben, an dem wir ja angeblich – das lese ich jedenfalls jeden Monat in der Zeitung – höchst interessiert sind.

Frau Leeb! An den 9 Bundesuniversitäten allein arbeiten nach Recherchen des WWTF rund 18 000 Beschäftigte, die Hälfte davon allein an der Universität Wien. Damit ist schon allein die Universität Wien neben der Stadt selbst und den Stadtwerken einer der größten Arbeitgeber in der Stadt! Wie viele Unternehmen haben wir hier in Wien, die mehrere Tausend Beschäftigte haben? – Das sind sehr wenige! Ich traue mich zu wetten, dass, wenn es ein Unternehmen mit 9 000 Beschäftigten so wie die Universität Wien gäbe, dieses Unternehmen von der Stadt ganz anders hofiert werden würde als die Universität Wien! Man muss sich einmal vergegenwärtigen, welche Wertschöpfung, welche Einkommen und welche Arbeitsmöglichkeiten hier existieren. – Ich finde, das ist immer noch unterbelichtet.

Was könnte Wien tun oder mehr tun? – Ich kann nur ein paar Punkte hier skizzieren.

Ein Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, ist, dass Wien mehr für die Planungssicherheit in jenen Bereichen tun sollte und könnte, in denen sich die Stadt Wien finanziell engagiert. Mit Planungssicherheit meine ich, dass die betreffende Institution – sei es eine außeruniversitäre oder andere Institution – weiß, womit sie in welchem Jahr zu rechnen hat.

Frau Leeb hat darauf hingewiesen, dass es keinen Subventionsbericht und jedenfalls zu wenig Informationen darüber inklusive der jeweiligen Zielvereinbarungen gibt. – Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich finde auch, dass das wichtig ist. Aber ich wäre schon zufrieden, wenn es überhaupt Verträge gibt, selbst ohne Zielvereinbarung! Man muss sich das einmal vorstellen: Es geht da um zum Teil größere Institute, an denen Dutzende von Menschen arbeiten. Diese müssen ihr Budget ja planen und können nicht auf das Wohlwollen angewiesen sein, dass die Stadt im sogenannten „Dezember-Fieber“, wenn sie immer noch Geld hat, etwas vergibt und sonst eben nicht.

Mir sind auch Fälle bekannt, in denen die Stadt mündliche Vereinbarungen eingegangen ist, diese Vereinbarungen dann aber nicht eingehalten wurden.

Meine Damen und Herren! Das gilt, nebenbei gesagt, auch für den Kulturbereich. Auch diese Institutionen brauchen ein Minimum an Planungssicherheit, nämlich Verträge, die meiner Meinung nach mindestens über drei oder besser über fünf Jahre laufen müssten.

Zweiter Punkt: Internationalität, Diversität. – Frau Brauner hat gestern gesagt, ich habe mir das notiert: „Wien lebt von Internationalität und Weltoffenheit, fragen Sie“ – gemeint waren die Oppositionsparteien – „die Unternehmen in dieser Stadt.“ – Ja eh! Man muss aber auch die Universitäten und andere Forschungsinstitutionen in dieser Stadt fragen. Für diese ist es absolut trivial, dass Forschung entweder international ist oder den Namen nicht verdient.

StR Mailath-Pokorny veranstaltete vergangene Woche einen Empfang im Wiener Rathaus, zu dem 250

oder 300 Leute gekommen sind: Es sollten einmal ausländische Forscher in Wien sozusagen ein Welcome erhalten, und soweit mir bekannt ist, war das Echo ausgesprochen positiv. Man empfand offenbar: Schau her! Die Stadt nimmt uns wahr! – Das war auf der symbolischen Ebene meines Erachtens eine sehr gute Sache.

Nebenbei gesagt: Dabei geht es nicht irgendwie um ein Gutmenschentum, Kollegen von der FPÖ! Schauen Sie sich zum Beispiel den letzten „Economist“ an! Englisch ist ja kein Problem, auch nicht für Deutsch-Nationale, oder? (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Es handelt sich nicht um den Artikel „The time Bomb at the heart of Europe“, und es geht auch nicht um Österreich oder um die Muslime in Europa.

Ich möchte Sie auf diesen Artikel mit ohnedies nur einer Seite mit der Überschrift „Liberalizing migration could deliver a huge boost to global output“ aufmerksam machen.“ – Darin geht es darum, wie sehr Immigration im Speziellen ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Wer?*) Selbst wenn Ihnen wurscht ist, wie es in den Entsendeländern aussieht: Es ist ganz klar, dass die empfangenden Länder einen Vorteil im Output, im Sozialprodukt und damit bei den Einkommen haben. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Mein Gott! Sie wissen alles schon, bevor Sie den Artikel gelesen haben! Lesen Sie doch wenigstens den Artikel, und debattieren wir dann weiter! Aber Sie wissen ... (*Weiterer Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Nein! Sinnlos! Provinzler! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Damit wäre ich drittens auch bei dem Punkt: Wien sollte mehr Druck auf den ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Sehr geehrter Herr Professor! Eine einzige Minute steht jetzt noch zur Verfügung, dann ist das gesamte Kontingent der GRÜNEN aufgebraucht. – Darauf wollte ich nur hinweisen!

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*fortsetzend*): O je, die Redezeitbeschränkung war doch keine gute Idee! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Okay, dann sage ich nur: Wien hat sehr gute Chancen, zu einer Forschungsmetropole zu werden. Aber Chancen können auch vertan werden. Arbeiten wir doch gemeinsam daran, dass hier etwas daraus wird! – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Unger. Ich erteile es ihm und stelle die Uhr auf 5 Minuten.

GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseher hier im Haus – es sind noch ein paar da – und über das Internet!

Ganz kurz zu meinem Vorredner: Ich habe Herrn Prof Van der Bellen eigentlich immer für einen recht honorigen Professor gehalten. Ich bin erstaunt, wie schnell es geht, dass man sich von einem honorigen Professor der Würde dieser Fraktion anpasst! Und ich meine das jetzt nicht im Positiven. (*Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ.*) Danke.

Ganz kurz auch zu meinem Vorredner Woller: Sie

haben vorher gesagt, Kultur und Kunst sind ein identitätsstiftendes Merkmal. – Das kann ich wirklich nur unterstützen und unterschreiben! Man darf aber auch nicht vergessen, dass es für die Bevölkerung und überhaupt für die ärmeren Bevölkerungsschichten auf Grund des Gebührentsunamis von Rot und Grün immer schwieriger ist, auch am Kulturleben der Stadt teilzunehmen. Warum? – Weil sie es sich einfach nicht mehr leisten können!

Womit ich schon beim Budget wäre: Aber keine Sorge! Ich werde Sie jetzt nicht mit Zahlen quälen. Wir haben schon genug Zahlen gehört. Mir ist aber im Zuge der Debatte des Budgets des Ressorts für Kultur und Wissenschaft aufgefallen, dass seit vielen Jahren sehr hohe Geldmittel für Förderungen von diversesten Vereinen zur Verfügung stehen. Wie Sie wissen, haben wir von den Freiheitlichen in den vergangenen Jahren immer wieder etlichen Förderungen zugestimmt, viele auch abgelehnt, keine Frage.

Was mich persönlich aber sehr nachdenklich stimmt, ist der Umgang mit der Vergangenheit, und zwar konkret der Umgang mit der Vergangenheit Wiens als Weltstadt der Musik. Leider ist nämlich zu bemerken, dass die Musikerziehung in Wien schon seit Jahren im Vergleich zu den anderen Bundesländern, aber vor allem – und das ist besonders traurig – auch im internationalen Vergleich stark vernachlässigt wurde. Es ist zu befürchten, dass der Ruf der Stadt Wien als Weltmetropole der Musik, wovon wir auch touristisch sehr profitieren, nur noch auf die Vergangenheit bezogen wird.

Warum spreche ich das jetzt hier an? Ich bin auch gleich fertig: Trotz aller Ansprüche der Verantwortlichen der Stadt Wien, auch in Zukunft die Musikstadt Wien international mit einer herausragenden Rolle zu versehen, fehlt es schon am Beginn, und zwar an ausreichenden Plätzen in Musikschulen. Viele Kinder können in räumlicher Nähe zu ihrem Wohnort keine Musikschule besuchen. Im Hinblick darauf stellt sich die Frage nach dem Warum. – Das ist ganz einfach: Es gibt dort keine! Wir haben in Wien für 23 Bezirke 17 Musikschulen. Der Rest sind reine Singschulen. Und es gibt seit Jahren keinerlei Fortschritt in diesem für Wien und seine künftige Musikgeschichte so wichtigen Thema. Es ist nämlich wichtig, der Jugend eine Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Talente zu bieten.

Wir von den Freiheitlichen fordern seit Jahren, dass die Mittel des Budgets für den Ausbau der Musikschulen aufgestockt werden, und zwar mit dem Ziel, dass jeder Bezirk zumindest über eine einzige Musikschule verfügt. Ich weiß schon, das ist nicht direkt Ihr Ressort! Aber ich erlaube mir, nachdem die Bemühungen bis dato nichts gefruchtet haben, im Hinblick auf die Mittel der unterfertigten Stadträte gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat nachfolgenden Beschlussantrag einzubringen:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft möge sich zukünftig dafür einsetzen, dass eine ausreichende Anzahl an Musikschulen sichergestellt ist. Als Ziel wird je eine Musikschule für jeden Bezirk angestrebt.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.) Danke.

Ich ersuche Sie um breite Zustimmung zu diesem wichtigen Antrag im Sinne der Zukunft unserer Kinder und auch der Zukunft Wiens als Musikmetropole und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Prof Dr Vitouch. In diesem Fall sind 12 Minuten Redezeit vorgesehen.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Ich möchte den Vorredner nur ganz kurz berichtigen: Ich finde, dass Herr Prof Van der Bellen nicht nur ein honoriger, sondern vor allem auch ein humoriger Professor ist! Und ich finde, das trägt sehr zur Stimmung in diesem Saal bei. – Danke schön. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Zitiert wurde heute schon viel. Klaus Werner-Lobo hat Max Weber und die Politik als Bohren harter Bretter angeführt. Von Kollegen Kowarik, der nicht mehr da ist, kam eine Jandl'sche Einlage à la: Lechts und Rinks kann man leicht verwechseln. – Ja, das ist heikel!

Ich halte es mehr mit Theodor Heuss, der einmal gesagt hat: „Kultur ist nicht alles, aber ohne Kultur ist alles nichts.“ – Das ist wohl bekannt.

„Alle wirtschaftlichen und politischen Mächte verdorren, wenn sie nicht von einer stetigen geistigen Erneuerung gespeist werden, und wirtschaftliche Enge und kulturelle Banalität sind die wirkliche Gefahr für die geistigen Lebenskräfte.“ – Das hat einst die Hamburger Kultursenatorin Christina Weiss gesagt und damals einen „contrat culturel“ gefordert, dessen grundlegendes Postulat die Autonomie der Kunst ist, die weder machtpolitisch vereinnahmt noch wirtschaftlich instrumentalisiert werden darf.

Kulturpolitik sei Politik der Vermittlung, nicht nur als bloße Organisation und Ermöglichung von Veranstaltungen, sondern als Weg zu einem Klima der Offenheit und der bewussten Pluralität. Sie müsse die ganze Breite des Spektrums im Blickfeld haben und wahren. Sie muss – Zitat: „die Kulturorte zugleich als Kommunikationsorte begreifen, die Menschen anlocken, zusammentrommeln und zugleich auch in Kontakt und Kommunikation miteinander bringen.“ – Diesem erweiterten Kulturbegriff, den Joseph Beuys schon vor Jahrzehnten eingeführt hat, sieht sich auch die Wiener Kulturpolitik verpflichtet.

Davon legt der Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien auf fast 300 Seiten ein hervorragendes Zeugnis ab. Es ist dies ein Buch voller Bilder und Wunder, um den Herrn Stadtrat zu zitieren. Hinter jeder Zahl verbirgt sich eine eigene Welt. Ich möchte exemplarisch nur ein paar Welten herausgreifen, zum Beispiel die Welt des Jura Soyfer, dessen Geburtstag sich zum 100. Mal jährt. Dazu gibt es nicht nur im Waschsalon im Karl-Marx-Hof Veranstaltungen. Im 3. Bezirk – Kollege Woller hat es erwähnt – im Gemeindebau-Theater Rabenhof steht „Der Weltuntergang“ auf dem Programm, und last not least läuft „Die „Botschaft von Astoria“ ebenfalls im 3. Bezirk in einem Stationentheater von theaterfink und Romano

Svato unter Einbindung von Roma, Künstlern, Musikern, Schauspielern.

Weiters möchte ich die Welt von KÖR – Kunst im öffentlichen Raum – mit ihren temporären und permanenten Projekten erwähnen. Dazu gibt es auch den Folder „Artwalks“. In diesem Fall sieht man, dass man sich mit der Beteiligung von 14 weiblichen und 14 männlichen Künstlerinnen und Künstlern in perfekter Gender-Balance befindet. Man kann das im Frauenkulturbericht als Annex des „K & K“, des Kunst- und Kulturberichts, nachlesen. Ähnliches gilt für die Jury des Filmfonds Wien, auch hier beträgt der Männer- und Frauenanteil fifty-fifty.

Bei der Wissenschaftsförderung, der ein eigener Bericht gewidmet ist, ist Geschlechtergerechtigkeit zu einem Grundprinzip geworden. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch ein breites Spektrum an Stipendien und Researchgroups erreicht in Wien schon traditionsgemäß mehr Frauen als Männer. Und dass die Wissenschaftsstadt Wien boomt, hat Dr Van der Bellen bereits ausgeführt.

Wien ist – und jetzt komme ich zu meinem dritten Sujet – gemessen an der Einwohnerzahl einer der größten regionalen Filmförderer Europas. Die Viennale hat heuer ihr 50-Jahr-Jubiläum gefeiert und hätte fast die 100 000-Besucher-Grenze erreicht. Es waren genau 96 900, aber es gibt ja auch noch ein 51. Jahr! – Die Viennale ist ein Festival mit internationaler Ausrichtung, und seit 1987 gibt es auch den mit 7 000 EUR dotierten Wiener Filmpreis. Dieser wird in zwei Kategorien verliehen: Spielfilm und Dokumentationsfilm. Die Doku war heuer „Meine kleine Familie“ von Paul-Julien Robert über die Kommune Friedrichshof. Dazwischen gab es natürlich Tributes an Michael Caine und die Retrospektive Fritz Lang. Aber der Spielfilm, der den Wiener Filmpreis bekommen hat, war – niemanden hat es gewundert – Michael Hanekes „Liebe“.

Damit bin ich schon bei den Kinobesuchszahlen des heurigen Jahres. An der Spitze liegt „Yoko“ mit fast 80 000 Besuchern, dicht gefolgt von „Die Wand“ nach dem Roman von Marlen Haushofer, „Liebe“ von Haneke und „Die Vermessung der Welt“ von Daniel Kehlmann. – „Liebe“ mit Jean-Louis Trintignant, Emmanuelle Riva und Isabelle Huppert ist ein wundervoller Film, der in Cannes mit dem Hauptpreis ausgezeichnet wurde.

Nun komme ich schon zu den internationalen Auszeichnungen der Filme der letzten Jahre. Einen Spezialpreis gab es für Ulrich Seidls „Paradies: Hoffnung“ in Venedig. „Liebe“ erhielt – wie gesagt – in Cannes die Goldene Palme. Karl Markovics' „Atmen“ erhielt 2011 den Prix Europa Cinemas in Cannes, davor wurden für das „Weiße Band“ von Haneke der Golden Globe, der Europäische Filmpreis und die Goldene Palme in Cannes verliehen. Noch etwas früher, aber nicht lang zurückliegend, erhielten Jessica Hausner für „Lourdes“ den Fipresci-Preis in Venedig und Stefan Ruzowitzky den Oscar für „Die Fälscher“. Und Ruzowitzkys neuester Film läuft gerade an.

Man sieht daran, dass die österreichischen Filme eine durchgängige Präsenz in den Wettbewerben der A-

Festivals haben, und das laufende Jahr ist eines der stärksten in der Geschichte des österreichischen Films. Auch die große Zahl an Filmen, die eine Festivaleinladung erhalten, zeigt, in welcher Bandbreite das österreichische Filmschaffen auf internationale Anerkennung stößt.

Aber es gibt auch Fernseherfolge: Denken Sie einmal an „Die unabsichtliche Entführung der Frau Elfriede Ott“ mit einer Reichweite von immerhin bis zu 831 000 Zuseherinnen und Zusehern und einem Marktanteil von 31 Prozent, gefolgt von „SOKO Donau“, einer Erfolgsserie, die seit 2005 vom Filmfonds Wien unterstützt wird. Für über 100 Folgen wurde bisher an über 800 Tagen gedreht, und zwar der Großteil davon am Standort Wien. Der regionale Wirtschaftseffekt liegt bei über 1 000 Prozent, das bedeutet, dass über das 10-Fache der Fördergelder, also zirka 28 Millionen EUR an Produktionsvolumen, in die Wiener Wirtschaft flossen. Der wirtschaftliche Österreicheffekt beläuft sich auf 48 Millionen EUR. Die Serie verzeichnet eine durchgehend hohe Reichweite von bis zu 800 000 ZuseherInnen in Österreich und bis zu 4,2 Millionen in Deutschland. Das ist alles in allem ein beachtlicher Beitrag für die nachhaltige Entwicklung der lokalen Filmbranche, denn durch kontinuierliche Beschäftigung der Filmschaffenden mit einer zirka sechsmonatigen jährlichen Drehzeit werden auch hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.

Schließlich verdient der junge Film ein besonderes Augenmerk. Zumindest ein Mal im Jahr wird ein Nachwuchsprojekt gefördert: Eine Reihe vielversprechender erster oder zweiter Filme junger Regisseure und Regisseurinnen befinden sich in Fertigstellung und stehen dann vor dem Kinostart, und die Vielfalt zeigt sich in den Ausprägungen und Genres. Es gibt Horror-Genrefilme, Liebeskomödien oder Familien- und Kinderfilme wie zum Beispiel „Das Pferd auf dem Balkon“ von Hüseyin Tabak.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch das ganz hervorragende jährliche Kinderfilmfestival erwähnen und richte diesfalls Dank an Dr Franz Grafl. Für die „Tricky Women“ richte ich Dank an Waltraud Grausgruber und ihr Team. Weiters nenne ich das „Queer Film Festival“, die „Jüdische Filmwoche“, Monika und Frédéric Gérard Kaczek, das „Festival du Film Francophone“, Nicole Philipp, oder das Filmfestival „This Human World“, das seit fünf Jahren Filme zum Thema Menschenrechte nach Wien bringt, zum Teil österreichische Erstaufführungen oder überhaupt Uraufführungen. Heuer gibt es 80 Filme und Dokumentationen und ein reiches Rahmenprogramm. Dieses Festival läuft vom 29.11. bis 9.12. und eröffnet mit dem österreichisch-iranischen Film von Arash T Riahi „Nerven Bruch Zusammen“. – Ein toller Film! Ich kann nur sagen: Hingehen und anschauen! – Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Meyer. Ich erteile es ihr und stelle die Uhr auf 7 Minuten.

GRin Uta **Meyer** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Liebe Frau Kollegin Vitouch!

Sie haben uns einen wunderschönen Bogen über Kultur und Kunst gespannt. Ich kehre nun aber zum Alltag und zum Budget zurück und möchte kurz ein paar Bemerkungen machen.

Die Schulden in Wien sind explodiert, und für 2013 wurde eine Neuverschuldung von fast 400 Millionen angedacht. Die Frau Vizebürgermeisterin hat gestern in ihrem Schlusswort gemeint, dass jegliche Kritik am Budget unangebracht wäre. – Im Rahmen der Budgetdebatte ist es aber unsere Pflicht, genau hinzusehen, wofür die Steuergelder vergeben werden.

Daher finde ich es in diesen Zeiten, in denen gespart werden muss und man eventuell Gelder umschichten könnte, nicht gut, dass man diese Historikerkommission eingesetzt hat, die viel Geld kostet und die nichts anderes zu tun hat, als Straßen-, Plätze- und Gassennamen zu durchforsten, um jetzt politisch nicht korrekten Menschen die Straßennamen wegzunehmen.

Das erste Opfer war Dr Karl Lueger, der das nicht verdient hat. Er war ein profilierter Bürgermeister und hat für diese Stadt sehr viel getan. Und es kommt noch etwas dazu: Für die Anrainer dieser umbenannten Straßenzüge ist das ja wirklich kein Leichtes. Wir haben Beschwerden in Massen von Anrainern des Lueger-Rings bekommen. Ich kann Ihnen allein die Briefe von Landtmann zeigen, mit welchen er an uns herangetreten ist. Aber was soll man denn tun?!

Aber auf die Anfrage, ob man vielleicht den Friedrich-Adler-Weg umbenennen sollte, hat es geheißen: Nein, das ist in Ordnung. Jetzt ist Kindermann in der „Krone“ mit einem Seitenartikel über den Mord, den Friedrich Adler an Stürgkh verübt hat, gekommen und hat gesagt, auch ein politischer Mord bleibt Mord. Daher ist diese Benennung völlig ungerechtfertigt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun möchte ich kurz die „Wienwoche“ erwähnen, die die Sozialdemokraten den GRÜNEN als Mehrheitsbeschaffer natürlich zugestanden haben: Diese „Wienwoche“ war eine Selbstdarstellung der GRÜNEN. Was haben sie getan? – Sie haben den armen Hermes Phettberg als Attraktion vorgeführt. Dann haben sie sich mit Liegestühlen auf den Ring auf einen Kunstrasen gesetzt, und das war die sogenannte „Herbstwoche“. – Glauben Sie wirklich, dass das die Leute interessiert? *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Erzählen Sie mir das genau: Erstens kenne ich keine „Herbstwoche“, und zweitens kenne ich diese Veranstaltung nicht!)* Entschuldigung! Das heißt „Wienwoche“, und bei der grünen „Wienwoche“ gab es eine Absperrung des Rings, die Ihnen genehmigt wurde, und dann wurden dort Liegestühle aufgestellt, *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Das war der autofrei Tag! Der hat nichts mit der „Wienwoche“ zu tun!)*

Wollen Sie die Autofahrer mit dem autofreien Tag ärgern? Das ist Ihre „Wienwoche“? *(Lebhafte Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Oh ja, natürlich! Das war im Rahmen der „Wienwoche“. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Falsch! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Nein, nein! Ich glaube, man kann Kulturpolitik nicht so missbrauchen, um solche Veranstaltungen zu machen! Glauben Sie mir: Es gab ja Kritiken über Ihre „Wienwoche“, im „Falter“ und im „Standard“, und dort waren

sie sehr negativ. Ich war nicht dort, weil mich das nicht interessiert, aber die Leute interessiert das auch nicht. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Was ist im „Standard“ gestanden?)* Über Ihre „Wienwoche“ ist im „Standard“ und im „Falter“ gestanden, dass diese sogenannte „Wienwoche“ – ich sage immer Herbstwoche – vollkommen daneben war. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* Ich zeige Ihnen den Artikel! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Klaus Werner-Lobo: Zeigen Sie mir den! Ich freue mich darauf!)*

Wissen Sie was? – Ich zeige Ihnen den „Falter“. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Sie haben auch vom „Standard“ gesprochen!)* Und vom „Falter“! *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Den Artikel im „Falter“ kenne ich, den im „Standard“ nicht!)* Den „Falter“ kennen Sie.

Können Sie sich vorstellen, dass die Leute, die nichts zum Heizen haben und vollkommen in die Armutsfalle geraten sind ... *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Das war Ende September!)*

Man sieht die armen Leute auch auf der Straße. Das werden Sie mir doch zugestehen! *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Auf der „Wienwoche“?)* Nicht auf der „Wienwoche“! Allerdings sind sie dort auch! *(Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.)* Da sind sie auch! Sie werden lachen!

Und was ist mit Phettberg? Was haben Sie mit dem Phettberg gemacht, mit dem armen Menschen? *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Nix!)* Nix? – Sie haben ihn hergezeigt wie die dicke Mitzi im Prater. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Hermes Phettberg ist ein erwachsener Mann!)* Hören Sie doch auf! Das ist beschämend! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das steht ja auch im „Falter“! Es ist beschämend, was Sie da treiben! Das ist unfassbar!

Zu uns kommen die Leute jetzt. Jetzt ist Winter, und die Leute haben nichts zum Heizen. Da gibt es Pensionisten und Pensionistinnen mit 760 EUR Pension! Und die kommen zu uns. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Was hat das mit Hermes Phettberg zu tun?)* Ich bin schon wieder ein Stückel weiter! Folgen Sie mir! *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Sie sind mir zu schnell! Ich kann Ihnen nicht folgen!)* Folgen Sie mir! Tun Sie es. Oder hören Sie mir zumindest zu! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Macht ja nichts! Ich sage Ihnen nur: Das ist schlimm. Da können Sie noch so lachen! Wir sind wirklich am Puls! *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Sie sind am Puls?)* Wir sind am Puls der Zeit. Und zu uns kommen die alten Leute in die Sprechstunde. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Wann?)* Derzeit. Jetzt. *(Zwischenrufe und Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Sie brauchen gar nicht zu lachen! Was tun Sie? Etwa wenn jemand zu Ihnen kommt und sagt: Meine Heiztherme ist kaputt. Ich habe niemanden, und ich habe 760 EUR im Monat. Was tun Sie denn dann? Ich frage Sie! *(GRin Birgit Hebein: Das werden wir Ihnen bei der nächsten Geschäftsgruppe beantworten! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Wissen Sie, was wir tun? *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Was tun Sie denn?)* Wir haben zum Glück einen Verein, der „Österreicher in Not“ heißt, und dieser Verein

hilft kurzfristig in solchen wirklich prekären Situationen. Und dieser Verein bekommt keine Subvention von der Stadt Wien, obwohl er darum angesucht hat und viele andere eine Subvention bekommen. Das nur zur Information. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ich kann Ihnen noch etwas sagen: Die Kulturpolitik in Österreich läuft immer mehr am Publikum vorbei. *(Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.)* Das wissen Sie ganz genau. Gefördert werden nur politisch zuverlässige Künstler, aber bloß nicht das kulturelle Erbe unserer Heimat. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich Herr GR Werner-Lobo zu Wort gemeldet. – Bitte schön.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Ich komme mit allen tatsächlichen Berichtigungen, die es dazu gäbe, sicherlich nicht zu Rande. Ich danke aber sehr herzlich fürs weitere Mitmachen am Kulturprojekt „Wienwoche“. Ich glaube, Sie bekommen im nächsten Jahr sicherlich auch ein Projekt.

Die wirkliche tatsächliche Berichtigung lautet: Ich glaube, dass die „Wienwoche“ nichts für sich in Anspruch nehmen möchte, was nicht im Rahmen der „Wienwoche“ geschehen ist, auch wenn ich das Projekt, das Sie vermutlich ansprechen, nämlich das Projekt „Rasen am Ring“ sehr, sehr gut finde! Dieses fand zwar am gleichen Tag wie die Eröffnung der „Wienwoche“ statt, war aber kein Projekt der „Wienwoche“, sondern ein Projekt von anderen Veranstalterinnen und Veranstaltern. *(Zwischenruf von GRin Uta Meyer.)*

Der „Autofreie Tag“ ist auch ein anderes Projekt, das wir sehr schön und sehr gut finden. Aber das gehört nicht zur „Wienwoche“, und es wurde auch nicht über das Kulturbudget der Stadt Wien finanziert. – Das als tatsächliche Berichtigung. *(Weiterer Zwischenruf von GRin Uta Meyer.)* Auch das! Klaus Nüchtern vom „Falter“ wird sich sicherlich sehr freuen, von Ihnen als Testimonial herangezogen werden! Klaus Nüchtern ist sicherlich sehr stolz, wenn die FPÖ ihn als Testimonial heranzieht!

Aber auch wenn das im „Falter“ stünde – es stand dort übrigens nicht, ich habe den Artikel gelesen –, müsste es nicht unbedingt der Wahrheit entsprechen.

Ich sage es noch einmal: „Rasen am Ring“ war kein Projekt der „Wienwoche“. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist von den Gemeinderatsmitgliedern niemand mehr gemeldet. Der amtsf StR Dr Mailath-Pokorny gelangt nun zu Wort, wobei ich darauf hinweise, dass seine Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist. Man sieht diese vorne am Laufband.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir sprechen über das Budget des kommenden Jahres, und ehe ich Sie abschließend darum bitten werde, doch Ihre Zustimmung zu diesem Budget zu geben, bringe ich Ihnen noch ein paar Gedanken von meiner Seite näher.

Dieses Budget wird – wie schon dargestellt wurde und wie wir auch nachlesen können – im kommenden Jahr eine kleine Steigerung erfahren. Es ist dies ein

Budget in der Höhe von 231,3 Millionen EUR. Das ist bemerkenswert, wenn man sich das nationale und internationale Umfeld ansieht, weil wir wissen, dass es keineswegs selbstverständlich ist, dass es sogar eine kleine Steigerung gibt. Wenn wir uns in den größeren Städten, die auch nur annähernd mit Wien vergleichbar sind, oder auch in den Ländern umsehen, dann bemerken wir, dass dort leider durchwegs Kürzungen zu beklagen sind, und zwar insbesondere auch in Ländern, die bislang der Kultur eigentlich immer größten Stellenwert beigemessen haben, also zum Beispiel in Frankreich, aber auch in Holland.

Ich komme mehr oder minder unmittelbar aus New York. Dort sind mir im Verlaufe der vier Tage, in denen ich dort war, zwei Dinge im Zusammenhang mit der Kultur besonders aufgefallen.

Einerseits habe ich festgestellt, dass es eine durchwegs lückenlose Anerkennung der Rolle, der Funktion und der kulturellen Position Wiens als Kulturstadt gibt. Alle Gesprächspartner, die ich dort hatte, ob das nun die Leiter der Metropolitan, der Carnegie Hall oder die Editoren der „New York Times“ und viele andere waren, haben, ohne sozusagen schön tun zu wollen, die Rolle Wiens hervorgehoben. Das wissen wir alle, aber ich meine, man sollte sich das auch immer wieder vor Augen führen, weil Wien damit tatsächlich eine einzigartige Stellung einnimmt, und daran müssen wir auch weiter arbeiten!

Das Zweite, was auffallend ist: Für uns ist eine öffentliche Kulturförderung selbstverständlich. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass ein Großteil der – wie ich jetzt sagen möchte – entwickelten Demokratien, Ökonomien und Gesellschaften das nicht zum Gegenstand haben, dass es dort keine öffentliche Kulturförderung, sondern nur private Kulturförderung, wenn überhaupt, gibt. Und was das bedeutet, hat mir ein Gespräch mit Sabine Breitwieser, einer der ChefkuratorInnen des MoMA, vor Augen geführt: Alle, die sich dort insbesondere mit Kunst beschäftigen, müssen sich permanent damit beschäftigen, wie sie Geld auftreiben, um etwa ein solches Riesengebilde wie das Museum of Modern Art überhaupt in die Gänge bringen und auch aufrechterhalten zu können. Jede einzelne Ausstellung muss dort mit privaten Mitteln finanziert werden. Und sie müssen sogar Kunsthandel, das heißt, Handel mit ihren eigenen Kunstwerken, betreiben, um genügend Mittel für die Fortsetzung des Betriebs zu haben.

Warum sage ich das? Ich sage das grundlegend eingangs zu meinem Statement, weil es ja auch immer wieder eine Debatte darüber gibt, indem man sagt: Eigentlich sollten wir ja die Privaten stärker einbeziehen. Warum holen wir uns nicht mehr private Sponsoren? – Alle, mit denen ich in New York jetzt wieder einmal über dieses Thema gesprochen habe, und alle, die tagtäglich in diesem Geschäft sind und sich um zusätzliche private Gelder, noch dazu in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, zu bemühen haben, beneiden uns unendlich um das System, in dem es eine öffentliche Kulturförderung gibt! Sie beneiden uns dafür, weil es in einem solchen System genau das gibt, was heute schon verschiedentlich ange-

klungen ist, nämlich Planungssicherheit, Transparenz und demokratische Kontrolle. Hier wird tatsächlich öffentlich dargestellt und debattiert, wofür diese Gelder ausgegeben werden.

Der Vergleich macht einen jedenfalls sicher, und so können wir feststellen, dass Wien eine nachgerade einzigartige Rolle spielt, was die Selbstverständlichkeit der Kulturförderung, aber auch die Kenntnis, mit der Kultur in dieser Stadt unterstützt wird, anbelangt. – Das sei eingangs gesagt.

Das vorliegende Budget soll sicherstellen und gewährleisten, dass wir den Kurs, den wir in den vergangenen Jahren eingeschlagen haben, auch fortsetzen können. Was heißt das im Konkreten? – Im Konkreten geht es einerseits darum, künstlerische Qualität zu fördern. Ich halte das für ganz entscheidend, weil Wien diese Position auch in Zukunft nur dann einnehmen kann, wenn es uns gelingt, künstlerische Qualität entsprechend zu unterstützen.

Zweitens: Selbstverständlich geht es um Innovation. Natürlich muss öffentliche Förderung dazu dienen, auch in Zukunft Innovatives zu unterstützen,

Drittens: Selbstverständlich muss auch die Planbarkeit gegeben sein. In Wahrheit sind all unsere Bestrebungen auf dem Verwaltungssektor beziehungsweise in der Bürokratie auch darauf ausgerichtet, nicht nur Transparenz, sondern auch Planungssicherheit sicherzustellen. Wir haben eine ganze Reihe von Mehrjahresverträgen. Wir haben mit sehr vielen Fördernehmern und Kulturinitiativen dieser Stadt über viele Jahre sehr gute und auch ausgeprägte Beziehungen. Es gibt eine gute Interaktion zwischen der Kulturverwaltung und den Kulturschaffenden in dieser Stadt.

Das heißt nicht, dass es nicht da oder dort auch Kritik gibt, das heißt vor allem auch nicht, dass immer alle zufrieden mit dem sind, was sie bekommen. Aber im Grunde werden Sie niemanden finden, der nicht sagt, in dieser Stadt gibt es eine sehr kompetente Kulturverwaltung und eine kenntnisreiche Kulturpolitik, in deren Rahmen man sich bemüht, das, was an Kreativität in dieser Stadt ist, auch zu heben.

Viertens: Natürlich gehört es auch dazu, dass wir das Bewährte fortsetzen. Tradition in der Kultur ist etwas ganz Wichtiges, nicht nur, aber ganz besonders auch hier in dieser Stadt. Dieser Mix zwischen Innovation und Tradition, dieses Aufbauen auf etwas, um auch zu etwas Neuem zu kommen, wird auch in Zukunft ganz wichtig sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir Außenstehende, also Kultur- und Bildungsferne einbeziehen. Ich werde dann später noch ein paar Maßnahmen dazu nennen.

Schließlich und endlich geht es auch in Zukunft darum – und das wird auch mit diesem Budget bewerkstelligt –, Bewusstsein und neue Öffentlichkeiten zu ermöglichen. Ich glaube, wenn wir uns auch diesen Mix vor Augen führen und dessen Umsetzung in unserer Arbeit tatsächlich befolgen, dann wird Wien auch in Zukunft eine weltweit beachtete Kulturstadt sein, aber es werden auch, was vielleicht noch wichtiger ist, die Zufriedenheit

und das Engagement des heimischen Publikums vorhanden sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der bisherigen Debatte wurde sehr viel Richtiges gesagt, insbesondere was den Reichtum und die Vielfalt der Kulturlandschaft und des kulturellen Lebens ins Wien anbelangt. Das gilt auch für die Setzung der verschiedenen Schwerpunkte. – Es wurde aber auch einiges Falsches gesagt, und ich möchte die Gelegenheit doch nützen, um zu versuchen, das eine oder andere richtigzustellen.

Es gab Wortmeldungen und es gibt Anträge hinsichtlich der Zielvereinbarungen, aber auch der notwendigen Subventionsberichte. Der Hintergrund dieses Wunsches ist ganz offensichtlich, nämlich dass man auch Planungssicherheit gibt und Transparenz sicherstellt. – Ich kann Ihnen sagen: Sowohl die Zielvereinbarungen als auch die größtmögliche Transparenz bei den Subventionen in der Abwicklung sind gegeben. Jeder, der etwas wissen will, kann das nachlesen. Jeder, der etwas wissen will, kann das in den Beschlüssen dieses Hauses, in den Beschlüssen des Stadtsenates, in den Beschlüssen des Ausschusses, auf unserer Homepage, in den Kunstberichten oder im Wissenschaftsbericht nachlesen.

Es ist auch nicht so, dass die Subventionen sozusagen hingebogen werden, wie gesagt wurde. Wir haben vom Kontrollamt die Pflicht, mit den Subventionsnehmern im Vorhinein so zu sprechen, dass wir diesen im Voraus sagen können, auf welchen Betrag sie sich einlassen, und das ist der Betrag, der im nächsten Budget zur Verfügung steht. Es ist nachgerade unsere Pflicht – und ich halte das für grundvernünftig –, im Vorhinein mit den Subventionswerbern darüber klar zu kommen, um wie viel Geld sie tatsächlich ansuchen. Denn es hat ja keinen Sinn, dass man ums Doppelte ansucht, dann aber nur die Hälfte bekommt, und am Ende des Jahres – und ich habe das lange genug erlebt – fehlt dann den Leuten das Geld, und wir stehen vor vollendeten Tatsachen. – All das, was hier gefordert wird, findet also tagtäglich in der Förderpraxis und in der Subventionspraxis bereits statt.

Wichtig ist auch das, was diese Fotosammlung beziehungsweise die Broschüre betrifft, auf die Herr GR Ebinger hingewiesen hat. Frau GRin Vitouch hat es schon gesagt: Das ist eine private Sammlung, die hier im Hause ausgestellt wird. Und es ist nicht so, dass wir sozusagen absichtlich bei Schirach nicht dazugeschrieben haben, wer er ist, sondern es befindet sich bei all den Objekten, die ausgestellt werden und im Katalog enthalten sind, lediglich ein Kurzhinweis auf die Person. – Ein bisschen kommt mir da schon die Vermutung, dass Sie sich deshalb aufregen, weil Sie da offensichtlich selbst etwas zu verbergen haben. Das ist das alte Prinzip: „Haltet den Dieb!“ rufen immer die am lautesten, die etwas zu verbergen haben, und das ist wahrscheinlich bei Ihnen der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Änderung des Straßennamens der Ringstraße, des Lueger-Rings: GRin Meyer hat gesagt, sie habe stapelweise E-Mails, ich nehme an, von Herrn Querfeld, sie hat gesagt: von Herrn Landtmann, bekommen. – Ich habe mit Herrn

Querfeld mehrmals gesprochen, und er hat mir nicht nur nicht gesagt, dass er sich darüber aufregt. Das Einzige, was er darüber gesagt hat, war, dass er dafür ist, dass er aber vorschlagen würde, das in „Landtmann-Ring“ umzubenennen. – Das war aber auch schon die einzige Anmerkung, die er gemacht hat.

Betreffend Friedrich Adler sei auch nur der historischen Wahrheit wegen gesagt: Sie werden wohl wissen, dass der Kaiser selbst das Auto geschickt hat, um Friedrich Adler aus dem Gefängnis herauszuholen. Sie sind da offensichtlich unerbittlicher als das ohnedies ziemlich unerbittliche Kaiserhaus selber!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen sich mich nun einiges zu den Projekten sagen, die wir uns mit diesem Budget vorgenommen haben, das heute hier beschlossen werden soll.

Eines der großen Projekte, betreffend welche wir ja gemeinsam in einem, wie ich meine, sehr kreativen und konstruktiven Dialog sind, und zwar nicht nur untereinander, sondern auch mit den Experten, ist das Wien Museum. Ich glaube, wir sind da auf einem sehr guten Weg. Wir versuchen, das auch sehr öffentlich und unter Einbeziehung aller politischen Parteien zu machen, denn da gibt es ja nichts zu verbergen. Das ist ein großes Projekt, das ist ein wichtiges Projekt, das ist ein Projekt, das Wien über die nächsten Jahre entsprechend beschäftigen wird, aber das auch eine Ausstrahlung haben wird.

Ein erster Schritt ist schon getan: Wir haben das jahrelange Problem des Depots gelöst. Im nächsten Jahr wird die Übersiedlung stattfinden. Ich glaube, das ist eine höchst notwendige, aber auch eine großzügige und wichtige Lösung für die Millionen Objekte, die wir da gefunden haben. Es ist dies eine große Anstrengung, aber ich glaube, dass das eine gute Lösung ist.

Jetzt steht der zweite Teil dieses Projektes Wien Museum an. Dabei geht es um die Standortfrage und selbstverständlich um die Finanzierungsfrage. In weiterer Folge geht es dann natürlich um die Umsetzung, den Wettbewerb und die internationale Einbeziehung. All das wird stattfinden, und ich freue mich sehr, dass wir das gemeinsam machen können, weil das dann doch ein Ausdruck dafür ist, dass die Bedeutung des Projektes auch gemeinsame Anstrengung erfordert. Wir werden das mit der nötigen Sorgfalt tun, weil wir ja international an anderen Beispielen sehen, wohin es führt, wenn man sich erstens zu früh auf Zahlen einlässt und wenn man sich zweitens zu früh auf Planungsinhalte einlässt. Wir werden das gemeinsam diskutieren, und ich glaube, wir sind da auf einem richtigen Weg.

Ein wichtiger Punkt ist sicherlich auch ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ihre Redezeit ist beendet.

Amtsfr StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny** (*fortsetzend*): Na ja, dann bitte ich um Zustimmung zu diesem Budget, das, glaube ich, für die Zukunft einen hervorragenden Kultur- und Wissenschaftsstandort Wien sicherstellen wird. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Eine Viertelstun-

de ist rasch vorbei, wenn man viel zu sagen hat.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit Postnummer 4, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2013, die Mehrjahresplanung 2013 bis 2017 der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund sowie die definierten strategischen Ziele des Wiener Gemeinderates für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2013 bis 2017 gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf daher die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec. Ich erteile es ihr und stelle ihre Uhr auf 12 Minuten, das ist ihre selbstgewählte Zeit. – Bitte.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie jedes Jahr ist das Ressort Gesundheit und Soziales ein sehr hoch dotiertes Kapitel. Von den 12 Milliarden EUR sind es mehr als 3 Milliarden EUR. Die Wiener ÖVP bekennt sich grundsätzlich zu dieser Höhe, wobei ich Wert auf das Wort grundsätzlich lege, denn unser Bestreben galt immer den Aspekten Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Das ist aber, so wie in vielen Jahren vorher, auch diesmal wieder nicht der Fall.

Wenn Sie sparen, dann sparen Sie in erster Linie bei den Menschen. Sparen sollten Sie aber bei den Strukturen! Dass Sie bei den Menschen sparen, ist eben der falsche Ansatz! – Dazu einige Beispiele aus dem Sozialen.

Mein Kollege Bernhard Dworak wird sich mit der Gesundheitspolitik und auch mit der Mindestsicherung beschäftigen. – Aber apropos Mindestsicherung: Diese ist seit 2010 eingeführt, und wir haben eine Erhöhung von 60 Prozent, wenn man das heurige Budget mitrechnet. Und es war in einigen Wortmeldungen von gestern zu hören, dass Sie schon fast mit Stolz sagen, wie toll Sie sind. – Auch das ist ein falscher Ansatz! Und dafür gibt es zwei Gründe.

Erstens nenne ich die unverschämten Gebührenerhöhungen, die gestern und heute schon thematisiert wurden, mit welchen Sie immer mehr Menschen in die Armut treiben. Aber das ist eben Ihre Politik, denn im Grunde genommen wollen Sie die Bürgerinnen und Bürger ja als Bittsteller! Wir von der Wiener ÖVP wollen keine Almosenbezieher, sondern wir wollen eine Politik, bei welcher die Menschen dieser Stadt ein Auskommen mit ihrem Einkommen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ja. Wir haben die Mindestsicherung mitbeschlossen. Dazu stehen wir auch. Allerdings war für uns immer klar, dass es das Hauptanliegen bei der Mindestsicherung sein muss, dass man die Menschen wieder in die Arbeitswelt zurückbringt. Das muss nämlich unser Anliegen

sein, denn jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel. Ich glaube, diesbezüglich sind wir uns einig.

Davon sind wir aber weit entfernt. Im Gegenteil: Immer mehr Menschen haben prekäre Arbeitsverhältnisse, und ihr Einkommen reicht zum Leben einfach nicht aus. *(GR Kurt Wagner: Frau Kollegin! Wer ist denn daran schuld?)* Ich sage es schon, Herr Kollege Wagner! Das sind die Fehler der Vergangenheit und die Fehler, die Sie jetzt machen! Es gab, Herr Kollege Wagner, jahrzehntelang eine falsche Integrationspolitik und jahrzehntelang eine versäumte Bildungspolitik! *(Zwischenruf von GR Kurt Wagner.)* Es gab eine viel zu wenig zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik und fehlende Innovation in der Wirtschaftspolitik. Da haben Sie enormen Handlungsbedarf! Wenn so viele Worte gemacht werden, sage ich Ihnen: Machen Sie nicht so viele Worte, sondern handeln Sie! *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Nicht Worte, sondern Taten zählen, Herr Kollege Wagner. *(Zwischenruf von GR Kurt Wagner.)* Herr Kollege Wagner! Ich habe zwölf Minuten: Bitte lassen Sie mich reden!

Gerade die Sozialdemokraten, aber auch die Grüne Fraktion sagen immer, dass das Soziale das sogenannte Herzstück ist. Soziale Gerechtigkeit hat aber offensichtlich keinen so großen Stellenwert! Ich frage mich, ob es gerecht ist – und da meine ich jetzt die Stadtregierung, also sowohl die Sozialdemokraten als auch die GRÜNEN, dass sie eine Gebührenlawine über die Menschen wälzen. Das ist eine ausgesprochene Schröpfung, die von Ihnen vorgenommen wurde, und im Hinblick darauf muss man Ihnen den Spiegel vors Gesicht halten!

Die Frau VBgmin Vassilakou, die jetzt nicht da ist, verkündet einen Mietenstopp und sagt, dass 7 EUR genug sind. – Die wirtschaftlichen Aspekte hat mein Kollege Axel Neuhuber gestern wirklich eindrucksvoll erklärt. Und eine Beschränkung auf 7 EUR würde den privaten Wohnbau umbringen und damit Arbeitsplätze vernichten. Das ist pure Planwirtschaft und geht gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Daher sage ich: Mit uns nicht, meine Damen und Herren!

Von der Grünen Fraktion ist jetzt fast überhaupt niemand da. Aber wo waren Sie bei den Schröpfaktionen? Wo war Ihr Veto beim Parkpickerl, bei der Erhöhung um 66 Prozent?

Die Hundesteuer wurde um 65 Prozent erhöht, und da frage ich Sie: Wo ist Ihr soziales Herz? Gerade ein Tier ist oft ein Gefährte für ältere Menschen in einer Großstadt. Sie aber erhöhen um 65 Prozent. *(Zwischenruf von GRin Birgit Hebein.)* Sie haben sich nicht dagegen gewehrt, Frau Kollegin Hebein, Sie haben mitgestimmt! Sie haben allen Erhöhungen zugestimmt, ohne Wenn und Aber!

Zu Ihrem sogenannten sozialen Herz: Ich gebe zu, dass ich wirklich der Meinung war, dass die GRÜNEN gerade in diesem Bereich eine sehr sensible Vorgehensweise haben. Zumindest wurde mir das in den Jahren, als Sie in Opposition waren, immer so vermittelt. Aber offensichtlich haben Sie Ihr soziales Herz jetzt an der Garderobe abgegeben!

Diese Betriebskostenerhöhungen tun natürlich den

Mietern weh, das stimmt. Reden Sie also nicht, dass wir eine Mietobergrenze von 7 Prozent brauchen, sondern handeln Sie dort, wo Sie handeln können, und das könnten Sie beispielsweise bei der Erhöhung der Betriebskosten. Da könnten Sie etwas tun. Das haben Sie aber nicht getan.

George Vaillant hat vor einigen Tagen in einem Kommentar sehr treffend geschrieben: „Die Grüne Fraktion erweist sich als echter Wassermelontyp: Außen grün, innen rot, Altmarxismus nur neu verpackt.“ – Dem kann man nichts hinzufügen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zum Heizkostenzuschuss, den wir heute nicht diskutieren, weil es morgen dazu eine Aktuelle Stunde gibt. Ich bringe jetzt aber einen gemeinsamen Antrag der beiden Oppositionsparteien ein, dass der Wiener Heizkostenzuschuss eine Geldleistung bleiben muss. Wir wollen weiterhin die Geldleistung für bedürftige Wienerinnen und Wiener. Selbstverständlich sind die Maßnahmen der Wiener Energieunterstützung positiv zu sehen, diese soll es aber zusätzlich geben und nicht als Ersatz. – In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Bereich Ihrer fehlenden Sozialkompetenz: Schämen Sie sich eigentlich nicht, dass mit 1. Juli dieses Jahres der Reinigungsdienst für Pflegebedürftige nicht verringert – nein! –, sondern ersatzlos gestrichen wurde? Gerade für Menschen, die pflegebedürftig sind, war das eine wichtige Unterstützung der Stadt.

Worum geht es denn da? – Zwei bis drei Mal im Jahr kam ein Reinigungsdienst für einige Stunden, um die notwendigen groben Reinigungsarbeiten in einem Haushalt durchzuführen. Jeder, der einen Haushalt führt, weiß, was das heißt! Das gibt es aber jetzt nicht mehr. Stattdessen gibt es mittlerweile Sauberkeitsprobleme in Wiener Wohnungen, die zu Krankheiten führen können und die uns an Zeiten erinnern, von denen wir alle geglaubt haben, dass wir sie hinter uns gelassen haben. Da aber, Frau Stadträtin, spart die rot-grüne Regierung auf dem Rücken der sozial schwachen Bürgerinnen und Bürger. Das ist unglaublich!

Ich habe noch ein Beispiel. Auch im Hinblick darauf muss ich wieder sagen: Wie können Sie sich eigentlich in den Spiegel schauen, nachdem Sie „Essen auf Rädern“ so eklatant gekürzt haben? Es gab in den vergangenen 3 Jahren eine Streichung von zirka 60 Prozent. Man muss sich das genau anschauen: Dabei geht es um Menschen, die durchschnittlich 84 Jahre alt sind. Und da streicht man 60 Prozent und sagt sozusagen, geht irgendwohin essen, macht, was ihr wollt, wir liefern nicht mehr!

Um welche Beträge geht es? – Als noch nicht gekürzt war, waren es rund 5 Millionen EUR. Der PID hat 52 Millionen EUR. Wenn Sie also 5 Millionen EUR vom PID wegnehmen, könnten Sie ein Jahr lang alle bedienen, die mit 84 Jahren „Essen auf Rädern“ wollten! Aber das tun Sie nicht! Sie schmeißen das Geld hinaus und haben dementsprechend hohe Werbungskosten. Jeden Tag kann man ja in der Zeitung lesen, was Sie alles zu betreiben haben. Dafür haben Sie also sehr wohl Geld!

Und es geht nicht nur um die Essenslieferung. Vielleicht sind Sie wirklich nicht so sensibel, dass Sie das begreifen können! Es geht nämlich vor allem um den täglichen Kontakt mit der Außenwelt. Und Seniorinnen und Senioren vereinsamen dank der rot-grünen Regierung nun leichter in der Großstadt, weil ihr einziger sozialer Kontakt wirklich oft die Person war, die ein Mal am Tag gekommen ist, um das Essen zu liefern. Wir alle wissen, wie wichtig für Senioren das Essen ist. Daran sparen Sie jetzt, aber Sie sparen nicht bei Versorgungsposten in Form von unzähligen Beauftragten, und man kann sich nur wundern, wofür die alle eingesetzt werden. Ich glaube, schön langsam werden wir jetzt einen Beauftragten für die Beauftragten brauchen! Aber für Sozialleistungen, die unbedingt notwendig wären, haben Sie kein Geld und streichen ungeniert. Ich halte das für inakzeptabel, und ich halte das für schäbig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte jetzt noch einen Antrag betreffend den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung einbringen.

Meine Damen und Herren! Das ist mir wirklich ein Herzensanliegen, denn unheilbar Kranke und Sterbende müssen die Möglichkeit haben, in ihrer gewohnten Umgebung Hilfeleistung zu bekommen, um in Würde sterben zu können. Wenn Sie in einer Organisation wie dem Seniorenbund Vorsitzende sind, dann haben Sie tagtäglich mit Menschen zu tun, die in dieser Situation sind. Und ich meine, eine Gesellschaft wird daran zu messen sein, wie sie einerseits ihre Kinder ins Leben hereinbegleitet, wie sie aber andererseits auch ihre Eltern, Großeltern, Urgroßeltern, also ihre alten Lieben aus dem Leben hinausbegleitet.

Ich bringe daher einen gemeinsamen Antrag der zwei Oppositionsparteien betreffend Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in Wien ein: Wir erwarten, dass ein entsprechendes Konzept erarbeitet wird und Maßnahmen gesetzt werden, dass ein Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in Wien erfolgt. – In formeller Hinsicht wir die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zusammenfassend kann man sagen: Man hört immer von der Regierungsfraktion: Wien ist die Sozialhauptstadt Österreichs. – Ich kann nur sagen: Wenn man Insider ist und mit Gesundheit und Sozialem viel zu tun hat, dann weiß man: Sozial mag die äußere Ansicht sein. In vielen Bereichen sind Sie aber im Inneren eiskalt. Daher werden wir nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich habe jetzt das Konto der ÖVP um 2 Minuten verringert, denn Sie haben um 2 Minuten länger gesprochen. Es ist aber ausreichend Restzeit vorhanden. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Hebein. Ich erteile ihr das Wort. Auch sie hat 12 Minuten selbstgewählte Redezeit, und ich logge diese ein.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Vielen Dank, werter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Lassen Sie mich, bevor ich auf Frau GR Korosec eingehe, noch einmal grundlegend festhalten, damit wir das nicht aus den Augen verlieren: Das Ziel jeder Sozi-

alpolitik ist es, dass wir in einer Gesellschaft ohne Armut, ohne Angst, ohne Ausgrenzung leben wollen.

Die Zahlen, die Herr Minister Hundstorfer gestern veröffentlicht hat, zeigen sehr deutlich, dass wir noch einen weiten Weg dorthin haben. Die Armutszahlen sind tatsächlich enorm erschreckend. Die Zahl jener, die in manifester Armut leben, hat sich seit 2005 verdoppelt. Das heißt, 10 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen leben in Armut. Und man spricht auch von der sogenannten monetär verfestigten Armut, und zwar dann, wenn zwei von sieben Merkmalen auftreten wie zum Beispiel, dass man die Heizung oder gesundes Essen nicht zahlen kann. Dann spricht man von monetärer Verfestigung, und das betrifft vor allem Jugendliche und Familien. – Das sind erschreckende Zahlen!

Keine sozialpolitische Diskussion kann ohne die Verteilungsfrage beziehungsweise Gerechtigkeitsfrage geführt werden. Gleichzeitig zu der erwähnten Entwicklung werden nämlich die Reichen in diesem Land immer reicher. 5 Prozent verfügen über 50 Prozent des Vermögens in diesem Land. 50 Prozent verfügen über 4 Prozent des Vermögens in diesem Land. Und wenn wir dann, wie gestern, über Wohnungspolitik reden – die auch ein Teil der Sozialpolitik ist – und sagen, dass wir aufpassen müssen, dass alle leistbare Wohnungen haben, auf dem privaten Markt jedoch die Preise explodieren und wir regulieren müssen, dann hört man, Frau GRin Korosec, von Ihnen nur, dass das Kommunismus ist. – Offensichtlich haben Sie das Grundprinzip einer gerechten Gesellschaft und der Verteilungsgerechtigkeit noch nicht verstanden! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es genügt nicht, nur Worte zu sprechen, die Frage ist, welche Taten man konkret setzt und was wir in Wien tatsächlich tun.

Beim Sozialbudget ist es uns darum gegangen, dass die Qualität aufrechterhalten wird, dass wir sicherlich nicht auf Kosten der Armen kürzen, sondern dass uns das Gegenteil gelingt, und wir haben das Sozialbudget faktisch zumindest um 100 Millionen EUR erhöhen können.

Ja, es stimmt, wir haben die Mindestsicherung, und die Zahlen steigen. – Frau GRin Korosec! Da haben Sie tatsächlich recht! Das ist erschreckend! Aber ich bitte Sie doch, genauer hinzuschauen! Welche Menschen trifft das denn? Und das ist das letzte soziale System, das wir zur Verhinderung von Armut in dieser Stadt haben! Sie haben gesagt, dass es das Ziel war, dass die Leute wieder in die Arbeitswelt kommen. – Das stimmt schon! Wenn Sie aber genauer hinschauen, dann werden Sie bemerken, dass immer mehr Menschen betroffen sind, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können! Wir haben hier prekäre Arbeitsverhältnisse! Und wenn Sie wirklich etwas dagegen tun wollen, dann lade ich Sie herzlich ein: Reden wir über Stundenloohnerhöhungen, Mindestlöhne, Umverteilung! Reden wir darüber, dass die Menschen in diesem Land wieder eine Arbeit haben, von der sie leben können. Reden wir darüber! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* – Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt: Sie sprechen irrsinnig viel von Kälte. – Wenn wir die Entscheidung treffen, dass wir die

Kindermindestsicherung einführen, weil es Kinder in dieser Stadt gibt, die das brauchen – und wir investieren dafür 20 Millionen –, was sagen Sie dann? – Sie sagen, nein, ohne uns!

Das ist aber ebenfalls eine wichtige sozialpolitische Maßnahme. Es wird einen Armuts- und Reichtumsbericht auch für Wien geben. Und wir werden die Kinder-Aktiv-Card einführen, damit die Kinder, die es schwer haben, leichter am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Ja. Es gibt tatsächlich ein neues System. Sie haben nämlich kritisiert, dass wir am System nichts ändern und uns diesbezüglich nichts überlegen. – Wir haben jetzt ein neues System, nämlich die Energieunterstützung. Und ich bitte Sie, bei all der Richtigkeit, dass Sie als Oppositionspartei prinzipiell Nein sagen müssen: Verunsichern Sie zumindest die Menschen nicht, die es trifft! Wir haben mit der Energieunterstützung ein neues System, das lautet: Veraltete Thermen sollen ausgetauscht werden. Diese sind nämlich ein enormes Sicherheitsrisiko. Bitte seien Sie sich dessen bewusst: Da sterben jedes Jahr Leute!

Wir haben gesagt: Schauen wir genauer hin! Was brauchen denn die Menschen? – Machen Sie einmal Hausbesuche! Da geht es nicht nur um 100 EUR! Da geht es darum, dass die Fenster saniert werden müssen. Da geht es darum, dass der Kühlschrank veraltet ist. Schauen wir genauer hin! Betreiben wir spezielle Energieberatung!

Es gibt noch einen Topf, und davon höre ich von Ihnen nie etwas! Wenn Menschen sich die Energiekosten nicht leisten können, dann bekommen sie Unterstützung, und zwar nicht nur beschränkt auf 100 EUR wie bisher! Wir meinen, sie sollen das erhalten, was sie brauchen!

Und die wichtigste Frage, die wir auch morgen ausführlich diskutieren werden, ist: Wie erreichen wir die Menschen? Diese Frage ist doch entscheidend! Wir wollen verstärkt aufsuchende Arbeit betreiben. Darüber werden wir morgen diskutieren. Ich bitte Sie nur: Verunsichern Sie nicht die Leute, die wirklich darauf angewiesen sind!

Natürlich gibt es noch einige Punkte, aber meine Redezeit ist kurz. – Das Winterpaket wird natürlich geschnürt. Wir haben Housing First, ein neues Modell bei der Wohnungslosenhilfe.

Schauen wir uns außerdem genau an, wie sich die Drogenpolitik entwickelt: „jedmayer“ ist installiert. Streetwork wird gemacht. Wo sind noch Lücken?

Jetzt komme ich zu einem Bereich, der sehr wichtig ist, nämlich der Umgang mit Flüchtlingen: Das, was in den letzten Wochen hier diskutiert wurde, war sozusagen an Verächtlichkeit kaum zu überbieten: Man schafft es in diesem Land nicht, 500 Kinder unterzubringen! Man diskutiert ewig, wohin mit den 500 Kindern? Es geht um Flüchtlinge, Kinder, die in Traiskirchen hineingepfercht sind. Das ist unter jedem Niveau, unter jeder Würde! Und jetzt diskutiert man darüber, welche Länder endlich ihre Quoten erfüllen sollen, wohin denn die Flüchtlinge letztlich kommen sollen. – Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist entsetzlich!

In Wien gehen wir auch diesbezüglich einen anderen Weg. In Wien bringen wir Flüchtlinge menschenwürdig unter. In Wien werfen wir Flüchtlinge, wenn sie einen ablehnenden Bescheid erhalten, nicht vor die Tür. In Wien hinterfragen wir die Diskussion, die auch von Ihrer Seite immer wieder angezettelt wird: Weniger, weniger, weniger! Zwei Euro reicht doch für diese Menschen am Tag! – In Wien hinterfragen wir die Diskussion, etwa warum bei den Flüchtlingen die Familienbeihilfe plötzlich als Einkommen gelten soll, nur damit wir noch mehr kürzen können und noch mehr Stimmung machen können auf dem Rücken derjenigen, die sich in keinsten Weise wehren können. – Damit sind jetzt Sie von der FPÖ angesprochen!

Zum Schluss noch zwei grundsätzliche Punkte, die mir sehr wichtig sind.

Erstens: Natürlich ist all das budgetär knapp. Natürlich überlegt man sich immer wieder, ob wir für den Sozialbereich ein Stück von der Bildungspolitik einfordern sollen. Wir wissen aber, dass in die Bildungspolitik zu investieren bedeutet, in Armutsbekämpfung zu investieren. Das ist natürlich eine Gratwanderung! Und wir erwarten auch hier viel von den Betroffenen und von den Menschen, die mit Betroffenen arbeiten.

Um das zu veranschaulichen: Am Sonntag war die Messe für Menschen mit Behinderung. Es war dies eine extrem nette, berührende Veranstaltung. Die Frau Stadträtin hat auch einen „Preis der Menschlichkeit“ übergeben, und es hat unzählige Initiativen vor Ort gegeben. Und dann kommen Behindertenorganisationen, die sagen: Wir wollen die Qualität in unseren Wohngemeinschaften aufrechterhalten! – Es wird schön langsam knapp. Was man in Wien tun kann, ist, dass man sagen kann, der Fonds Soziales Wien setzt sich mit Ihnen an einen Tisch, und es wird Lösungen geben. Und das ist verantwortungsvolle Sozialpolitik hier in dieser Stadt. Das möchte ich ausdrücklich festhalten.

Betreffend den zweiten Punkt, der mir grundsätzlich wichtig ist, um die Diskussion nicht zu verengen, richte ich mich an die Menschen, die ein Durchschnittseinkommen oder vielleicht ein geringes Einkommen haben: Wir brauchen diese Menschen, damit wir uns gemeinsam zusammentun, und zwar auch mit den Menschen, denen es noch schlechter geht, die am Rande stehen, etwa auch mit Bettlern und Bettlerinnen, bei denen die Armut im öffentlichen Raum sichtbar wird oder mit Drogenkranken und Obdachlosen. Solidarisieren wir uns gemeinsam! Hier geht es nämlich um eine Verteilungsfrage, um eine Gerechtigkeitsfrage.

Es ist, wie gesagt, das Ziel jeder Art von Sozialpolitik, dass wir alle in einer Gesellschaft ohne Armut, ohne Ausgrenzung und ohne Angst leben und uns nicht auseinanderdividieren lassen wollen. Und ich glaube, wir haben mit diesem Sozialbudget einen guten Schritt in Richtung verantwortungsvollen Umgang mit Menschen in der Stadt, vor allem jenen, die es brauchen, getan.

Zum Abschluss, weil ich die Dynamiken der letzten zwei Tage nicht außer Acht lassen möchte, die, wie mein Klubobmann sagt, teilweise unter jedem Niveau sind, ein Zitat von Robert Misik, vor allem an Herrn Kowarik ge-

richtet, der jetzt nicht da ist: „Die Konservativen haben doch erst dann die Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben, als andere sie erkämpft haben.“ – Freiheit ist ein linker Begriff, meine Damen und Herren! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Lasar. Ich erteile es ihm. Auch seine Redezeit ist auf 12 Minuten eingestellt.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir heute über das Budget der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales sprechen, dann frage ich mich in erster Linie, ob es überhaupt diesen Namen verdient hat. Darum ist es mir persönlich heute auch ein Anliegen, dass ich die geplanten Budgetkürzungen im Gesundheitswesen etwas beleuchte und die Misswirtschaft, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat, etwas aufzeige. Das ist deshalb notwendig, weil diese Misswirtschaft und auch die Budgetkürzungen zu Lasten der Patienten, der Schwestern, der Pfleger, der Ärzte gehen und natürlich auch die qualitätsvolle Versorgung im Gesundheitsbereich mit Ihren Einsparungen gefährdet ist.

Laut Ihren Aussagen vom 4.10., Frau Stadträtin, werden die Einsparungen in Höhe von 500 Millionen EUR nicht auf Kosten der Patienten gehen, da ja ein enormes Potenzial im Sachaufwand bestehe. – Da stellt sich für mich natürlich sofort die Frage: Was haben Sie in den letzten Jahren oder Jahrzehnten – so lange sind Sie allerdings noch nicht dabei, dass man Jahrzehnte sagen kann – im Gesundheitsbereich getan, dass Sie das nicht bemerkt haben? Warum haben Sie in den letzten Jahren nicht in diesen Bereichen eingespart, wenn Sie uns heute sagen, hier hätte schon längst eingespart werden können, Frau Stadträtin?

Gespart wird natürlich auch im Spitalsbereich, wo heute schon unerträgliche Arbeitsbedingungen herrschen. Medizinische Posten werden oft nicht einmal mehr nachbesetzt, und das hat natürlich Auswirkungen auf die Patienten, denn weniger Ärzte bedeutet natürlich längere Wartezeiten, weniger Zeit für Diagnose, weniger Zeit für Behandlungen. Wir alle bemerken, wenn man in ein Spital geht, dass es täglich überfüllte Spitalsambulanzen gibt.

Laut einem Bericht der Zeitschrift „News“ vom 31.10.2012 sind bereits 54 Prozent der Ärzte Burn-out-gefährdet. Eine Ärztin berichtet sogar, dass ein Oberarzt 49 Stunden durchgehenden Dienst hat, und das ist keine Seltenheit. – Da frage ich Sie persönlich, Frau Stadträtin: Wollen Sie dann eigentlich von einem solchen Arzt operiert werden? Das ist der Punkt! – Und all diese negativen Auswirkungen einer jahrelangen falschen Gesundheitspolitik spüren natürlich die Patienten täglich am eigenen Leib. (*Zwischenruf von GRin Dr Jennifer Kicckert.*)

Zu den Spitälern, Frau Stadträtin: Im Zuge der Gesundheitsreform, die bis 2030 – ohne Valorisierung – umgesetzt werden soll, sage ich Ihnen heute schon: Bis dahin ist das alles sowieso wieder überholt!

Fünf Wiener Spitäler werden geschlossen. Eines davon ist das Kaiserin-Elisabeth-Spital. Frau Stadträtin! Dieses wird jetzt geschlossen, obwohl dort erst 2001 bis 2003 11,9 Millionen investiert wurden und der OP auf den neuesten Stand gebracht wurde. Europaweit ist das Spital eine exzellente Schilddrüsenambulanz und ein exzellentes Schilddrüsenzentrum. Dieses wollen Sie jetzt aber abreißen. Da frage ich mich schon: Hätte man sich nicht früher überlegen können, was in diesem Bereich getan wird? Man kann doch nicht erst knappe 12 Millionen investieren und dann das Ganze abreißen! – Genau das Gleiche hat Frau StRin Brauner ebenfalls im Gesundheitsbereich getan: Vorher baut man, und dann sagt man, aus einem alten Kobel kann man nichts Neues machen!

Frau Stadträtin! Im Kaiserin-Elisabeth-Spital wird eine perfekt funktionierende Einheit aus Schwestern, Ärzten, Pflegern jetzt einfach auseinandergerissen. Das Ganze soll ja jetzt in die Rudolfstiftung im 3. Bezirk übersiedelt werden. – Und da muss ich Sie wieder fragen, und ich bitte Sie, mir das auch zu beantworten: Wie soll das funktionieren? (*Zwischenruf von Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely.*) Ich hoffe das! Ihr Wort in Gottes Ohr! Ich glaube es Ihnen aber nicht!

Sie müssen mir erklären, wie das funktionieren soll: 1 500 Schilddrüsenoperationen werden jährlich im Kaiserin-Elisabeth-Spital vorgenommen, dazu zirka 2 000 Operationen an Magen, Darm et cetera. Das sind insgesamt rund 3 500 Operationen im Jahr. Wie wollen Sie das in der Rudolfstiftung machen? Dort hatte man am vergangenen Mittwoch allein im OP-Bereich 5 Gangbetten! Und im Hinblick darauf frage ich mich wirklich: Wie wollen Sie dort 3 500 Operationen im Jahr unterbringen? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Schauen wir uns einmal die Rudolfstiftung genauer an. Sie werden nun vielleicht sagen, dort wird jetzt umgebaut und neu gebaut. – In Wahrheit platzt dort alles aus allen Nähten! Im angekündigten Zubau in der Rudolfstiftung sind – wie in der Zeitung „Österreich“ zu lesen war und der KAV auch behauptet – keine OP-Säle vorgesehen. Dieser Zubau soll hauptsächlich für Büroräume, Besprechungszimmer und Arztzimmer benutzt werden, und im Neubau in der Juchgasse werden Ambulanzen, eine psychiatrische Abteilung, ein Verwaltungsbüro, Technikräume und ein Café untergebracht. Daher sage ich: Bitte sagen Sie uns heute, wo denn da diese notwendigen 3 500 Operationen durchgeführt werden sollen! Da werden Sie nämlich das nächste Problem haben!

Weitere Baustelle: AKH. Auch dort gibt es, wie ich vorhin schon erwähnt habe, erheblichen Personalmangel. Durch Journaldienst einsparungen gibt es statt 172 jetzt nur mehr 146 Posten. Ärzte und Schwestern arbeiten also bereits jetzt am Limit. In den Ambulanzen gibt es Wartezeiten von zwischen 5 und 8 Stunden. Und jetzt soll wieder einiges geschlossen werden.

In Anbetracht dessen frage ich mich: Warum hat man nicht zum Beispiel im AKH vorgesorgt, ein bisschen ausgebaut und mehr Ambulanzen gemacht, damit nicht alle Leute dort warten müssen? Aber das wird sich wie-

der einmal nicht ausgehen, weil Sie zu wenig Personal haben, Frau Stadträtin!

Ich glaube, im vergangenen Sommer haben Sie das sündhaft teure Gamma Knife gekauft. Das ist sehr gut, wunderbar! Ich befürworte das auch, und ich habe in meiner Rede gesagt: Warum kaufen Sie kein zweites? Darauf haben Sie mir geantwortet: Ich kaufe kein zweites Gerät für den Keller! – Heute verstehe ich, was Sie damit gemeint haben! Sie sind nämlich nicht einmal für eines ausgelastet, weil es Ihnen dort am Management fehlt, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt, Frau Stadträtin, haben Sie dort einen Superscanner angeschafft. Auch darüber bin ich sehr froh. Das kommt den Kranken zu Gute. Aber bitte beantworten Sie uns heute die Frage: Haben Sie genug Personal für diesen Superscanner? Haben Sie radiotechnisches Assistenzpersonal, und haben Sie auch Ärzte dafür?

Ich kenne das ja vom AKH: Damals haben Sie auch eine Kinderherzchirurgie gebaut, die, glaube ich, 40 Millionen gekostet hat, und dann haben Sie auf die Ärzte vergessen. Das ist ja schon vorgefallen! Ich hoffe, Sie werden uns heute penibel erklären, wie Sie all das zustande bringen wollen!

Frau Stadträtin! Abschließend zum Krankenhaus Nord: Sie haben zunächst einmal zwei Ausschreibungen gebraucht, und das zeigt wieder, was für ein Management Sie haben! Wenn man zwei Ausschreibungen für ein Krankenhaus braucht, weil Sie die erste verbockt haben, dann ist das wirklich sehr seltsam! Ich muss Ihnen sagen, ein solches Management hätte in der Privatwirtschaft nicht die geringsten Chancen! Aber bei Ihnen ist es halt leider so.

Die Auftragsvergabe ist bis heute sehr unklar. Es wurde angekündigt, dass Sie einen Generalunternehmer haben, sonst hätten Sie den 300-Millionen-Kredit von der Europäischen Investitionsbank ja nicht bekommen. Jetzt stellt sich heraus, dass Sie gar keinen Generalunternehmer haben. – Frau Stadträtin! Ich frage Sie, ob Sie hier in der nächsten Zeit nicht irgendwann einmal mit dem Kredit Probleme bekommen werden. Es war nämlich eine Grundbedingung, dass es einen Generalunternehmer gibt. Sie aber haben keinen! Sie sind sozusagen jetzt selbst Bauherr und vergeben Einzelaufträge.

Und wieder muss ich Ihnen sagen: Da haben Sie ja wieder nichts gelernt! Beim Skylink war es genauso. Auch diesfalls haben Sie Einzelaufträge vergeben, und was ist herausgekommen? *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Ich nicht!)* Sie nicht! Es war jemand anderer. Aber daraus hätten Sie ja lernen können, dass man keine Einzelaufträge vergeben kann. Man braucht einen Generalunternehmer! *(GR Mag Rüdiger Maresch: In Kärnten beim Stadion war es doch auch so!)*

Zum Schluss: Frau Stadträtin! Anfänglich war das Krankenhaus Nord immer mit 816 bis 820 Betten veranschlagt. Das blieb jahrelang so. Plötzlich, ein paar Wochen oder Tage vor der Grundsteinlegung, waren es nur mehr 785 Betten. Da fragt man sich: Was ist eigentlich der Hintergrund? – Sie haben ganz genau gewusst, dass in den KAV-Statuten steht, dass Sie ab 800 Betten um 100 Verwaltungsbeamte mehr plus einen Verwaltungsdi-

rektor brauchen. Damals hätten Sie der Bevölkerung verklückern müssen, dass Sie wegen 16 oder 20 Betten über 100 Verwaltungsbeamte mehr einstellen müssen hätten. Das hätte Millionen für gar nichts gekostet, das sage ich Ihnen heute! *(Beifall bei der FPÖ)*

Darum, Frau Stadträtin, allein aus diesen drei, vier oder fünf Gründen, die ich Ihnen jetzt genannt habe, werden wir mit Sicherheit diesem Budget nicht zustimmen. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Laschan. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten. – Ich erteile Ihnen das Wort.

GRin Dr Claudia **Laschan** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte versuchen, diese Budgetdiskussion ein bisschen zu verinhaltlichen, und das Thema Gesundheit – das nämlich heute mein Thema ist – ein bisschen dazu benützen, um auch die inhaltlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Fraktionen herauszuarbeiten.

Vorausschicken möchte ich, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wenn wir von Gesundheit sprechen, den ganzheitlichen Gesundheitsbegriff meinen. Es geht uns also nicht nur um körperliches, sondern auch um psychisches und vor allem um soziales Wohlbefinden. Wir wissen, dass der persönliche Lebensstil das Gesundsein oder Kranksein eines Menschen zu einem Teil beeinflusst, einen größeren Anteil hat aber das Gesundheitssystem, in welchem der Betreffende lebt, und den größten Anteil hat der sozioökonomische Hintergrund.

Im Klartext: Armut macht krank. Man braucht nur die Erhebungen der Statistik Austria lesen und hinsichtlich der einzelnen Regionen Österreichs die Einkommen und die Lebenserwartung gegenüberstellen: Wer arm und weniger gebildet ist, kann auch wenig selbst zu seinem Gesundsein beitragen. Wer den ganzen Tag schwer am Bau arbeitet, wird am Abend kaum joggen gehen, sondern froh sein, dass er nach der schweren Arbeit vor dem Fernsehapparat Bier und Wurst genießen kann und seine Ruhe hat.

Wir hatten einmal eine Gesundheitsministerin, die zu gesunder Ernährung aufgerufen hat und das Motto ausgab: Stiegen steigen statt Aufzug fahren! – Ich habe nichts gegen einen gesunden Lebensstil, im Gegenteil! Aber die Gesundheitspolitik hat nicht die Aufgabe, mit erhobenem Zeigefinger alle Dicken zum Abnehmen zu ermahnen, sondern die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass ein gesundes und möglichst langes Leben möglich ist, und zwar für alle. Dazu gehören sowohl Gesundheitsförderung und -prävention als auch die ambulante und stationäre medizinische Versorgung auf Grundlage evidenzbasierender Standards.

Gesundheitspolitik ist keine Sache von Schuldzuweisungen. Das Gesundheitswesen ist keine Privatsache, sondern eine öffentliche Aufgabe. Privatisierungen von Spitälern und Gesundheitseinrichtungen sind unbedingt zu vermeiden, und aus diesem Grund ist die Wiener Spitalsreform 2030 ein richtiger Schritt. Die Konzentrie-

zung von bestimmten Leistungen in Zentren ist vor allem ein Schritt zu mehr Qualität. Wer hauptsächlich Schilddrüsenoperationen durchführt, kann das auch am besten und hat die meiste Erfahrung auf diesem Gebiet. Ob diese Operationen dann im 15. Bezirk oder im 3. Bezirk durchgeführt werden, ist letztendlich für die Patientinnen und Patienten egal.

Damit habe ich schon ein Krankenhaus angesprochen, das auch von meinem Vorredner angesprochen worden ist, nämlich das Kaiserin Elisabeth-Spital, das als Akutstandort aufgelassen wird. Für uns als für den 15. Bezirk politisch Verantwortliche war es ein großer Schock und keine Freude, als wir mit den diesbezüglichen Plänen konfrontiert wurden. Aber wir mussten einsehen, dass das Aufrechterhalten eines sehr kleinen und leider dadurch auch sehr teuren Standortes, nämlich des zweit teuersten Standortes der gesamten Spitäler in Wien und eines Standortes mit großem Sanierungsbedarf, nicht zu verantworten ist.

Wir freuen uns aber über den Baubeginn eines Pflegewohnhauses der Stadt Wien, der in einigen Monaten stattfinden wird und mit dem das Geriatriekonzept wieder um einen Schritt weiter umgesetzt wird. Und ich freue mich ganz besonders, dass das ein Pflegewohnhaus der Stadt Wien sein wird, weil das eine medizinische Rund-um-die-Uhr-Versorgung bedeutet. Das bedeutet konkret für den einzelnen Patienten und die einzelne Patientin, dass man nicht, wenn man in der Nacht einen Hustenanfall hat, Fieber bekommt und eine Lungenentzündung befürchtet wird, gleich ins nächste Akutspital transportiert wird, sondern dass diese Erkrankung zunächst vor Ort in diesem Pflegewohnhaus behandelt werden kann. Wenn man sich ein bisschen in ältere Personen hineinversetzt, dann weiß man, dass eine Ortsveränderung oft ein massiver Einschnitt ist, der unter Umständen auch fatal enden kann.

Dieses Projekt ist, so wie es im Geriatriekonzept vorgesehen ist, ein schönes Projekt. Es ist dies ein Angebot für die Bevölkerung des 15. Bezirks, denn wir haben ja im Geriatriekonzept vorgesehen, dass die Pflege dort sein soll, wo man auch gewohnt hat. Diesfalls wird das ein Pflegewohnhaus mitten in einem stark bewohnten Gebiet sein. Und das bedeutet auch eine städtebauliche Weiterentwicklung. Die Goldschlagstraße wird wieder geöffnet, und dort wird eine wunderschöne Anlage auch für die umwohnende Bevölkerung geschaffen werden.

Darüber hinaus wird es am Standort Kaiserin Elisabeth-Spital eine ambulante medizinische Anlaufstelle für die Wohnbevölkerung geben, und zwar eine niedergelassene Form. Wir werden dort sozusagen einmal ein Pilotprojekt machen und zeigen, dass es auch möglich ist, im niedergelassenen Bereich Leistungen nicht nur zwischen 16 und 18 oder 20 Uhr und von 9 bis 11 Uhr anzubieten, sondern mit ausgeweiteten Öffnungszeiten, damit auch Berufstätige einmal eine niedergelassene Form besuchen können.

Um einen raschen Baubeginn zu ermöglichen, war eine rasche Abwicklung des Schließungsprozesses nötig. Dass die Absiedelung von Krankenhausabteilungen für die dort arbeitenden Menschen keine Freude

spendende Tätigkeit ist, kann sich jeder vorstellen. Es ist ein Abschied von einer funktionierenden Gemeinschaft, von alten Pavillons. Für viele ist das eine Änderung nach langen Jahren der Berufstätigkeit. Ich möchte stellvertretend für alle jetzt zwei Personen erwähnen, nämlich den ärztlichen Direktor, Prof Nissel, der als letzte Tätigkeit vor seinem Pensionsantritt die Schließung seines Spitals zur Aufgabe hatte und diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit der Vorsitzenden der Personalvertretung, Frau Karoline Jedelsky, mit großer menschlicher Umsicht durchgeführt hat. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Wiener Spitalsreform 2030 bietet auch die Chance für inhaltliche Veränderungen, die unter Umständen auch mit Tabubrüchen einhergehen können. Ich möchte dazu einige wenige Beispiele nennen, und zwar erstens die Schlaganfallversorgung. In Wien wird jeder mit Schlaganfallverdacht – und dieser Verdacht ist meist richtig, weil wir ein sehr gutes Rettungssystem haben – zunächst auf eine Schlaganfallintensivstation gebracht, also eine „Stroke unit“. Damit besteht für jeden die Chance auf eine Lysetherapie, nämlich auf eine Auflösung des Blutgerinnsels, das den Schlaganfall verursacht hat, egal, in welchem Alter dieser Mensch ist. Jeder hat diese Möglichkeit.

Auf jeden Fall wird sofort mit Mobilisierung begonnen, der sogenannten Frühmobilisierung. Man weiß nämlich heute, dass große Dinge erreicht werden können, wenn gleich damit begonnen wird und nicht erst am nächsten Tag. Oft kommt es aber auch zu bleibenden Defekten. Diese Patientinnen und Patienten liegen dann auf einer neurologischen Station mit neurologisch-medizinischer Betreuung, obwohl die Ursache für einen Schlaganfall meist eine internistische Grunderkrankung ist und man weiß, dass Menschen, die einen Schlaganfall erleiden, meist mehrere interne Erkrankungen haben. Im Hinblick darauf frage ich mich: Was spricht eigentlich gegen eine interdisziplinäre Station mit Schwerpunkt Innere Medizin und einem neurologisch mobilisierenden Fachpersonal?

Zweitens – bösartige Hals-Nasen-Ohren-Tumore: In diesem Bereich hat es in den letzten Jahren oder – wie man fast sagen kann – im letzten Jahr eine enorme Weiterentwicklung gegeben, und es ist mittlerweile durch Studien belegt und man kann das sozusagen als evidenzbasierende Medizin bezeichnen, dass eine intensivere Chemotherapie einen großen Überlebensvorteil bringt.

In diesem Bereich ist daher, da diese Tumorart sehr schwierig zu behandeln ist, eine besonders intensive interdisziplinäre Zusammenarbeit notwendig, und zwar nicht zwischen zwei, sondern zwischen drei Abteilungen: Die Operation muss auf einer Hals-Nasen-Ohren-Abteilung durchgeführt werden, zusätzlich benötigt man fachspezifisches pflegerisches Personal, das weiß, wie man mit der Operationswunde umgeht; das können andere nicht. Die anschließende Chemotherapie muss auf einer onkologischen Abteilung verabreicht werden. Es kann kein Konsiliaronkologe in die HNO-Abteilung gehen, weil es Komplikationen geben kann, die Schwestern und Pfleger erkennen müssen, und das können nur

speziell geschulte onkologische Schwestern und Pfleger.

Die anschließende Strahlentherapie, die in den Nebenwirkungen und Nachwirkungen auch nicht ohne ist, muss logischerweise auf einer strahlentherapeutischen Abteilung stattfinden, am besten auf einer bettenführenden Abteilung, weil die Behandlung dermaßen belastend ist, dass das ambulant schwer beziehungsweise nur in seltenen Fällen durchzuführen ist.

Diesbezüglich gibt es große Herausforderungen, und das ist nur eines von vielen Beispielen. Jetzt besteht die Chance, im Rahmen dieser Umstrukturierungen auch für diesen Bereich Schwerpunkte zu schaffen und eine optimale Versorgung von Patientinnen und Patienten mit ganz besonders grauenhaften Erkrankungen zu gewährleisten.

Drittens komme ich jetzt zu dem ewig dauernden populistischen Gerede von den Gangbetten: Irgendwo hat es angeblich schon wieder fünf Gangbetten gegeben. – Mich wundert, dass Frau Kollegin Korosec das heute nicht erwähnt. Aber Sie haben ja heute Soziales abgedeckt, sonst wäre das, wie ich annehme, eh gekommen!

Zu manchen Zeiten kommt es in manchen Abteilungen zu Bettenknappheit. Das ist, wie man sich wahrscheinlich vorstellen kann, meistens im Winter der Fall, wenn gewisse Erkrankungen, nämlich grippale Infekte, um sich greifen und auch die richtige Grippe kommt. Dann ist es besonders schlimm, und dann kommt es zu Bettenknappheit.

Ich möchte jetzt vorausschicken – ich habe das schon am vorhergehenden Beispiel zu erklären versucht –: Internistische Abteilungen haben andere Schwerpunkte als chirurgische Abteilungen, vor allem im pflegerischen Bereich. Ich möchte als chirurgischer Fall nicht in einem internistischen Bett liegen und umgekehrt! Daher finde ich es durchaus vertretbar und besser für die Patienten, wenn sie vorübergehend am Gang liegen, aber in der richtigen Abteilung, und dort richtig versorgt werden! Alles andere zu behaupten, ist populistisch und politisches Kleingeld! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein wichtiges Thema sind auch Gesundheitsförderung und -prävention: Immer mehr Menschen, auch Kinder, sind zu dick und haben eine verkürzte Lebenserwartung. Natürlich muss man im Hinblick darauf Maßnahmen setzen, die zur Bewusstseinsbildung beitragen und letztendlich zu einem gesundheitsfördernden Verhalten führen. Dazu gibt es eine Unzahl von Projekten. Die Wiener Gesundheitsförderung führt eine Fülle von Projekten in den diversen Bereichen durch, etwa in der Schule, im Kindergarten, im Grätzl, für Senioren. Diesbezüglich gibt es ein tolles Angebot, wie es wahrscheinlich seinesgleichen sucht.

Meiner Meinung nach ist es aber auch notwendig, durch gesetzliche Maßnahmen gesundheitsschädliche Dinge zu begrenzen. Gestern ging es wieder in die Richtung, dass die Sozialdemokraten und die GRÜNEN immer alles reglementieren, verbieten und sich einmischen. Und es kommt dann stets der Aufschrei, dass sich der Staat nicht ins Privatleben einmischen soll. – Ich sehe das jedoch als Schutz vor gesundheitsschädlichen Einflüssen. Auch das DDT gibt es im Übrigen nicht mehr,

weil man draufgekommen ist, dass es nicht nur für Kartoffelkäfer, sondern auch für die Menschen schädlich ist. Und Alkoholverbote für Jugendliche zweifelt auch niemand an. Ich halte nichts von steuerlichen Maßnahmen, weil das die schädlichen Produkte nur verteuert. Ich halte jedoch die Einschränkung von schädlichen Inhaltsstoffen für sinnvoll, wie das zum Beispiel in Österreich die Transfett-Verordnung gezeigt hat. Zum Beispiel könnte man auch den Zuckergehalt von Softdrinks beschränken. Übergewicht ist ein komplexes gesellschaftliches Problem, und ich denke, man muss an allen verfügbaren Schrauben drehen und vor allem bei den Kindern anfangen. Kinder sollen lernen, was gesund ist und was nicht. Dazu gehört aber auch, dass der Getränkeautomat mit den Softdrinks aus den Schulen verschwinden muss. (*GRin Henriette Frank: Das fordern wir seit Jahren!*) Das tun wir eh in vielen Schulen!

Wir alle reden von der täglichen Turnstunde, und dann gibt es eine große Uneinigkeit über die Einführung der Ganztagschule. – Nur in der Ganztagschule ist es möglich, täglich hinauszugehen! Da braucht man keinen Turnlehrer. (*Zwischenruf von GRin Henriette Frank.*) Das können Sie sich ansehen: In den Ganztagschulen wird hinausgegangen. Es gibt in der Wiener Schülerliga keine einzige normale – unter Anführungszeichen – Halbtagsvolksschule, die da irgendwie mitspielt. Das gibt es nur in Ganztagsvolksschulen. Dort ist das möglich, dort geschieht das täglich, dort kommen die Kinder zu ihrer täglichen Bewegung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich hoffe, der Kollege ist nicht böse, wenn ich noch ein bisschen etwas sage. Meine Redezeit wäre jetzt beendet, aber ich muss das leider noch anbringen.

Ich möchte auch auf die Auseinandersetzungen im Gesundheitswesen eingehen, und zwar jene zwischen den einzelnen Zahlern und jene zwischen den Zahlern und den Leistungserbringern. Ich finde es richtig, eine gemeinsame Planung und Finanzierung anzustreben: Und dass die Ärztekammer die Interessen der Ärzte und Ärztinnen vertritt, ist ihre Aufgabe, wie es die Aufgabe der Gewerkschaft ist, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Den niederösterreichischen Landesrat Sobotka hat eine Plakataktion der Österreichischen Ärztekammer offensichtlich so aufgeregt, dass ihm eine nicht gut überlegte Wortmeldung entkommen ist, nämlich dass er eh schon längst der Meinung ist, dass alle Kammern abgeschafft gehören. – Dass er damit die Abschaffung der Sozialpartnerschaft gefordert hat, die die Grundlage der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität Österreichs ist, war ihm hoffentlich nicht bewusst. (*GR Kurt Wagner: Oh ja!*)

Ein weiterer Diskussionspunkt zwischen Zahlern und Leistungserbringern ist die Leitliniendebatte. Da gibt es immer die Extremstandpunkte auf Seiten der Gesundheitsbürokraten – wie ich ausnahmsweise einmal ganz böse sage –, die sagen, man muss sich zu 100 Prozent an die Leitlinien halten, sonst gibt es Sanktionen! Es gibt aber auch die andere Seite, auf der man sich irgendwelche Leute einkauft und sagt, Leitlinien sind unethisch.

Beides ist falsch! Leitlinien sind Handlungsanleitun-

gen, die sich am letzten Stand der medizinischen Forschung orientieren, um damit die derzeit bestmögliche Behandlung vorzuschlagen. Meine Meinung ist: Leitlinien sollen immer zur Entscheidungsfindung für die medizinische Vorgangsweise herangezogen werden. Der Arzt oder die Ärztin muss aber auch im Hinblick auf die individuelle Situation des Patienten entscheiden, und die Patientinnen und Patienten haben auch ein Wort mitzureden; das vergisst man in dieser Diskussion sehr oft. Daher finde ich es gut, dass die Wiener Patientenanwältin eine Datenbank für Leitlinien und eine unabhängige Informationsstelle für Patientinnen und Patienten einrichten wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es ist viel geschehen im Wiener Gesundheitswesen, es ist aber auch noch viel zu tun. Im Rahmen der Umsetzung des Spitalskonzeptes gibt es 59 Einzelprojekte, die eine wirtschaftliche, organisatorische und medizinische Optimierung zum Ziel haben. Die große Herausforderung wird es sein, die gemeinsame Planung und Steuerung stationärer und niedergelassener Bereiche so umzusetzen, dass medizinische Leistungen dort erbracht werden, wo es für die Patientinnen und Patienten am sinnvollsten ist, weil dadurch vielleicht Ressourcen für dringend notwendige neue Leistungen frei werden. Ich nenne zum Beispiel nur den festsitzenden Zahnersatz oder die ambulante Rehabilitation.

Das Wiener Projekt „Präoperative Diagnostik“ zielte darauf ab, die Untersuchungen vor Operationen zu vereinheitlichen, um damit unnötige Untersuchungen zu vermeiden. Meiner Meinung nach gehört die OP-Vorbereitung in das Krankenhaus, in dem die Operation durchgeführt wird. Auf der anderen Seite – und das ist ein absolutes Tabuthema – könnten sehr viele Therapien, die jetzt stationär vorgenommen werden, im niedergelassenen Bereich stattfinden. Dazu müssten aber die zumeist sehr teuren Medikamente – es handelt sich meist um chemotherapeutische Substanzen oder Immuntherapeutika in der Rheumatologie – von den Krankenkassen bezahlt werden, und das ist eine Sache der politischen Verhandlung. – Ich bin überzeugt, dass es längst an der Zeit ist, dass man hier zu einem Konsens kommt, und dieses Beispiel zeigt auch, wie wichtig eine gemeinsame Finanzierung wäre, denn dann wäre das schon längst umgesetzt, und das wäre im Sinne der Patientinnen und Patienten.

Die riesigen Fortschritte in der Medizin erfordern in vielen Bereichen neue Wege. Die Wiener Gesundheitspolitik nimmt diese Herausforderungen an, um eine zeitgemäße medizinische Versorgung auf allerhöchstem Niveau für alle zu garantieren. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Nachdem ein bisschen überzogen wurde, hat die SPÖ jetzt noch eine Restredezeit von 13 Minuten 45. Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Kollege GR Mag Dworak. Vorgabe 10 Minuten. – Sie haben das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Vielleicht brauche ich etwas länger! Wir werden sehen!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Ich gestehe: Das war ein hochmedizinischer Vortrag! Er war super, aber ich bin kein Mediziner, daher habe ich mir manchmal etwas schwer getan, Frau Kollegin Laschan!

Dass das Budget dieses Ressort das größte Einzelbudget ist, ist hinreichend bekannt. Es sind fast 3 Milliarden EUR. Und dass der KAV mit rund 1,4 Milliarden EUR sozusagen der Subgrößte ist, ist auch nicht ohne. Allein 732 Millionen EUR sind für den laufenden Betriebskostenzuschuss veranschlagt. Im Vorjahr waren es noch 606 Millionen EUR. Wir haben also im kommenden Jahr eine Steigerung um 21 Prozent, was ganz beachtlich ist.

In Anbetracht dessen erhebt sich die Frage: Bekommen die Wienerinnen und Wiener dafür auch eine deutlich bessere Leistung? Bekommen sie eine um 21 Prozent bessere Leistung? – Ich glaube das nicht! Wenn Sie sich nämlich zum Beispiel ansehen, wie man bei der Inbetriebnahme der Pflegewohnhäuser Liesing und Innerfavoriten – unter Anführungszeichen – herumdoktert, dann muss ich sagen: Diese hätten eigentlich schon 2011 fertig sein sollen! Beim Projekt Innerfavoriten weiß man jetzt nicht einmal, wann es wirklich in Betrieb gehen soll. Die Frau Stadträtin hat letztes Mal gesagt, dass sie das nicht wirklich sagen kann. Liesing soll nächstes Jahr fertig sein.

Interessant ist, dass beim Projekt Innerfavoriten die BUWOG einen Schaden zu verantworten hat, der jetzt nicht abschätzbar ist. Dort ist offenbar Wasser in das Mauerwerk eingedrungen, und man kann die Sanierungskosten jetzt noch nicht abschätzen. Und ich bin gespannt, ob die BUWOG diese Zusatzkosten für die Sanierung wirklich zahlen wird oder ob das schlussendlich die Stadt Wien und damit der Wiener Steuerzahler zahlen muss. *(Zwischenruf von Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely.)* Die Frau Stadträtin hat kommentiert.

Wir haben ein großes Problem mit den Kosten. Was kostet etwas tatsächlich? Diese Frage erhebt sich beispielsweise beim Krankenhaus Nord. Offiziell belief sich die Preisbasis Anfang 2009 auf 825 Millionen EUR, dann sprach man von 1 Milliarde EUR, dann von 1,2 Milliarden. Wir haben hier in diesem Haus auch schon von eineinhalb Milliarden gesprochen. *(Zwischenruf von Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely.)* Das möchte ich wirklich erwähnen!

Das Wunderding soll erst 2016 in Betrieb gehen, und ich habe gehört, dass einzelne Abteilungen noch später in Betrieb gehen sollen. Und zum Neubau des Wilhelminenspitals haben Sie selbst gesagt: „Ich kann keine Kosten sagen, denn wir haben ja noch nicht einmal die Flächenwidmung.“

Meine Damen und Herren! Das Thema Kosten und Großprojekte befindet sich schon etwas abseits einer gewissen Heiterkeit! Sie haben offensichtlich aus den Erfahrungen mit dem Krankenhaus Nord gelernt und werden in Zukunft keine Kosten nennen. Wir wollen aber wissen, was etwas kostet! Wir haben jetzt beispielsweise eine nagelneue Palliativstation im Wilhelminenspital, und das ganze Projekt hat 9,2 Millionen EUR gekostet und wurde am 5. Juni vom Herrn Bürgermeister eröffnet. In der Zwischenzeit wissen wir, dass von den 14 Betten

zuerst nur 5 und dann 7 belegbar waren beziehungsweise sind. Die Auskunft lautete, dass man nicht genug Personal habe.

Der KAV-Generaldirektor hat zwar seit Jahren ein neues Dienstzeitmodell angekündigt, aber offenbar kann er sich nicht mit der Gewerkschaft einigen. Sowohl die Ärzte als auch das Pflegepersonal wollen natürlich für ihre Tätigkeit entsprechend entlohnt werden, und solange das nicht der Fall ist, wird es schwierig sein, überhaupt geeignetes Personal zu finden.

Damit komme ich zu dem Punkt, wie wir zu genügend Pflegepersonal in Wien kommen. – Es wird sicherlich nicht möglich sein, allein durch die Krankenpflegeschulen neues Personal zu bekommen, keine Frage! Es dauert einfach zu lang, bis wir auf diesem Weg qualifizierte Kräfte zur Verfügung haben. Es gibt zwar noch immer ein von StRin Brauner gelobtes Ausbildungsprojekt von WAFF und AMS in Wien, gemäß welchem Pflegehelfer und auch diplomiertes Personal ausgebildet werden. Der zentrale Punkt ist aber: Um diese Ausbildung zu absolvieren, muss man zuerst arbeitslos sein.

Herr Bundesminister Hundstorfer hat diese Lücke zwar im System erkannt und bereits am 2. Juli 2012 ein Pilotprojekt für eine berufsbegleitende Umschulung für den Pflegeberuf angekündigt. Für uns ist das aber zu wenig, und daher bringen Ingrid Korosec, meine Wenigkeit, Mag Anger-Koch, Martin Flicker und von der FPÖ Dr Peter Frigo, Harald Ebinger, Bernhard Rösch und Wolfgang Seidl einen Beschlussantrag betreffend Ausbau der unterstützenden Angebote von WAFF und AMS im Pflege- und Sozialbereich ein:

„Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales möge sich in Absprache mit der amtsführenden Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke dafür einsetzen, das Ausbildungsprogramm des Wiener WAFF und des AMS verstärkt auf die Bedürfnisse von Berufstätigkeit auszurichten, um den direkten Wechsel in die Pflege- und Gesundheitsberufe zu ermöglichen. Die Meldung als arbeitslos beim AMS am Ausbildungsbeginn sollte als Voraussetzung aufgehoben werden, um einen kontinuierlichen Übergang vom bisherigen zum künftigen Arbeitsverhältnis sicherzustellen.

In formeller Hinsicht verlangen wir die sofortige Abstimmung.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich komme nun zu einem Thema, das ich an dieser Stelle schon im Vorjahr behandelt habe: Es geht um die Mindestsicherung. – Wir hatten im Jahr 2011 129 000 Mindestsicherungsbezieher, und insgesamt haben wir 363 Millionen EUR dafür ausgegeben. 2012 werden es inklusive Nachtrag bereits 410 Millionen EUR und 155 000 Mindestsicherungsbezieher sein. Das ist ein 20-prozentiger Zuwachs, und die Ausgaben sind zwischen 2011 und 2012 um nicht weniger als 12 Prozent gestiegen. Und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht, meine Damen und Herren!

In Niederösterreich wurden für 2013 gerade 47 Millionen EUR budgetiert, und Wien budgetiert 470 Millionen EUR! Wir wissen, dass eine Stadt anders tickt als das flache Land, keine Frage, aber das ist das Zehnfache, meine Damen und Herren, und wie soll sich das die

Stadt Wien auf Dauer leisten?

Es ist egal, welche politische Farbe der Bundeskanzler hat und wie lange wir angeblich schon auf Pump aus der Krise hinausinvestieren. Aber eines ist sicher, diese Ausgaben werden ohne Ende wachsen. Es muss eine Möglichkeit geben, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Und ein Blick in die Studie zur Evaluierung der Mindestsicherung, die Bundesminister Hundstorfer unlängst präsentiert hat, zeigt, dass niemand, der keinen oder bestenfalls nur Pflichtschulabschluss vorweisen kann und die deutsche Sprache nicht ordentlich beherrscht, eine Chance hat, finanziell langfristig auf eigenen Beinen zu stehen. So ist es, und im Alter wird es noch schwieriger. Das bedeutet, dass die SPÖ bei ihrer Bildungspolitik ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Entschuldigung, Herr Kollege, Sie haben noch 5 Minuten 15 Zeit.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*fortsetzend*): Ist in Ordnung, wir haben unsere Zeit aufgeteilt. – Hätte die SPÖ bei ihrer Bildungspolitik bereits in den Kreisky-Jahren mehr darauf geachtet, dass kommende Generationen mit unserer Leitungsgesellschaft Schritt halten können, dann hätten wir nicht so viele Menschen in der Mindestsicherung. Stattdessen missbraucht die Wiener SPÖ mit ihrem grünen Juniorpartner das Sozialsystem als sündteure Reparaturwerkstatt – unter Anführungszeichen – für ihre eklatanten Fehler in der Bildungs-, Integrations- und Arbeitsmarktpolitik. Diese sozialpolitische Geisterfahrt von Rot-Grün, meine Damen und Herren, führt unweigerlich ins finanzielle Desaster. (*GR Kurt Wagner: Sehr erschütternde Unterstellung!*) Wir werden diesem Budget nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die ÖVP hat jetzt noch 4 Minuten und 15 Sekunden Restredezeit. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. Die Grüne Fraktion hat noch insgesamt 15 Minuten.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

So eine Debatte zum Budget kann durchaus erheitend sein. Einerseits gibt es Kritik am Budget und daran, dass Schulden insgesamt gemacht werden, gleichzeitig werden sämtliche Maßnahmen, die diese ansteigenden Kosten möglicherweise irgendwie dämpfen sollten, ebenfalls kritisiert. Also wurscht, was man macht, alles ist falsch.

Und dann gibt es Vorwürfe, die so pauschal sind, wie sie falsch sind. Seit gestern wird konsequent behauptet, die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung stünde vor der Tür, hauptsächlich deswegen, weil es einen Abbau an Personal gäbe. Jetzt habe ich mich bemüht, sämtliche Zahlen anzusehen, und habe beim Vergleich Personalstand in österreichischen Spitälern und Personalstand in Wien festgestellt, dass der Personalstand in Wien in jeder Kategorie über dem Durchschnitt von Österreich liegt. Und der österreichische Durchschnitt liegt wesentlich über dem Durchschnitt der OECD-Staaten.

Also kann irgendwas nicht stimmen, jedenfalls nicht in der Kritik daran, dass es zu wenig Personal gibt. Möglicherweise, und da wird ja angesetzt, ist das Personal zeitlich nicht optimal eingesetzt, möglicherweise auch in der fachlichen Zusammensetzung nicht optimal eingesetzt, aber genau in diese Richtungen zielen die strategischen Zielsetzungen des KAV.

Der Herr Lasar hat zum Beispiel ein anderes Faktum vorgebracht – das strategische Ziel der Optimierung der Sachkosten. Sein Argument war: Was hätte denn die Stadträtin bisher gemacht, wenn sie nicht versucht hätte, die Sachkosten in den Griff zu bekommen. – Daher übersetze ich: Man erkennt ein Problem, darf es aber nicht beheben, denn weil es ein Problem ist, hätte man es eigentlich ja schon viel früher beheben können. Das heißt, jetzt beheben, ist auch deppert. Das ist aber eine Kritik, die zu keinem Ziel führt.

Daher muss ich summa summarum feststellen, dass die Opposition keinen einzigen fachlichen Vorschlag für die Weiterentwicklung des Wiener Gesundheitswesens oder der Krankenanstalten gebracht hat, es bleibt alles auf einer generellen Kritik und auf einer Ebene der Panikmache. Ähnlich wie die Ärztekammer, die behauptet: „Unser Spital ist weg. Eingespart.“, oder die behauptet: „Mein Arzt ist weg. Eingespart.“ Genau auf dieser Ebene arbeitet die Opposition, die in mehreren Aussagen immer nur sagt, es passiert ein Abbau an Spital, Personal, und sonst nichts.

Ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie Vorschläge und sachliche Kritik an dem anbringen, was da jetzt an strategischen Zielen ausgearbeitet worden ist. Denn der Rahmen sollte ja derjenige sein, den wir gemeinsam beschlossen haben. Der Rahmen ist die Spitalsreform, der Rahmen ist die Gesundheitsreform, bei der es endlich – und ich sage wirklich, endlich – dazu gekommen ist, dass sich die Sozialversicherung, Bund und Länder darauf geeinigt haben, eine gemeinsame Steuerung und Planung der Gesundheitspolitik vorzunehmen. Das ist doch nicht zu verurteilen, das ist doch endlich der Schritt in die richtige Richtung. Sie arbeiten nicht mehr damit, dass sie die Verantwortung von einer Finanzierungsquelle auf die andere schieben, sondern sie versuchen, endlich eine gemeinsame Planung dieser Gesundheitspolitik durchzuführen. Nur dadurch können wir es schaffen, die eigentlich explodierenden Kosten im Gesundheitswesen in einem halbwegs finanzierbaren Rahmen zu belassen und all diese Projekte durchzuführen, die es ermöglichen, ein Gesundheitswesen auf einem Versorgungsniveau zu halten, das wir heute haben und auch morgen noch finanzieren können. Also, der Rahmen ist das Spitalskonzept.

Die einzige Kritik, die ich zum Spitalskonzept gehört habe, ist, dass Sie nicht glauben, dass die Errichtungskosten der neuen Spitalsbauten so eingehalten werden können, wie sie jetzt prognostiziert werden. Was ist mit all den sachlichen Dingen, die es aber auch rund um das Spitalskonzept gibt? Was ist mit diesen Zusammenlegungen auf Zentren, was ist damit, dass wir hier versuchen oder dass hier versucht wird, Exzellenzzentren zu schaffen, die die notwendige Behandlungsanzahl und

Operationsanzahl bringen? (*GRin Ingrid Korosec schüttelt den Kopf.*) – Sehen Sie, Sie schütten den Kopf, nicken dazu, das finde ich gut, aber davon habe ich in den Reden Ihrer Fraktion kein einziges Wort gehört, so als wäre nicht zumindest ansatzweise in diesen ganzen strategischen Plänen auch Sinnvolles angedacht.

Nun noch einen kleinen Seitenschwenk zur Frage von Innerfavoriten, zur Frage von Information und Transparenz. Es war nämlich in einem meiner ersten Ausschüsse, bei dem ich dabei sein durfte, als die Frau Stadträtin gefragt wurde, wie es denn jetzt aussehe mit der Inbetriebnahme von Innerfavoriten. Und da hat sie gesagt, wegen eines Wasserschadens könne sie seriöserweise nicht genau sagen, wann dieses Haus in Betrieb genommen wird. – Es wird ihr also vorgeworfen, so ehrlich zu sein und zu sagen, das lässt sich mit heutigem Stand nicht abschätzen. Ich folgere daraus, Sie können mit der Wahrheit nicht leben, nämlich mit der Tatsache, dass es sich nicht seriös abschätzen lässt, wollen es also entweder nicht genau wissen oder angelogen werden. Das wäre die Konsequenz, wenn Sie der Frau Stadträtin vorwerfen, dass sie so ehrlich sagt, sie weiß es nicht und kann es nicht sagen, weil es noch nicht klar ist, wie groß die Schäden sind und wann daher diese Schäden zu welchem Preis behoben werden können.

Ich denke mir, die Stadt Wien, und da gehören Sie ja dazu, wird sich ganz sicher dagegen wehren, die Kosten dieses Schadens, den sie nicht verursacht hat, zu tragen. Ich gehe davon aus, dass es die BIG sein wird, die diesen Schaden zu übernehmen hat, oder die BIG findet andere Verursacher, denen sie die Kosten sozusagen anrechnen kann.

Eines der wesentlichsten Dinge, die jetzt mit den strategischen Zielen und der mehrjährigen Planung des KAV, des Krankenanstaltenverbundes, geplant sind, ist der von Herrn Lasar salopp heruntergemachte Plan der Optimierung der Sachkosten. Den halte ich für ziemlich klug, denn das, was dahintersteckt, sind Kosteneinsparungen durch einen zentralen Einkauf. Das passiert in jedem anderen Unternehmen auch. Man kauft zentral ein, man kauft größere Mengen ein und kriegt dadurch einen besseren Produktpreis. Man standardisiert die Produkte, die man nützt und verkauft. Man steigt vielleicht sogar auf alternative, gleichwertige, aber günstigere Produkte um. Alles sehr sinnvolle Maßnahmen, die, wenn sie schnell und rasch umgesetzt werden, in kürzester Zeit tatsächlich eine hohe Einsparung bringen können.

Und da sprechen wir noch gar nicht von den Einsparungen, die Sie als Teufel an die Wand malen, nämlich Einsparungen beim Personal. Aber auch da muss kluges Management ansetzen. Auch beim Personal muss überlegt werden, was getan werden kann. Da geht es um eine Personalbedarfsplanung, um eine kluge Einsatzplanung. Und, das ist wichtig – der Herr Lasar hat ja auch von unerträglichen Arbeitsbedingungen gesprochen –, es geht vielleicht auch endlich einmal darum, kluge Einsatzzeiten zu machen. Etwas, was wir schon lange fordern, nämlich von einem Zweischichtdienst auf einen Dreischichtdienst umzustellen. Das heißt, mehr Radeldienste

mit kürzeren Arbeitszeiten, mit sinnvolleren Arbeitszeiten und Arbeitseinsätzen für das Pflegepersonal und für die Ärzte und für die Ärztinnen, damit es nachher nicht heißen kann, dass die Arbeitsbedingungen unerträglich sind. Aber zu all diesen Vorschlägen gibt es keinen einzigen Hinweis, keinen einzigen Kommentar, nicht einmal ein Muh oder ein Mäh, sodass wir nicht einmal wissen, ob Sie diese sehr sinnvollen Vorschläge überhaupt zur Kenntnis genommen haben.

Selbst wenn ich noch eine Minute und ein paar Sekunden Zeit habe, möchte ich es hier bewenden lassen. Ich denke mir, dass bei einer Diskussion über die verschiedenen strategischen Ziele, die das Gesundheitswesen vor sich hat, eigentlich mehr Substanz zu erwarten wäre, auch mehr Substanz von der Opposition, und mehr Diskussionsbeiträge. Denn ich glaube, dass gerade in diesem Bereich, der der Stadt Wien sehr viel Geld wert ist, auch sehr viel Hirnschmalz hineingehört, damit die Kosten, die wir in diesem Bereich haben, uns nicht sozusagen über die Ohren oder über den Kopf wachsen und wir die wirklich gute Gesundheitsversorgung der Wiener und Wienerinnen auf einem leistbaren und qualitativ hochwertigen Niveau halten können. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Grüne Fraktion hat jetzt noch 4 Minuten Restredezeit. Zu Wort gemeldet ist GR Univ-Prof Dr Frigo. Vorgabe 8 Minuten.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Die Kritik von Dr Kickert nehme ich nicht an, denn ich war noch nicht dran. Sie werden von mir hauptsächlich Fachliches hören. Kurze Kritik von der Frau Dr Kickert bezüglich Personal: Ich kann das schon nicht mehr hören. Natürlich ist der Personaleinsatz schlecht. Ich denke nur an Ambulanzschwestern, die bis um 6 Uhr da sind, die Ambulanz hört aber um halb drei auf.

Aber kommen wir einmal kurz zum Spitalskonzept. Das Spitalskonzept ist für mich die erste Reform, die ich überhaupt erlebe. Klar, weil die Spitäler zusammenbrechen, weil nie etwas gemacht worden ist. Es wurde nur verwaltet, statt reformiert, meine Damen und Herren. Das ist die ganze Wahrheit des Spitalskonzeptes. *(GR Kurt Wagner: Da sind Sie noch nicht einmal im Gemeinderat gesessen, haben wir schon gearbeitet! – GR Johann Herzog: Im Spital, oder wo?)* – Unterbrechen Sie mich nicht. Ich habe nicht viel Redezeit.

Erstversorgungseinheiten statt Hausärzte, das ist nämlich in Wahrheit die Devise. Und ich glaube, die Wiener werden sich dieses neue Spitalskonzept nicht gefallen lassen. Die wollen nämlich ihren Hausarzt, meine Damen und Herren. In Wahrheit fehlt es nämlich, wie die Frau Dr Laschan oder auch die Frau Dr Kickert behauptet hat, an einer finanziellen Lösung zwischen Bund und Land, zwischen Spital und niedergelassenem Bereich. Die gibt es nämlich nicht. Es gibt einen ersten Schritt, ja, einen ersten Schritt, das ist schön, aber in Wahrheit gibt es nichts. Es gibt die 15a-Vereinbarungen, die alle Jahre wieder kommen, aber eine richtige Finanzierungslösung, vor allem eine einfache, gibt es nicht.

Den niedergelassenen Bereich, sprich, den Haus- und Facharzt auszuklammern, wollen sich die Wiener nicht gefallen lassen, meine Damen und Herren.

Kurzes Rechenbeispiel: Österreichweit stehen 94 Millionen Arztbesuche im Jahr – also Hausarzt-, Facharztbesuche in Ordinationen – 17 Millionen Ambulanzbesuchen gegenüber. Das heißt, die Österreicher gehen mehr zum Arzt als in die Ambulanz. Das würde man nicht glauben, aber das Verhältnis ist tatsächlich so. Ein Besuch beim Hausarzt kostet das Gesundheitssystem 23,03 EUR, ein Ambulanzbesuch kostet 92,04 EUR. Welche Systemersparnis bringt daher ein Ausbau der Ambulanzen, meine Damen und Herren? Welche Berater haben Sie, Frau Stadträtin, bitte? Das möchte ich einmal wissen.

Ein leicht durchführbares Rechenbeispiel wäre: Was passiert, wenn man die teuren Ambulanzleistungen zu Gunsten der niedergelassenen Ärzte reduziert? Ich selbst arbeite zum Beispiel in der Notfallambulanz im AKH, wo ich also banale Infekte sehe, banale Infektionen, die man wirklich beim Hausarzt machen könnte. Da gibt es zum Beispiel ein einfaches Rechenbeispiel der Kammer, die ja bekrittelt wird, in diesem Fall hat sie aber recht: Bei 75 Prozent Umschichtung könnte man pro Jahr österreichweit 330 Millionen EUR einsparen. Das sind sinnvolle Sparpläne, die ich hier gerne dem Gemeinderat auf den Tisch lege. Und das, meine Damen und Herren, ist besser als Personalabbau im Spital und die Leute, die heute in der Medizin arbeiten, ins Burn-out zu treiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe in diesem Wirtschaftsplan und auch in diesem Fünfjahresplan mit Erstaunen von einer Vollkostenrechnung gelesen. Das Wort Vollkostenrechnung finde ich spannend. Was ist damit gemeint? Ich habe darüber auch mit einigen Primärärzten, auch auf der Chirurgie gesprochen. Die Vollkostenrechnung von zum Beispiel einer Blinddarmoperation würde mich interessieren. Ich hätte gerne von Ihnen die Antwort darauf, es muss nicht heute sein, was eine Blinddarmoperation im AKH oder auch im Wilhelminenspital kostet. Was sind die Vollkosten einer Blinddarmoperation? Was wird da hineingerechnet? Der Neubau, der Portier, nur ich, der Anästhesist? Was ist eine Vollkostenrechnung? Was kostet das? Denn wenn ich da alles hineinrechne, kostet die Blinddarmoperation 100 000 EUR? Rechne ich nur den Anästhesisten, sein Gehalt? Ich kann damit nichts anfangen.

Derzeit gibt es das LKF-System, das kennt jeder, ein kompliziertes Punktesystem, auf das man sich halt geeinigt hat. Da bekommt man so viele Punkte und so viele Punkte. Dann gibt es noch den rosa Kopfbettel, nach dem nach Punkten abgerechnet wird, welches Spital mehr Diagnosen hat. – In Wahrheit verteilen wir das Geld dann eh irgendwie.

Da muss, glaube ich, neu gearbeitet werden. Diese Systeme müssen überdacht werden, keine Frage. Eine ehrliche Budgetierung, mehr Transparenz, anstatt dass man dann – apropos Budget – am Ende des Jahres sagt, na ja, wir brauchen jetzt noch ein bisschen 88 Millionen – Meine Damen und Herren, wir fordern hier mehr Transparenz. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe nicht mehr viel Zeit, aber ein bisschen was möchte ich noch zu Wien und Prävention sagen. Es ist ja heute schon gefallen, von der Frau Dr Laschan, die ja Chemotherapie statt HPV-Impfung propagiert. Es gibt zum Beispiel in Wien wirklich einen Unterschied in der Sterblichkeitsrate bei den Bezirken. Darüber gibt es eine Studie der Ärztekammer, die sich wiederum auf den Gesundheitsbericht bezieht, den es früher gegeben hat. Und die Gesundheitsausgaben sind, wie die Frau Dr Kickert richtig gesagt hat, in Österreich sehr hoch, weit über dem EU-Durchschnitt.

Aber wenn sie weiterliest, sieht man, dass die Ausgaben für Prävention deutlich unter dem EU-Durchschnitt sind, dass wir nämlich von allen EU-Ländern an der viertuntersten Stelle liegen und dass die ganzen wunderbaren Aktionen, die da beschrieben werden, eigentlich falsch sind, dass die nichts bringen. Und Sie, Frau Stadträtin, wissen von den Gesundenuntersuchungen der MA 15 ganz genau, wie es zum Beispiel um den Cholesterinspiegel der Wiener steht und wie es mit dem Gewicht der Jungen aussieht, nämlich furchtbar. Sie wissen, dass 65 Prozent der Wiener einen erhöhten Cholesterinspiegel haben und 50 Prozent der Wiener und Wienerinnen übergewichtig sind, dass Prävention hier wirklich großgeschrieben werden muss und dass man sich längst hätte etwas einfallen lassen müssen. Sie wissen, dass eine Fettsteuer nichts bringt, auch nicht das Entfernen von Automaten. Was Sie uns da über die Automaten erzählen, Frau Dr Laschan, das wissen wir, das ist ein Volksschulwissen. Der Automat kann ruhig stehen bleiben, die Kinder müssen den richtigen Umgang mit Softdrinks lernen. Was Sie uns da erzählen, das ist peinlich, da bin ich als Kollege peinlich berührt. Der richtige Umgang fängt mit dem Internet an und hört mit den Softdrinks auf und mit dem Alkohol. Verbote bringen nichts. Das wissen wir seit der Prohibition, Frau Doktor! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin am Ende meiner Redezeit angelangt, und wir lehnen dieses Budget ab. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist GR Dr Mayer. Sie haben noch eine Restredezeit von 13 Minuten 45, ich stelle auf 14 Minuten.

GR Dr Alois **Mayer** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die bis jetzt stattgefundenene Diskussion hat für mich doch einige Überraschungen geboten, und wie es halt so üblich ist bei Überraschungen, positive und negative. Was mich aber positiv überrascht hat, war die Frau Korosec zu Beginn, die erkannt hat, dass die Wirtschaftskrise auch vor Wien nicht Halt gemacht hat, dass hier Maßnahmen zu treffen sind und dass hier ganz besondere Formen des Umgangs mit Geld notwendig sind. Was mich ein bisschen enttäuscht und eigentlich getroffen hat, war die Anmerkung, dass bei uns das soziale Herz fehlt. Ich glaube, dass gerade die Sozialdemokratie ein soziales Herz hat, wir gerade in dieser Zeit für die Menschen da sind, dass für uns natürlich jeder Arbeitslose

einer zu viel ist und uns beschäftigt. Wir haben vielleicht einen anderen Zugang dazu. Sie haben von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Effizienz und den Menschen gesprochen, wir sprechen von den Menschen, wir sprechen von Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Sparsamkeit, genau in dieser Reihenfolge. Das ist auch die richtige Reihenfolge, denn zunächst nur aufs Geld zu sehen und die Menschen hintanzustellen, ist falsch.

Wir haben – das wird dann an Ihnen vorübergegangen sein – doch einige Dinge gemacht, die nicht jede Großstadt gemacht hat. Wir haben Geld in die Hand genommen, wir haben Geld ausgegeben – das natürlich dann nicht mehr vorhanden ist –, um zum Beispiel drei Bahnhöfe zu errichten, Schulen zu errichten, Kindergärten zu errichten, Straßen und urbanes Leben zu ermöglichen oder weiter auszubauen. Wir haben in dieser Zeit versucht, Beschäftigung zu beschaffen.

Da möchte ich auch dann gleich auf unser Ressort zurückkommen. Wir haben speziell in der Geriatrie doch einiges nicht nur vor, sondern auch umgesetzt und werden es auch im nächsten Jahr teilweise zur Vollendung bringen. Die Inbetriebnahme des Pensionistenwohnhauses Liesing mit 12 Wohnbereichen und 322 Plätzen ist für Februar geplant. Im April soll am Gelände des Kaiserin-Elisabeth-Spitals mit der Errichtung des Hauses Rudolfsheim-Fünfhaus mit 328 Plätzen begonnen werden. Das Pensionistenwohnheim Baumgarten wird in Betrieb gehen, neben dem Neubau mit 326 Plätzen werden am Standort ein Tageszentrum, ein Kindertagesheim und auch Ambulanzen errichtet werden. Innerfavoriten, das heute schon angesprochen wurde, wird 266 BewohnerInnen Platz bieten. Ich glaube, das ist etwas, was für die Bevölkerung sehr wohl Wesentliches bringt.

Den Ausbau der Schwerpunktkrankenhäuser hat die Kollegin Laschan ja schon besprochen. Ich glaube, es ist hoch an der Zeit und richtig, dass Schwerpunktkrankenhäuser geschaffen werden. Daher verstehe ich eigentlich dich, lieber StR Lasar, etwas weniger, wenn du sagst, der Umbau des Kaiserin-Elisabeth-Spitals, *(StR David Lasar: Das ist ein Abriss und kein Umbau!)* – gut, der Neubau, einigen wir uns auf einen Neubau für ein Pflegewohnheim. Die Schaffung einer Infrastruktur für die dortigen Bewohner ist, glaube ich, etwas Wesentliches. Und dadurch ist auch die Möglichkeit gegeben, den Menschen dort eine zeitgemäße, dem jetzigen Standort entsprechende Versorgung auf dem medizinischem Sektor zu bieten. Ich glaube, das ist ein guter Weg, und hier wird sehr wohl zeitgemäß beziehungsweise richtungweisend etwas getan. Nebenbei bleiben wir dem Grundsatz treu, obwohl du das teilweise in Abrede gestellt hast, dass die Spitzenmedizin für jeden zugänglich sein muss.

Dass man, wie hier angesprochen wurde, Dienstzeiten verändern könnte, um effizientere Behandlungsmöglichkeiten zu schaffen, ist ein langgehegter Wunsch. Wir werden uns dem sicher nicht verschließen, wenn ihr hier mitgehen wolltet. Trotzdem möchte ich noch die 49 Stunden erwähnen, die irgendein Arzt im Dienst gewesen sein soll. Da möchte ich natürlich dann gleich auf die übermenschliche Größe deines neben dir stehenden

Kollegen Dr Frigo hinweisen, der als Oberarzt tätig ist, nebenbei eine hervorragende Homepage hat, auf der er seine Leistungen vorstellt, und auch noch hier im Gemeinderat sitzt. Ich gratuliere zu dieser Kondition, bei 49 Arbeitsstunden ist das natürlich sehr beachtlich. (*StR David Lasar: Er ist ja auf 20 Stunden reduziert, das muss man auch dazusagen!*)

Dann möchte ich noch ganz kurz etwas ins richtige Licht rücken. Das Krankenhaus Nord ist natürlich ein notwendiges Spital, genau an dieser Stelle, denn die Stadtentwicklung hat auf Grund der Bemühungen dieser Stadtregierung Wesentliches zusammengebracht, und es wird noch weiter etwas wachsen. Die Bettenanzahl im RSG war immer 776 Betten plus ... (*StR David Lasar: Das habe ich eh gesagt!*) – lass mich doch ausreden, vielleicht kannst du doch noch etwas mitkriegen – 776 Betten plus 30 Funktionsbetten. Dann braucht man keinen Verwaltungsdirektor, sondern einen technischen Direktor. Die 30 Funktionsbetten sind aber nicht dazuzählen, daher hat deine Zahl gestimmt, als pauschale Zahl, aber es sind de facto unter 800 Betten, das ist immer schon so gewesen.

Kollege Dworak, von dem, was du gesagt hast, ist mir eigentlich nur eines in Erinnerung geblieben, und das ist falsch. Hätten wir früher mit Bildung begonnen, wäre uns manches erspart geblieben. Wir haben uns wirklich bemüht. Du hast den Namen Kreisky genannt, ich möchte dir da keine Nachhilfestunden geben, aber gerade Kreisky und Firnberg waren jene, die dafür gesorgt haben, dass die Bildung hier für jedermann leistbar ist und dass hier auch einfache Menschen, Menschen aus einfachen Verhältnissen studieren können. Daher ist der Ansatz falsch. Allerdings ist es richtig, wir müssen mehr für Bildung machen, das ist uns ein großes Anliegen, und wir sind wirklich sehr bemüht, hier Schritte zu setzen.

Man sollte aber eigentlich nicht die Arbeit in den anderen Bereichen des Ressorts vergessen. Hier möchte ich die Magistratsabteilung 70 hervorheben, die Wiener Rettung, die 1,7 Millionen in 15 neue moderne Rettungsfahrzeuge investiert hat, die auf hervorragende Weise gemeinsam mit den anderen Rettungsorganisationen dafür sorgt, dass die Menschen in Wien recht schnell und professionell die nötige Hilfe bekommen.

In diesem Ressort ist die Umstellung der Rettungsstation in Favoriten auf ein anderes Dienstsystem zu erwähnen, wo der 24-Stunden-Dienst vom Wechseldienst auf eine neue Dienstform umgestellt wird. Es ist sicherlich zum Wohle der Kollegen, aber vielleicht auch ein Vorteil für die Menschen, die eine Rettung brauchen, wenn die Kolleginnen und Kollegen, die diesen Dienst machen, nicht so strapaziert werden, wie sie es in einem 24-Stunden-Wechseldienst werden. Die Fertigstellung der Rettungsstation Simmering sollte man eigentlich auch nicht unerwähnt lassen.

Die Mindestsicherung war heute bereits ein Thema. Die MA 40 hat es dennoch geschafft, hier, trotz steigender Klientenzahlen, durch Terminsicherung bei gleicher Qualität zu reüssieren. Und wir sollten vor allem auch nicht vergessen, dass in Wien der Mindeststandard für Kinder gesteigert wurde und jetzt der höchste in Öster-

reich ist.

Die MA 24 hat gemeinsam mit dem Fonds Soziales Wien die Wohnungslosenhilfe weiterentwickelt. Es ist etwas ganz Wesentliches, Menschen wieder an das selbstständige Wohnen heranzuführen.

Der FSW bringt Leistungen für Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf. Das klingt so einfach und lapidar. Wenn man sich jedoch die Zahlen ansieht, was der FSW leistet, wenn man die Zahlen sprechen lässt, dann weiß man, dass diese Stadt enorm viel für ihre Bewohner leistet.

Die ambulante Pflege hat 37 000 Kunden pro Jahr. Die mobile Hauskrankenpflege leistet 1,37 Millionen Stunden. „Essen auf Rädern“ war auch ein Thema, das nicht gerade richtig interpretiert wurde. Bei „Essen auf Rädern“ mit 560 000 Zustellungen hat sich nur bei der Einzelzustellung etwas verändert. Es wurde aber behauptet, dass hier enorme Einschränkungen vorgenommen wurden. Das ist unrichtig. Richtig ist vielmehr, dass die Einzelzustellung nur mehr in notwendigen Einzelfällen passieren wird, die Wochenzustellung aber in keiner Weise betroffen ist, sondern nach wie vor funktioniert und gewährleistet ist. Tageszentren in Wien haben 2 150 KundInnen. Die stationäre Pflege mit 22 500 KundInnen wird ebenfalls vom Fonds Soziales Wien gewährleistet. Leistungen für Menschen mit besonderen Behinderungen und berufliche Integration sind im Budget ebenfalls enthalten, und vieles andere mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man sollte in diesem Ressort nicht den wichtigen Bereich Sucht- und Drogenkoordination und Prävention vergessen. Streetworker sind unterwegs und versuchen, auf Jugendliche einzuwirken; die Beratung, Behandlung und Betreuung von Familien, von Jugendlichen und Kindern aus suchtgiftbelasteten Familien wird gewährleistet; aber auch eine Wochenendambulanz ist Garant dafür, dass in Wien eine effiziente und effektive Versorgung aber auch Prävention gewährleistet sind.

Zuletzt möchte ich auch auf die wesentliche Funktion der Wiener Pflege- und Patienten-anwaltschaft hinweisen. Diese Institution ist nicht nur als Beschwerdestelle, sondern als qualitätssichernde Stelle zu betrachten. Für das Jahr 2013 soll als besonderes Service der Patienten-anwaltschaft stufenweise ein Projekt verwirklicht werden, das BürgerInnen auf ihre Fragen zur Gesundheit und Krankheit unabhängige, qualitätssichernde und dem Stand der Wissenschaft entsprechende Informationen zur Verfügung stellt. Die Patienten-anwaltschaft wird rege angenommen. Eine eindrucksvolle Zahl, im Vorjahr wurde sie 12 174 Mal von Patienten oder Angehörigen kontaktiert und konnte in den meisten Fällen Hilfestellung leisten und Dinge ausräumen, die vielleicht auch teilweise auf Irrtümern beruht haben.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir mit Fug und Recht behaupten können, dass Wien eine soziale Stadt, dass Wien eine gut geführte Stadt ist und dass Wien mit Fug und Recht behaupten kann, dass ihre Menschen, ihre Bewohner für sie im Mittelpunkt stehen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort

gemeldet ist Herr GR Seidl. Selbstgewählte Redezeitvorgabe 6 Minuten.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich glaube nicht, sehr geehrte Frau Stadträtin, dass es Sie sehr verwundern wird, wenn ich Ihnen jetzt mitteile, dass auch ich diesem Budget nicht zustimmen werde. Nicht nur ich, wir alle, aber auch ich werde dem nicht zustimmen. Und ich möchte ganz kurz darauf eingehen, was mein Vorredner, der Herr Dr Mayer gesagt hat. (*GR Kurt Wagner: Was heißt, wir alle? Ihre Fraktion!*) – Für die ÖVP kann ich nicht reden, Herr Kollege. – Er ist ganz kurz auf das Krankenhaus Nord eingegangen und hat gesagt, dass es der optimale Standort sei. Ich glaube, seit dem gestrigen Tag wissen wir, dass es vielleicht doch nicht so der ganz optimale Standort ist. Vielleicht hat es der eine oder andere nicht gelesen, gestern fand man dort auf dem ehemaligen Zentralwerkstattgelände der ÖBB eine 250 kg schwere Fliegerbombe. Es wäre wahrscheinlich nicht sehr verwunderlich, wenn man dort noch die eine oder andere zusätzliche Fliegerbombe finden würde. Das wird spannend werden. Über das Krankenhaus Nord ist ja heute schon einige Male gesprochen worden. Wann sperrt dieses Krankenhaus endlich auf? Ich glaube, der aktuelle Stand der Inbetriebnahme ist derzeit 2018. Im Dezember 2006 wurde noch gesagt, dass man das Krankenhaus spätestens im Jahr 2013 eröffnen wird. Davon sind wir mittlerweile weit entfernt. Wie gesagt, nach heutigem Stand 2018. Und ich getraue mich heute schon zu wetten, in diesem Jahrzehnt sperrt dieses Krankenhaus unter Garantie nicht mehr auf. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Kurt Wagner: Wegen einer Fliegerbombe sollen wir es jetzt nicht bauen?*)

Ein Thema ist heute ebenfalls schon ganz kurz angesprochen worden: der Radikalumbau des Wilhelminenspitals. Letzte Woche gab es eine Pressekonferenz von der Frau Stadträtin gemeinsam mit dem Bürgermeister. Ich habe mir aus „wien.orf.at“ zwei Seiten ausgehoben: Radikalumbau für Wilhelminenspital – wie gesagt. – Das Wilhelminenspital in Ottakring wird komplett neu gebaut. – An sich nichts Schlechtes. Der Baubeginn für die Zentralklinik ist im Jahr 2019. Und jetzt kommt es: Der Zeitplan im Detail. Von 2015 bis 2018 entsteht das Büro- und Betriebsgebiet am Flötzersteig, wo auch das Zentrallager, Werkstätten und ein Veranstaltungsbereich Platz finden werden. Der mit viel Glas und Rautenmuster konzipierte Bau soll zudem üppig mit heimischem Grün bepflanzt werden. – Ich hoffe, Sie haben das mit Ihrem Koalitionspartner abgestimmt, das mit dem heimischen Grün. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie da nicht vielleicht Probleme bekommen.

Aber ganz interessant wird es dann auf der nächsten Seite. Da geht es um die konkreten Kosten: Auf eine konkrete Projektsumme wollte sich Wehsely heute nicht festlegen. O-Ton StRin Wehsely: Da könnte ich mir gleich selbst ins Knie schießen, denn seriöserweise könne man die Kosten noch nicht abschätzen.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, was soll das? Auf der einen Seite haben wir da eine Detailplanung, Sie wissen

ganz genau, wann was passiert, und auch, dass dort heimisches Grün kommen wird. Und auf der andere Seite fragt Sie dann ein Journalist, was das Ganze kosten wird, und Sie sagen, Sie hätten keine Ahnung. Sehr geehrte Frau Stadträtin, das ist das, was leider Gottes in Ihrem Ressort nicht nur einmal, sondern öfters stattfindet. Und das ist der Grund, warum wir Ihr Budget ablehnen werden. – Herzlichen Dank. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Kurt Wagner: Jetzt dürfen wir wegen einer Fliegerbombe nichts mehr bauen!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Rösch. Die Redezeit der Freiheitlichen beträgt noch 6 Minuten. Ihre Vorgabe sind 5 Minuten. Ich gebe gleich 6 Minuten ein.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Erst vor Kurzem habe ich auch in einer Zeitung gelesen, Wien ist die beste Stadt der Welt. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) Da darf man ruhig klatschen. Da dürfen alle klatschen, denn ich glaube, wir sind alle Patrioten und stehen hinter unserem Wien und sind stolz auf unser Wien. Und alle wollen wir das Beste für Wien. Und so haben wir natürlich verschiedene Zugänge, die Grünen, die Roten, wir, die Schwarzen. Aber wenn man dann weiterliest und dann steht dort, UN-Studie listet Wien als Nummer 1, dann wird man ein bisschen skeptisch als gelernter Wiener, weil schnell irgendetwas Nummer 1 ist. Da fragt man sich natürlich, wer die Studie gemacht hat, wer dahintersteht, wer sie in Auftrag gab (*GRin Nurten Yilmaz: Wien nicht!*) und wer befragt wurde. Wurden nur Spitzenmanager befragt, wurden die Menschen im Ausland befragt, wurden Wiener befragt, wurden diejenigen befragt, von denen wir heute auch gehört haben, die in Armut leben müssen? Wurden die befragt, denen die 100 EUR Heizgeld nicht mehr zugestanden werden sollen? Dann habe ich mich ein bisschen auf die Suche gemacht, weil ich mir gedacht habe, wenn ich das jetzt hier alles bekrittle, dann sagen Sie, die bösen Freiheitlichen sagen immer so böse Sachen, die sind immer dagegen und so weiter. Und dann habe ich mir eine Studie von „European Cities Monitor“ aus dem Jahr 2011 herausgenommen: Wien fällt international als Wirtschaftsstandort zurück, auf Nummer 23. Da habe mir gedacht, das kann nicht ganz zusammenpassen. Dann habe ich mir das wieder angeschaut und gesehen, dass Wien bei der Produktivität und Lebensqualität Nummer 1 ist. Da habe ich mir gedacht, der Wirtschaftsstandort hat etwas mit Produktivität zu tun, aber vielleicht ist diese eine Studie falsch? Daher habe ich mir die Studie von der UBS-Bank 2012 angeschaut: Wien landet bei der Kaufkraft weit abgeschlagen auf dem Rang 18 – ist auch noch weit weg von Nummer 1. Dann habe ich mir eine weitere Studie angeschaut, den Alpenländischen Kreditorenverband: Wien führt bei den Privatinsolvenzen. – Das ist also Nummer 1 – bei Privatinsolvenzen führen, da sind wir auch weit weg –, Wien führt bei den Unternehmensinsolvenzen, bei der Kreditreform, Wien ist Schlusslicht bei den Lehrstellen. (*Heiterkeit bei GRin Martina Ludwig-Faymann.*)

Sie lachen, das ist für die Lehrlinge nicht so lustig.

Auf jeden Lehrplatz kommen vier Lehrstellensuchende, und dieses duale Ausbildungssystem funktioniert in Wirklichkeit in Wien nicht gescheit. Und nur weil damals ein Vorarlberger, der nicht dem roten Couleur zugetan war, gescheitete Lösungen gehabt hat, hat man den dann abgedreht und nichts stellvertretend dafür gemacht. Wien verliert an Wettbewerbsfähigkeit. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Welche Stadt ist besser in Europa?)*

Dann lügen die alle. Da gibt es sogar eine WIFO-Studie. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Im Österreich-Vergleich!)* – Wo in Österreich? WIFO ist Österreich. Ich denke, die WIFO-Studie sollte man ja kennen. Wenn die zum Beispiel sagen, Wien verliert an Wettbewerbsfähigkeit, dann sagt das ja kein Gremium, das nichts wert ist. Dem kann man ja ruhig glauben, denn es setzt sich aus vielen Bereichen des österreichischen Lebens zusammen, aus der Industrie, der Arbeiterkammer und so weiter. Schauen sie einmal nach, wer da aller drinensitzt, da werden Sie auch einige von Ihrer Fraktion treffen. Und wenn die das sagen, dann sollte man das doch auch so hinnehmen und glauben können.

Wien liegt bei der Exportquote der Bundesländer ganz hinten. Und dann die vielen, vielen Zeitungsartikel, die ich da gesehen habe. Wien ist Nummer 1: Rathausmitarbeiter proben den Aufstand, Migranten strömen wieder ins Land, schlecht in Deutsch – Endstation Sonderschule, 20 Prozent plus bei der Sozialhilfe-neu. Wir haben jetzt bald die Marke 200 000 erreicht und werden wahrscheinlich 350 000 erreichen. Ist das Lebensqualität? Wollen wir alle in die Sozialhilfe, in die Mindestsicherung aussteuern, kann das die Lebensplanung von unseren Jungen sein?

So einem Budget, das dies nicht nachvollzieht, dem kann man einfach nicht glauben und dem kann man an und für sich auch nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kein Rückgang in der Arbeitslosigkeit – viele, viele Seiten –, 150 000 Fachkräfte fehlen. Wien hat es zum Beispiel zugelassen, dass wir billige Arbeitskräfte nach Österreich holen, in Wien 2 000 Arbeitsplätze weniger bei 10 000 Arbeitsstellen mehr. Das ist ja ein Wahnsinn. *(GRin Nurten Yilmaz: Das war die FPÖ-ÖVP-Regierung!)* – Na gut, aber dass man diese Übergangsbestimmungen ohne Wenn und Aber einfach aufgemacht hat, obwohl man gewusst hat, es werden Billigstarbeitskräfte nach Österreich reinkommen und es wird sich für unsere eigenen Leute nicht mehr auszahlen zu arbeiten.

Ganz zum Schluss: Ich habe mir das dann noch einmal angeschaut und habe dann gemerkt, es ist vielleicht ein Druckfehler. Denn wenn dort UN-Studie steht, dann kann man ja glauben, dass das die UN-Studie des Jahres ist. So sollte man sie auch sehen. Und dem Budget kann man überhaupt nicht zustimmen, weil es einfach nicht auf die Leute reflektiert, die es wirklich brauchen. *(Beifall bei der FPÖ. – (GRin Martina Ludwig-Faymann: Machen Sie einen Vorschlag!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Frau Amtsf StRin Mag Wehsely hat 15 Minuten. – Bitte sehr.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen für die Diskussion. Ich bedanke mich ganz besonders bei den Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ-Fraktion und von den GRÜNEN für die sachlichen Wortmeldungen zum größten Budgetblock, den wir zu verhandeln haben und der heute zur Beschlussfassung ansteht.

Lassen Sie mich einige Punkte zu den Diskussionsbeiträgen der Oppositionsrederinnen und -redner sagen, bei denen man sich schon zum Teil sehr konzentrieren muss, um überhaupt wahrzunehmen, was wirklich gemeint ist.

Frau Kollegin Korosec, da habe ich jetzt auch eine neue Strategie der ÖVP entdeckt, Polemik zu betreiben: Der eine Kollege, in diesem Fall der Kollege Dworak, kommt zum Beirat des FSW – wir hatten da eine über einstündige, äußerst konstruktive Diskussion über genau die Fragen, es sind keine Fragen offen –, und Sie tun dann so, als wüssten sie von all dem nichts. Oder es ist anders, Sie haben wirklich nicht miteinander gesprochen. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Wir haben geredet!)* A und B, beides ist schlecht, und ich würde bitten, dass Sie diese Informationen intern weitergeben. Denn genau dafür gibt es ja den FSW-Beirat, um diese Fragen hier auch zu erörtern. Da kann Ihnen der Kollege Dworak auch ganz genau erklären, dass die Anschuldigungen und die Kritik, die Sie hier haben, einfach jeder Grundlange entbehren.

Zum zweiten Punkt, der von Ihnen beiden und dann auch noch von der FPÖ angesprochen worden ist, zum Thema der Mindestsicherung: Da frage ich mich auch, da wir das jedes Jahr diskutieren, ob Sie es nicht wissen oder ob Sie es nicht wissen wollen? Ich glaube, Sie wollen es nicht wissen, weil ich Sie beide im Vier-Augen-Gespräch und auch im kleineren Kreis als sehr interessierte, sehr engagierte, sehr gut informierte Politikerinnen und Politiker erlebe. Daher wissen Sie es ja natürlich. Da Sie das für das Protokoll sagen, werde ich es auch für das Protokoll sagen, dass die Wiener Mindestsicherung das letzte soziale Netz ist und dass die Konzeption der Mindestsicherung insbesondere zwei Dinge beinhaltet: Erstens, dass wir in dieser Stadt ein System haben wollen, bei dem alle Menschen, die sozial bedürftig sind und die daher ein Recht darauf haben, diese Leistung zu bekommen, diese Leistung auch bekommen sollen. Und dass die Mindestsicherung zweitens ein Trampolin in ein selbstständiges, eigenständiges Leben sein soll.

Wenn wir uns die Zahlen anschauen, und die kennen Sie so gut wie ich, da Sie unter anderem in der Evaluierungsstudie des Herrn Bundesministers Hundstorfer stehen, sehen Sie, dass es zum Beispiel in Wien seit Einführung der Mindestsicherung gelungen ist, die Zahl jener Menschen, die ausschließlich Mindestsicherung beziehen, um 16 Prozent zu senken, und die Zahl jener, bei denen es gelungen ist, die Menschen in den Arbeitsmarkt einzugliedern, um über 20 Prozent zu steigern. Und dann ist das ein Erfolg. Genauso wie es in dieser Stadt ein Erfolg ist – und Frau Kollegin Korosec, das trifft mich bei Ihnen immer ganz besonders, weil ich nicht glaube, dass insbesondere Sie als Funktionärin des

ÖAAB das wirklich meinen –, dass es uns gelungen ist, ein Ziel der Mindestsicherung auch umzusetzen, nämlich die Non-take-up-Rate zu senken, also Systeme aufzubauen, wo sich Menschen nicht schämen müssen, wenn sie von Armut bedroht sind. Und wenn wir dann in der Evaluierungsstudie des Bundesministers sehen, dass in Niederösterreich, das Sie zitiert haben, Herr Kollege Dworak, nur 19 Prozent jener, die einen Rechtsanspruch hätten, diese Leistung in Anspruch nehmen, dann sage ich Ihnen, dass ich stolz bin, in einer Stadt arbeiten zu dürfen, wo sich die Menschen nicht schämen, Leistungen in Anspruch zu nehmen, die sie auch brauchen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Einige Punkte zum Thema Spitäler: Auf das Wilhelminenspital werde ich dann noch insgesamt eingehen, aber ich darf hier auch kurz die Wortmeldungen der Kollegen von der Freiheitlichen Fraktion ansprechen. Kollege Lasar, das Thema des Kaiserin-Elisabeth-Spitals ist eines, das dich halt ein bisschen peinlich verfolgt. Denn du warst der, der am 17. März 2011 eine Presseaussendung gemacht hat, wo du genau diese Maßnahme begrüßt hast. Das war dann innerfraktionell ein bisschen problematisch, ich weiß, so etwas ist nicht immer ganz leicht. Tatsache ist – und das weißt du als Gesundheitsexperte genauso gut wie ich – die Frage, wo ein Schilddrüsenzentrum ist, und das – das möge mir jetzt die Frau GRin Laschan verzeihen, und tut sie sicher – hängt nicht mit der besonderen Luft im 15. Bezirk zusammen. Das hängt damit zusammen, dass die Kolleginnen und Kollegen, die das dort machen, die insbesondere auch als Team übersiedelt sind, diese Leistungen weiterhin erbringen werden, und die werden sie in der Rudolfstiftung erbringen. Daher findet in der Rudolfstiftung gerade sehr viel Bautätigkeit statt, sie wird aber rechtzeitig fertig.

Ich darf dich auch beruhigen, dass die OP-Tische aus dem Kaiserin-Elisabeth-Spital nicht irgendwo landen, sondern im Wilhelminenspital gebraucht werden, dorthin übersiedelt werden, weil wir hier ja für die Phase des Übergangs auch Übergangsgebäude brauchen. Das heißt, die werden nicht verrotten, sondern selbstverständlich weiterverwendet.

Einen Punkt kann ich auch aufklären: Die Frage des Kredits der Europäischen Investitionsbank hat überhaupt nichts mit der Frage der Generalunternehmer zu tun, sondern ausschließlich mit der Frage, wer ist der Bauherr, und der Bauherr sind der KAV und die Gemeinde Wien. Daher ist hier alles in Ordnung. *(StR David Lasar: Das steht so auf der Homepage!)*

Zum Wilhelminenspital, das ein ganz, ganz wichtiger Punkt ist: Sehr geehrte Damen und Herren, man soll – und das ist etwas, was ich, seit ich in der Politik bin, immer gemacht habe – bei der Wahrheit bleiben. Alleine deshalb, weil es einem das Leben erleichtert, denn dann braucht man sich nicht zu merken, was man da oder dort gesagt hat, wenn man immer dasselbe sagt. Es wäre schlicht und ergreifend unseriös und respektlos, in der derzeitigen Situation und beim aktuellen Planungsstand seriös sagen zu können, wie hoch die Kosten des Wilhelminenspitals sind. Ich möchte Ihnen auch ganz genau

sagen, warum wir trotzdem das Projekt jetzt präsentiert haben: Wir wollen nämlich die Bürgerinnen und Bürger und den Bezirk von der ersten Minute an mit einbeziehen. Es ist in der letzten Woche, am Tag nach der Pressekonzferenz, die Flächenwidmung ausgesandt worden, die jetzt vom Bezirk zu beraten ist und die dann wahrscheinlich in rund einem halben Jahr diesem Haus hier vorliegen wird, um die Flächenwidmung für das zukünftige Projekt auch zu beschließen. Und jetzt, bevor ein demokratischer Beschluss da ist, auf dessen Basis dann erst die Planung wirklich stattfinden kann, zu fordern, man müsse sagen, was etwas kosten wird, das kann nur unseriös sein.

Ganz anders verhält es sich mit dem Krankenhaus Nord. Hier hat auch der Kollege Dworak ganz richtig gesagt, die Kosten beruhen auf der Preisbasis 2009 und sind auch auf der Homepage der Europäischen Investitionsbank in allen Unterlagen nachzulesen. Und ich sage Ihnen, dass die auch gehalten werden.

Jetzt habe ich aber ein gewisses Problem mit der Wortmeldung des Kollegen Frigo. Der eine Kollege von der FPÖ fordert zu einem Zeitpunkt, wo es unseriös ist, wirklich etwas Valides zu sagen, von mir eine Kostenaussage. Der Herr Prof Frigo bildet eine Arbeitsgruppe mit AKH-Professoren, die sich dann darüber beraten, was denn eigentlich Vollkosten sind. Da würde ich einmal anraten, dass wir vielleicht einen Fortbildungskurs für AKH-Ärzte machen, die das nicht wissen. Es ist relativ einfach, Vollkosten sind all jene Systeme der Kostenrechnung, bei denen sämtliche Kosten auf den Kostenträger gerechnet werden, im Gegensatz zur Teilkostenrechnung, wo nur variable Kosten oder Einzelkosten berechnet und Fixkosten oder Gemeinkosten nicht zugeordnet werden. Also, es ist nicht schwierig und es ist wichtig für die Planung. Ich halte es schon für ganz besonders problematisch, wenn ein Universitätsprofessor, der am AKH ja doch auch über wesentliche Mittel verfügt und damit auch dazu beiträgt, wie sich die Kosten im Gesundheitswesen entwickeln, über diese Frage stolpert. Daher, sollte es mehrere Personen geben, die da gerne Informationen haben möchten, können wir das sehr gerne machen, der wirtschaftliche Leiter des AKH ist hier ganz bestimmt auch hilfreich.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend einige ganz wesentliche Punkte zum Budget sagen, das heute zum Beschluss vorliegt. Der erste Punkt ist der, dass wir uns gerade im Bereich des KAV in einem großen Modernisierungsprozess befinden. Ich möchte mich an dieser Stelle auch beim Management ganz besonders herzlich bedanken, denn das sind große Herausforderungen. Wir werden – und ich hoffe ja doch noch auf breite Mehrheiten – das Budget des KAV heute vorlegen, und zwar erstmals eine Mehrjahresplanung vorlegen, die wichtig ist für dieses Unternehmen. Der Gemeinderat wird die strategischen Ziele des Krankenanstaltenverbundes hier auch beschließen, mit dem natürlich alle wichtigen Entwicklungsschritte, sowohl die baulichen als auch die inhaltlichen, verbunden sind. Die Fortsetzung des Wiener Geriatriekonzepts ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir werden im nächsten Jahr wieder

mehrere Geriatriezentren in Betrieb nehmen und das Pflegewohnhaus am Standort des Kaiser-Elisabeth-Spitals beginnen. Wir haben eine neue Leistung im Energiebereich, es wurde heute schon darüber diskutiert, und es wird morgen noch darüber diskutiert werden. Wir haben in der Mindestsicherung eine Leistung, die absichert, dass in dieser Stadt niemand bei der Frage der Wohnungslosenunterstützung alleine bleibt, und wir haben mit der Wiener Wohnungslosenhilfe ein vorbildliches System. Das Budget des nächsten Jahres ist eine exzellente Basis, damit alle Wienerinnen und Wiener, egal, woher sie kommen, egal, über welches Einkommen sie verfügen, die beste Zukunftsaussicht haben. In dieser Stadt bekommt jeder die medizinische Versorgung, die er oder sie braucht, unabhängig davon, ob er wohlhabend ist oder nicht.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts bedanken, die mit großem Arbeitseinsatz die Geschicke dieser für die Wienerinnen und Wiener so wichtigen Themenbereiche leiten. Ich bedanke mich ganz besonders bei jenen, und das sind viele, die 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr da sind, von denen die Wienerinnen und Wiener immer wissen, dass sie sich darauf verlassen können.

In diesem Sinn bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem zukunftskräftigen Budget 2013. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich erkläre die Debatte zum Voranschlagsentwurf für das Jahr 2013 und zum Gebührenprüfungsantrag, das sind die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung, für geschlossen.

Die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Brauner, hat das Schlusswort. – Bitte schön. Ich habe die Uhr auf 100 Minuten eingestellt. Ich gehe davon aus, dass es kürzer sein wird.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Führen Sie mich nicht in Versuchung, Herr Vorsitzender! *(Allgemeine Heiterkeit.)* Nichtsdestotrotz werde ich mich auf die formellen Schlussbemerkungen beschränken.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte im Sinne der Stadtverfassung zunächst darauf hinweisen, dass gemäß § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien der Voranschlagsentwurf 2013 in der Zeit vom 7. November 2012 bis 14. November 2012 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt ist. Vom Recht der Einsichtnahme hat ein Gemeindemitglied Gebrauch gemacht und auch eine Stellungnahme abgegeben. Ich ersuche, diese Stellungnahme zum Voranschlagsentwurf 2013 dem zuständigen Geschäftsbereich zur Erledigung zuzuweisen.

Es bleibt mir daher nur mehr, Ihnen für die ausführliche Diskussion der letzten zwei Tage zu danken, und ich stelle hiermit den formellen Antrag auf Zustimmung zu den Anträgen auf den Seiten XIX bis XXII im Voranschlagsentwurf 2013 und denke, alles andere, was zu

diesem Voranschlagsentwurf zu diskutieren ist, ist bereits erfolgt. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke, Frau Vizebürgermeisterin.

Ich unterbreche die Sitzung nach Rücksprache mit dem Ersten Vorsitzenden für eine Viertelstunde und ersuche alle, um 18.15 Uhr wieder in den Saal zu kommen.

(Sitzungsunterbrechung von 18 bis 18.18 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei jenen, die daran mitgewirkt haben, dass diese Blockredezeit, die wir bei dieser Budgetdebatte erstmals so praktiziert haben, auch so funktioniert hat. Ich möchte mich da zuerst bei den vier Klubdirektoren bedanken, die das sehr penibel ausgearbeitet haben, und ich möchte mich auch bedanken bei Frau Kriz und Herrn Korn, die uns hier etwas zur Verfügung gestellt haben, das wirklich zu 100 Prozent so auch funktioniert hat. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich denke, dass diese Redezeit, diese Blockzeit sich tatsächlich sehr positiv ausgewirkt hat, auch deshalb - und ich habe das heute in der Früh schon gesagt -, weil sämtliche Geschäftsgruppen zu einer Zeit hier in diesem Raum diskutiert worden sind, die nicht Mitternacht war, sondern immer eine Zeit vor ungefähr 20 Uhr. Und ich glaube, dass das auch in Würdigung der Arbeit der Mandatäre in den Ausschüssen etwas sehr Gerechtfertigtes ist.

Insgesamt haben wir uns noch zusätzlich Zeit erspart. Ich habe jetzt summiert, wie viel Zeit aus dieser Blockzeit nicht in Anspruch genommen wurde, und wir hätten einen Rest von 3 Stunden und 33 Minuten zur Verfügung *(Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS. – Heiterkeit.)* - die die FPÖ nicht in Anspruch nehmen darf, Herr Kollege Gudenus. Ihr habt nämlich maximal 5 Minuten Restzeit aus den gesamten 2 Tagen zur Verfügung.

Wir kommen nun zur Abstimmung, und zwar zuerst über die Postnummer 1 der Tagesordnung - das ist der Entwurf des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2013 -, wobei ich feststelle, dass ein Gegen- oder Abänderungsantrag zum Voranschlagsentwurf nicht eingebracht wurde.

Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem auf den Seiten XIX bis XXII des Voranschlagsentwurfs abgedruckten Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Ich stelle fest, dass die Regierungsparteien dies unterstützen und daher die ausreichende Mehrheit gegeben ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge. Ich gehe in der Reihenfolge vor, die jedem Klub auch bekannt ist.

Der 1. Antrag, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit der Festsetzung des Mietzinses bei Gemeindefremdwohnungen der Stadt Wien nach dem Kategoriemietzins. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der

Hand. – Dieser Antrag wird vom Antragsteller unterstützt und hat damit keine ausreichende Mehrheit.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass Kollege Aigner sich aus Gesundheitsgründen entschuldigt hat und bereits um 16 Uhr von hier weggegangen ist. - Nur damit Sie wissen, warum ich den Klubunabhängigen nicht erwähne.

Antrag Nummer 2, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit der Senkung der Hundeabgabe. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der 3. Antrag, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit der Senkung der Kanal- und Abwassergebühren. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Oppositionsparteien unterstützen dies, und es hat keine Mehrheit.

Der 4. Antrag, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit der Senkung der Wasserbezugsgebühren. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Stimmverhalten: Die Oppositionsparteien sind dafür. Der Antrag hat keine Mehrheit.

Der 5. Antrag, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit der Senkung der Kosten für die Müllentsorgung. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Oppositionsparteien unterstützen ihn. Er hat keine Mehrheit.

Der 6. Antrag konnte von mir nicht zugelassen werden - dazu hatte ich ein Gutachten des Verfassungsdienstes - und kommt daher nicht zur Abstimmung.

Der 7. Antrag, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit der Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Oppositionsparteien unterstützen dies. Es hat keine Mehrheit.

Der 8. Antrag, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit Sozialleistungen nur für österreichische Staatsbürger und EU-Bürger. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird vom Antragsteller unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der 9. Antrag, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit Dienstleistungskonzern Stadt Wien, externe Evaluierung des Wiener Magistrats. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser Antrag wird nur vom Antragsteller unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der 10. Antrag, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit der vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand von Wiener Beamtinnen und Beamten. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der 11. Antrag, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird vom Antragsteller unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der 12. Antrag, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit dem Erhalt historisch wertvoller Gräber. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Antragsteller allein unterstützen dies. Es hat daher keine Mehrheit.

Der 13. Antrag, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit der Verbesserung der Pflegemaßnahmen der Wiener Ringstraßenbäume. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der 14. Antrag, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit Zweckbindung der Gebührenüberschüsse der MA 31. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 15, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit Mietenreduktion bei Genossenschaftswohnungen. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Er wird vom Antragsteller alleine unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 16, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit Wasserzählergebühren. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Er wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 17, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit Förderung von Frauen in Führungspositionen. Hier wird die Zuweisung an den zuständigen Ausschuss für Integration, Frauenfragen et cetera verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 18, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit Frauenoffensive. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird nur vom Antragsteller unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 19, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit Umschichtung der Mittel der MA 17. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser Antrag wird nur vom Antragsteller unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 20, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit einer Erhöhung der städtischen Essensgutscheine. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein

Zeichen mit der Hand. - Die Opposition unterstützt dies. Der Antrag hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 21, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Streichung der Mittel für Inserate, Werbung in den einzelnen Geschäftsgruppen und Zentralisierung der diesbezüglichen Ausgaben beim PID. Eine Zuweisung an den Herrn Bürgermeister wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 22, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit Deutsch vor Schuleintritt. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 23, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit Überprüfung der Deutschkenntnisse vor Übertritt in die Sekundarstufe. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 24, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit Deutsch als Pausensprache. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 25, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit Aushändigung aller angeforderten Akten an die Helige-Kommission. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird von der Opposition unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 26, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit wirksamer Opferhilfe bei Kindesmissbrauch durch Träger öffentlicher Einrichtungen. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Dies wird von der Opposition unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 27, eingebracht von der FPÖ, betrifft: Gedenkstein für die in städtischen Kinder- und Jugendheimen missbrauchten Kinder und Jugendlichen. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Der Antrag wird von der Opposition unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 28, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Aberkennung des Goldenen Verdienstzeichens der Republik Österreich an Ute Bock. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antragsteller alleine unterstützt seinen Antrag. Dieser hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 29, eingebracht von der ÖVP, betrifft die vollständige Übermittlung der Akten an die Kommission Wilhelminenberg. Die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss Bildung, Jugend, Information und Sport wurde verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den

bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Antrag Nummer 30, eingebracht von der ÖVP, betrifft ein Bäderkonzept für Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 31, eingebracht von der FPÖ, betrifft die tägliche Bewegungseinheit. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 32, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Schaffung eines Schnellbahnringes in Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Oppositionsparteien unterstützen dies. Es hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 33, eingebracht von der ÖVP, betrifft die rasche Umsetzung des Ausbauprogramms der Park-and-ride-Anlagen. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von den Oppositionsparteien unterstützt. Damit gibt es keine Mehrheit.

Antrag Nummer 34, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Verlängerung der U4 nach Auhof. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von ÖVP und FPÖ unterstützt. Es besteht keine Mehrheit.

Antrag Nummer 35, eingebracht von der FPÖ, betrifft Park-and-ride-Anlagen bei U-Bahn-Stationen. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von den Oppositionsparteien unterstützt, und es besteht keine Mehrheit.

Antrag Nummer 37, eingebracht von der ÖVP, betrifft: Subventionsbericht der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesen Antrag unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt, und es besteht keine ausreichende Mehrheit. (*Rufe: 36! - 36 hast du ausgelassen!*) - Bitte um Entschuldigung. Wird nachgeholt. Mache ich sofort:

Antrag Nummer 36, eingebracht von der FPÖ, betrifft Benennung der S-Bahn-Station beim neuen Hauptbahnhof. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt, und es besteht keine Mehrheit.

Antrag Nummer 38, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit verpflichtenden Zielvereinbarungen bei Subventionsnehmern der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier stelle ich die Unterstützung durch die Opposition fest. Damit ist eine Mehrheit nicht gegeben.

Antrag Nummer 39, eingebracht von der ÖVP, be-

schäftigt sich mit Streichung der Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt. Es besteht keine Mehrheit.

Antrag Nummer 40, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit Ausbildungsunterstützung für freiwillige Tätigkeit in den Bezirksmuseen. Die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss Kultur und Wissenschaft wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle hier die Einstimmigkeit fest.

Antrag Nummer 41, eingebracht von der FPÖ, beschäftigt sich mit Musikschulen. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier stelle ich fest, dass die Oppositionsparteien allein diesen unterstützen. Es besteht keine Mehrheit.

Antrag Nummer 42, eingebracht von ÖVP und FPÖ, beschäftigt sich mit „Wiener Heizkostenzuschuss muss Geldleistung bleiben“. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Antragsteller unterstützen ihren Antrag. Er hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 43, eingebracht von ÖVP und FPÖ, beschäftigt sich mit Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser Antrag wird von den Antragstellern allein unterstützt. Es besteht keine Mehrheit.

Antrag Nummer 44, eingebracht von ÖVP und FPÖ, beschäftigt sich mit Ausbau der unterstützenden Angebote von WAFF und AMS im Pflege- und Sozialbereich. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Antragsteller allein unterstützen dies. Der Antrag hat keine Mehrheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - SPÖ und GRÜNE unterstützen dies und haben damit dem Antrag die ausreichende Mehrheit gegeben.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 2013. Zu Wort ist hiezu niemand gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen können, um ein Zeichen mit der Hand. - Dies ist ein einstimmiger Beschluss.

Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2013, die Mehrjahresplanung 2013 - 2017 der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund sowie die definierten strategischen Ziele des Wiener Gemeinderates für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2013 - 2017. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 4 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von SPÖ und GRÜNEN unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Postnummer 5 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2013. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Postnummer 6 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2013. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Wer der Postnummer 6 die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle fest, dass die Regierungsparteien dies unterstützen und damit die ausreichende Mehrheit gegeben ist.

Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt. Ich danke Ihnen und erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluss um 18.39 Uhr.)